

N12<526909298 021



ubTÜBINGEN



Thol

Ost-West

Europäische Perspektiven

12 2010

11. Jahrgang 2010, Heft 1

R lose

Harmonie und Dissonanz

Schwerpunkt:
Kirche und Politik in
Russland

Zwischen Patriotismus und Nationalismus

Probleme der Ökumene

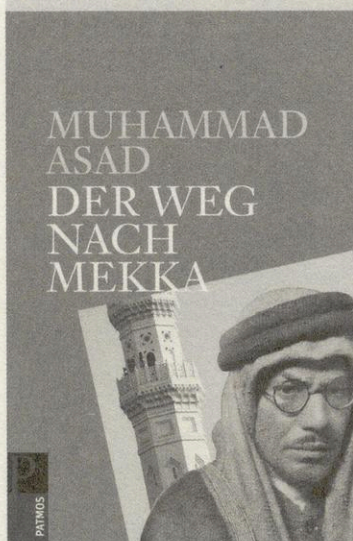
Religiosität im heutigen Russland



Renovabis

2A 9823

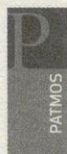
Der Weg nach Mekka



Muhammad Asad
Der Weg nach Mekka

Format 14,9 x 22 cm
448 Seiten
Hardcover
€ 24,90 [D] / sfr 42,90
ISBN 978-3-491-72541-6

Muhammad Asad ist einer der bedeutendsten muslimischen Intellektuellen des 20. Jahrhunderts. Lebendig und spannend schildert Asad seine abenteuerlichen Wüstenerfahrungen in Arabien, die Verstrickung in die politischen Verhältnisse der Zeit und die Beteiligung am Freiheitsstreben der islamischen Länder. Beeindruckend sind die Intensität seiner Darstellung, die Echtheit seiner Überzeugungen und die Authentizität seiner Erfahrungen. Entsprechend überwältigend ist die Resonanz auf dieses Werk in der gesamten Welt bis heute. Wahrscheinlich gibt es kein Buch – außer dem Koran selbst –, das den Islam in ähnlicher Weise Millionen von Menschen nahe gebracht hat.



Patmos-Verlag

www.info@patmos.de
www.patmos.de

OST-WEST. Europäische Perspektiven

Jahres-Inhaltsverzeichnis

11. Jahrgang 2010

Schwerpunkte

- Heft 1: Kirche und Politik in Russland
 Heft 2: Medien als Macht?
 Heft 3: Umweltprobleme in Mittel- und Osteuropa
 Heft 4: Albanien

Hauptartikel

Lindita Arapi

Ein normales und ein anormales Albanien – zwanzig Jahre nach Ende der letzten stalinistischen Diktatur 262 - 266

Damir Banović und Saša Gavrić

Medien in Bosnien und Herzegowina – Motor oder Blockade der Demokratisierung? 121 - 126

Joanna Bątkiewicz-Brożek und Maciej Müller

Die katholische Presse in Polen – eine Übersicht über die wichtigsten Veröffentlichungen 113 - 120

Jelena W. Beljakowa

Der Begriff „symphonia“ in der russischen Geschichte 16 - 22

Nadeschda Beljakowa

Religiöses Leben im heutigen Russland – Ideal und Wirklichkeit 54 - 63

Martin Buschermöhle

Nachhaltige Energiewirtschaft und Umwelterziehung in Kasachstan 228 - 231

Werner D'Inka

Der Sohn des Bürgermeisters und die Medien 83 - 84

Robert Elsie

Albanische Literatur: Erforschung und aktuelle Situation 267 - 275

Wladimir Fjodorow

Das Verhältnis der Russischen Orthodoxen Kirche zur Ökumene 32 - 38



Marián Gavenda

Mittels der Medien durch die geschlossene Tür eintreten.
Katholische Medienlandschaft in der Slowakei

141 - 147

Saša Gavrić und Damir Banović

Medien in Bosnien und Herzegowina – Motor oder
Blockade der Demokratisierung?

121 - 126

Tim Graewert

Die zivile Nutzung der Atomkraft aus bulgarischer
Perspektive

223 - 227

Sándor Győri-Nagy

Das Karpatenbecken im Spiegel von Kulturökologie
und Umweltkommunikation

201 - 211

Sofie Jannusch

Perspektiven der Medienentwicklung in Mittel- und
Osteuropa

97 - 106

Andrzej Kaluza

Medien in Polen 2010

107 - 112

Christian Klenk

Macht und Einfluss der Medien in Deutschland

85 - 96

Martin Malek

Mit Gottes Hilfe zum Sieg? Die Kirchen Russlands und
Georgiens und der Krieg im August 2008

48 - 53

Christoph Mühl

Die Russische Orthodoxe Kirche unter Patriarch Kyrill I. –
Rückblick auf sein erstes Amtsjahr

4 - 15

Maciej Müller und Joanna Bątkiewicz-Brożek

Die katholische Presse in Polen – eine Übersicht über
die wichtigsten Veröffentlichungen

113 - 120

Zbigniew Nosowski und Eberhard Schockenhoff

Ethik der Medien – zwei Standpunkte

156 - 160

Bischof Porfirije

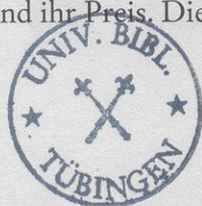
Kloster Kovilj – ein orthodoxes Kloster in Serbien
mit ökologischer Prägung

219 - 222

Radu Preda

Die Freiheit und ihr Preis. Die Medien in Rumänien
nach 1989

127 - 133



ZA 9873

| | |
|--|-----------|
| <i>Bohdan Prots</i> | |
| Europas unbekannte Urwälder in Transkarpatien | 212 - 218 |
| <i>Katja Richters</i> | |
| Die Russische Orthodoxe Kirche zwischen Patriotismus und Nationalismus | 39 - 47 |
| <i>Astrid Sahm</i> | |
| 25 Jahre nach Tschernobyl: Umweltbewusstsein und Umweltpolitik im heutigen Weißrussland | 181 - 189 |
| <i>Fabian Schmidt</i> | |
| Außenpolitik im demokratischen Albanien | 252 - 261 |
| <i>Michael Schmidt-Neke</i> | |
| Albaniens Geschichte in acht Leitfragen | 243 - 251 |
| <i>Eberhard Schockenhoff und Zbigniew Nosowski</i> | |
| Ethik der Medien – zwei Standpunkte | 156 - 160 |
| <i>Stephanie Schwandner-Sievers</i> | |
| Religion und Nation in Albanien | 276 - 285 |
| <i>Volodymyr Sheremeta</i> | |
| Am Anfang eines „grünen Weges“. Kirchliche Umweltschutzarbeit in der Ukraine | 190 - 196 |
| <i>Hildegard Sühling</i> | |
| Zum Hintergrund der albanischen Blutrache | 286 - 287 |
| <i>Marina Sverdel</i> | |
| Medienmarkt und Pressefreiheit in der Ukraine – in der Zange von Wirtschaft und Politik | 148 - 155 |
| <i>Florian Töpfl</i> | |
| Die russische Medienlandschaft zu Beginn eines neuen Jahrzehnts | 134 - 140 |
| <i>Markus Vogt</i> | |
| Biblische und sozialetische Grundlagen für einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Schöpfung | 163 - 171 |
| <i>Edgar Vulpe</i> | |
| Praktizierter Umweltschutz in der Republik Moldau – die „Casa Providenței“ in Chișinău | 197 - 200 |
| <i>Jennifer Wasmuth</i> | |
| Politisches und soziales Engagement der orthodoxen Kirche in Russland | 23 - 31 |

| | |
|---|-----------|
| <i>Krzysztof A. Worobiec</i> | |
| Masuren – ein bedrohtes Wunder der Natur in Polen | 172 - 180 |

Aus aktuellem Anlass

| | |
|--|---------|
| Zeit für eine reife Demokratie | |
| Dr. István Tarrosy über die aktuelle Situation in Ungarn und die „Europäische Kulturhauptstadt Pécs“ | 75 - 80 |

Bücher 320

Dokumente

| | |
|---|-----------|
| Die Russische Orthodoxe Kirche und die Menschenrechte | 69 - 74 |
| Gottesdienstliche Texte aus der Orthodoxie zur Schöpfung | 237 - 238 |
| Auszug aus der Eröffnungsrede von Patriarch Bartholomaios I. zum Symposium „Arktis: Der Spiegel des Lebens“ | 239 - 240 |

Erfahrungen

| | |
|---|-----------|
| <i>Johann Beger</i> | |
| Von Gastfreundschaft, Raki, Bunkern und Skorpionen – ein Jahr im Land der Skipetaren | 297 - 303 |
| <i>Maria Christina Färber</i> | |
| „Unheilbar ist deine Wunde, tödlich deine Verletzung“. Wenn das Blut im neuen Europa zum Himmel schreit | 288 - 296 |

Interviews

| | |
|---|-----------|
| Wir haben etwas erreicht. Interview mit Luigi Mila | 306 - 310 |
| Religiosität in Russland – Interview mit Prof. Dr. Weniamin Simonow | 64 - 68 |

Länderinfo

| | |
|--------------------------------------|-----------|
| Albanien (<i>Herbert Schedler</i>) | 304 - 305 |
|--------------------------------------|-----------|

Porträt

| | |
|---|-----------|
| Yefim Shmidow und Elena Kirsnouskaya: | |
| Das Schicksal zweier Tschernobyl-Liquidatoren | 232 - 236 |

Reiseimpressionen

| | |
|--|-----------|
| <i>Lindita Arapi</i> | |
| Albanien: Sommeraufnahme 2009. Eine literarische Collage über Gegensatz und Aufbruch | 316 - 319 |
| <i>Joseph Roth</i> | |
| Reise nach Albanien (1927) | 311 - 315 |

Information und Meinung

Zehn Jahre „OST-WEST. Europäische Perspektiven“

In diesem Jahr wird diese Zeitschrift, die von Renovabis und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken herausgegeben wird, zehn Jahre alt. Zehn Jahre sind keine lange Zeit. Aber immerhin ein Anlass, einen Augenblick innezuhalten und einen kurzen Blick auf die Wegstrecke, die hinter uns liegt, zu werfen.

Als wir mit „OST-WEST. Europäische Perspektiven“ im Jahre 2000 anfangen, sah unser Arbeitsfeld noch anders aus. In der Zwischenzeit haben in Mittel- und Osteuropa große politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen stattgefunden. Wir haben versucht, unserer Informationspflicht nachzukommen, aber auch den Streit der Meinungen nicht auszublenden. Der Streit hält an. In vielen Bereichen sind die Dinge noch längst nicht so, wie sie sein sollten, und der alte Dämon der vergangenen ideologischen Zeit erhebt immer wieder sein Haupt. Was da angerichtet wurde, hat uns immer wieder beschäftigt. Und es wird uns weiter beschäftigen.

Heute ist leichter geworden, an Autorinnen und Autoren aus Mittel- und Osteuropa heranzukommen. In den ersten Jahren war das oft ein Problem, weil viele, die wir um einen Beitrag baten, noch Angst hatten, etwas zu veröffentlichen. Das hat sich geändert. Wir werden uns weiter bemühen, den anhaltenden Entwicklungen, aber auch den andauernden Stillständen nachzuspüren. Das begreifen wir als unseren Beitrag zur europäischen Aufgabe.

Natürlich wünschen wir uns auch, dass diese Zeitschrift noch weitere Verbreitung findet. Es ist nicht leicht, im vielstimmigen Konzert der veröffentlichten Meinung Gehör zu finden. Wir versuchen, mit „OST-WEST. Europäische Perspektiven“ immer wieder Lücken zu finden zwischen den Themen, die im Trend liegen, und solchen, die in Vergessenheit geraten sind, uns aber wichtig erscheinen. Mehr und mehr auch im Blick auf den Westen Europas. Da ist auch nicht alles Gold, was glänzt. Wir hoffen dabei auf das wachsende Interesse unserer Leserinnen und Leser. Und wir danken Ihnen für Ihre bisherige Treue.

Editorial

Das Bild von Russland aus der Sicht des Westens ist gegenwärtig geprägt von einem nicht unerheblichen Flimmern, das die Wahrnehmung und damit politische Einordnung des Landes für den Außenstehenden unscharf macht. Viele Positionen der russischen politischen Führung erweisen sich als labil, wechselhaft, viele ihrer Vorgehensweisen wecken Zweifel und manchmal auch Ängste. Unklar ist dabei häufig, wie stark die breite Mehrheit der russischen Gesellschaft hinter ihrem Staat und dessen Führung steht, wie weit sie deren Positionen stützt, oder ob sich nicht eine gewisse Gleichgültigkeit in einer Gesellschaft breit gemacht hat, in der große Teile damit zu kämpfen haben, den eigenen Alltag zu bewältigen.

Ein wichtiges – und gerade in seiner Indikatorfunktion häufig unterschätztes – Bindeglied zwischen der russischen Gesellschaft und der politischen Führung stellt dabei die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) dar, deren Wirken und Bedeutung das vorliegende OWEP-Heft gewidmet ist. Es versucht, die Rolle der ROK in Russland mit Hilfe unterschiedlicher Fragestellungen zu beleuchten, um damit ihre Bedeutung für die russische Gesellschaft dem Leser näher zu bringen. Neben dem pragmatischen Blick auf den russischen Glaubensalltag sollen dabei auch engere Themenstellungen im Mittelpunkt stehen, beispielsweise das Verhältnis der ROK zum Staat oder zur Ökumene, aber auch ihre Rolle bei internationalen Auseinandersetzungen, in die Russland verwickelt ist. Unerlässlich ist dabei ebenso die Auseinandersetzung mit programmatischen Inhalten, insbesondere nach der Wahl von Patriarch Kyrill I. an die Spitze der ROK. Ein Interview mit dem renommierten Wissenschaftler Weniamin Simonow vermittelt vor dem Hintergrund einer aktuellen Umfrage Einblicke, inwieweit sich das Verhältnis der russischen Bevölkerung zur Kirche in den vergangenen zwanzig Jahren verändert hat und vor welchen Herausforderungen die ROK aktuell steht.

Am Ende steht die Hoffnung der Redaktion, dass es durch die Auswahl der Themen gelungen ist, über den Weg unterschiedlicher Facetten dem Leser einen guten Gesamteindruck der Bedeutung der ROK in Russland zu vermitteln.

Die Redaktion

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| <i>Christoph Mühl</i> | |
| Die Russische Orthodoxe Kirche unter Patriarch Kyrill I. – Rückblick auf sein erstes Amtsjahr | 4 |
| <i>Jelena W. Beljakowa</i> | |
| Der Begriff „symphonia“ in der russischen Geschichte | 16 |
| <i>Jennifer Wasmuth</i> | |
| Politisches und soziales Engagement der orthodoxen Kirche in Russland | 23 |
| <i>Wladimir Fjodorow</i> | |
| Das Verhältnis der Russischen Orthodoxen Kirche zur Ökumene | 32 |
| <i>Katja Richters</i> | |
| Die Russische Orthodoxe Kirche zwischen Patriotismus und Nationalismus | 39 |
| <i>Martin Malek</i> | |
| Mit Gottes Hilfe zum Sieg? Die Kirchen Russlands und Georgiens und der Krieg im August 2008 | 48 |
| <i>Nadeschda Beljakowa</i> | |
| Religiöses Leben im heutigen Russland – Ideal und Wirklichkeit | 54 |
| Interview | |
| Religiosität in Russland – Interview mit Prof. Dr. Weniamin Simonow | 64 |
| Dokument | |
| Die Russische Orthodoxe Kirche und die Menschenrechte | 69 |
| Aus aktuellem Anlass | |
| Zeit für eine reife Demokratie Dr. István Tarrósy über die aktuelle Situation in Ungarn und die „Europäische Kulturhauptstadt Pécs“ | 75 |

Die Russische Orthodoxe Kirche unter Patriarch Kyrill I. – Rückblick auf sein erstes Amtsjahr

Seit dem 1. Februar 2009 ist Patriarch Kyrill I. das Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK). Das Landeskonzil hatte ihn am 27. Januar mit eindeutiger Mehrheit in dieses Amt gewählt. Von der Öffentlichkeit und den Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft wurde die Wahl mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Es war die erste Patriarchenwahl seit der Auflösung der Sowjetunion.

Kyrill, mit weltlichem Namen Wladimir Michajlowitsch Gundjajew¹ war weiten Teilen der russischen Bevölkerung durch wöchentliche Auftritte in einem kurzen Fernsehbeitrag bekannt. Als Leiter der Synodalen Abteilung für kirchliche Außenbeziehungen des Moskauer Patriarchats, der er seit 1989 vorstand, war er ständiges Mitglied des Heiligen Synods, eines Gremiums aus mittlerweile 13 Bischöfen, dem die Leitung der Kirche obliegt. Somit war er maßgeblich an den kirchenpolitischen Entscheidungen beteiligt und hat richtungweisende Grundlagendokumente der ROK wie die „Sozialdoktrin“ im Jahr 2000 und die jüngste Stellungnahme zu den Menschenrechten (2008) federführend mitgestaltet.² In diesen Dokumenten positioniert sich die ROK in ihrer Beziehung zum Staat und zur Gesellschaft. Kyrill war nicht nur ein enger Mitarbeiter des verstorbenen Patriarchen Alexij II., sondern auch Schüler des bekannten russischen Hierarchen und Leiters des Außenamtes Nikodim (Rotow).³ Die Medien stellen Kyrill als dynamischen und tatkräftigen Kirchen-

¹ Er wurde am 20.11.1946 geboren; vgl. zum Folgenden auch das von Johannes Oelermann verfasste Porträt in OST-WEST. Europäische Perspektiven 10 (2009), H. 1, S. 79 f.

² Ein Auszug findet sich in diesem Heft (unten S. 69-74).

³ Metropolit Nikodim (1929-1978) öffnete in den sechziger und siebziger Jahren die ROK zur ökumenischen Bewegung. Vgl. auch den Hinweis im Beitrag von Wladimir Fjodorow (unten S. 37 f.)

Christoph Mühl ist Diplomtheologe und arbeitet in einem Forschungsprojekt der Universität Münster. Er promoviert über die ökumenischen Beziehungen zwischen der russischen Orthodoxie und dem deutschen Protestantismus.

mann dar. Er gilt als gemäßigt, pragmatisch und durchsetzungsfähig. Unter dem neuen Patriarchen wird grundsätzlich eine Kontinuität zu dem bisherigen Kurs der ROK erwartet.

Zur Lage der ROK – Herausforderungen

Nach der Auflösung der Sowjetunion hatte die ROK unter Kyrills Vorgänger Alexij II. einen enormen Aufschwung erlebt. Viele Kirchen wurden wieder geöffnet, Gemeinden neu gegründet und Millionen von Menschen bekannten sich erneut öffentlich zur Orthodoxie. Rund 73 Prozent der Russen bezeichnen sich gegenwärtig als orthodox, wobei jedoch der Prozentsatz praktizierender Gläubiger eher gering ist. In den letzten Jahren stagnierte die Situation der Kirche allerdings. Alexij II., der die Kirche seit 1990 führte, hat zwar die Kirche in der Gesellschaft neu verankert und ihr einen infrastrukturellen und organisatorischen Rahmen gegeben, doch blieben dringende Reformen der kirchlichen Verwaltung aus und eine umfassende Konsolidierung des innerkirchlichen Lebens hat noch nicht stattgefunden. Angesichts dieser Tatsache stehen viele Umstrukturierungen und Neuorientierungen an; die Kirche benötigt einen Umbau, eine Perestrojka.

Zielperspektiven für die nächsten Jahre

Wie die ROK ihre derzeitige Lage einschätzt und wie sie auf die gegenwärtigen Herausforderungen reagieren will, beschrieb das Landeskonzil der ROK noch vor der Inthronisation des neugewählten Patriarchen in dem Schreiben „Über das Leben und die Aufgaben der Russischen Orthodoxen Kirche“. Für die Zukunft der Kirche in der Russischen Föderation sei es notwendig, die innere und äußere Mission zu fördern. Vor allem müsse sich die Kirche all jenen zuwenden, die sich zwar als orthodox bezeichnen, jedoch keine praktizierenden und „verkirchlichten“ Christen sind. Sie seien an die Grundwahrheiten des Glaubens und das kirchliche Leben heranzuführen. Insbesondere müsse die pastorale Zuwendung den Kindern und Jugendlichen gelten. Bei seiner

Bei seiner Amtseinführung betonte Kyrill, er wolle sich besonders um die Einheit der Kirche und die Mission beziehungsweise Neuevangelisierung sorgen.

feierlichen Amtseinführung betonte Kyrill dann, dass er sich vor allem um die Einheit der Kirche und die Mission beziehungsweise Neuevangelisierung sorgen wolle. Der Patriarch scheint von einem kirchlichen Sendungsbewusstsein durchdrungen zu sein. Dieses beinhaltet auch den geistigen und moralischen Aufbau der russischen Gesellschaft.

Innere und äußere Mission

Bei der Neuevangelisierung setzt die ROK verstärkt auf den Einsatz moderner Kommunikationsmittel. So gaben Kirchenvertreter in diesem Jahr bekannt, dass man einen eigenen orthodoxen Fernsehsender plane. Darüber hinaus ist die ROK auf zwei offiziellen Internetseiten präsent. Das Leben der Kirche und das Wirken des Patriarchen werden hier umfangreich dokumentiert und vorgestellt. Ferner sucht der Patriarch den offenen Dialog mit Jugendlichen. Dazu trat er bei Großveranstaltungen in Stadien und Universitäten auf und stellte sich dort den Fragen der jungen Menschen. Zahlreiche Pastoralreisen und Visitationen machen deutlich, dass er mit den Menschen in Kontakt sein will, um ihnen orthodoxes Leben und gesellschaftliche und soziale Verantwortung näher zu bringen. Dennoch dürfen diese öffentlichen Inszenierungen des Patriarchen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es im Innern viele „Baustellen“ gibt.

Umstrukturierung der kirchlichen Verwaltung

Die Verwaltungsstrukturen des Patriarchats sind nach 1991 nicht wesentlich verändert oder an die neuen politischen und kirchlichen Bedingungen angeglichen worden; daher rechnete man mit einer baldigen Neuordnung. Dass Kyrill jedoch bereits auf der ersten Sitzung des Heiligen Synods der ROK unter seiner Leitung am 31. März 2009 umfassende Änderungsvorschläge vorbrachte, die dann auch von den dort anwesenden Bischöfen angenommen wurden, hatte man so nicht erwartet.

Am stärksten ist das *Außenamt* von den Umstrukturierungen betroffen. Zuvor war es für alle Außenbeziehungen der ROK im In- und Ausland zuständig und verfügte über weitreichende Kompetenzen. Nun wurden die Zuständigkeiten des Außenamtes auf verschiedene Abteilungen aufgeteilt. So wurde eine Synodale Abteilung für die Zusammenarbeit zwischen Kirche und Gesellschaft unter Leitung von Wsewolod

Chaplin gegründet. Die Angelegenheiten der Gemeinden der ROK im Ausland sowie der vormaligen Auslandskirche unterstehen künftig direkt dem Patriarchen, der hierzu von einem Sekretariat für ausländische Einrichtungen unterstützt wird. Alle übrigen Außenbeziehungen unterstehen weiterhin dem Außenamt, zu dessen Leiter der zum Erzbischof von Wolokolamsk erhobene Hilarion Alfejew⁴ ernannt wurde. Dieser war vorher Vertreter der ROK bei den europäischen Institutionen in Brüssel. Um den bereits angesprochenen Einsatz moderner Kommunikationsmittel besser koordinieren und professionalisieren zu können, wurde eine Synodale Abteilung für Information unter Führung eines kirchlichen Laien eingerichtet.

Diese Umstrukturierung hat geteilte Reaktionen hervorgerufen. Dass der Patriarch die neu entstandenen Posten mit treuen „Gefolgsleuten“ besetzt und die wesentliche Entscheidungsgewalt an das Patriarchenamt knüpft, wurde von einigen Kreisen sehr positiv aufgenommen, da die Kirche somit besser zu leiten sei. Andere Gruppierungen befürchten hingegen eine zu starke Machtkonzentration beim Patriarchen.

Kirche – Staat – Gesellschaft

Das oben erwähnte Dokument des Landeskonzils betont, dass die Kirche eine größere Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden suchen solle; jedoch dürfe sich die Kirche dabei nicht in staatliche Angelegenheiten einmischen. Umgekehrt gelte für den Staat, dass er sich aus den kirchlichen Angelegenheiten heraushalte.

In der Verfassung der Russischen Föderation ist die Trennung von Kirche und Staat festgeschrieben. Dennoch erhält die orthodoxe Kirche ideelle und materielle Hilfe von staatlichen Einrichtungen, weil die Orthodoxie als traditionelle Religion in Russland und daher als gesellschaftliches Kohäsionsmittel angesehen wird. Die ROK finanziert sich jedoch vorwiegend aus Spendengeldern sowohl von Privatpersonen als auch von namhaften Firmen. Eine Vielzahl der kirchlichen Immobilien ist aber immer noch in staatlicher Hand; die ROK hat sich bisher vergeblich um eine Restitution der Kirchengebäude bemüht. Mitte 2009 kamen dann Meldungen von staatlichen Behörden, die eine Rückgabe der Kirchengebäude in Aussicht stellten, jedoch dezidiert Wiedergutmä-

⁴ Vgl. auch das von Jewgenij Pilipenko verfasste Porträt in OST-WEST. Europäische Perspektiven 10 (2009), H. 3, S. 236-239.

chungszahlungen beziehungsweise die Wiederherstellung der zum Teil baufälligen Objekte ablehnten. Angesichts dessen ist es falsch, von einer Staatskirche in Russland zu sprechen. Vielmehr ist das Verhältnis von Staat und Kirche noch nicht austariert.

Die Verbesserung der kirchlichen Situation wurde auch durch das persönliche Verhältnis zwischen dem ehemaligen Präsidenten Wladimir Putin und dem verstorbenen Patriarchen Alexij II. begünstigt. Die künftige Entwicklung der ROK wird unter anderem davon abhängen,

Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Russland ist noch nicht austariert.

wie sich Kyrill I. zu der politischen Führungselite verhält. Bisher ist deutlich geworden, dass in seiner Person ein selbstbewusstes und redegewandtes Kirchenoberhaupt dem Staat entgegentritt. Kritiker

werfen der ROK allerdings weiterhin vor, dass sie zu sehr die Nähe zu politischen und wirtschaftlichen Kräften suche. In der Tat hat sich auch der neue Patriarch immer wieder mit Politikern und Vertretern aus der Wirtschaft getroffen. Die Mitteilung der Partei „Einiges Russland“, dass die ROK künftig bei Gesetzgebungsverfahren konsultiert werden solle, hat bei einigen Beobachtern den Eindruck verstärkt, dass sich die ROK in besonderem Maße in politische Angelegenheiten einmische.

Wenn auch klar ist, dass das Symphonia-Modell des Byzantinischen Reiches⁵ sich nicht genauso auf die heutige Gesellschaft übertragen lässt, hat es nach Kyrill dennoch die Funktion eines Ideals, an dem sich die Kirche zu orientieren habe.

Für das gesellschaftliche Wirken des Patriarchen ist die *Verkündigung von Werten* zentral. Sowohl die internationale Finanzkrise als auch die Anzeichen eines Niedergangs der westlichen Kultur seien auf das Fehlen oder den Verlust von Werten zurückzuführen. Demnach brauche nicht nur die russische, sondern auch die europäische Gesellschaft eine dringende Rückbesinnung auf die christlichen Wurzeln. Folglich ist die ROK bemüht, gegenüber den europäischen Institutionen orthodoxe Interessen zu vertreten und der russischen Gesellschaft eine geistige Basis zu geben. Entsprechend hebt Kyrill hervor, dass es für die Kirche unerlässlich sei, aus ihrem Ghetto einer Subkultur herauszutreten und ein christliches Zeugnis in der Gesellschaft zu entfalten.

In den letzten Jahren gab es vermehrt Diskussionen um die *Präsenz der Kirche in den Schulen und in der Armee*. Die Kirche hatte sich bisher

⁵ Vgl. dazu den Beitrag von Jelena W. Beljakowa in diesem Heft.

vergeblich für die Einführung eines verpflichtenden konfessionell gebundenen Schulfachs „Die Grundlagen der orthodoxen Kultur“ eingesetzt. Starker Gegenwind kam aus weiten Kreisen der Bevölkerung, die einen konfessionellen Religionsunterricht in einem säkularen Staat entschieden ablehnen. In der öffentlichen Diskussion hatte sich die Befürchtung breit gemacht, dass auf diese Art eine religiöse Ideologisierung betrieben werden solle. Daraufhin wurde diskutiert, ob es nicht besser wäre, Religionskunde zu unterrichten oder Ethikunterricht anzubieten.

Die russische Regierung gab nun im Juli 2009 bekannt, dass ab 2010 in knapp einem Viertel der Landesregionen *Religionskundeunterricht* in den Klassen 4 und 5 eingeführt werden soll, alternativ könne aber auch Ethikunterricht gewählt werden. Um eine weltanschauliche Neutralität zu wahren, soll der Unterricht nur von staatlichen Lehrern, nicht aber von Geistlichen abgehalten werden. Bei der Erarbeitung eines Lehrbuchs werden die Vertreter und Experten aller Religionsgemeinschaften konsultativ hinzugezogen. Zunächst soll das neue Unterrichtsfach probeweise für drei Jahre unterrichtet werden, bevor es dann landesweit verpflichtend in das Curriculum aufgenommen wird. Der Wunsch der Kirche nach einer religiösen und moralischen Grunderziehung in konfessioneller Ausrichtung ist somit nicht umgesetzt worden.

Ein Durchbruch in den Staat-Kirche Beziehungen konnte hingegen im Bereich der *Militärseelsorge* erreicht werden. In naher Zukunft will der Staat für die seelsorgliche Betreuung der Soldaten orthodoxe Priester einstellen und besolden. Bisher wurden die Seelsorger in den Streitkräften von der Kirche bezahlt und übten diese Tätigkeit neben der Sorge um eine Pfarrgemeinde aus. Der Patriarch hat sich wiederholt für die Notwendigkeit einer Militärseelsorge ausgesprochen. Dabei gestand er ein, dass die Kirche bisher nicht genügend Priester hierfür ausgebildet habe. Nun sollen Geistliche in Vollzeitbeschäftigung für diese Bereichs-seelsorge abgestellt und entsprechend auf diese Aufgabe vorbereitet werden. In der Begründung für eine spirituelle Betreuung von Soldaten und Armeeangehörigen rekurriert der Patriarch auf Aspekte, die bereits in dem Dokument „Grundlagen der Sozialdoktrin“ (2000) erfasst wurden.⁶ Demzufolge ist es die Aufgabe der Streitkräfte, für die „Verteidigung der Nächsten sowie die Wiederherstellung verletzter Gerechtig-

⁶ Deutsche Fassung (mit Einführung und Kommentaren) von Josef Thesing/Rudolf Uertz (Hrsg.): Die Grundlagen der Sozialdoktrin der Russisch-Orthodoxen Kirche. Sankt Augustin 2001 (hier: Abschnitt VIII. „Krieg und Frieden“).

keit“ zu sorgen. In einer Ansprache vor Soldaten der Schwarzmeerflotte im August hob der Patriarch hervor, dass diejenigen, die in einem gerechten Krieg ihr Leben für die Verteidigung des Vaterlandes und der Mitmenschen hingeben, das Gebot der Nächstenliebe erfüllen. Um diesen Dienst ausüben zu können, müssten die Soldaten geistig gefestigt sein, hierzu solle die Militärseelsorge dienen. Es ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, dass die seelsorgliche Betreuung von Soldaten auch die Möglichkeit der Evangelisierung, Katechese und Wertevermittlung bietet.

Die Einheit der orthodoxen Kirche(n)

Neben dem Bestreben, missionarisch Kirche zu sein, sucht der Patriarch nach Wegen, sein Amt als einen Dienst der Einheit auszuüben. Sowohl die Einheit der ROK als auch die Zusammenarbeit mit den anderen orthodoxen Lokalkirchen ist ein erklärtes Ziel der Kirchenführung.

Bei seinen bisherigen Reisen in die Ukraine im Juli/August 2009 und nach Weißrussland im September 2009 wiederholten sich Aussagen, die auf das gemeinsame geistige Erbe der Kiewer Rus' als orthodoxen Kulturraum abhoben.⁷ Es geht dabei weniger um eine politische als mehr um eine historische, geistige Einheit dieser durch die orthodoxe Kirche und Kultur geprägten Länder. Zahlreiche Auftritte stützten das verbale Bekenntnis zu einer geeinten Russischen Orthodoxen Kirche, beispielsweise die Zeremonien um den Festtag des Heiligen Fürsten Wladimir von Kiew, der als identitätsstiftende Figur der Kirchengeschichte dient. Großfürst Wladimir nahm im Jahr 988 das byzantinische Christentum an und ließ auch seine Untertanen taufen. In der Geschichtsschreibung gilt dieses Ereignis als Beginn der russischen Kirchengeschichte.

Obwohl der Besuch des Patriarchen in der Ukraine auch als politisch motiviert wahrgenommen wurde, gab es überwiegend positive Reaktionen. Allgemein wurde er als ein Zeichen für einen neu einsetzenden Dialog zur Überwindung der dortigen Kirchenspaltungen angesehen. Sowohl die angespannten politischen Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine als auch die Existenz dreier orthodoxer Kirchenstrukturen

⁷ Vgl. dazu Antoine Arjakovsky: Das Konzept der „Kiewer Kirche“ – ein Weg zur Annäherung der Konfessionen in der Ukraine. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 10 (2009), H. 3., S. 189-194.

und der griechisch-katholischen Kirche machten diese Reise so schwierig. Von Seiten des Moskauer Patriarchats war sie als Pilgerfahrt zu den heiligen Stätten in der Ukraine gedacht. Der Patriarch forderte dabei aber auch die getrennten orthodoxen Christen auf, sich wieder dem Moskauer Patriarchat zu unterstellen. Unter Rückgriff auf die Geschichte der Kiewer Rus' stellte sich Kyrill eben auch als Patriarch aller Ukrainer dar. Zwar lehnt das Oberhaupt der ROK weiterhin die Bildung einer eigenständigen, autokephalen Ukrainischen Orthodoxen Kirche ab, doch gestand Kyrill ebenso ein, dass eine „falsche Politik“ des Moskauer Patriarchats Mitschuld an den Spaltungen in der Ukraine trage. Was hiermit genau gemeint ist, bleibt fraglich.

Allgemein wurde der Besuch Kyrills in der Ukraine als ein Zeichen für einen neu einsetzenden Dialog zur Überwindung der dortigen Kirchenspaltungen angesehen.

Die unklare kirchliche Situation in der Ukraine und in Estland bestimmt auch weiterhin die Beziehungen zum (Ökumenischen) Patriarchat von Konstantinopel. Kyrills erste Auslandsreise Anfang Juli führte ihn nach Istanbul in den Stadtteil Phanar, wo sich der Sitz des Ökumenischen Patriarchen befindet. Beide Seiten waren sich einig, dass die Probleme, die wegen der kirchliche Lage in Estland und der Ukraine zwischen den beiden Patriarchaten entstanden sind, in baldiger Zukunft einer Lösung zugeführt werden müssen, wenn die gesamtorthodoxe Einheit nicht dauerhaft gefährdet werden soll.

Ökumene

Auch in den Beziehungen zur römisch-katholischen Kirche spielt die Ukraine eine besondere Rolle. Die Existenz der mit Rom unierten griechisch-katholischen Kirche, besonders im Westen des Landes, wird von der ROK als Fortführung eines unkanonischen Zustands empfunden. Die Gemeinden sollten sich – so Vertreter des Moskauer Patriarchats – entweder der orthodoxen oder der römisch-katholischen Kirche anschließen. Die Tatsache, dass Kyrill I. auf seiner Ukrainereise mit römisch-katholischen, nicht aber mit griechisch-katholischen Geistlichen zusammentraf, ist ein Ausdruck dafür, dass in die Frage nach dem Status der unierten Kirchen noch keine Bewegung gekommen ist.

Aus Russland sind in der letzten Zeit hingegen gehäuft Mitteilungen

katholischer Kirchenvertreter zu lesen, dass sich die Zusammenarbeit der Kirchen auf der Ebene der Gemeinden positiv und konstruktiv entwickelt. Bezüglich der Frage nach einem Treffen des Patriarchen mit Papst Benedikt XVI. bleibt die Position der ROK in der Sache hingegen unverändert. Grundsätzlich müsse die kirchliche Situation in der Westukraine geklärt und eine gemeinsame Position bezüglich Proselytismus und Uniatismus⁸ gefunden werden, ehe die beiden Kirchenoberhäupter zusammentreffen könnten – so die Forderung der ROK seit Jahren.

Die Beziehungen zur katholischen Kirche haben sich trotz bleibender offener Fragen verbessert.

Das Moskauer Patriarchat ist jedoch seit einigen Jahren bestrebt, die katholische Kirche für eine strategische, orthodox-katholische Allianz zu gewinnen, um Zeugnis für die Wahrheit vor der

säkularen Welt abzulegen. Gemeinsam müsse man die traditionellen christlichen Werte verteidigen und gegen einen „militanten Säkularismus“ und Relativismus angehen. Hilarion Alfejew hat diese Idee schon früher propagiert und dazu aufgerufen, gemeinsam für christliche Werte einzustehen, auch wenn im theologischen Dialog zwischen den Kirchen noch einige Hürden zu überwinden seien. Seine Ernennung zum Leiter des Außenamtes bedeutet daher eine Fortführung dieses Kurses. Im September fand ein einstündiges Treffen zwischen dem Papst und Hilarion statt, in dem auch die Gemeinsamkeiten und Spannungen in den Beziehungen zwischen dem Moskauer Patriarchat und dem Vatikan angesprochen wurden.

Die Beziehungen zu den evangelischen Kirchen sind indes etwas distanzierter geworden. Im November 2009 hat eine Äußerung des Außenamtsleiters für Verunsicherung und Verwunderung gesorgt. Er sagte gegenüber einer russischen Tageszeitung, dass nach der Wahl Margot Käßmanns zur Ratspräsidentin der EKD die Frage nach der Weiterführung des Dialogs mit der Evangelischen Kirche in Deutschland offen sei und über neue Formen des Gesprächs nachgedacht werden müsse. Eine unglückliche Kommunikation hat dazu geführt, dass die ROK und die EKD die Feierlichkeiten absagten, die anlässlich des 50jährigen Jubiläums des gemeinsamen bilateralen Dialogs für Anfang

⁸ Diese Begriffe, also der Vorwurf, orthodoxe Gläubige „abzuwerben“, und die Existenz der unierten Kirche beinhalten in verkürzter Form die Hauptvorwürfe der ROK gegen die katholische Kirche (Anm. d. Redaktion).

Dezember geplant waren.⁹ Beide Kirchen wollen dennoch im Dialog bleiben. Die Kirchenleitung der ROK macht aber auch deutlich, dass sie Schwierigkeiten mit dem Werteverständnis protestantischer Kirchen habe. Dies wird beispielsweise in der Sicht auf die Menschenrechte oder auch in der Frage der Frauenordination deutlich.

Anhang

Sehr geehrte Dr. Käßmann!

Sehr geehrter Dr. Schindehütte!

Im Namen des Heiligsten Patriarchen von Moskau und ganz Russland danke ich Ihnen für Ihren Brief vom 13. November 2009. Seine Heiligkeit bedauert, dass die Feier zum 50-jährigen theologischen Dialog zwischen der Russischen Orthodoxen Kirche und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) abgesagt wurde. Die Entscheidung über die Absage der Feierlichkeiten hat die EKD einseitig beschlossen, ohne jegliche vorherige Absprache mit unserer Seite. Als einer der Gründe für diese Entscheidung dienten laut Ihren Worten meine Äußerungen zur jüngsten Wahl der Ratsvorsitzenden der EKD. Meiner Enttäuschung darüber habe ich in der Tat Ausdruck verliehen. Dennoch lassen sich meine Äußerungen in dieser Frage wohl kaum als „ungebührlich“ bezeichnen, da sie nichts Beleidigendes für die EKD enthalten haben. Schließlich hat jeder Mensch das Recht, offen seine Meinung zur dieser oder jener Frage auszudrücken, vor allem in Fragen von solcher Tragweite.

Zu Recht heben Sie hervor, dass die Existenz der Frauenordination in der EKD in der Vergangenheit kein Hindernis für unsere Begegnungen

⁹ In einem Interview mit dem „Spiegel“ (Nr. 51/2009, S. 111 f.) hat Erzbischof Hilarion versucht, die Position der ROK zu verdeutlichen; vgl. auch seine Ausführungen in OST-WEST. Europäische Perspektiven 6 (2005), H. 2, S. 83-88. Ähnlich äußert er sich in einem Brief vom 10.12.2009 an Bischöfin Dr. Margot Käßmann und an Bischof Dr. Martin Schindehütte, den Leiter der Abteilung für Ökumene und Auslandsarbeit in der EKD (die russische Fassung findet sich unter <http://www.mospat.ru/ru/2009/12/10/news10042>; letzter Zugriff: 26.01.2010). G2W, das Ökumenische Forum für Glauben, Religion und Gesellschaft in Ost und West, hat das Schreiben in deutscher Übersetzung wiedergegeben; der nachstehende Wiederabdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung von G2W in Zürich. (Quelle: http://www.kirchen.ch/g2w/index.php?option=com_content&view=article&id=291%3Adokument-erzbischof-ilarion-an-die-ratsvorsitzende-der-ekd&catid=1%3Aaktuelle-nachrichten&Itemid=28; letzter Zugriff: 26.01.2010).

und Diskussionen dargestellt hat. Dies hatte seine Gründe. Vor mehr als 30 Jahren erklärte der Hl. Synod unserer Kirche zum Pastoraldienst der Frau: „Wir sehen keinen Grund zum Widerspruch ... bei Konfessionen, die das Priestertum nicht als Sakrament ansehen, und wo somit aus der Sicht der Orthodoxie das sakramentale Priestertum als solches nicht existiert“ (Sendschreiben des Hl. Synods betreffend die V. Vollversammlung des Weltkirchenrats und deren Ergebnisse. In: Journal des Moskauer Patriarchats 1976, Nr. 4, S. 9). Obwohl wir auch früher ein Vorhandensein des Priestertums in den protestantischen Gemeinschaften nicht anerkannten und folglich diese auch nicht als „Kirchen“ in unserem Verständnis anerkannt haben, standen wir mit einigen von ihnen im Dialog in der Form von „Kirche zu Kirche“.

Heute ist die Situation eine andere – eine Frau wurde Ratsvorsitzende der EKD. Hier stellt sich nun die prinzipielle Frage nach der Möglichkeit der Fortführung des Dialogs in der bisherigen Form. Denn solch eine Wahl zeugt davon, dass der Dialogpartner trotz des 50-jährigen Dialogs mit der Orthodoxie einen Weg beschreitet, der die Unterschiede zwischen unseren Traditionen dramatisch vergrößert. Es ist nur natürlich, wenn sich nun die prinzipielle Frage stellt: Was bedeutet unser Dialog, wenn sein Ergebnis nicht das früher von beiden Seiten deklarierte Aufeinanderzugehen ist, sondern im Gegenteil eine Bewegung – zumindest eines Dialogpartners – vom anderen weg? Weiterhin können wir auch die Meinung unserer Gläubigen nicht unberücksichtigt lassen – für sie sind Begegnungen und Gespräche mit einer Kirche, zu deren Oberhaupt eine Frau gewählt wurde, absolut inakzeptabel.

Unter diesen Umständen habe ich beschlossen, zur 50-Jahr-Feier unseres Dialogs nicht nach Deutschland zu reisen. Doch ich war bereit, meinen Stellvertreter ... zu entsenden. Der Moskauer Teil der Feier hätte dagegen auf der vorher geplanten hohen Ebene stattgefunden, und wir hätten uns aufrichtig gefreut, unseren langjährigen Freund, Bischof Wolfgang Huber, an der Spitze der EKD-Delegation zu sehen. Leider wurden auf Beschluss der neuen Leitung der EKD alle Feierlichkeiten abgesagt. Dabei befand man es nicht einmal für nötig, irgendeinen Kontakt mit mir aufzunehmen. Entgegen der Behauptung gewisser russischer Medien wurde weder von mir noch von irgendeinem meiner Mitarbeiter ein „Abbruch der Beziehungen“ zur EKD verkündet. Wir schätzen die langjährigen freundschaftlichen Beziehungen zu den deutschen Protestanten sehr, und die Erfahrung des theologischen Dialogs wird sich zweifelsohne auch in Zukunft als nützlich erweisen.

Ich bedaure, dass das Jubiläum unseres Dialogs, der solch gute Früchte in der Vergangenheit gebracht hat, zugleich auch das Ende dieses Dialogs in der Form bedeutet, in der er ein halbes Jahrhundert bestand. Die wichtigste Ursache dafür sind jedoch nicht die einen oder anderen Äußerungen, die in den letzten Tagen gemacht wurden, sondern die Prozesse, die im Schoß des westlichen Protestantismus in den letzten Jahrzehnten vonstatten gegangen sind. Wir in der Russischen Orthodoxen Kirche sind sehr beunruhigt über den wachsenden säkularen Einfluss auf die Entwicklung von Theologie und kirchlichem Leben in den protestantischen Gemeinschaften. Die Liberalisierung moralischer Normen und der Abfall von den apostolischen Regeln bei der Organisation des kirchlichen Lebens bewegen uns dazu, gegenüber unseren Brüdern und Schwestern im Geist christlicher Liebe Zeugnis abzulegen von der authentischen christlichen Tradition. Heute wird der Abgrund immer tiefer, der die traditionellen christlichen Kirchen und jene Gemeinschaften westlicher Christen von einander trennt, die aus Gefälligkeit gegenüber modernen säkularen Standards den Weg einer Liberalisierung der Glaubenslehre, der kirchlichen Organisation und moralischer Normen beschritten haben.

Dies ist nicht die Schuld der Orthodoxen, die in all den Jahren des Dialogs nicht einen Schritt von ihren protestantischen Brüdern und Schwestern zurückgewichen, sondern im Gegenteil ihren Verpflichtungen treu geblieben sind. Die EKD hat entschieden, eine Frau zum Oberhaupt ihrer Kirche zu wählen, und hat somit ihre Wahl getroffen. Wir sind bereit, diese Entscheidung als innere Angelegenheit der EKD anzusehen. Doch wenn es um den Dialog geht, an dem sich unsere Kirche beteiligen soll, behalten wir uns das Recht vor, über die Zweckdienlichkeit einer weiteren Fortsetzung dieses Dialogs sowie über die Form zu entscheiden, in der sich die Zusammenarbeit zwischen uns künftig gestalten soll. In meinen Augen wäre es richtig, die jetzige Situation nach Ablauf einer gewissen Zeit in ruhiger Atmosphäre zu besprechen; ich bin bereit, dazu im Frühjahr 2010 nach Deutschland zu reisen.

Mit Hochachtung

Der Vorsitzende des Kirchlichen Außenamtes des
Moskauer Patriarchats
Erzbischof Hilarion von Wolokolamsk

Der Begriff „symphonia“ in der russischen Geschichte

I.

Im Vorwort zu der von Kaiser Justinian im Jahre 535 erlassenen 6. Novelle¹ fanden sich Worte zur *symphonia* (d. h. zur Harmonie) von Geistlichkeit und Kaisertum, die es zu einer außergewöhnlichen Bekanntheit gebracht haben. Geistlichkeit und Kaisertum wurden in diesem Text als zwei von Gott erhaltene Gaben gedeutet, und es bürgerte sich eine Aufteilung ihrer Funktionen ein: Die Geistlichkeit kümmert sich um das Göttliche, die kaiserliche Macht um das Menschliche. Bei gewissenhafter Erfüllung ihrer Verpflichtungen durch die Mächte wurde ein „gutes Einvernehmen“ (*symphonia*) postuliert, dessen Bedingung im Einhalten der geistlichen Regeln bestand.

Der Text der 6. Novelle legte die Richtlinien zur Ernennung des Bischofs fest, d. h. die Idee einer Funktionsteilung widersprach nicht der Tatsache, dass der Kaiser Gesetze verabschiedete, die die Kirche betrafen. In den Novellen, die von Justinian erlassen wurden, sind bedeutsame Reglementierungen der Richtlinien zur Weihe zu den verschiedenen kirchlichen Rängen enthalten, Vorschriften über das Mönchtum, über das Vermögen jener, die kirchliche Ämter bekleideten, Regelungen zur Kirchengerichtbarkeit und andere. Bei weitem nicht alle diese Verordnungen wurden von der Kirche übernommen.

Das Vorwort zur 6. Novelle fand als 1. Kapitel in die Sammlung in

¹ Kaiser Justinian I. (reg. 527-565) ließ das römische Recht im Codex Justinianus (abgeschlossen 529) zusammenstellen, hinzu kamen bis 533 verschiedene Ergänzungen. Diese Sammlung, die seit dem Mittelalter die Bezeichnung „Corpus Iuris Civilis“ trägt, bildet eine der wesentlichen Grundlagen der europäischen Rechtsgeschichte. Die im Folgenden erwähnten Novellen beinhalten Verordnungen, die nach dem Erscheinen der Sammlung herausgegeben und dieser hinzugefügt wurden (Anm. d. Redaktion).

Die Autorin ist Mitarbeiterin am Institut für russische Geschichte der Moskauer Akademie der Wissenschaften.

87 Kapiteln des Johannes III. Scholastikos (565-577 Patriarch von Konstantinopel) Eingang; der Sammlung in 87 Kapiteln begegnet man vielfach in den Sammlungen byzantinischer Rechtstexte. Eine Neuinterpretation erfuhren die Worte im 9. Jahrhundert in der von Patriarch Photios I. 886 herausgegebenen „Isagoge“ („Einführung“) in der die Wechselbeziehung der beiden Mächte mit dem Körper und der Seele des Menschen verglichen wurde, was zu einem bedeutenden Anwachsen der kirchlichen Autorität führte, indem ihr damit der tonangebende Platz eingeräumt wurde.

Wie die byzantinische Geschichte zeigt, erwies sich die Autorität der kirchlichenrechtlichen Bestimmungen als Hindernis für ernsthafte Veränderungen der Kirchenstruktur. Für die letzte Phase der Existenz des Reichs konstatieren die Forscher eine Tendenz zum Anwachsen sowohl der Rolle des Mönchtums im Leben des Reichs als auch der Kirche auf dem Gebiet des Rechts.

II.

Im alten Russland war die Wechselbeziehung zwischen fürstlicher und kirchlicher Macht eine wesentlich andere. Einerseits befand sich die kirchliche Organisation, die in Russland durch fürstlichen Befehl geregelt und durch eine zentralisierte Zehntabgabe unterhalten wurde, in größerer materieller Abhängigkeit vom Fürsten. Andererseits wurde der „russische“ Metropolit in Konstantinopel ernannt und war bis zum 13. Jahrhundert in der Regel ein Grieche. Das verschaffte ihm einen klar definierten Status: Er war nicht Untergebener eines Fürsten, unterlag nicht seinem Gericht, konnte nicht ohne das Einverständnis Konstantinopels abgesetzt werden. Seit dem 13.

Jahrhundert wechselten sich dann russische und konstantinopolitanische Bischöfe auf dem Metropolitenthron ab.

Bis ins 13. Jahrhundert hinein war Russland kirchlich unmittelbar von Konstantinopel abhängig.

Die Stärkung der fürstlichen Macht führte mehr als einmal zu Versuchen, das selbstständige Recht zur Ernennung der Metropoliten zu erlangen. Die erste wichtige Hinwendung zum Text der 6. Novelle erschien auch im russischen Schrifttum in Verbindung mit dem Kampf des Fürsten für das Recht auf einen eigenen Schützling. Großfürst Michail Jaroslawitsch von Twer war nicht gewillt, den Metropoliten Peter (Amtszeit: 1308-1326), Schützling des galizi-

schen Fürsten, zu akzeptieren. Gegen Peter wurden Beschuldigungen der Simonie² vorgebracht, und der Twerer Mönch Akindin forderte den Fürsten auf, über den Metropoliten Gericht zu halten, wobei er sich auf das 1. Kapitel der Sammlung in 87 Kapiteln berief, indem er den Nachweis erbrachte, dass der Fürst auf seinem Gebiet über kaiserliche Macht verfüge und für die Einhaltung der Gesetze Sorge zu tragen habe.

Die Autokephalie der Moskauer Metropole (1448), d. h. ihre Autonomie in innerkirchlichen Belangen, und der Fall Konstantinopels (1453) veränderten die Beziehungen zwischen der fürstlichen und der kirchlichen Macht in bedeutsamer Weise. Der Metropolit war ab sofort dem Großfürsten unterworfen, die Grenzen der Metropole verengten sich erheblich, und die Funktion des Metropoliten begann vollständig vom Willen des Moskauer Großfürsten abzuhängen. Seit dem Ende des 15. Jahrhunderts wurde im Zusammenhang mit der Politik Iwans III. (1440-1505) das Thema „Schutz der kirchlichen Besitztümer“ aktuell. In diesem Kontext wurde die „*symphonia* der Mächte“ dazu verwendet, um der Staatsmacht die Idee einer Protektion der Kirche sowie den Verzicht auf das Vorhaben, sich kirchliche Ländereien anzueignen, zu suggerieren. Genau so verhält es sich auch mit der Idee der *symphonia*, wie sie in der „Synodalen Antwort“ aus dem Jahr 1503 und in den Sammlungen von Kanones des Metropoliten Daniil (Amtszeit: 1522-1539) niedergelegt worden war. Die Worte aus der 6. Novelle wurden in das apokryphe „Wort der 165 Väter gegen die Beleidiger der Kirchen Gottes“ eingegliedert, in welchem die Todesstrafe für all die gefordert wird, die sich am Kirchenbesitz vergreifen, eingeschlossen den „Träger der Krone“, d. h. den Zaren.

Nach Gründung des Moskauer Patriarchates (1589) und besonders zur Zeit der Kirchenleitung durch Patriarch Filaret (Amtszeit: 1619-1633) trat eine einzigartige Situation ein: Der Patriarch war der leibliche Vater des Zaren, was zu einem erheblichen Bedeutungszuwachs der Patriarchen führte. Aber der Versuch Patriarch Nikons (Amtszeit: 1652-1666), die Macht der Kirche höher als die des Zaren zu proklamieren, misslang und endete mit der Absetzung des Patriarchen. Im Vorwort zur Ausgabe des liturgischen Buches *Služebnik* im Jahr 1656 zitierte Patriarch Nikon vollständig den Text des 1. Kapitels der „Sammlung in 87

² Kauf oder Verkauf von geistlichen Ämtern; zum Hintergrund vgl. App 8,18-24 (Anm. d. Redaktion).

Kapiteln“ zur Rechtfertigung der Notwendigkeit liturgischer Reformen, die von der „gottweisen Zweiheit“ durchgeführt worden seien.

III.

Die Verurteilung Patriarch Nikons und die Aufhebung der Patriarchenmacht sowie die Einsetzung des Heiligen Synods ein halbes Jahrhundert später unter Zar Peter dem Großen veränderten die Machtverhältnisse erheblich. Im Manifest über die Einsetzung des Geistlichen Kollegs (1721) wurde die Erklärung dafür gegeben, warum eine Patriarchenmacht unzulässig sei: Das einfache Volk kann darin nicht erkennen, wer über die höchste Macht im Land verfügt. Der Synod wurde zu einem Teil des staatlichen Verwaltungssystems und hatte sich den Anordnungen nicht nur des Zaren, sondern auch der durch ihn ernannten Beamten – der Ober-Prokuroren – zu fügen. Die Säkularisation der kirchlichen und klösterlichen Ländereien zur Zeit Katharinas II. (1764) entzog der Kirche die ökonomische Selbstständigkeit. Entschlossen trat Erzbischof Arsenij gegen die Säkularisation und für die Wiederherstellung des Patriarchentums auf. In seinen an Katharina II. adressierten Briefen gibt es auch Hinweise auf das Vorwort zur 6. Novelle Justinians, welches als Begründung der Notwendigkeit einer Rückkehr zu der früheren Kirchenstruktur dient. Für seinen Protest bezahlte Arsenij nicht nur mit dem Verlust seines Bischofssitzes, sondern wurde auch zu lebenslangem Arrest verurteilt.

Die Idee der *symphonia* bleibt zwar im russischen kirchlichen Denken des 19. Jahrhunderts gegenwärtig, aber sie wird inhaltlich reduziert auf die Protektion der Kirche durch den Zaren und auf die Unterstützung des Staates durch die Kirche. Für den berühmten Schriftsteller und „Freidenker“ Alexander Radischtschew (1749- 1802), Autor der Ode „Freiheit“, ist die Idee einer *symphonia* der Mächte mit der Unterdrückung der Gesellschaft verbunden.³

³ Textauszug:

Betrachten wir den weiten Raum,
wo schwacher Thron uns Knechtschaft lehrt.
Städtische Macht, im Unfrieden kaum,
der Gottheit Bild im Zaren ehrt.
Des Zaren Macht den Glauben beschützt,
der Glaube zur Machterhaltung nützt;

Während der synodalen Periode verstärkt sich die Sakralisierung der Zarenmacht in Russland erheblich; die Vorstellung von einem besonderen Charisma des Zaren als eines Gesalbten Gottes ist für die synodale Gottesdiensttradition charakteristisch und wird auch vom religiösen Bewusstsein des Volkes weitgehend akzeptiert.

Unter dem Einfluss der westeuropäischen Tradition beginnt man die *symphonia* im 19. Jahrhundert nicht als die Gleichheit von weltlicher und kirchlicher Macht zu behandeln, sondern als ein bestimmtes Modell der

Während der synodalen Periode verstärkt sich die Sakralisierung der Zarenmacht erheblich.

gegenseitigen Beziehungen von Kirche und Staat. Die Entwicklung der juristischen und kirchenrechtlichen Wissenschaft in Russland führt seit der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Suche nach

adäquaten Modellen von Wechselbeziehungen zwischen Kirche und Staat. Die Arbeiten russischer Experten jener Zeit wie A. S. Pawlow, I. S. Berdnikow und N. S. Suworow bieten eine ernsthafte Analyse und Kritik der bis dahin in Europa existenten Systeme von Wechselbeziehungen zwischen Kirche und Staat. N. S. Suworow schrieb darüber, dass die *symphonia* von Kirche und Staat in Russland nur im Sinne der Selbstständigkeit und der Homogenität zweier Ordnungen, der kirchlichen und der staatlichen, und im Sinne gemeinsamer Beziehungen und Verträge zwischen den Organen dieser und jener Ordnung unter der obersten Leitung eines Machträgers möglich sei.

Die revolutionären Ereignisse von 1905, die Herausgabe eines Manifestes zur Gewissensfreiheit in Russland und die Einrichtung einer überkonfessionellen Staatsduma als Organ der Staatsverwaltung aktivierten die russische kirchliche Öffentlichkeit in bedeutsamer Weise; sie wurden zum Impuls einer vorkonziliaren Bewegung, die unter der Lösung einer „Rückkehr zur kanonischen Struktur“ verlief. In der Kirche begann eine breite Beratung notwendiger kirchlicher Reformen, die sich in den Materialien der vorkonziliaren Versammlung widerspiegelte. Juristen und Kirchenrechtsfachleute versuchten bei der Beratung der Notwendigkeit von Veränderungen des Kirchenstatus mehrmals, sich den Text der 6. Novelle als ein Modell von Wechselbeziehungen zwischen Kirche und Staat zunutze zu machen.

ihr Bund das Volk zu Boden reißt;
eins ist es, die Vernunft zu schweißen,
das and're: die Freiheit niederreißen;
„zu aller Nutzen“, wie es heißt.

IV.

In dieser Zeit wurde in den weltlichen demokratischen Kreisen die Frage nach der Trennung der Kirche vom Staat gestellt. Diese Frage versuchten die Mitglieder der Zweiten Kommission der Staatsduma im Jahre 1907 aufzuwerfen. Die Idee einer Trennung stieß in monarchistischen Kreisen auf Empörung; sie betrachteten das als eine Untergrabung gerade des Prinzips der mit religiösem Charakter versehenen Selbstherrschaft (Autokratie). Die Februarrevolution 1917 wurde von einem beträchtlichen Teil der „weißen“ Geistlichkeit⁴ teilnahmsvoll begrüßt. Auf dem

Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde in den weltlichen demokratischen Kreisen die Frage nach der Trennung der Kirche vom Staat gestellt.

allrussischen Kongress der Geistlichkeit und der Laien, der im Juni 1917 in Moskau stattfand, hieß es im Vortrag M. Strushenzows: „Wir halten den auf einer allgemeinen Gleichberechtigung gegründeten wahrhaft demokratischen Aufbau des Staates einem Verständnis von der menschlichen Persönlichkeit, wie es das Christentum verkündet, dem sich auf die Gleichheit der Menschen vor Gott gründenden Prinzip der Katholizität (*sobornost*)“ für mehr entsprechend.“ Die Diskussionen über den rechtlichen Status der Kirche im Staat und die Möglichkeiten ihrer freien Existenz wurden auf dem vorkonziliaren Rat fortgesetzt, wo erstmals die Formel „Freie Kirche im Rechtsstaat“ aufgestellt wurde und Metropolit Antonij (Stadnizkij) bemerkte, dass die „*symphonia*, die aus dem byzantinischen System übernommen worden war, nicht zum Gleichgewicht geführt hat, sondern zur Unterjochung der Kirche durch den Staat“. Die Erörterung des rechtlichen Status der Kirche erfolgte auf den Versammlungen des Landeskonzils im November/Dezember 1917, und in vielem trennte es die Teilnehmer des Konzils, deren Mehrheit nicht an die Unumkehrbarkeit der im Lande geschehenen politischen Veränderungen glaubte oder weiterhin vermutete, Russland werde sich zu einem Rechtsstaat entwickeln. In dem auf dem Konzil angenommenen Beschluss „Über die rechtliche Lage der Orthodoxen Russischen Kirche“ war der Verzicht auf den Gebrauch der Formel „*symphonia*“

⁴ Gemeint sind hier – etwas verkürzt ausgedrückt – die Anhänger eines demokratischen Wandels im Russland im Gegensatz zu „roten“ Kräften, d. h. den Anhängern Lenins, die dann in der Oktoberrevolution 1917 die Macht an sich rissen (Anm. d. Redaktion).

ebenso neu wie die Deklaration kirchlicher Existenzmöglichkeiten in einer beliebigen Staatsform.

Es ist anzumerken, dass die Diskussion zu Beginn des 20. Jahrhunderts breiten kirchlichen Kreisen unbekannt blieb und ihre Teilnehmer entweder Russland verlassen hatten (wie S. Bulgakow) oder ermordet wurden (wie I. Galachow und W. N. Beneschewitsch). Das Dekret über die Trennung der Kirche vom Staat (23. Januar 1918) widersprach dem Beschluss des kirchlichen Konzils, und die neue Macht diktierte der Kirche streng nicht nur ihren rechtlichen Status, sondern auch das innere Leben, ohne Rücksicht auf die Reaktion der Gläubigen – die deklarierte Trennung war durchaus nicht geschehen.

Erst in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts erwarb die Kirche in der UdSSR von Neuem das Recht, ihre Stimme zu erheben, und statt der Suche nach adäquaten Modellen begann wieder das Thema *symphonia* zu ertönen, das in der „Sozialdoktrin“ der Russischen Orthodoxen Kirche aus dem Jahr 2000 die Charakteristik einer „idealen“ Form erhalten hat.⁵ Unter den gegenwärtigen Bedingungen hat die Formel Justinians einen neuen, ergänzenden Klang: In Russland wird sie zu einem Argument zugunsten der Wiedererrichtung der Monarchie. In den Ländern der GUS führt die Gerichtetheit auf eine *symphonia* mit den Mächten zur Autokephalie. Aber paradoxerweise entspricht die Formel im Ganzen der gegenwärtigen Tendenz einer Annäherung der herrschenden russischen Nomenklatura an die Repräsentanten der kirchlichen Hierarchie. In Rechenschaftsberichten aus den Diözesen kann man heute die folgenden Worte lesen: „Alle gebietsbezogenen Maßnahmen verlaufen in harmonischer *symphonia* der orthodoxen Kirche und der weltlichen Macht, an allen Maßnahmen nimmt der Chef der Gebietsverwaltung gemeinsam mit dem Propst teil.“ Nicht einmal das Gedenken an die Verfolgungen der Kirche stört den Bund der Mächte.

Aus dem Russischen übersetzt von Friedemann Kluge.

⁵ Vgl. dazu auch oben S. 9, Anm. 6 (besonders Abschnitt III.4).

Politisches und soziales Engagement der orthodoxen Kirche in Russland

Vorbemerkung

Unterschiedliche Ebenen sind zu unterscheiden, um die Rolle der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) in sozio-politischer Hinsicht zu bestimmen: zum einen die Ebene der theologischen Programmatik, wie sie sich in der Sozialverkündigung der Kirche niederschlägt; zum anderen die Ebene der Relevanz, die der Kirche in staatlicher, politischer und gesellschaftlicher Hinsicht tatsächlich zukommt. Im folgenden Beitrag sollen beide Ebenen berücksichtigt werden, d. h. es geht um die Frage nach dem Verhältnis zwischen den zentralen Anliegen der Sozialverkündigung der ROK und ihrer Realisierung unter den gegenwärtigen Bedingungen in Russland.

„Die Grundlagen der Sozialkonzeption“

Seit die Bischofssynode der ROK im Jahre 2000 die so genannten „Grundlagen der Sozialkonzeption“ (GS) verabschiedet hat, liegt erstmals ein offizielles kirchliches Dokument zu den wichtigsten sozialetischen Themen vor.¹ Dem Dokument wurde von der Bischofssynode ein hoher Grad an Verbindlichkeit zugewiesen. Ohne den Anspruch zu erheben, eine Glaubenslehre zu formulieren – deshalb ist auch die Übersetzung „Sozialdoktrin“ irreführend – sollte das Dokument doch die bis auf weiteres geltenden sozialetischen Leitlinien zum Ausdruck bringen.

So ist das Dokument in der Folgezeit auch rezipiert worden. Es bildet

¹ Deutsche Fassung (mit Einführung und Kommentaren) von Josef Thesing/Rudolf Uertz (Hrsg.): Die Grundlagen der Sozialdoktrin der Russisch-Orthodoxen Kirche. Sankt Augustin 2001.

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Kirchen- und Konfessionskunde der Humboldt-Universität Berlin.

gegenwärtig einen elementaren Bestandteil der theologischen Ausbildung, und in Predigten, Beiträgen für Funk und Fernsehen, Buchpublikationen usw. wird darauf im Sinne einer normativen kirchlichen Stellungnahme Bezug genommen. In jüngerer Zeit wurde nur ein weiteres Dokument mit ähnlicher Verbindlichkeit veröffentlicht, die so genannten „Grundlagen der Lehre der Russischen Orthodoxen Kirche über die Würde, die Freiheit und die Menschenrechte“ (GM) vom Juli 2008, die ausdrücklich als Ergänzung und Präzisierung der GS beabsichtigt sind.²

Bei den GS handelt es sich um ein ausgesprochen heterogenes Dokument, dem anzumerken ist, dass es am Ende eines längeren Diskussionsprozesses steht. Eine Fülle von Themen wird darin behandelt: Arbeit, Eigentum, Krieg und Frieden, Verbrechen, Bioethik, Massenmedien, Globalisierung. Die Reflexion der einzelnen Problembereiche erfolgt auf sehr unterschiedlichem theologischem Niveau.

Grundlegend sind die ersten vier Kapitel, in denen die leitenden theologischen Ideen für die Verhältnisbestimmung von Kirche und Welt (in Gestalt von Nation, Staat, Recht und Politik) dargelegt werden. Vergleicht man diese theologischen Leitideen mit der sozio-politischen Bedeutung, die die Kirche in Russland heute faktisch besitzt, ergibt sich ein sehr interessantes, weil sehr differenziertes Bild. Denn es zeigen sich einerseits bemerkenswerte Übereinstimmungen, andererseits jedoch auch bemerkenswerte Diskrepanzen zwischen den theologischen Leitideen, wie sie in den GS formuliert sind, und der gegenwärtigen Lage (Abschnitt 1 und 2). Schließlich werden Defizite in der sozialetischen Theoriebildung greifbar, die sich in der kirchlichen Praxis auswirken und die kirchlichen Handlungsmöglichkeiten nicht unerheblich einschränken (Abschnitt 3).

Kirche – Staat

In den GS wird der säkulare Charakter des Staates und damit die Trennung von Staat und Kirche grundsätzlich anerkannt. Gleichwohl wird unter der Voraussetzung, dass der Staat den Prinzipien des Guten und der Gerechtigkeit verpflichtet ist und für das materielle und geistige Wohl der Gesellschaft Sorge zu tragen hat, die Zusammenarbeit von Staat und Kirche in bestimmten Bereichen als möglich und in gewisser

² Deutsche Fassung von Rudolf Uertz/Lars Peter Schmidt (Hrsg.): Die Grundlagen der Lehre der Russischen Orthodoxen Kirche über die Würde, die Freiheit und die Menschenrechte. Moskau 2008. – Ein Auszug findet sich in vorliegendem Heft (S. 69-74).

Hinsicht auch notwendig beschrieben: „Die religiös-weltanschauliche Neutralität des Staates widerspricht nicht der christlichen Auffassung von der Berufung der Kirche in der Gesellschaft.“³ Diese Zusammenarbeit soll allerdings in einer Weise erfolgen, die die je inneren Angelegenheiten unberührt lässt. Folglich darf die Kirche nicht genuin staatliche Funktionen übernehmen, wie beispielsweise die Ausübung staatlicher Gewalt, die mit Zwang verbunden ist. Umgekehrt darf der Staat nicht in das kirchliche Leben eingreifen, also in Glaubenslehre, Gottesdienst, geistliche Praxis usw.

Der säkulare Charakter des Staates und damit die Trennung von Staat und Kirche wird grundsätzlich anerkannt.

Bei ihrer Bestimmung des Verhältnisses von Staat und Kirche bleibt die ROK grundsätzlich dem Modell der „symphonia“ verpflichtet, wie es byzantinisch-orthodoxer Tradition entspricht. Angesichts dessen, dass diese Verhältnisbestimmung auch einen säkularen Staat einschließt und die ROK sich ausdrücklich dazu versteht, eine demokratische Grundordnung anzuerkennen, ist besser noch von dem Modell einer „neuen Symphonie“ zu sprechen.⁴

Im Unterschied zum traditionellen Verständnis erscheint es bemerkenswert, dass die ROK ein Widerstandsrecht für den Fall formuliert, dass der Staat kirchliche Grundüberzeugungen in Frage stellt: „Wenn die staatliche Macht die orthodoxen Gläubigen zur Abkehr von Christus und Seiner Kirche sowie zu sündhaften, der Seele abträglichen Taten nötigt, so ist die Kirche gehalten, dem Staat den Gehorsam zu verweigern.“⁵ Hier schlagen sich offenbar die Erfahrungen der ROK in den Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft nieder, die in der ROK ein Bewusstsein dafür geschaffen haben, dass es Staatsideologien geben kann, die in ihrem totalitären Anspruch nicht hingenommen werden dürfen. Im Gegenzug wird deshalb betont, dass der Staat bei der Gestaltung seiner Beziehungen zur Kirche (wie auch zu anderen religiösen Vereinigungen) das historisch-kulturelle Erbe zu berücksichtigen hat.

Wenn man die Grundaussagen der GS mit der tatsächlichen rechtlichen Lage der ROK vergleicht, ist festzustellen, dass mit dem 1997 in der

³ Vgl. Thesing/Uertz (wie Anm. 1), S. 32.

⁴ Vgl. Pauliina Arola/Rist Saarinen: In Search of *Sobornost* and „New Symphony“. The Social Doctrine of the Russian Orthodox Church. In: The Ecumenical Review 54 (2002/1), S. 130-141; zum Zusammenhang vgl. auch den Beitrag von Jelena W. Beljakowa in vorliegendem Heft.

⁵ Vgl. Thesing/Uertz (wie Anm. 1), S. 31.

Russischen Föderation erlassenen Religionsgesetz vorweggenommen wurde, was in den GS gefordert wird, denn dort wird in der Präambel die besondere Rolle der Orthodoxie in der Geschichte Russlands in Bezug auf dessen geistige und kulturelle Entstehung und Entwicklung ausdrücklich hervorgehoben. Der russischen Historikerin Elena M. Miroschnikowa zufolge, die das Religions-

gesetz analysiert und mit dem deutschen Staatskirchenrecht verglichen hat, ist die Rolle der ROK durchaus mit der privilegierten Stellung der beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland vergleichbar.⁶

Nach einem gemeinsamen Beschluss des Moskauer Patriarchats und der Parteiführung von „Einiges Russland“ (Juli 2009) soll die ROK stärker in den Gesetzgebungsprozess eingebunden werden.

In der konkreten Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche gibt es zwar immer wieder Probleme. Grundsätzlich scheint sie sich aber in eine Richtung zu entwickeln, die den in den GS formulierten Zielvorstellungen entspricht. So erstellt die ROK laut Auskunft der juristischen Abteilung des Moskauer Patriarchats bereits seit 2003 Gutachten zu verschiedensten Gesetzesentwürfen. Am 8. Juli 2009 wurde zudem in Reaktion auf Befürchtungen, die nach der Unterzeichnung der Europäischen Sozialcharta durch Russland laut wurden, ein gemeinsamer Beschluss des Moskauer Patriarchats und der Parteiführung von „Einiges Russland“ gefasst, wonach die ROK stärker in den Gesetzgebungsprozess eingebunden werden soll. Betroffen sind davon vor allem Gesetzesinitiativen mit gesellschaftlicher Relevanz in Bereichen wie „Soziales, Information und Kultur“. Hier sollen bei allen Fragen, bei denen auch nur geringste Zweifel auftauchen, Vorbereitungsgespräche mit dem Patriarchat geführt werden.⁷

Kirche – Nation

Auffällig an den GS – besonders im Unterschied zu sozialetischen Stellungnahmen der beiden großen Kirchen in Deutschland – ist die Beto-

⁶ Vgl. Elena M. Miroschnikowa: Staatlich-kirchliche Beziehungen in der Bundesrepublik Deutschland. Philosophisch-rechtliche Aspekte. Moskau 1998 (russ.). Zur Kritik am Religionsgesetz vgl. Gerd Stricker: Das neue Religionsgesetz in Rußland. Vorgeschichte, Inhalt, Probleme, Befürchtungen, in: osteuropa 49 (1999), H. 2, S. 689-709.

⁷ Vgl. www.portal-credo.ru (08./09.07.2009); deutsche Zusammenfassung in: G2W 37 (2009), H. 10, S. 6 f.

nung des nationalpatriotischen Elementes. Der Begriff der „Nation“ wird zwar differenziert, indem zwischen einem ethnischen und staatsbürgerlichen Verständnis unterschieden wird. Auch wird in ekklesiologischer Hinsicht die universale Weite als Wesensmerkmal der Kirche hervorgehoben, wenn es heißt: „Die Einheit des neuen Volkes gründet nicht in der nationalen, kulturellen und sprachlichen Gemeinschaft, vielmehr im Glauben an Christus und die Taufe“.⁸ Die Aussagen der GS zum Verhältnis von Kirche und Nation lassen sich deshalb in Teilen auch als Ausdruck eines volkskirchlichen Konzeptes interpretieren.

Zugleich finden sich jedoch Aussagen, die von einem offenbar ungebrochenen Patriotismus Zeugnis geben. So werden als positive Beispiele aus der russischen Geschichte Kriegshandlungen genannt, die wie die Schlacht des Fürsten Dimitrij Donskoj gegen das tatarisch-mongolische Heer (1380) unter dem ausdrücklichen Segen der Kirche erfolgten. Auch wird herausgestellt, dass der orthodoxe Christ dazu aufgerufen ist, „sein Vaterland, im Sinne eines bestimmten Territoriums, zu lieben, desgleichen seine über die Welt verstreuten Blutsbrüder“.⁹ Der Christ sei dazu aufgerufen, die nationale Kultur und das nationale Selbstbewusstsein zu wahren und weiterzuentwickeln. Als wichtige Aufgabe der Kirche wird entsprechend beschrieben, einen Beitrag zur patriotischen Bildung der Gesellschaft zu leisten. Mit dieser Betonung des nationalpatriotischen Elementes kommt die ROK durchaus den Erwartungen entgegen, die von staatlicher und gesellschaftlicher Seite gegenüber der Kirche formuliert werden.

Wie die im Februar 2009 durchgeführte repräsentative Umfrage des Moskauer Levada-Zentrums zur Bedeutung von Religion und Religiosität in Russland noch einmal bestätigt hat, wird die ROK von der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung als wichtiger identitätsstiftender Faktor angesehen. 72,6 Prozent der Befragten bezeichneten sich demnach als „orthodox“. Für diese spielen allerdings kirchlich-institutionelle Vollzüge nur eine geringe Rolle, abgesehen einmal von der Taufe, der sich immerhin 84,5 Prozent unterzogen haben. 62 Prozent gaben an, nie

⁸ Vgl. Thesing/Uertz (wie Anm. 1), S. 17. Deutlich sind auch die Aussagen auf S. 19 f.: „Der orthodoxen Ethik widerspricht jede Einteilung der Völker in bessere und schlechtere wie auch die Herabwürdigung jeglicher ethnischer oder bürgerlicher Nation. Noch weniger läßt sich die Orthodoxie mit solchen Lehren vereinbaren, die die Nation an die Stelle Gottes setzen oder den Glauben lediglich zu einem Aspekt des nationalen Selbstbewußtseins reduzieren.“

⁹ Ebd., S. 19.

am Abendmahl teilzunehmen; noch höher liegen die Prozentzahlen im Hinblick auf die Sakramente Beichte und Krankensalbung. Ähnliches lässt sich bei der Fastenpraxis feststellen. Obwohl die Befragten, die sich als „orthodox“ bezeichnen, überwiegend um die Fastengebote wissen, halten sich beispielsweise 77 Prozent nicht daran, am Karfreitag auf Fleisch zu verzichten. Wenn dagegen Weihwasser und Ikonen besonderen Zuspruch finden, so bestätigt sich der Eindruck, dass die ROK mehrheitlich weniger in ihrer religiösen als vielmehr in ihrer kulturprägenden

Mehrheitlich wird die ROK weniger in ihrer religiösen als vielmehr in ihrer kulturprägenden Bedeutung wahrgenommen.

Bedeutung wahrgenommen wird – bis hin zum Vollzug kirchlicher Riten aus folkloristischen Motiven!¹⁰

Umso bemerkenswerter erscheint vor diesem Hintergrund, dass die ROK in der Vergangenheit immer wieder ein Verhalten gezeigt hat, das der national-patriotischen Tendenz direkt zuwiderläuft. Ein solches Verhalten sollte dazu führen, eine einseitige Sicht auf die – gewollte oder ungewollte – politische Instrumentalisierung der ROK zu korrigieren. Um nur zwei Beispiele zu nennen:

- Während des im Sommer 2008 ausgebrochenen offenen Konfliktes zwischen Russland und Georgien hat der damalige Patriarch Alexij II. nicht nur zur Einstellung der Kriegshandlungen aufgerufen und alle Gemeinden dazu verpflichtet, täglich Friedensgottesdienste abzuhalten. Vielmehr ist die ROK auch auf kirchlich-jurisdiktionaler Ebene nicht der Anerkennung der Unabhängigkeit von Abchasien und Süd-Ossetien gefolgt, die von den Abgeordneten beider Kammern des russischen Parlaments ausgesprochen wurde. Ausdrücklich hat sie auf die Eingliederung der in den beiden Provinzen befindlichen georgischen orthodoxen Gemeinden in das Moskauer Patriarchat verzichtet.¹¹
- Entgegen den in der russischen Gesellschaft wahrnehmbaren Bestrebungen, Stalin zu rehabilitieren, ihn als geschickt agierenden Staatspolitiker und Sieger des Zweiten Weltkrieges erscheinen zu lassen, hat in einem kürzlich veröffentlichten Interview der Leiter der Abteilung für kirchliche Außenbeziehungen des Moskauer Patriarchats, Erzbischof Hilarion, festgestellt: „I think that Stalin was a

¹⁰ Vgl. Veniamin Simonov: Religion und Religiosität in Russland. In: osteuropa 59 (2009), H. 6, S. 189-216; siehe auch den Beitrag von Nadeschda Beljakowa in diesem Heft (S. 54-63) und das Interview (S. 64-68).

¹¹ Zum Georgienkonflikt vgl. auch den Beitrag von Martin Malek in vorliegendem Heft.

spiritually-deformed monster, who created a horrific, inhuman system of ruling the country ... He unleashed a genocide against the people of his own country and bears personal responsibility for the death of millions of innocent people. In this respect Stalin is completely comparable to Hitler.“¹²

Kirche – Gesellschaft

Seit der politischen Wende in Russland im Jahre 1991 haben sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen radikal verändert. Die sozialen Schichten sind weit auseinander gedrückt. In den Städten hat sich zwar eine kleine Mittelschicht gebildet, doch kann sie nicht als tragendes Element der Wirtschaft verstanden werden. Daneben gibt es eine kleine Schicht Neureicher sowie die große Mehrheit derer, die am Existenzminimum lebt, mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Die soziale Problematik belegen auch statistische Daten, denen zufolge sich nur 30 Prozent der Bevölkerung eine gute medizinische Versorgung leisten können, oder aber die niedrige Lebenserwartung von Männern (58 Jahre!).¹³

Die wirtschaftlichen Einbrüche der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise blieben nicht ohne Folgen für das staatliche Sozialsystem, das schon vor der Krise nicht in der Lage war, den sozialen Problemen wirksam zu begegnen. Zwar sollen die großen staatlichen Förderprogramme im Bereich der Gesundheit, der Bildung, des Wohnungsbaus und der Landwirtschaft nicht in Frage gestellt werden, lokale Fördermittel aber stehen nicht mehr in gleichem Umfang zur Verfügung, wovon auch nichtstaatliche Organisationen betroffen sind.

Die ROK geht in den GS, die ja noch vor der Wirtschaftskrise verabschiedet worden sind, auf die veränderten Rahmenbedingungen ein und nimmt sich hier in die Pflicht, für die Nöte des Volkes, die Rechte und Sorgen einzelner Bürger wie gesellschaftlicher Gruppen einzutreten. Betont wird der grundsätzliche Wert der Arbeit ebenso wie die Notwendigkeit einer Solidargemeinschaft. Nicht zuletzt wird der Aufbau eines Gesundheitssystems gefordert, das möglichst allen Mitgliedern der Gesellschaft zugänglich sein soll, „unabhängig von deren materiellem

¹² www.pres-outlook.com/news-and-analysis/1/9053.html (letzter Zugriff: 28.01.2010).

¹³ Dazu Regina Elsner: (Des)Organisierte Nächstenliebe. Kirchliche Sozialarbeit in Russland. In: osteuropa 59 (2009), H. 6, S. 249-259, hier S. 250.

¹⁴ Vgl. Thesing/Uertz (wie Anm. 1), S. 91.

Vermögen und sozialer Stellung“.¹⁴ Insgesamt bleiben die GS aber in der Analyse wie in den Konsequenzen sehr allgemein. Hier zeigt sich ein Defizit in der sozialetischen Theoriebildung, das sich einerseits auf die Jahrzehnte der sowjetischen Herrschaft zurückführen lässt, die eine freie theologische Forschung unmöglich gemacht haben; eine Teilhabe an den in Westeuropa geführten sozialetischen Debatten war unter den Bedingungen einer ideologisch geführten Konfrontation nicht realisierbar. Andererseits steht im Hintergrund aber auch ein ekklesiologisches Selbstverständnis, das Andrej Zubov, Mitverfasser der GS, folgendermaßen formuliert hat: „Die Kirche soll und muss Wohltätigkeit üben, Heime für Elende, Kranke und Alte gründen. Man darf dabei aber nicht vergessen, dass die Hauptaufgabe der Kirche nicht in der sozialen Tätigkeit besteht, sondern in der Führung zu Christus. Die Kirche muss eher ihre Mitglieder und die Gesellschaft im Allgemeinen zur Wohltätigkeit anregen, als breite wohltätige Programme institutionell selbst zu verwirklichen.“¹⁵ Die praktische Umsetzung scheitert überdies an der chronischen Finanznot der ROK. Noch im November 2008 hatte sich der verstorbene Patriarch Aleksij II. an den russischen Präsidenten mit Vorschlägen zur „Gewährleistung der finanziellen Stabilität der Russischen Orthodoxen Kirche unter den neuen Bedingungen“ gewandt, die die schlimmsten Folgen der Finanzkrise für die ROK abwenden und damit den Fortbestand auch ihrer sozialen und diakonischen Tätigkeit sichern sollten.

Jedenfalls bleiben die sozialen Aktivitäten der ROK ziemlich unübersichtlich, denn ihr steht keine übergreifende Institution wie in Deutschland das Diakonische Werk oder die Caritas zur Verfügung, die die verschiedenen Aktivitäten koordinieren würde. Lokal gibt es erhebliche Unterschiede. So finden sich Gemeinden, die überhaupt keine oder nur schlecht organisierte diakonische Arbeit leisten, deren Priester allenfalls zur seelsorglichen Begleitung bereit sind. Andernorts hingegen wurden sehr erfolgreiche Projekte initiiert, wurden Schwestern- und Bruderschaften gegründet, hat sich ein beeindruckendes ehrenamtliches Engagement entwickelt.

Bekannt für ihre vielfältigen diakonischen Aktivitäten ist beispielsweise die Gemeinde von Erzpriester Arkadij (Šatov), der zugleich Vor-

¹⁵ Andrej Zubov: Die Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Rußland – grundsätzliche und aktuelle Probleme. In: Rudolf Uertz/Lars-Peter Schmidt (Hrsg.): Beginn einer neuen Ära? Die Sozialdoktrin der Russisch-Orthodoxen Kirche vom August 2000 im interkulturellen Dialog. Sankt Augustin 2004, S. 43-60, hier S. 54.

sitzender der „Kommission für kirchliche soziale Tätigkeit“ der Moskauer Eparchie ist. In seiner Gemeinde werden Obdachlose und kinderreiche Familien unterstützt, Senioren und Pflegebedürftige betreut. Auch wurde hier eine Schwesternschule eingerichtet, die inzwischen dem Städtischen Krankenhaus Nr. 1 angegliedert ist. In St. Petersburg ist die Orthodoxe Bruderschaft der Hl. Anastasia sehr engagiert in der Arbeit mit Straßenkindern sowie alkohol- und drogenabhängigen jungen Menschen. In Kostroma wiederum erhält das orthodoxe Jugendzentrum viel Zulauf, das verschiedene Angebote (u. a. Sonntagsschule, Handwerkskurse, Sommer- und Wintercamps) speziell für sozial benachteiligte Jugendliche bietet. Beispiele dieser Art ließen sich leicht vermehren, darunter auch solche, die für eine funktionierende interkonfessionelle Zusammenarbeit stehen.¹⁶ Zukunftsweisend ist vor allem, dass inzwischen die Ausbildungspläne verschiedener orthodoxer Lehranstalten Praktika in diakonischen Einrichtungen vorschreiben.

Neben Gemeinden die überhaupt keine oder nur schlecht organisierte diakonische Arbeit leisten, gibt es auch viele positive Beispiele.

Resümee

Versucht man, die sozio-politische Rolle der ROK näher zu bestimmen, so zeigt sich, dass ihr Einfluss auf staatliches Handeln in den letzten Jahren tendenziell zugenommen hat. Damit ist nicht die mediale Inszenierung gemeint, die zumal bei westlichen Beobachtern den Eindruck einer Nähe von Staat und Kirche hinterlässt, die faktisch nicht besteht. Gemeint sind vielmehr die Möglichkeiten der ROK, auf den Prozess der Gesetzgebung Einfluss zu nehmen.

Bezüglich der nationalpatriotischen Tendenzen in der russischen Gesellschaft verhält sich die ROK ambivalent: Einerseits knüpft sie in GS (und GM) programmatisch daran an, andererseits gibt es immer wieder Stellungnahmen, die dieser Tendenz deutlich entgegengesetzt sind.

Was schließlich das kirchliche Engagement in der Gesellschaft betrifft, so bleibt die ROK – theoretisch wie praktisch – hinter den Erfordernissen der sozialen Lage der Bevölkerungsmehrheit weit zurück. Zu wünschen wäre, dass die ROK gerade in dieser Hinsicht ihr Engagement noch weiter ausbaut.

¹⁶ Vgl. Elsner (wie Anm. 13), S. 255-257.

Das Verhältnis der Russischen Orthodoxen Kirche zur Ökumene

Über die Lage der Ökumene nachzudenken, ist heute in der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) außerordentlich aktuell. Seine Heiligkeit Kyrill I., Patriarch von Moskau und ganz Russland, ist inzwischen ein gutes Jahr im Amt. Seine Wahl setzte sogleich wichtige Impulse für die missionarische Aktivität der Kirche.

Bei sozialen Projekten, bei religionspädagogischen Programmen staatlicher Bildungseinrichtungen, bei der Seelsorge in Krisen- und Extremsituationen, im Streit für die Reinheit der Gesellschaftsmoral, im Dialog mit kämpferischen Atheisten und in einer Reihe anderer Bereiche nehmen viele christliche Gemeinschaften eine ähnliche Position ein. Sie können nicht nur zusammenarbeiten, sie sind sogar dazu berufen und gezwungen, und gerade dank des Widerhalls ihrer Stimmen werden sie von der säkularisierten Gesellschaft gehört. Die Frage nach einer interkonfessionellen christlichen Zusammenarbeit in der Mission ist zugleich die Frage nach der Ökumene.

„Ökumene“ und „Ökumenische Bewegung“

Üblicherweise geht man davon aus, dass der Name „Ökumenische Bewegung“ vor 100 Jahren in Edinburgh entstand und die christliche Zusammenarbeit in der Mission bezeichnete. Wie aber ist das Verhältnis der ROK zur Ökumenischen Bewegung heute, 100 Jahre nach ihrer Entstehung? Wichtige Aspekte sind die offizielle Position der Hierarchie, die kirchlichen Dokumente, die offizielle Mitgliedschaft der ROK in verschiedenen ökumenischen Organisationen und die Mitarbeit an ihren Projekten. In den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts diskutierte man die Mitgliedschaft der ROK im Weltkirchenrat sowohl in der Synodalen Theologischen Kommission als auch bei Bischofsversammlungen und in den Geistlichen Lehranstalten. Trotz zahlreicher Aufrufe des

Der Autor ist Dozent am Institut für Missiologie, Ökumene und neue religiöse Bewegungen der Russischen Orthodoxen Kirche in Sankt Petersburg.

konservativen (und im Wesentlichen des fundamentalistischen) Teils der Geistlichkeit und von Laien, die darauf zielten, mit der Ökumene zu brechen, entschied die ROK, sowohl im Weltkirchenrat als auch in anderen ökumenischen Strukturen zu verbleiben. Gegenwärtig nimmt die ROK an allen bedeutenden ökumenischen Maßnahmen teil; sie entsendet große Delegationen zu den Generalversammlungen des Weltkirchenrates, der Konferenz Europäischer

Kirchen (KEK) und zur Europäischen Ökumenischen Versammlung. Schon 2000 wurde von der Bischofsvollversammlung das Dokument „Grundprin-

In der Orthodoxie wird in breiten Kreisen der Ökumene bis heute mit Misstrauen begegnet.

zipien der Beziehung der ROK zu Andersglaubenden“¹ angenommen. Darin wird eindeutig die Notwendigkeit bekräftigt, die christliche Einheit anzustreben: „Das wichtigste Ziel in den Beziehungen der Orthodoxen Kirche zu Andersglaubenden ist die Wiederherstellung der von Gott gebotenen Einheit der Christen (Joh 17,21), die zum Göttlichen Plan und zum Wesen des Christentums selbst gehört ...“ (Nr. 2.1). Die Kirche warnt vor der Geringschätzung dieses Dienstes und erinnert an die Gefahr, ihn zu ignorieren: „Gleichgültigkeit in Bezug auf diese Aufgabe oder deren Ablehnung ist eine Sünde gegen das Gebot Gottes zur Einheit. Nach den Worten des heiligen Bischofs Basilius des Großen ‚müssen diejenigen, die aufrichtig und wahrhaft für den Herrn arbeiten, ihr Bemühen einzig darauf lenken, die Kirchen, die in so vielfacher Weise untereinander zerspalten sind, wieder zur Einheit zurückzubringen‘“ (Nr. 2.2). Unmittelbar nach der Bischofsversammlung wurde dieses Dokument in den Diözesen beraten; auf dem Weltmissionskongress wurde auf der Grundlage dieses Dokuments ein eigener Bericht über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit in der christlichen Mission vorgelegt.

Nun ist leider in der Orthodoxie immer noch die Wahrnehmung von Ökumene als Kennzeichen der Häresie weit verbreitet. Ökumene strebe eine Vermischung der Konfessionen an, um daraus eine „Superkirche“ zu schaffen, in der alle christlichen Konfessionen gleichberechtigt seien wie die Zweige eines Baumes – gewissermaßen ein „interreligiöser Cocktail“. Es genügt, das Internet durchzugehen, um sich davon zu überzeugen, dass die erdrückende Mehrheit der Seiten ein solches Verständnis als fremd und gefährlich für die Orthodoxie ansieht.

Nach meiner Ansicht liegt die Hauptursache eines solchen Miss-

¹ Text: <http://www.bogoslov.ru/de/text/404002.html> (letzter Zugriff: 02.02.2010).

verständnisses im Fehlen eines Programms für die theologische Bildung. Nicht nur jene Priester, die keine gebührende Bildung genossen haben, sondern auch die, die die Geistlichen Schulen mit Erfolg abschließen konnten, sind überhaupt nicht mit dem Hauptmotiv der Entstehung der Ökumenischen Bewegung vertraut, nämlich dem *Missionsgedanken*, der seine endgültige Form nach der Konferenz von Edinburgh von 1910 annahm. Gewiss hat die Ökumenische Bewegung auch unmittelbare Motive wie die Befolgung des Herrengebotes zur Einheit, die im Wesentlichen schon vor Edinburgh begonnen hatte, aber sichtbare Strukturen, Formen, Projekte erschienen erst im 20. Jahrhundert, das man zweifellos als Jahrhundert der Ökumene bezeichnen kann. Obwohl sich die romantischen Träume der Konferenzteilnehmer von Edinburgh, den ganzen Erdkreis im Laufe des 20. Jahrhunderts zu evangelisieren, nicht erfüllt haben, sind die Erfolge der ökumenischen Bewegung offensichtlich, denn sie umfasst auch zahlreiche Projekte wie Dialoge, Konferenzen, Programme unterschiedlicher Fonds und konkrete soziale Maßnahmen. Leider versteht man in Russland und in einer Reihe anderer osteuropäischer Länder unter Ökumene häufig nur die Teilnahme am Weltkirchenrat. So weiß zum Beispiel die Mehrheit der Geistlichkeit und mehr noch der Laien in Russland nichts davon, wie viel die Christen Deutschlands und Russlands zur Aussöhnung unserer Völker nach dem Zweiten Weltkrieg beigetragen haben. Die 50-jährige Erfahrung des Dialogs zwischen der EKD und der ROK muss unbedingt erforscht werden – in meiner Studentenzeit in den siebziger Jahren studierten wir die Materialien dieser Dialoge und waren von ihnen begeistert. Heute hingegen droht der Abbruch des Dialogs, und in der Presse diskutiert man bereits einen möglichen Abbruch der Beziehungen zwischen der ROK und der EKD; die Ursache solcher Diskussionen ist hoffentlich nicht die Position der ROK, sondern es handelt sich eher um Fehler in der Wahrnehmung einiger Aussagen von Mitarbeitern der Abteilung für kirchliche Außenbeziehungen und um das Fehlen einer Kontinuität der Generationen in der Sphäre der ökumenischen Arbeit.²

Negative Positionen innerhalb der ROK

Es verwundert überhaupt nicht, dass die Organisatoren des Internetauftritts „Orthodoxes Russland“, die sich auf den 1995 verstorbenen Met-

² Vgl. dazu auch die Hinweise im Beitrag von Christoph Mühl in diesem Heft, bes. S. 12 f.

ropoliten Ioann (Snytschew) berufen, gemeinsam mit dem 2008 degradierten Bischof Diomid (Dzjuban) schon vor einigen Jahren eine Kampagne gegen Patriarch Aleksij II. entfachten, gegen sämtliche ökumenischen Projekte und gegen alle möglichen interreligiösen Dialoge. Die für „Orthodoxes Russland“ Verantwortlichen – offene Antisemiten – stehen heute unter der Anklage des Extremismus und der Entfachtung religiösen Hasses vor Gericht. Dagegen hat es eine offene Verurteilung des Metropoliten Ioann zu seinen Lebzeiten nicht gegeben; ausgerechnet von ihm stammen die Worte, die im Oktober 1995 im Festsaal der Sankt Petersburger Geistlichen Akademie geäußert wurden: „In der Welt gibt es auch ein ‚Analogon‘ zur Katholizität, ein teuflisches Surrogat, das dem sich nähernden Antichrist den Weg ebnet, das die Vereinigung der glaubensabtrünnigen Welt nicht unter der Obhut von Gottes Gesetz vorbereitet, nicht im Schoß der rettenden christlichen Wahrheit, sondern unter dem Joch *des Menschen der Gesetzwidrigkeit, des Sohnes des Verderbens* (2 Thess 2,3), *welchen Jesus, der Herr, durch den Hauch seines Mundes tötet und durch seine Ankunft und Erscheinung vernichtet* (2 Thess 2,8). Auf religiösem Gebiet wird dieses böse Unterfangen durch die Irrlehre von der Notwendigkeit der Vereinigung aller Konfessionen (gleichgültig, wie jede von ihnen an der Wahrheit oder der Falschheit hängt) durch die Ökumene vertuscht.“ Diese Aussage ist typisch für die Gegner der Ökumene.

Leider lehren Geistlichkeit und Professoren in gleicher Weise. Es ist nicht verwunderlich, dass in fundamentalistischen Kreisen ein gewisser allgemeiner Komplex besteht: die Furcht vor der Zahl 666³, vor der Steueridentifikationsnummer, vor neuen Reisepässen, Strichcodes, vor der Überzeugung davon, dass es eine jüdisch-freimaurerische Weltverschwörung gibt, vor den an allem schuldigen Feinden jenseits des Ozeans – und hier trägt sich auch die Furcht vor der Ökumene ein. All das gilt natürlich für den ungebildeten Teil des Kirchenvolkes und für Menschen mit einer labilen Psyche, die unter verschiedenen Ängsten leiden. Die Dominanz antiökumenischer Literatur in Russland, das Fehlen entsprechender Kritik in den Programmen der theologischen Bildung, die manchmal halbherzigen Entschließungen der Hierarchie zur Verurteilung dieser oder jener anti-ökumenischen Auftritte vergrößern das Problem. Meiner Meinung nach liegt die Wurzel des Problems jedoch

³ Die Zahl findet sich in der Offenbarung des Johannes (das apokalyptische Tier; Apk 13,18) und spielt im Satanismus und Okkultismus eine große Rolle (Anm. d. Redaktion).

tiefer, nicht nur in Unwissenheit oder der falschen Deutung des Begriffs „Ökumene“. Verbreitet ist vielmehr ein Komplex negativer Einstellungen zu den Begriffen Demokratie, Humanismus, Liberalismus, Toleranz, Glaubensfreiheit, Gewissensfreiheit, Menschenrechte und Erneuerung. Unter Ökumene versteht man eine Erscheinungsform des gefährlichen säkularen Liberalismus.

Die Verneinung demokratischer Werte und der Toleranz ist ein Kennzeichen für aggressiven Extremismus und Fundamentalismus.

Negative Einstellungen zu den Begriffen Demokratie, Humanismus, Liberalismus, Toleranz und Glaubensfreiheit sind in der ROK häufig anzutreffen.

Natürlich bedeutet das nicht, dass man jene Hierarchen, die z. B. negative Urteile über die Toleranz fällen, als Fundamentalisten und Extremisten bezeichnen muss. Solche Äußerungen zeugen aber zumindest davon, dass der kirchlichen Öffent-

lichkeit eine gesellschaftspolitische Diskussion zu wichtigen Fragen der Sozialethik nicht genügt. Auch im Fall des Begriffs „Ökumene“ ist es wichtig, die Begriffe richtig zu gebrauchen. So erklären die Gegner der Toleranz, dass, wenn man den Terminus „Glaubensfreiheit“ anwendet, die Beziehung zu ihm eine andere sei. Jedoch ist Glaubensfreiheit auch religiöse Toleranz. In der russischen Übersetzung der UNESCO-Deklaration zur Toleranz gebraucht man das russische Wort *terpimost'* (das außer „Toleranz“ auch „Duldsamkeit“ bedeutet). Deshalb erklärt sich die negative Haltung gegenüber der Ökumene sehr oft mit einer Verwirrung in den Köpfen derjenigen, die sie verurteilen. Achtung vor der Überlieferung der Kirche gepaart mit einer mangelhaften Vertrautheit gebiert lügenhafte Einstellungen und Stereotypen, die schlimmstenfalls Xenophobie verursachen.

ROK und römisch-katholische Kirche

Auf den ersten Blick hat sich während der vergangenen Jahre und insbesondere im letzten Jahr das Verhältnis der ROK zur römisch-katholischen Kirche verbessert. Der Vorsitzende der Abteilung für kirchliche Außenbeziehungen, Erzbischof Hilarion, erklärte am 11. November 2009 bei einem Treffen mit Journalisten in Moskau sogar, dass „man heute sagen kann, dass wir uns auf den Augenblick zu bewegen, da die Vorbereitung einer Begegnung des Römischen Papstes mit dem Moskauer Patriarchen möglich wird“. Jedoch rief seine Bemerkung auf dem Fernsehkanal Rossiya vom 17. Oktober 2009 über die gegenseitige Aner-

kennung der Sakramente der ROK und der römisch-katholischen Kirche bei vielen Erstaunen und eine stürmische Debatte hervor. Das, was jeder, der in die Kirche eintritt, von den Sakramenten wissen muss, bleibt der Mehrheit der Gläubigen unbekannt.

Die Geschichte der gegenseitigen Beziehungen der „Griechen“ und der „Lateiner“ bzw. die Ergebnisse des Zweiten Vatikanischen Konzils sind in Russland entweder gänzlich unbekannt oder sie werden verzerrt und voreingenommen dargestellt. So werden insbesondere die Offenheit des Konzils gegenüber der Orthodoxie, die Tilgung des Anathemas, d. h. des gegenseitigen Bannfluchs, und andere Entwicklungen seit den sechziger Jahren als Abweichung von den alten Statuten und als Zerstörung der Kirche interpretiert. Dies führt sogar dazu, dass in russischen Geistlichen Schulen Lobschriften auf die *Lefebvre-Schismatiker* verteilt werden.

Die Ergebnisse des Zweiten Vatikanischen Konzils sind in Russland entweder gänzlich unbekannt oder sie werden verzerrt und voreingenommen dargestellt.

Hier liegt ein sehr wichtiges und wesentliches Problem – das Verhältnis zum *aggiornamento*, also, wie es Papst Johannes XXIII. formuliert hat, zur Öffnung und Erneuerung der Kirche in der heutigen Welt. Infolge der besonderen historischen Umstände der zwanziger und dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts wird das Wort „Erneuerung“ von den Orthodoxen als Symbol für die Zerstörung der Kirche begriffen. Wie soll man „Überlieferung“ verstehen? Als erstarrten Satz von Normen und Regeln oder als einen lebendigen Versuch der Kirche hin zur Kreativität? Die Gegner der Ökumene sind bar jedes missionarischen schöpferischen Potenzials, jedes religiösen Gehörs und Geschmacks und sind häufig Sklaven einer Ideologie des konfessionellen Patriotismus, wobei sie vergessen, dass dort, wo zwei oder drei sich im Namen Christi versammeln, Er mitten unter ihnen sein wird.

Die Hoffnung auf eine Überwindung der oben erwähnten Barrieren für die Ökumene in Russland verbindet sich damit, dass Patriarch Kyrill engster Schüler des unvergessenen Metropoliten Nikodim war – einer der Apostel für die christliche Einheit. Im Jahre 2009 sind 80 Jahre seit dem Tage seiner Geburt und 31 Jahre seit dem Tag seines Todes in den Armen Papst Johannes Pauls I. vergangen. Metropolit Nikodim verstand die missionarische Bedeutung der Ökumene wie kein anderer und erzog seine Schüler nicht nur wegen der politischen Überlebensstrategie der Kirche unter einem atheistischen Regime in ökumenischem Geist. Als ein gutes Zeichen erwies sich im Oktober 2009 die seinem Andenken

gewidmete Konferenz, auf der die Analyse seiner Dissertation über Papst Johannes XXIII. auf großes Interesse stieß.

Auf dem Weg zu einem besseren Verständnis

Das Problem mangelnder Qualität der theologischen Bildung wird heute dank der Aufmerksamkeit von Patriarch Kyrill einer Lösung zugeführt, denn bei einem Treffen mit den Rektoren der Geistlichen Schulen der ROK im November 2009 hat er eine Erneuerungsstrategie für die Bildung verkündet. Ein wichtiger Beitrag in diesem Prozess wird der unter der Leitung von Erzbischof Hilarion von Wolokolamsk neu organisierte Aspirantur- und Doktorandenstudiengang bei der Abteilung für kirchliche Außenbeziehungen sein. Eine weitere Ressource für die ökumenische Zusammenarbeit ist heute die Zusammenarbeit von Theologen und Klerikern der christlichen Kirchen in Russland mit den verschiedenen Fakultäten der staatlichen Universitäten, so insbesondere in Sankt Petersburg, wo es neben den orthodoxen geistigen Schulen auch ein römisch-katholisches Seminar, zwei lutherische Seminare, die protestantische Sankt Petersburger Christliche Universität und die weltliche Russische Christliche Humanistische Akademie gibt, in denen die ökumenische Zusammenarbeit in der Sphäre theologischer und allgemein-humanitärer Bildung verwirklicht wird, wozu bereits seit mehr als zehn Jahren die innerkirchliche Partnerschaftsinitiative „Apostolische Stadt – Perspektive der Nawa“ beiträgt.

Als einen wichtigen Faktor der christlichen Einheit kann man die Suche nach den Wurzeln der europäischen Kultur ansehen, die auch in den gemeinsamen Belangen der europäischen Christen ihren Ausdruck finden. In seinem Grußwort an die Konferenz „Identität der Werte für Europa“ (Venedig, 19./20. November 2009) bekräftigte Patriarch Kyrill: „Das Christentum formte das Wertefundament Europas, seine Idee. Außerhalb der christlichen Tradition kann man den inneren Gehalt und den Bewegungsmechanismus der Entwicklung dieser Region und auch den kulturellen Code der in ihr lebenden Ethnien nicht begreifen. Deshalb kann auch zukünftig keine Baustufe unseres gemeinsamen Hauses entstehen, ohne dass ihr das christliche Zeugnis einen Halt gibt.“ Auch das ökumenische Zeugnis ist ein solches christliches Zeugnis.

Aus dem Russischen übersetzt von Friedemann Kluge.

Die Russische Orthodoxe Kirche zwischen Patriotismus und Nationalismus

I.

Seit den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts ist die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) oft mit dem russischen Nationalismus in Verbindung gebracht worden. Die Orthodoxie zählt, wie Umfragen deutlich belegen, zu den Hauptkomponenten der nationalen russischen Identität. Zwar glauben nur ca. 30 Prozent der Russen an Gott, jedoch identifizieren sich bis zu 80 Prozent mit der Orthodoxie und dem Moskauer Patriarchat. Dadurch wird deutlich, dass die Orthodoxie weniger als Religion und mehr als ein Merkmal russischer Ethnizität angesehen wird. Die ROK hat diese Tendenz aktiv unterstützt. So ließen einige Kleriker durchblicken, dass sie alle ethnischen Russen als Mitglieder ihrer Kirche betrachten. 2002 traf das Moskauer Patriarchat den offiziellen Beschluss, dass eine Person schon von Geburt an orthodox sein könne, ohne jemals getauft worden zu sein. Außerdem haben sich in der russischen Gesellschaft zum Teil extrem nationalistische Gruppen formiert, die orthodoxe Symbole und Ideale für die Begründung ihrer politischen Ziele und Aktivitäten benutzen bzw. zweckentfremden. Von der Soziologin Anastasia Mitrofanowa, die sich genauer mit dieser Thematik beschäftigt hat, werden sie politisch Orthodoxe („political orthodox“) genannt.¹

Zu ihnen gehören Organisationen wie z. B. der Verbund der Orthodoxen Bruderschaften, die National-Patriotische Front „Pamjat“ („Erinnerung“) und der auch in Westeuropa bekannte nationalistische Politiker Alexander Dugin. Obwohl die Mehrheit dieser zum Teil sehr unterschiedlichen Gruppen nur wenige Mitglieder hat, ist die Öffentlichkeit aufgrund ihrer Radikalität auf sie aufmerksam geworden. Allerdings

¹ Anastasia Mitrofanowa: *The Politicization of Russian Orthodoxy. Actors and Ideas.* Stuttgart 2005.

Die Autorin ist promovierte Politikwissenschaftlerin und hat z. Zt. eine Postdoktorandenstelle im Fachbereich Religionswissenschaft an der Universität Erfurt.

muss betont werden, dass ihre Beziehung zur ROK oft sehr problematisch ist. Da viele politisch Orthodoxe radikale Veränderungen in Russlands Staat und Gesellschaft anstreben, halten sie die Kirche für unzureichend revolutionär bzw. zu regimetreu. Das Moskauer Patriarchat hingegen hat verlauten lassen, dass die politisch Orthodoxen keine wahren Anhänger ihrer Religion wären, weil sie ihre eigene Form der Orthodoxie lebten und den Anweisungen der Kirchenleitung nicht genügend Folge leisteten.

II.

Wie genau gestaltet sich nun das Verhältnis zwischen der ROK und dem Nationalismus? Um diese Frage beantworten zu können, muss man zwischen *Patriotismus* und *Nationalismus* unterscheiden. Das Wort „Patriotismus“ beschreibt einen Nationalstolz, der in Russland mit einem Stolz auf die kulturelle und ethnische Vielfalt des Landes einhergeht. Er hat also im Gegensatz zum Nationalismus keine starke ethnische Komponente und schürt dementsprechend auch keinen Hass auf andere Ethnien oder Nationalitäten. Ein gewisses Misstrauen gegenüber dem Westen, besonders den USA, ist ein Merkmal, das der Patriotismus mit dem Nationalismus gemein hat. Letzterer zeichnet sich durch antisemitische und seit einigen Jahren auch antiislamische Elemente aus. Russische Nationalisten sind der Ansicht, dass ihr Land von zahlreichen mächtigen und hinterlistigen Feinden umgeben sei, gegen die es sich unter Umständen mit Gewalt wehren müsse. Weiterhin definiert sich der Nationalismus

durch den Glauben, dass Gott Russland eine besondere Mission in der Welt gegeben habe und Moskau das „Dritte Rom“, also eine heilige, politisch starke und ewige Stadt, sei. Dies führt zu einem Chauvinismus, der sich u. a. dadurch äußert, dass

Der russische Nationalismus zeichnet sich durch antisemitische und seit einigen Jahren auch antiislamische Elemente aus.

der Ukraine und ihrer Kultur die Existenzberechtigung abgesprochen und für ihre Anbindung an Russland argumentiert wird.

Welche Haltung vertritt nun die ROK? Das Moskauer Patriarchat ermutigt seine Anhänger, patriotische Gefühle zu zeigen, und tut dies auch selbst. Gleichzeitig gibt es offizielle Dokumente, in denen sich die Kirche stark vom Nationalismus distanziert. In der Realität stellt sich das Verhältnis zwischen der ROK und dem Nationalstolz sowohl in seiner

gemäßigten als auch in seiner extremen Art allerdings etwas komplizierter dar. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre sorgte Metropolit Ioann (Snytschew) von Sankt Petersburg und Ladoga für Aufsehen, da unter seinem Namen eine Vielzahl von extrem nationalistischen, fremdenfeindlichen, antiwestlichen und antisemitischen Schriften veröffentlicht wurde. Der Metropolit vertrat die Ansicht, dass sich Juden, Freimaurer und „der Westen“ gegen Russland verschworen hätten und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln versuchten, das Land zu ruinieren bzw. von der Landkarte zu streichen. In seinen Veröffentlichungen bezog er sich regelmäßig auf die „Protokolle der Weisen von Zion“, ein fiktives Pamphlet aus der späten Zarenzeit, das von Antisemiten als Beweis für eine jüdische Weltverschwörung angesehen wird.

Die Meinung des Metropoliten gewann dadurch an Brisanz, dass er bis zu seinem Tod Mitglied der Heiligen Synode der ROK war und somit beträchtliche Macht im Moskauer Patriarchat hatte. Um der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass die Kirchenleitung Ioanns Ansichten nicht teilte, veranlasste der damalige Patriarch Alexij II., dass die Artikel des Metropoliten nicht mehr in den Kirchenmedien veröffentlicht wurden. Obwohl sich die Kirche als Institution hierdurch von einem nationalistischen Würdenträger distanzierte, steht die Antwort des derzeitigen Patriarchen und seiner Bischöfe in keinem Verhältnis zu der Reaktion, die sie dem liberal gesinnten Priester Gleb Jakunin entgegen brachten. Als sich Jakunin 1993 als Kandidat für eine christdemokratische Partei aufstellen lassen wollte, wurde er seines Priesteramts enthoben, weil sein Vorhaben den Regeln des Moskauer Patriarchats widersprach. Vor seiner Amtsenthebung lieferten sich der Priester und der Patriarch heftige Wortgefechte in den öffentlichen Medien. Dies erweckte den Anschein, dass die ROK rechtsradikales Gedankengut mehr toleriere als liberales.

Seit dem Tod von Metropolit Ioann (1995) sind die nationalistischen Stimmen innerhalb der Kirche leiser geworden, aber nicht gänzlich verstummt. So befinden sich auf der Webseite der Abteilung des Moskauer Patriarchats für die Zusammenarbeit mit den Streitkräften und den Einrichtungen des Rechtsschutzes (<http://www.pobeda.ru>) viele patriotische Aussagen, von denen einige stark an Nationalismus grenzen. Besonders ausgeprägt sind hierbei die antiwestlichen und panslawistischen Elemente, die z. B. in den Beschreibungen des Zweiten Weltkrieges und der Jugoslawien-Kriege zum Ausdruck kommen. In einem Artikel wird behauptet, die sowjetische bzw. russische Zivilisation sei aufgrund ihrer

Religiosität und ihres Idealismus der westlichen Zivilisation überlegen gewesen, was sich im Sieg der UdSSR im Zweiten Weltkrieg widerspiegele, der mit Hilfe Gottes errungen wurde.² Außerdem äußert die Abteilung die Ansicht, die Angriffe der amerikanischen und britischen Armeen auf das von den Nationalsozialisten besetzte Serbien hätten nicht hauptsächlich Hitlers Einrichtungen gegolten, sondern den orthodoxen Kirchen, Klöstern und Einrichtungen. Ähnliches wird für die Angriffe der NATO auf Serbien 1999 behauptet.³

III.

Misstrauen gegenüber dem Westen ist unter den Klerikern und den Gläubigen der ROK weit verbreitet. Dieses spiegelte sich besonders in der Kampagne des Moskauer Patriarchats für eine Änderung des *russischen Religionsgesetzes* wider, die 1997 von Erfolg gekrönt war. Die Kirche stützte ihre Argumentation u. a. auf die Annahme, dass katholische und protestantische Missionare aus Westeuropa und Nordamerika die moralischen und kulturellen Werte der russischen Gesellschaft untergraben und der ROK „ihre“ Anhänger „stehlen“ würden. Oft wurde dabei wenig zwischen den verschiedenen Glaubensrichtungen unterschieden, viele von ihnen wurden als Sekten abgestempelt. Obwohl die Gesetzesänderung vor mehr als zehn Jahren in Kraft getreten ist, hat das Moskauer Patriarchat seinen Kampf gegen die so genannten Sekten bislang weitergeführt.

Auch Patriarch Kyrill I. hält an dieser Linie fest, scheint jedoch nationalistischen Tendenzen innerhalb der ROK kritisch gegenüber zu stehen. So gehörte er zu den Hauptautoren der „Grundlagen der Sozialkonzeption“ aus dem Jahre 2000, in der sich die Kirche grundsätzlich gegen den Nationalismus ausspricht; im zweiten Kapitel „Kirche und Nation“ ist festgehalten, dass „nationale Gefühle Anlass zu sündhaften Erscheinungen geben (können), wie aggressivem Nationalismus, Xenophobie, nationaler Auserwähltheit sowie interethnischer Feindschaft ... Der orthodoxen Ethik widerspricht jede Einteilung der Völker in bessere und

² Vgl. A. Krawtschenko: *Duchovnye korni pobedy pod Stalingradom* (Quelle: <http://www.pobeda.ru/content/view/1344/21>; letzter Zugriff: 04.02.2010).

³ Vgl. <http://www.pobeda.ru/content/view/2437> und <http://www.pobeda.ru/content/view/2438> (letzter Zugriff: 04.02.2010).

schlechtere wie auch die Herabwürdigung jeglicher ethnischer oder bürgerlicher Nation“.⁴ Außerdem bezeichnete Kyrill I. in einem im März 2007 gegebenen Interview mit der russischen Zeitung „Rossiiskaja Gaseta“ den Nationalismus als eine Krankheit und erklärte, dass er es für normal halte, dass sich die Völker vermischten und internationale Grenzen überschritten. Gleichzeitig warnte er aber auch vor den Konsequenzen ungehemmter Migrationsflüsse. Seiner Meinung nach könne zu viel Zuwanderung die nationale Kultur eines Landes schwächen, sodass es nötig wäre, für die Eingliederung der Zuwanderer in die Gesellschaft und Religion des Gastgeberlandes zu sorgen. Außerdem müsse die Kultur und die Toleranz der Gastbergesellschaft durch die Erziehung an staatlichen Schulen gestärkt werden. Dieses solle in der Form des Faches „Grundlagen der orthodoxen Kultur“ (Osnowy Prawoslawnoij Kultury) geschehen. Hier wird wieder die Unterscheidung zwischen Patriotismus und Nationalismus deutlich: Es ist akzeptabel, wenn ein Volk auf seine Kultur stolz ist und sie erhalten will, aber dies sollte nicht zu Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit führen.

Umstritten ist die Einführung eines Unterrichtsfaches „Grundlagen der orthodoxen Kultur“.

Auch seit seiner Wahl zum Patriarchen hat sich Kyrill für die „Grundlagen der orthodoxen Kultur“ eingesetzt. Es wird bereits seit 2004 als Wahlfach an einigen staatlichen Schulen, besonders im Westen Russlands, unterrichtet. Ursprünglich wollte die ROK das Bildungsministerium überzeugen, die „Grundlagen“ zu einem Pflichtfach zu machen. Sie stieß dabei aber auf so heftigen Widerstand, dass sie sich mit der heutigen, abgeschwächten Form zufrieden geben musste. Einer der Gründe für diesen Widerstand war der Inhalt des von Alla Borodina verfassten Lehrwerks und anderer Unterrichtsmaterialien. In dem für das Fach vorgesehenen Buch ist zu lesen, dass die Orthodoxie heutzutage die perfekte Religion sei, dass Russen von Natur aus orthodox seien und sich Anhänger anderer Religionen manchmal schlecht benähmen. Außerdem wurden antisemitische und antiislamische Elemente in dem Lehrwerk gefunden. Obwohl ein Gericht in Moskau 2002 urteilte, dass diese nationalistischen Aussagen aus dem Lehrwerk entfernt werden

⁴ Vgl. die Ausführungen von Jennifer Wasmuth in diesem Heft, besonders S. 26-29. Das Zitat aus dem Dokument findet sich in deutscher Übersetzung bei Josef Thesing/Rudolf Uertz (Hrsg.): Die Grundlagen der Sozialdoktrin der Russisch-Orthodoxen Kirche. Sankt Augustin 2001, S. 19 f.

müssten, ist das Buch kaum überarbeitet worden und wird derzeit in seiner unveränderten Form für den Unterricht benutzt. Kyrill hat sich im Februar 2009, kurz nach seiner Wahl zum Patriarchen, öffentlich von den unangemessenen Formulierungen distanziert. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob er das Lehrwerk umschreiben lassen oder sonstige Veränderungen an den „Grundlagen der orthodoxen Kultur“ veranlassen wird.

IV.

Kyrills Aufmerksamkeit gilt hauptsächlich der Außenpolitik und der globalen Wirtschaftskrise, die auch in Russland eine Vielzahl von Problemen verursacht hat. In den letzten sechs Monaten ist der Patriarch sowohl im Inland als auch im Ausland viel gereist: Er besuchte u. a. Sankt Petersburg, Archangelsk, Rostow am Don, Weißrussland und Aserbaidshan. Seine wichtigsten Reisen führten ihn die *Türkei* im Juni und in die Ukraine im Juli/August 2009. In Istanbul war Kyrill Gast des Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I. und konnte dort die Beziehungen zwischen der ROK und dem Patriarchat von Konstantinopel verbessern, die in den letzten Jahrzehnten aufgrund von Jurisdiktionsstreitigkeiten sehr angespannt gewesen waren. Unter anderem konnten das Moskauer und das Konstantinopler Patriarchat eine Regelung über die Organisation orthodoxer Strukturen in der Diaspora treffen. Damit hat die ROK ihre bisherige kühl-distanzierte Haltung gegenüber dem Ökumenischen Patriarchat abgelegt. Diese Kooperationsbereitschaft lässt zugleich hoffen, dass sich auch die Beziehungen zum Vatikan nachhaltig verbessern werden. Optimistisch könnte man es auch so deuten, dass die russische Kirche anfängt, sich aus ihrer selbst auferlegten Isolation zu lösen, und so zu einem Vorbild für andere russische Organisationen werden kann, indem sie ihnen ein Beispiel für mehr Offenheit gegenüber internationalen Institutionen und für eine weniger chauvinistische Politik gibt.

Weitere Anzeichen für diesen relativ neuen Trend waren auch während Kyrills Reise in die *Ukraine* zu beobachten. Nationalistisch gesinnte Ukrainer wie auch einige Geistliche und Anhänger der Kirchen, die sich Anfang der neunziger Jahre in der Ukraine vom Moskauer Patriarchat abgespalten hatten, behaupteten, Kyrill besuche die Ukraine mit der Absicht, sie für Moskau zu „erobern“; Leute, die sich mit der Situation der orthodoxen Kirche in der Ukraine auskennen, hatten diese

Vorwürfe schon im Vorhinein erwartet, denn sie wurden bereits zu Lebzeiten Alexij II. laut, obwohl dieser das Land 18 Jahre lang gemieden hatte und im Sommer 2008 eher notgedrungen nach Kiew gereist war. Die genannten Vorwürfe ließen sich jedoch durch den Ablauf der „Pilgerfahrt“, wie das Moskauer Patriarchat Kyrills Reise nannte, nicht bekräftigen.

Während seines zehntägigen Aufenthalts besuchte Kyrill die Klöster des Landes, die einige der wichtigsten Heiligtümer der russischen Orthodoxie darstellen. Er sprach mit den ihm folgenden Pilgern nicht nur auf russisch, sondern auch auf ukrainisch und nannte Kiew

nicht wie üblich die „Mutter aller russischen Städte“, sondern die „südliche Hauptstadt der russischen Orthodoxie“. Dieser neue Ausdruck verdeutlicht, dass das Moskauer Patriarchat im Begriff ist, seine politische Linie gegenüber der Ukraine zu ändern, und im Augenblick einen weniger traditionellen bzw. weniger chauvinistischen Kurs fährt. Außerdem hielt die Heilige Synode der ROK unter der Leitung des Patriarchen zum ersten Mal eine Sitzung im Kiewer Höhlenkloster ab. Hierdurch wurde zwar die religiöse Zugehörigkeit der Ukraine zu Russland unterstrichen, aber die Sitzung bestätigte auch, dass die Kirchenleitung das Land und seine Heiligtümer schätzt und sie für wichtige Anlässe nutzt. Kyrills Anwesenheit in der Ukraine kann ähnlich gedeutet werden.

Des Weiteren betonte der Patriarch seine Unabhängigkeit von der russischen Regierung dadurch, dass er sich mit dem ukrainischen Präsidenten Viktor Juschtschenko traf. Seit Mitte 2009 ist in den russisch-ukrainischen Beziehungen eine neue Eiszeit ausgebrochen, die zur Folge hat, dass der Kreml jegliche Kontakte mit Juschtschenko meidet und derzeit keinen Botschafter in Kiew hat. Während Kyrills Treffen mit dem ukrainischen Staatsoberhaupt sprach letzterer die heikle Frage der kanonischen Unabhängigkeit der orthodoxen Kirchen in der Ukraine an. Der Präsident hatte seit seinem Amtsantritt versucht, eine international anerkannte Ukrainische Orthodoxe Kirche ins Leben zu rufen in der Hoffnung, dass dadurch die politische und kulturelle Unabhängigkeit des Landes gefestigt würde. Dazu benötigt er nach wie vor das Einverständnis des Moskauer Patriarchats, das Kyrill I. ihm während des Treffens jedoch verweigerte. Das russische Kirchenoberhaupt argumentier-

Das Moskauer Patriarchat hat begonnen, seine politische Linie gegenüber der Ukraine zu ändern, und fährt im Augenblick einen weniger traditionellen bzw. weniger chauvinistischen Kurs.

te, nur ein kleiner Teil der ukrainischen Geistlichkeit wolle sich von der ROK trennen; außerdem sei das Thema der kanonischen Unabhängigkeit (Autokephalie) überpolitisiert. Diese Antwort war zu erwarten, da die Ukraine für das Moskauer Patriarchat aus historischen, kulturellen, wirtschaftlichen und strategischen Gründen zu wichtig ist, um sie in die Autokephalie zu entlassen. Nationalistische Aspekte spielen bei dieser Haltung des Patriarchen sicher eine Rolle, aber es nicht zu leugnen, dass nur ein kleiner Teil der ukrainischen Geistlichkeit wirklich in die Autokephalie entlassen werden möchte, auch wenn dazu keine genauen Angaben vorliegen. Jedoch beheimatet die Ukraine mehrere hochrangige orthodoxe Kleriker, die keinen Zweifel an ihrer Loyalität zu Moskau zulassen und sich lautstark gegen eine eventuelle kanonische Unabhängigkeit ihrer Kirche wehren. Für sie ist Russland der Ukraine in jeder Hinsicht überlegen – Moskau ist für sie das „Dritte Rom“, von dem sie sich nicht trennen wollen.

Indem sie die Vorherrschaft über die ukrainische Orthodoxie behält, tut die russische Kirchenleitung diesen zum Teil extremen Nationalisten einen Gefallen. Allerdings hat Kyrill während seiner Pilgerfahrt den Nationalismus bzw. Faschismus erneut kritisiert. In einem Auftritt bei dem ukrainischen Fernsehsender „Inter“, der von vielen Zuschauern verfolgt wurde, beschrieb er das Hitler-Regime als menschenverachtend. Außerdem ist der Patriarch auch auf die mehr pro-ukrainisch gesinnten Geistlichen zugegangen, indem er sowohl ukrainisch als auch russisch gesprochen hat. Er betonte damit den übernationalen Charakter der ROK, dessen Grundzüge bereits unter Alexij II. gelegt wurden.

V.

Ein Gemisch aus Nationalismus und Internationalismus ist auch in den Äußerungen des Moskauer Patriarchats über die weltweite *Wirtschaftskrise* zu finden. Ein Gremium von Wirtschafts- und Ethikexperten hat dazu eine Stellungnahme verfasst, die die Heilige Synode im Juli 2009 offiziell verabschiedete. In diesem Dokument betont die Kirche, dass die derzeitige Krise nicht nur eine systemische und wirtschaftliche, sondern auch eine Werte- und Weltanschauungskrise sei. Ihrer Meinung nach ist sie hauptsächlich durch „die dominante politische und ökonomische Kultur, in der das gierige Streben nach materiellem Wohlstand, Komfort und Unterhaltung wichtiger ist als das Individuum und die Gesell-

schaft“⁵, entstanden. Es ist bemerkenswert, dass Kyrill und seine Bischöfe nicht in erster Linie mit dem Finger auf die USA zeigen (wie Putin es tut), sondern kulturelle und religiöse Zustände für die derzeitigen Probleme verantwortlich machen.

Als Lösung für die derzeitigen Probleme schlägt die ROK vor, mehr Gerechtigkeit, Effizienz und soziale Solidarität in das Wirtschaftssystem zu integrieren. Nach Ansicht des Moskauer Patriarchats habe Russland aufgrund seiner Kultur die besten Voraussetzungen dafür, ein Vorbild bei der Erschaffung eines solchen Wirtschaftssystems zu sein. Hier vermischt sich also Misstrauen gegenüber den USA mit russischem Nationalstolz. Es kommt allerdings kein Protektionismus auf, der zu Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten nicht unüblich ist. Insgesamt werden in der Stellungnahme die moralischen und übernationalen Aspekte der Krise betont und nur gelegentlich von patriotischen Aussagen begleitet.

Abschließend kann gesagt werden, dass die ROK auch unter Kyrill I. dem Patriotismus durchaus zuspricht. Auch lassen sich regelmäßig nationalistische Elemente unter den Geistlichen finden, die aber seit dem Tod des Metropoliten Ioann von Sankt Petersburg und Ladoga ihren Ursprung nicht mehr in den höchsten Reihen des Moskauer Patriarchats haben. Die oberste Kirchenleitung bemüht sich zusehends, moderat aufzutreten und somit die nationalistischen Tendenzen in anderen Bereichen der Kirche auszugleichen. Da der Übergang vom Patriotismus zum Nationalismus aber unklar definiert ist, gelingt es den höchsten Würdenträgern nicht, ihre Organisation ganz vom Nationalismus zu befreien. Außerdem leisten die oben erwähnten nationalistisch eingestellten Kleriker dem Moskauer Patriarchat aus verschiedensten Gründen gute Dienste, sodass ihnen ein gewisser Freiraum zugestanden wird. Liberale oder kosmopolitische Kleriker wie Gleb Jakunin gibt es in den Reihen der ROK so gut wie gar nicht mehr.

Aufgrund seiner Kultur hat Russland nach Ansicht des Moskauer Patriarchats die besten Voraussetzungen dafür, ein Vorbild bei der Erschaffung eines effizienteren Wirtschaftssystems zu sein.

⁵ „The Expert Council on Economy and Ethics under The Patriarch of Moscow and all Russia. Statement on the Global and Financial Crisis“ (27. Juli 2009); Quelle: <http://www.mospat.ru/en/2009/07/27/news3801/> (letzter Zugriff: 04.02.2010).

Mit Gottes Hilfe zum Sieg?

Die Kirchen Russlands und Georgiens und der Krieg im August 2008

Positionen der Russischen Orthodoxen Kirche

Gegenüber dem vom russischen Präsidenten Boris Jelzin im Dezember 1994 eingeleiteten ersten Krieg in der separatistischen nordkaukasischen Republik Tschetschenien hatte die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) noch Skepsis erkennen lassen. Das änderte sich im zweiten, von Ministerpräsident Wladimir Putin ab Sommer 1999 angestregten Krieg. Patriarch Alexij II. verlieh im Januar 2000 Generalstabschef General Anatolij Kwaschnin und seinem ersten Stellvertreter General Walerij Manilow hohe kirchliche Auszeichnungen und verlangte eine Fortsetzung des offiziell als „Antiterror-Operation“ bezeichneten russischen Feldzuges, der rasch zehntausenden Zivilisten das Leben kostete und hunderttausende in die Flucht trieb. „Wir haben es“, so Alexij, „mit dem internationalen Terrorismus zu tun, und wenn man mit dem nicht Schluss macht, wird es kein friedliches Leben geben.“ Aufrufe zu einer Friedenslösung und Verhandlungen mit den Rebellen wurden im zweiten Tschetschenienkrieg nicht bekannt; die ROK unterstützte die Politik des inzwischen zum Präsidenten aufgestiegenen Putin (der in Interviews verlautbarte, ein gläubiger Mensch zu sein und in der Bibel zu lesen). Ebenso vorbehaltlos stellte sich die ROK dann hinter die russische Militärintervention gegen Georgien im August 2008, die über Monate hinweg genau geplant und vorbereitet worden war.

Am 2. August 2008, also wenige Tage vor Kriegsbeginn, gratulierte Alexij II. dem Katholikos und Patriarchen (d. h. Oberhaupt der Kirche) Georgiens, Ilija II., zum Namenstag und erwähnte dabei das „uns im gleichen Glauben verbundene und befreundete georgische Volk“. Die

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der österreichischen Landesverteidigungsakademie in Wien.

ersten Meldungen, die sich auf die Ereignisse im seit fast zwei Jahrzehnten separatistischen Südossetien, das Georgiens Präsident Michail Saakaschwili ab dem 7. August mit einem militärischen Handstreich einzunehmen gehofft hatte, bezogen, tauchten am 8. August auf der Website der ROK auf. Der Erzbischof von Stawropol und Wladikawkaz, Feofan, wies alleine Georgien die Schuld für die Gewalt in Südossetien zu und forderte von Tiflis eine Einstellung der Kampfhandlungen. Alexij II. selbst zeigte sich zunächst etwas neutraler: Mit Georgiern und Osseten würden orthodoxe Völker „zusammenstoßen“, von denen Gott wolle, dass sie „in Brüderlichkeit und Liebe leben“. Unter Hinweis auf einen Friedensaufruf von Ilija II. setzte Alexij II. fort, dass er sich an alle wende, „die noch nicht vor lauter Hass blind sind“; man solle mit dem Krieg „aufhören“ und Verhandlungen einleiten. Die ROK sei bereit, „ihre Anstrengungen mit der Georgischen Kirche zu vereinigen, um zur Erreichung eines Friedens beizutragen“. Einer ROK-Meldung vom 11. August zufolge – die russische Armee war längst in Georgien einmarschiert – wollte Kyrill, Metropolit von Smolensk und Kaliningrad sowie Leiter der Abteilung für auswärtige Kirchenbeziehungen des Moskauer Patriarchats (und ab Januar 2009 selbst Patriarch der ROK), beten lassen, auf dass „im Kaukasus zwischen den georgischen und ossetischen Glaubensgenossen Frieden herrsche“. In erster Linie aber ging es Kyrill um die Abwehr der (ohnedies nur zurückhaltenden) internationalen Kritik an Russland für seine Militärintervention gegen Georgien: „Heute wurde unser Land mit der Gefahr eines Krieges und einer neuen Welle der Verleumdung unseres Vaterlandes konfrontiert, die jene initiieren, denen die historische Wahl Russlands nichts gefällt.“ Dann gratulierte Alexij eben jener russischen Luftwaffe, die gerade (u. a. mit Streubomben) militärische Ziele und Wohngebiete in Georgien bombardierte, zu ihrem „Berufsfeiertag“, dem 12. August. In einer Botschaft an Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow und Luftwaffenchef General Alexander Selin hieß es u. a.: „Seit dem Tag ihrer Gründung und bis heute sichern die Luftstreitkräfte die Verteidigungsfähigkeit unseres Vaterlandes, bewachen die Staatsgrenzen, stehen an der Wacht der Interessen des Landes. Es ist erfreulich, dass in den letzten Jahren nicht wenig für die Wiederherstellung der einst unterbrochenen Zusammenarbeit zwischen der Kirche und der Luftwaffe getan wurde, deren Ziele die geistig-sittliche

Patriarch Alexij II. betonte die Bereitschaft der ROK, „ihre Anstrengungen mit der Georgischen Kirche zu vereinigen, um zur Erreichung eines Friedens beizutragen“.

und patriotische Erziehung, die Stärkung der Staatlichkeit und die Verbesserung der Sicherheit sind.“

Am 14. und 15. August, als die russischen Truppen weiter in das georgische „Kernland“ (d. h. Gebiete außerhalb der separatistischen Gebiete Abchasien und Südossetien) vorstießen, Ortschaften besetzten und plünderten sowie Infrastruktur zerstörten, fanden einige Telefongespräche zwischen Ilija II. und Kyrill statt. Nach Aussage von Kyrill bestätigten beide „die Wichtigkeit der Friedensanstrengungen der beiden Kirchen, die auf die Heilung jener Wunden gerichtet sind, die das Blutvergießen geschlagen hat“. Am 19. August besuchte Erzbischof Feofan einen Standort der von Russland kontrollierten „Friedenstruppen“ für Südossetien (die seit ihrer Stationierung 1992 nie das Mandat einer internationalen Organisation besessen hatten). Er verteilte dort an die Soldaten Kreuze und Ikonen und erklärte, dass „Schutz der Bürger Russlands und Südossetiens vor Vernichtung und Vertreibung ... Ziel und Aufgabe der Friedenssoldaten“ sei. Bei einer Veranstaltung in Berlin am 22. August zeigte Feofan angebliche Trümmer einer georgischen Rakete vom Typ „Grad“ vor, mit der die südossetische Hauptstadt Zchinwali beschossen worden sei und die er selbst aus Südossetien mitgebracht haben wollte. Es gäbe schon „zehntausende“ Flüchtlinge aus Südossetien (obwohl dieser Landstrich überhaupt nur ca. 30.000 Einwohner hatte und der Föderale Immigrationsdienst Russlands mit Stand vom 15. August ca. 17.000 Flüchtlinge aus Südossetien registrierte). Feofan setzte fort: „Diese humanitäre Katastrophe ist das Resultat von verbrecherischen Tätigkeiten politischer Kräfte eines angrenzenden Staates (*gemeint: Georgien, der Verf.*), die sich keine Rechenschaft darüber ablegen, was sie tun.“ Die „Zivilgesellschaft in Europa und Amerika“ habe keine „wahrheitsgetreuen Informationen“ über den Konflikt. Feofan betrachtete seinen Auftritt explizit als „Durchbruch der Informationsblockade“, mit anderen Worten: als Möglichkeit zur Popularisierung des Standpunkts der ROK (und damit des Kremls) zum Georgienkrieg im Ausland.

Reaktionen der Georgischen Kirche

Am 10. August drückte der in Gesellschaft und Politik Georgiens gleichermaßen hoch angesehene Ilija II. in einer Predigt sein Unverständnis über den Umstand aus, dass „orthodoxe Russen orthodoxe Ge-

orgier bombardieren“; eine solche Aggression habe es in der Geschichte der beiden Völker nie gegeben.¹ „Glaubt, dass Gott Georgien nicht in Teile aufspalten wird.“ Am 15. August besuchte Ilija II. die Konfliktzone. Er hatte zuvor Alexij II. um Vermittlung gebeten, weil diese gemeinsam vom russischen Militär und südossetischen Milizionären kontrolliert wurde. Ilija II. rief Präsident Dimitrij Medwedjew und den eigentlichen Machthaber Russlands, Ministerpräsident Wladimir Putin, dazu auf, die Feindseligkeiten einzustellen und Südossetien und Abchasien nicht als „unabhängige Staaten“ anzuerkennen. Unmittelbar darauf tat der Kreml allerdings genau das.

In den ROK-Aussagen wurden immer wieder die russischen „Friedenstruppen“ und ihre „Heldentaten“ erwähnt.

Am 1. September bildeten hunderttausende Menschen in allen bedeutenden Städten Georgiens zum Protest gegen die russische Besetzung von Teilen des Landes eine Menschenkette; Ilija II. segnete die Veranstaltung in seiner Sonntagspredigt. Kyrill berichtete, dass die ROK Briefe Ilijas an Medwedjew und Putin weitergeleitet habe. Darin hieß es, dass die russische Luftwaffe „georgische Städte und Dörfer bombardiert hat, orthodoxe Christen haben einander getötet“. Ilija bedauerte die Toten unter Georgiern wie Osseten und wies die russischen Vorwürfe, dass Tiflis in Südossetien einen „Genozid“ durchgeführt habe, als „reine Lüge“ zurück.

Im Oktober 2009 verlangte Ilija II. eine Wiederherstellung der territorialen Integrität Georgiens und kritisierte Präsident Saakaschwili für seine Aktionen in Südossetien im August 2008, die zum bewaffneten Konflikt mit Russland geführt hätten: Dieser sei vermeidbar gewesen.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die über weite Strecken in pathetischem Ton gehaltenen ROK-Kommentare zum Krieg erwähnten grundsätzlich nur Hilfe „für Südossetien“ und die Flüchtlinge von dort; in den Kirchen fanden Geldsammlungen für die Opfer des Konflikts statt, die Alexij II. segnete. „Hilfe für Georgien“ (ein armes Land), seine Kriegsoffer und Zehntausende von Flüchtlingen kam dagegen nirgendwo vor. In den Stellung-

¹ Es ist schwer vorstellbar, dass sich der Patriarch nicht der Annexionen Georgiens durch das Zarenreich (1801) und Sowjetrussland (1921) bewusst war.

nahmen der ROK war konsequent von einem „georgisch-ossetischen Konflikt“ die Rede – sogar noch zu einem Zeitpunkt, als die russische Armee schon längst mit der Besetzung von georgischem „Kernland“ beschäftigt war. Die russische Armee fand nirgendwo auch nur Erwähnung, von Kritik an Putins Krieg gegen Georgien ganz abgesehen. Stattdessen wurden in den ROK-Aussagen immer wieder die russischen „Friedenstruppen“ und ihre (wörtlich) „Heldentaten“ erwähnt. Feofan unterstrich am 9. August 2008 eine „Festigkeit des Geistes“ und

Offensichtlich hat kein einziger relevanter Würdenträger der ROK öffentlich auch nur vorsichtige Distanz zur russischen Militärintervention gegen Georgien geäußert.

eine „Treue gegenüber der militärischen Pflicht“ der „Friedenstruppen“. Er versprach, auch künftig diesen „Verteidigern des Friedens und der Stabilität im Kaukasus“ Hilfe und Unterstützung zu erweisen. Das erwies sich allerdings deswegen rasch als überflüssig, weil Moskau die

„Friedensmission“ in Südossetien beendete und mit der separatistischen Republik einen Vertrag über den Aufbau eines russischen Militärstützpunktes abschloss. Die georgischen Proteste gegen diese formale Ausfertigung der völkerrechtswidrigen Besetzung einer de jure zu Georgien gehörenden Region verhallten in Moskau – und auch in der Zentrale der ROK – völlig ungehört. Die ROK schwieg auch konsequent zu den „ethnischen Säuberungen“ an ethnischen Georgiern in Südossetien, die die südossetischen Separatisten nach eigenem Bekenntnis verübten; so meinte deren Führer Eduard Kokojty Mitte August 2008 in Interviews für die russische Presse unter Anspielung auf die Lage in den (ehemals) von Georgiern bewohnten Dörfern wörtlich: „Wir haben dort praktisch alles dem Erdboden gleichgemacht“, auf dass niemand dorthin je zurückkehren könne.

Nach Kenntnis des Verfassers hat nicht ein einziger relevanter Würdenträger der ROK öffentlich auch nur vorsichtige Distanz zur russischen Militärintervention gegen Georgien und die Zerschlagung seiner territorialen Integrität geäußert. Daraus ergibt sich der zwingende Schluss, dass die ROK das Vorgehen des Kremls voll und ganz billigte. Das ist auch deswegen erstaunlich, weil die ROK die Intervention der NATO gegen Restjugoslawien im Frühjahr 1999 als „Sünde vor Gott und als Verbrechen aus der Sicht des internationalen Rechts“ lautstark verurteilt hatte (die serbischen „ethnischen Säuberungen“ an den Albanern fanden keinerlei Aufmerksamkeit) und die Unabhängigkeit des Kosovo von Serbien, einem „orthodoxen Bruderland“, natürlich schroff

ablehnt: Diese sei völkerrechtswidrig, weil sie dem Grundprinzip der territorialen Integrität von Staaten widerspreche.

Daraus ergeben sich unerfreuliche, aber unbestreitbare Schlussfolgerungen: Die ROK hat – gewollt oder ungewollt – im zweiten Krieg in Tschetschenien und im Krieg gegen Georgien zur „geistigen Mobilisierung“ beigetragen und damit die Politik des Kremls objektiv unterstützt. Sie machte nicht einmal den Versuch, neutral zu bleiben, und war von Anfang an Partei – auf der Seite der russischen Armee und der süd-ossetischen Separatisten.

Literaturhinweise

Thomas Bremer: Kreuz und Kreml. Kleine Geschichte der orthodoxen Kirche in Russland. Freiburg, Basel, Wien 2007.

Martin Malek: Georgia & Russia: The „Unknown“ Prelude to the „Five Day War“. In: *Caucasian Review of International Affairs*, Vol. 3 (2) - Spring 2009; Internet-Dokument: http://www.cria-online.org/7_10.html (letzter Zugriff: 04.02.2010).

Anastasia Mitrofanowa: The Politicization of Russian Orthodoxy. Actors and Ideas. Stuttgart 2005.

Internetauftritt des Patriarchats von Georgien (in georgischer, russischer und englischer Sprache): <http://www.patriarchate.ge>

Internetauftritt der Russischen Orthodoxen Kirche – Abteilung für auswärtige Beziehungen des Moskauer Patriarchats (in russischer, englischer, griechischer und italienischer Sprache): <http://www.mospat.ru/>

Joachim Willems: Kirche und Armee. Religion und Politik in Russland. In: *osteuropa* 59 (2009), H. 6, S. 235-248.

Religiöses Leben im heutigen Russland – Ideal und Wirklichkeit

I.

Die „Rehabilitierung“ der Religion, wie sie in der sowjetischen Gesellschaft in den Jahren der Perestrojka, des Umbaus, vor sich gegangen ist, bot die Möglichkeit einer elementaren Wiedergeburt für viele Konfessionen und einer Popularisierung religiöser Ideen im Massenbewusstsein. Dabei verlief die „nationale Wiedergeburt“ praktisch aller Völker Russlands unter religiöser Flagge und war Grundlage für die Besonderheiten der heutigen Religiosität in Russland und die Ausbildung der heutigen religiösen Vielfalt.

Die Prozesse, die sich in den letzten Jahren im religiösen Leben Russlands vollzogen haben, waren einzigartig und dienen als Basis für ganz unterschiedliche ideologische und politische Konstruktionen; sie sind aber auch Gegenstand anhaltender Diskussionen im kirchennahen und im wissenschaftlichen Milieu. Darum versuche ich, in meinem Beitrag die wichtigsten und meistdiskutierten Probleme zu umreißen, die mit der Erforschung und Auslegung der Prozesse verbunden sind, die im religiösen Leben des heutigen Russland stattgefunden haben und immer noch stattfinden. Seit Beginn der Perestrojka beschäftigten sich die Forscher mit folgenden Fragestellungen:

- Wird in der heutigen Gesellschaft, die eine gewaltsame Säkularisierung hinter sich hat, Massenreligiosität wiederbelebt werden und, wenn ja, welche Auswirkungen wird die vorangegangene Säkularisierung dann noch haben?
- Wird es eine Restauration der Orthodoxie als traditioneller russischer Volksreligion (wie auch der traditionellen Religionen anderer Völker) geben?

Die Autorin ist Historikerin und arbeitet an der Geschichtswissenschaftlichen Fakultät der Moskauer Staatlichen Universität im „Zentrum zur Erforschung der gesellschaftlich-politischen Prozesse im postsowjetischen Raum“.

- Welche für Russland neuen religiösen Strömungen werden in der postsowjetischen Gesellschaft am erfolgreichsten sein?
- Wird sich in Russland eine Staatsreligion herausbilden und wie wird die Frage nach der Beachtung des Rechts auf Gewissensfreiheit entschieden?
- Welche soziale und politische Rolle wird die Religion spielen?

Bis zur zweiten Hälfte der neunziger Jahre war für Russland ein stürmisches Anwachsen konfessioneller Organisationsstrukturen charakteristisch. Auf gesamtstaatlicher Ebene nimmt hier die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) eine führende Rolle ein, obwohl sich die Situation in den russischen Regionen sehr stark unterscheidet

Religiöse Vielfalt ist zu einem realen Faktor des russischen gesellschaftlichen Lebens geworden.

(z. B. übertreffen die Protestanten in einigen Regionen nach der Zahl der registrierten Gemeinden die orthodoxe Kirche, in einem nicht geringen Teil der Regionen ist der Islam von großer Bedeutung). S. B. Filatow, der sich viele Jahre mit der Erforschung regionaler Besonderheiten bei der Entwicklung des religiösen Lebens in Russland beschäftigt hat, bemerkt, dass „sich die Religion wohl als stärkster Bewahrer und Verkünder weltanschaulicher Unterschiede und eines regionalen Bewusstseins erwiesen hat“. Religiöse Vielfalt ist zu einem realen Faktor des russischen gesellschaftlichen Lebens geworden.

Zwar ist die Statistik des offiziellen Wachstums der Organisationsstrukturen verschiedener Konfessionen bekannt und wird als Merkmal für eine erfolgreiche Tätigkeit religiöser Organisationen verwendet, doch wie sich dann in der Praxis auf niedriger Ebene eine religiöse Infrastruktur bildet, wie eine Auswahl von Konfessionen zustande kommt, wie in den Orten interkonfessionelle und kirchlich-staatliche Beziehungen entstehen – diese Themen warten noch auf ihre Forscher. Bei weitem mehr Aufmerksamkeit erfuhren der Zustand der *Gewissensfreiheit* in Russland, die Entwicklung der *kirchlich-staatlichen Beziehungen* und die *politische Rolle der ROK* in Russland. Für die systematische Erforschung der Besonderheiten der regionalen Entwicklung wurde der Anfang mit dem Projekt der „Enzyklopädie des heutigen religiösen Lebens in Russland“ unter Beteiligung des Keston-Instituts und russischer Soziologen gelegt, in dessen Rahmen zwischen 1994 und 2001 Feldforschungen in 78 Subjekten der Russischen Föderation durchgeführt wurden. In letzter Zeit richtete sich das Interesse der Forscher auf Fragen, wie und auf welchen wertmäßigen Orientierungen und Regeln des kirch-

lichen Lebens sich in der Praxis eine gemeindliche Infrastruktur entwickelt, welche sozialen Bindungen entstehen, welchen Platz im kirchlichen Leben die Gemeindegeistlichen und die inoffiziellen Leiter einnehmen. 2009 wurde unter Leitung von Prof. Dr. Alexander Agadschanjan von der Russischen Staatlichen Geisteswissenschaftlichen Universität (RGGU) das Forschungsprojekt „Heutige Orthodoxe Gemeinden: 20 Jahre Transformation“ durchgeführt.

II.

In heutigen soziologischen und religiösen Kreisen Russlands streitet man schon lange darüber, auf welche Weise die Gesamtheit der russischen Bevölkerung als „orthodox“ zu identifizieren sei. Die gesamt-russische Umfrage, deren Fragenkatalog von einem russisch-deutschen Forscherteam (Weniamin Simonow¹, Jennifer Wasmuth, Thomas Bremer) ausgearbeitet und vom Levada-Zentrum im Februar 2009 durchgeführt wurde, ergab, dass sich in Russland 72,6 Prozent als Orthodoxe bezeichnen. Ähnliche Ziffern – zwischen 65 und 82 Prozent – erhält man mit einer gewissen Variabilität auch aus anderen Befragungen der letzten Jahre.

Als Hauptindikatoren für die Untersuchung von Kirchlichkeit treten bei der Durchführung früherer soziologischer Studien für gewöhnlich drei Gruppen von Faktoren auf: (1.) Grundkenntnisse der Glaubenslehre, Vorstellungen von Gott und der menschlichen Existenz nach dem

Tod, (2.) eine Beziehung zu Phänomenen der geistigen Welt, die dem Christentum entgegenstehen: Zauberei, Magie, Reinkarnation usw., (3.) der Grad der Teilnahme am kirchlichen Leben.

Die Religion hat den Atheismus in Russland nicht besiegt, sondern Religion und Atheismus sehen sich beide mit dem Anwachsen weltanschaulicher Unklarheiten konfrontiert.

Versuche, die Weltanschauung jener Menschen zu untersuchen, die sich selbst

als orthodox bezeichnen, endeten in der Regel mit der Feststellung, das religiöse Bewusstsein sei von „religiösem Synkretismus“ und „Eklektizismus“ beherrscht. So glaubten beispielsweise im Jahre 2005 22 Prozent

¹ Vgl. auch das anschließende Interview in vorliegendem Heft. – Wichtig für eine Einordnung der Gesamthematik sind außerdem die Beiträge des Heftes „Glaubenssache. Kirche und Politik im Osten Europas“ der Zeitschrift „osteuropa“ (59 [2009], H. 6).

der russischen Bevölkerung an Seelenwanderung, 42 Prozent an Astrologie, 19 Prozent teilten die Vorstellung von einem Gott, „mit dem der Mensch persönliche Beziehungen herstellen kann“. Nach Ansicht von D. Furman hat die Religion den Atheismus in Russland nicht besiegt, sondern Religion und Atheismus sehen sich beide dem Anwachsen weltanschaulicher Unklarheiten und einem ideologischen Eklektizismus gegenüber, der den Glauben an ein „Weiterleben der Seele“, an Astrologie, Ufologie, „energetische Vampire“, Zauberer, Schamanen usw. einschließt und eine unstrukturierte Form ständig sich wandelnder Elemente bildet, die nicht logisch miteinander verbunden sind.

Eine andere Gruppe von Wissenschaftlern besteht darauf, dass allgemeine Kenntnisse der orthodoxen Lehre kein Merkmal der traditionellen russischen religiösen Kultur seien. Nach Ansicht der Soziologin W. Tschesnokowa ist die Selbstidentifizierung „orthodox“ einer der ersten Schritte bei einer Bewegung zur Kirche hin; der Mensch „durchläuft viele Etappen, Stufen des Aufstiegs seiner Person hin zum christlichen Ideal“. Am Anfang seines Weges zum Christentum sei der Mensch nicht nur durch den Glauben an Astrologie und das Vertrauen zu Zauberern und Hexenmeistern vorbelastet, sondern auch mit seinem ganzen Lebenswandel, den Sitten, Gewohnheiten, Gebräuchen, mit der komplexen Struktur seines Daseins, das ihm in Fleisch und Blut übergegangen ist. Gerade W. Tschesnokowa ist es gewesen, die ein Untersuchungssystem zur Dynamik der zahlreichen Stationen jener Menschen auf dem Weg zur Verkirchlichung ausgearbeitet hat, die sich selbst als orthodox bezeichnen und schrittweise in die Sphäre der traditionellen orthodoxen Ansichten und Werte voranschreiten. Die Befürworter dieses Ansatzes verteidigen in der Regel die Behauptung: „Wenn eine Studentin das Vaterunser und das Glaubensbekenntnis nicht auswendig kennt, aber keine Materialistin ist und in einem schwierigen Augenblick des Lebens weder in eine Moschee noch in eine evangelische Kirche noch in eine Synagoge geht, jedoch ein orthodoxes Gotteshaus aufsucht, dann ist sie orthodox.“

Dementsprechend haben die Befürworter des ersten Ansatzes den letzteren konfessionelle Parteilichkeit und professionelle Voreingenommenheit vorgeworfen, die zweite Gruppe bezeichnet hingegen die ersten als Träger sowjetischer soziologischer Traditionen und beschuldigt sie mangelnder adäquater Kenntnisse über den orthodoxen Glauben der Wissenschaftler selbst. Warum halte ich mich nun mit solchen Einzelheiten einer, wie es scheint, rein akademischen Debatte auf?

Dieser Streit besitzt schon lange politischen Charakter, weil die Zahl

der Anhänger der orthodoxen Kirche die Möglichkeit für die Begründung einer Sonderstellung der orthodoxen Kirche in Russland bietet, indem sie Zuwendungen vom Staat bekommt, zu Bildungs- und anderen Bereichen Zugang erhält und, kaum weniger wichtig, zugleich die Tätigkeit anderer Konfessionen eingeschränkt wird. Der Leiter des Presbiterates des Moskauer Patriarchates, Priester Wladimir Wigiljanskij, bestätigte 2009, dass gerade die Selbstidentifizierung der religiösen Zugehörigkeit der Menschen (seiner Meinung nach 52-55 Prozent der Bevölkerung Russlands) „in den Entscheidungen der Legislative und der Exekutive bestimmend werden sollte“.

III.

Was sind die Merkmale für eine tatsächliche Teilnahme jener Menschen am kirchlichen Leben, die sich selbst als orthodox bezeichnen?² Betrachten wir zunächst die *Häufigkeit des Gottesdienstbesuches* (Angaben in Prozent):

| | |
|-------------------------------|------|
| einmal wöchentlich oder öfter | 3,3 |
| einmal monatlich oder öfter | 8,8 |
| mehrmals im Jahr | 25,3 |
| ein- bis zweimal im Jahr | 18,9 |
| seltener als einmal im Jahr | 18,9 |
| niemals | 18,5 |

Der sonntägliche Kirchgang findet statt:

| | |
|------------|------|
| regelmäßig | 2,7 |
| oft | 2,6 |
| manchmal | 26,9 |
| niemals | 61,5 |

Es fällt auf, dass 18,5 Prozent der Orthodoxen noch nie einen Gottesdienst besucht haben, ebenso viele besuchen weniger als einmal im Jahr einen Gottesdienst. 61,5 Prozent gehen sonntags nie in die Kirche. Diese Merkmale sind nicht nur für die Orthodoxen charakteristisch; ähnliche

² Zugrunde liegen die Daten der Befragung, die im Februar 2009 vom Levada-Zentrum durchgeführt wurde; vgl. auch <http://egora.uni-muenster.de/fb2/oekumene/Repraesentativbefragung.pdf> (letzter Zugriff: 08.02.2010).

Ergebnisse sind für die Vertreter aller christlichen, sich als Kirchen verstehenden Gemeinschaften in der postsowjetischen Ära kennzeichnend. Beispielsweise werden in Lettland von den Menschen, die sich selbst als Lutheraner bezeichnen, regelmäßige Mitgliedsbeiträge eingefordert (das ist ein Kriterium für die Mitgliedschaft in der Kirche), jedoch nur jeder Zehnte zahlt diese auch. Eine ähnliche Situation ist unter der muslimischen Bevölkerung Tatarstans zu beobachten.

Ungeachtet dessen kann man feststellen, dass etwa 30 bis 34 Prozent der Orthodoxen mehrmals jährlich in eine orthodoxe Kirche gehen (und ein- bis zweimal jährlich noch fast 19 Prozent), sodass die orthodoxe Kirche mit diesen Menschen theoretisch einen bestimmten Dialog führen könnte.

Ein zweites wichtiges Merkmal ist die Teilnahme der Menschen am wichtigsten christlichen Sakrament, der *Eucharistie*.

Frage: Wie oft empfangen Sie die Kommunion? (Angaben in Prozent)

| | |
|-----------------------------|------|
| jede Woche | 0,6 |
| jeden Monat | 0,7 |
| einige Male jährlich | 5,3 |
| ein bis zweimal jährlich | 7,2 |
| weniger als einmal jährlich | 13,9 |
| niemals | 51,5 |

Bemerkenswert ist, dass 51 Prozent der orthodox Getauften niemals zur Kommunion gehen, regelmäßig hingegen nur 1,3 Prozent (d. h. mindestens einmal pro Monat). 12,5 Prozent der Gläubigen gehen gelegentlich zur Kommunion.

Die Eingliederung der Menschen in das kirchliche Leben vollzieht sich in der Regel in der Pfarrkirche durch den Pfarrer. Doch gerade im Gemeindeleben der orthodoxen Kirchen (oder in seinem Fehlen) lassen sich im letzten Jahrzehnt ernsthafte Probleme beobachten, die sich unter dem Einfluss einer ganzen Reihe kulturhistorischer Faktoren herausgebildet haben.

Die Beteiligung der orthodoxen Gläubigen am Gemeindeleben ist äußerst gering und wird von den meisten Geistlichen auch nicht unterstützt.

Am wichtigsten ist der *historische Faktor* – der Mangel an Erfahrung in der neuen und neuesten Geschichte Russlands und die mangelnde Tradition der Menschen, sich selbst zu organisieren und gesellschaftliche Vereinigungen zu bilden. Das zeigen auch die Umfrageergebnisse: Am Leben der Kirchengemeinden nehmen regelmäßig nur 1 Prozent der Or-

thodoxen teil, der Prozentsatz derjenigen, die sich von Zeit zu Zeit am kirchlichen Leben beteiligen, beträgt weniger als 7 Prozent. Diese These wird durch die Praxis der in Russland entstandenen orthodoxen Gemeinden bestätigt: Ihrer Struktur nach kann man meist von einem *autoritären* oder einem *oligarchischen* Charakter sprechen. Im ersten Fall nimmt der Geistliche eine dominierende Stellung mit entscheidendem Stimmrecht ein; falls er die Gemeinde verlässt, hört diese auf zu funktionieren. Im anderen Fall wird die Gemeinde von einer Gruppe von Personen beherrscht, die dem Geistlichen nahe stehen.

Ein zweiter wichtiger Faktor ist die *gespannte Einstellung der Kirchenleitung zu Laienaktivitäten*. Dieses Vermächtnis der sowjetischen Periode, das sich bis in die Zarenzeit zurück verfolgen lässt, hat massive Wurzeln in der Mitte der Geistlichkeit; ihre korporative Abgeschlossenheit und das traditionelle Misstrauen gegenüber der Glasnost, der Offenheit, neigen dazu, sich zu verstärken. Die „Besucher“ der Gottesdienste werden von den Repräsentanten dieser Kategorie der Geistlichkeit als „babki“³ bezeichnet. Außerdem bewegt ein ganz gewöhnliches Stereotyp die Hierarchen und die Geistlichkeit – sie suchen Unterstützung bei den Repräsentanten der Macht und/oder der Geschäftswelt. Die fehlende Notwendigkeit innerkirchlicher Unterstützung hat auch eine ökonomische Begründung: Während in der Sowjetzeit die Geistlichkeit und die Hierarchie von den Opfern der Gemeindeglieder ernährt wurden, sind die Opfergaben der Gläubigen heute (wegen der Verarmung des größten Teils der Bevölkerung) ökonomisch nicht interessant. Ökonomische Schlüsselfaktoren des Lebens in der ROK sind erstens staatliche Privilegien, Dotationen und das vom Staat übergebene Kirchenvermögen, zweitens die Sponsorenhilfe von einzelnen mittleren und großen Geschäftsleuten.

³ Mit „*Babka*“ (Plural „*babki*“, von „*Babuschka*“, Großmutter) bezeichnet man den Teil der gläubigen Frauen älterer Jahrgänge, die sogar in der Periode der Kirchenverfolgung ihren Glauben bewahrten, den „Glauben der Väter“. Dabei repräsentieren die „*babki*“ die niedrigste soziale Klasse: meistens mit nur drei Klassen Schulbildung oder bestenfalls mit mittlerer Bildung, bei niedrigem Einkommensniveau (Rente und im Falle ländlicher Bewohner die Landwirtschaft). Dessen ungeachtet gehen sie zu allen Gottesdiensten und halten alle Riten und Vorschriften ein. Dabei hat dieser ganze religiöse Gehorsam eher mit dem „Glauben der Väter und Großväter“ zu tun, also mit der traditionellen Volksreligion. Die von den „*babki*“ so verehrte Überlieferung ist eine Kompilation aus Orthodoxie und Volksglauben, in der der letztere zumeist überwiegt. Das Wort „*babka*“ wird auch in russischen Volkssprichwörtern und Redensarten verwendet; „*babka*“ ist dann eine Hexe, eine Zauberin oder eine Quacksalberin. „Geh nicht zur *babka* – es ist auch so alles klar“ bedeutet, dass man auch ohne besonderen Rat auskommen kann.

Diese Faktoren treten am deutlichsten in Moskau zutage, wo nach Ansicht zahlreicher Moskauer Priester die Diözesanverwaltung nach 1998 die Gründung aktiver Gemeinden inoffiziell verboten hat. In den russischen Provinzen ist die Situation zumeist anders: Die Diözesanleitung erhebt grundsätzlich keinen Einwand gegen das Gemeindeleben, obwohl es oft schwieriger zu organisieren ist als in Moskau. Dennoch kommt es auch dort zu Konflikten.

Davon, dass gerade das oben beschriebene Problem sich als systemimmanente Untugend erweist, zeugt m. E. das Fehlen von Kriterien für eine Mitgliedschaft in der Kirche und für den Begriff „Kirchengemeinde“. Im Statut der ROK gibt es weder eine Definition der Kirchenmitglieder noch der „Laien“ – es ist nur von „Gemeindemitgliedern“ die Rede. „Gemeindemitglied“ ist ein historischer Begriff aus der Zeit, als das Gotteshaus, das der orthodoxe Gläubige besuchen sollte, auf Grund der territorialen Aufteilung der kirchlichen Pfarreien ermittelt wurde. Für die großen Städte im heutigen Russland ist das ein völliger Anachronismus.

Wer aber sind die Gemeindemitglieder, welchen Platz nehmen sie im Statut der ROK aus dem Jahr 2000 ein? „Jedes Gemeindemitglied hat die Pflicht, am Gottesdienst teilzunehmen, regelmäßig zu beichten und die Kommunion zu empfangen, die Regeln und kirchlichen Vorschriften zu befolgen, die Dinge des Glaubens zu erfüllen, nach religiös-moralischer Vervollkommenung zu streben und die Wohlfahrt der Pfarrei zu fördern.“ Dies ist die einzige Stelle in der Satzung, die den Platz der Laien im kirchlichen Leben regelt. So konnten nur die Nachfolger der Synodalperiode schreiben, als die Abwesenheit bei der Beichte und bei der Kommunion noch mit einer Geldstrafe geahndet wurde. Wie konnte das unschätzbare Geschenk aus der Quelle der Unsterblichkeit, dessen niemand würdig ist, in die Kategorie einer Verpflichtung übertragen werden?

Als Ergebnis dieses Ansatzes bleibt es den Gemeindegeistlichen nur zu bestimmen, wie häufig Laien die Kommunion empfangen sollen (was einige von ihnen bereits taten) und jene fortzuschicken, die die aufgestellten Normen nicht erfüllen. Das verkehrt die „liturgische Wiedergeburt“ in Russland oftmals in ihr Gegenteil. Die Ergebnisse verschiedener soziologischer Umfragen zeigen, dass in Russland die Zahl derjenigen, die die Kommunion empfangen, stagniert. Wie es scheint, muss man die Ursachen dafür in erster Linie innerhalb der Kirche suchen.

Auf tragische Weise geht der Versuch einer eucharistischen Wieder-

geburt an der Kirchenorganisation in Russland vorbei. Die „liturgische Wiedergeburt“ oder vielmehr ein wiedergewonnenes Liturgieverständnis entwickelte sich in der russischen Emigration, in den Lagern der Russischen Christlichen Studentenbewegung, in den Werken des in New York lehrenden Priesters Alexander Schmeman und in der liturgischen Praxis des Metropoliten von Surosh (Großbritannien), Antonij (Bloom); es ging weit über den Kreis der russischen Emigration hinaus und hat der Orthodoxie viele Menschen anderer Konfessionen zugeführt.

IV.

Die vorgestellten Zahlen zeugen von einer äußerst unbedeutenden Menge von Menschen, die zur Kommunion gehen. Hier liegt es nicht nur am Unwillen oder an den Schwierigkeiten, die die Vorbereitung auf die Kommunion für normale Menschen mit sich bringt. In Russland wird eine häufige Kommunion (d. h. während jeder Liturgie) nur in einzelnen Moskauer und St. Petersburger Kirchen praktiziert; die absolute Mehrheit der Priester betrachtet dagegen die Idee einer häufigen Kommunion nur als „Neuerertum“ und lehnt sie kategorisch ab, um „die Gefahr der Gewöhnung“ auszuschließen.

Der Kampf gegen die Religion in der Sowjetunion, der sich in der Einführung einer atheistischen, marxistisch-leninistischen Ideologie äußerte, offenbarte sich insgesamt als Misserfolg. Die Sowjetmacht kam

aber in einer anderen Sphäre voran: Die Menschen begannen die Religion vorwiegend als eine spezifische Form der Ideologie oder Kultur wahrzunehmen, nicht aber als lebendigen, persönlichen Bund mit Gott; die während der Sowjetzeit gewaltsam eingeführte Säkularisierung hat auch in der postsowjetischen Gesellschaft noch nicht aufgehört, und die „Wieder-

Eine fatale Folge der marxistisch-leninistischen Ideologie: Die Menschen nehmen die Religion vorwiegend als eine spezifische Form der Ideologie oder Kultur wahr, nicht aber als lebendigen, persönlichen Bund mit Gott.

geburt der Religion“, die als „Restauration“ deklariert wird, d. h. als eine Rückkehr zu alten, traditionellen Formen, entwickelte sich in der Praxis zu einem Konstruieren neuer religiöser Bewusstseinsformen, die im Einklang mit den Erfordernissen der postsowjetischen Gesellschaft stehen. Nicht zufällig bemerkten Analytiker, die sich den öffentlichen Auftrit-

ten der Kirchenfunktionäre zuwandten, ein Übergewicht der Gedanken über den Wert der Nationalkultur, über den Patriotismus, über die Einheit der Nation; da rückte dann die Predigt vom „gekreuzigten Christus“ in den Hintergrund oder ging sogar völlig verloren.

Ist die Kirche, die kirchliche Gemeinschaft, in der Lage, die Frohe Botschaft zu den Menschen zu tragen, oder will sie damit fortfahren, über kulturelle und nationale Traditionen und Gebräuche zu sprechen? Will sie sich der schwierigen Angelegenheit der Christianisierung annehmen? Im sozialen Leben des heutigen Russland gibt es viele ernsthaftere Probleme: ein katastrophaler Bevölkerungsrückgang, verbunden mit einer hohen Sterblichkeit der Männer, das Massenphänomen des Alkoholismus, eine äußerst hohe Scheidungsrate, soziale Verwaisung, wachsender Drogenmissbrauch bei der Jugend, eine heftige soziale Spaltung in der Gesellschaft, die bereits zur Verarmung eines wesentlichen Teils der russischen Bevölkerung geführt hat. Ist die Kirche, die in der russischen Gesellschaft das höchste Maß an Vertrauen genießt, in der Lage, die Christianisierung des Individuums und somit im Endeffekt der Gesellschaft zu bewirken? Kann sie die heutigen sozialen Probleme mitentscheiden, während diese Fragen ungelöst bleiben?

Aus dem Russischen übersetzt von Friedemann Kluge.



Religiosität in Russland – Interview mit Prof. Dr. Weniamin Simonow

Prof. Dr. Weniamin Simonow (Igumen Philipp) ist Professor für Kirchengeschichte an der Fakultät für Geschichte der Moskauer Staatsuniversität und stellvertretender Vorsitzender der Synodalabteilung für Mission des Moskauer Patriarchats der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK). Er stellt sich den Fragen von Thomas Bremer. Die im Gespräch erwähnte Umfrage führte das Levada-Zentrum in Moskau im Februar 2009 zum Thema „Religion und Religiosität in Russland“ durch.¹

Vater Philipp, erläutern Sie bitte die Gründe, die Sie zu dieser Umfrage bewogen haben. Worin bestand das Ziel?

¹ Vgl. auch die Hinweise bei Nadeschda Beljakowa (oben S. 56), außerdem das Themenheft „Glaubenssache. Kirche und Politik im Osten Europas“ der Zeitschrift „osteuropa“ (59 [2009], H. 6). Besonders hingewiesen sei auf den Beitrag von Weniamin Simonow (Igumen Philipp): Religion und Religiosität in Russland. „Da stand die Sonne still und der Mond blieb stehen“ (S. 189-216).

Ich möchte niemandem seine Lorbeeren wegnehmen, daher lassen Sie mich gleich richtig stellen: Ich habe an der Vorbereitung der Umfrage und der Analyse ihrer Ergebnisse teilgenommen, technisch gesehen wurde sie von Soziologen des Levada-Zentrums durchgeführt, die Initiative für die Umfrage stammte jedoch von unseren Kollegen aus Deutschland. Meine Teilnahme an der Umfrage basierte sowohl auf wissenschaft-

lichen als auch auf praktischen Interessen. Einerseits scheint die durchgeführte Umfrage am adäquatesten alle Aspekte des orthodoxen Verhaltens der Befragten wiederzugeben. Deswegen würden ihre Ergebnisse es ermöglichen, den Zustand der Orthodoxie in Russland in seiner Dynamik realistisch einzuschätzen, wenn die Untersuchung im Laufe einer gewissen Zeit wiederholt werden könnte.

Andererseits zeigt der Inhalt der Fragen gewisse „Engpässe“, die es zweifellos in jeder Konfession gibt, wenn sie in ein stark säkulares Umfeld gerät. Vor allem sind es Mängel in der pastoralen Versorgung, Probleme liturgischen Charakters, Fragen nach dem Apostolat der Laien und so weiter.

Worin unterscheidet sich diese Ihre Umfrage von anderen, die früher durchgeführt wurden?

Die gegenwärtige Umfrage kann meiner Meinung nach hinsichtlich ihrer Qualität als Muster dienen. Denn die Fragen sind mit dem Verständnis für jenen theologischen Inhalt zusammengestellt, den die Befragten in ihre Antworten hineinlegten (möglicherweise auch unbewusst). Zum Beispiel hängt die Frage nach der religiösen Aktivität bei Weitem nicht so sehr

mit der Häufigkeit von Kirchenbesuch zusammen. Sie hängt viel mehr von der persönlichen Bereitschaft ab, ein christliches Leben zu führen, also etwa mit persönlichem Gebet außerhalb der Kirche, christlicher Lektüre und christlichem Verhalten, mit Entsprechung des Verhaltens zu den kirchlichen Dogmen und so weiter. Nur die Einbeziehung aller dieser Aspekte kann ein angemessenes Bild abgeben. Das Übel eines Großteils der früheren Untersuchungen besteht darin, dass sie in der Regel den inneren Zustand ausschließlich durch äußerliche Merkmale zu bewerten versuchten.

Wie würden Sie die Hauptergebnisse der Umfrage benennen? Was sagt sie über die Religiosität in Russland?

Die Umfrage zeigt, dass die Russische Orthodoxe Kirche derzeit vor wahrhaft großen Aufgaben steht. Vor etwa zehn Jahren fand ein Gespräch statt, bei dem ein Bischof sagte, dass es die Aufgabe der Missionare sei, methodische Hinweise in die Hände unserer Gemeindepfarrer zu geben, die ihnen helfen könnten, mehr Menschen in die Kirche zu bringen. Denn es war bei uns so, dass ein Priester eine Kirche wiederaufbaut und ausgeschmückt, eine

Taufkapelle und ein Gemeindehaus eingerichtet hat, aber keine Menschen da waren. Ihm wurde sehr sinnvoll entgegnet: „Und was sollen wir in diese Hinweise hineinschreiben, Herr Bischof? Etwa: Glauben Sie an Gott, Väterchen, und alles andere wird Ihnen dazu gegeben?“ (Joh 14,1; Lk 12,31)

Die zwanzig Jahre seit dem Beginn der religiösen Freiheit im neuen Russland waren voller Maßnahmen. Die meisten davon wurden durch die Lage bestimmt, in der die Kirche ihr historisches Erbe angetroffen hat: In der Sowjetperiode zerstörte Kirchengebäude benötigten unverzüglich Restaurierung und Wiederaufbau; Gemeindepfarrer und Klostergemeinschaften bekamen Gebäude, die weder für Gottesdienste noch zum Leben tauglich waren. Faktisch musste man alles neu machen. Dafür mussten Mittel gefunden werden – Geld, Baustoffe, auch Bauarbeiter, Ikonenmaler und vieles mehr. Diese ganze Tätigkeit entfaltete sich unter den Bedingungen einer erschreckenden wirtschaftlichen Krise, die zusätzlich von einer Hyperinflation begleitet wurde, und später unter den Bedingungen der Weltfinanzkrise, die das gerade aufgerichtete Russland wieder ins Schwanken brachte. Das verlangte eine Menge Zeit und Kraft nicht nur von den Geistlichen, sondern auch von

den aktiven Gemeindemitgliedern.

Diese Arbeit, die kein Ende nehmen wollte, verdrängte sehr oft andere Aufgaben, die dennoch Hauptaufgaben für die Kirche blieben: Ich spreche von Aufgaben wie die Aufklärung der Menschen durch das Licht der Wahrheit Christi, wie die Erklärung der dogmatischen Wahrheiten – die Erlösung als Basis der Glaubenslehre. Denn in Zerrüttung geraten sind nicht nur Gebäude und Einrichtungen, sondern auch die Seelen der Menschen. Die Umfrage offenbarte, dass es hier wesentliche Lücken gibt. Mit dem Herzen streben die Menschen Christus zu, sie binden sich fest an ihn, aber sehr selten können sie sich vorstellen, wie genau und welcher Weg eingeschlagen werden soll, damit ihre Vereinigung mit Christus wahrlich verwirklicht werden kann. Das zeigte die Umfrage: Die Mehrheit der Antwortenden positionieren sich als orthodoxe Christen, damit aber diese Positionierung aus dem subjektiven Wunsch zu einer realen religiösen Tatsache wird, ist angestrengte Arbeit sowohl von der Kirche als auch von diesen Menschen selbst nötig. Übrigens zeigt die Umfrage, dass die Menschen selbst zu dieser Zusammenarbeit durchaus bereit sind.

Worin unterscheidet sich die religiöse Praxis der Russen von der anderer Völker, worin bestehen ihre Besonderheiten?

Der Grad der Religiosität der russischen Bevölkerung unterscheidet sich kaum von jenem Zustand, den wir in den entwickelten Industrieländern beobachten können. Denn in Westeuropa zum Beispiel sehen wir, dass die Kirchen an Weihnachten und an den Osterfeiertagen voll sind, aber nicht immer von Betenden im eigentlichen Sinne. Die meisten derer, die an diesen Tagen zur Kirche kommen, folgen jahrhundertealten Traditionen. Dagegen sind es nur wenige Menschen in den Gottesdiensten an Werktagen, hauptsächlich alte Leute. Das ist die normale Situation, die ich selber oft beobachte. Auch beobachte ich die weltliche Nutzung kirchlicher Gebäude, etwa in Italien als Museen und Konzertsäle. Außerdem scheint es mir so, dass die säkularen Tendenzen in der „entwickelten“ Welt viel weiter vorangeschritten sind als in Russland. Das ist verständlich: In Russland ist die Orthodoxie ein Element der nationalen Selbstidentifizierung des Volkes.

Welche Ergebnisse haben Sie am wenigsten erwartet?

Da ich praktizierender Priester bin, konnte ich die Ergebnisse aus den formulierten Fragen meistens voraussagen, selbstverständlich nicht mit der Präzision bis auf die Prozentzahl, aber als Tendenz. Trotz einer Reihe von negativen Momenten im unmittelbaren Umgang mit Vertretern des Klerus ist sogar die Hochachtung vor der Würde des Priesters nicht unerwartet: Die orthodoxe Tradition lehrt nicht den Menschen im Rang zu achten, sondern den Rang im Menschen. Und das braucht keine Erklärung, die Gemeindemitglieder verstehen es und akzeptieren es als selbstverständlich. Alles andere – das alles sehen wir in Pfarreien tagtäglich – ist nichts Neues, sondern ein Teil unseres Alltagslebens. Vielleicht hat mich jene Nachsicht überrascht, mit dem die Menschen an einige Nuancen der kirchlichen Wirtschaftstätigkeit herangehen.

Kann diese Umfrage denn für die Missionstätigkeit der ROK hilfreich sein? Erwarten Sie, dass die Kirche die Ergebnisse zur Kenntnis nimmt, und, falls ja, mit welchen Konsequenzen?

Diese Erwartungen sind hauptsächlich mit der Person des Patriarchen Kyrill verbunden – zweifellos ein aktiver Mensch, der auf das Erwachen des kirchlichen

Selbstbewusstseins ausgerichtet ist, darauf, dass die Gemeinde nicht zu einer Gesamtheit von Einzelnen werde, sondern zur Eklesia – zur Versammlung der „kleinen Herde“ (Lk 12,32) von denen, die an den einen gott-menschlichen Leib der Kirche glauben; darauf, dass aus diesen einzelnen Kirchen die gesamtrussische Kirche als Vorbild und ein Teil im ökumenischen Leib Christi zusammenkommt. Das ist die ständige Missionsaufgabe jeder Ortskirche, auch wenn sie unter bestimmten historischen Bedingungen zuweilen vergessen wird.

Bei der Lösung dieser Aufgabe ist die vorliegende Umfrage eine äußerst wertvolle Quelle. Finden wir die Kräfte, um die begonnene Untersuchung zusammen fortzusetzen, dann wird sie zu einem hilfreichen Werkzeug, das viele korrekte Diagnosen stellt und ihnen entsprechend richtige Ansätze finden lässt zur Verbesserung unseres Alltagslebens und der Arbeit, mit der jeder von uns dem Herrn dient (Ps 2,11)!

*Aus dem Russischen übersetzt
von Alena Kharko.*

Die Russische Orthodoxe Kirche und die Menschenrechte

Im Juli 2008 legte die Russische Orthodoxe Kirche die „Grundlagen der Lehre der Russischen Orthodoxen Kirche über die Würde, die Freiheit und die Menschenrechte“ vor.¹ Dieses Dokument bietet eine Ergänzung zu den „Grundlagen der Sozialkonzeption der Russischen Orthodoxen Kirche“ vom August 2000, in der zum ersten Mal in einer orthodoxen Kirche eine umfassende Soziallehre vorgelegt worden ist.² Das nachstehend in Auszügen wiedergegebene Dokument befasst sich besonders mit dem Begriff und der theologischen Herleitung der Menschenwürde sowie ihrer Bedeutung für Staat und Kirche. Die deutsche Fassung, aus der mit freundlicher Genehmigung von Prof. Dr. Rudolf Uertz (zusammen mit Dr. Lars Peter Schmidt Herausgeber) die folgenden Abschnitte abgedruckt sind, wurde vom Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Moskau 2008 veröffentlicht. Die Übersetzung aus dem Russischen nahm Nadja Simon vor.

...

IV. Die Würde und die Freiheit im System der Menschenrechte

IV.1. Es gibt unterschiedliche Traditionen der Auslegung sowie nationale Besonderheiten bei der Umsetzung von Rechten und Freiheiten. Das moderne System

der Menschenrechte ist verzweigt und hat die Tendenz zu einer noch größeren Differenzierung. Es gibt in der Welt keine allgemein anerkannte Klassifizierung der Rechte und Freiheiten. Unterschiedliche Rechtsschulen gliedern sie in Gruppen aufgrund unterschiedlicher Kriterien. Ausgehend von ihrer grundsätzlichen Berufung schlägt die Kirche vor, die Rechte und Freiheiten unter dem Gesichtspunkt derjenigen Rolle zu betrachten, die sie möglicherweise spielen können, um günstige äußere Bedingungen für die Vervollkommenung der Person auf ihrem Wege zum Heil zu schaffen.

¹ Quelle: <http://www.mospat.ru/ru/documents/dignity-freedom-rights/> (russische und englische Fassung; letzter Zugriff: 08.02.2010).

² Vgl. zu den „Grundlagen der Sozialkonzeption“ und zum weiteren Kontext den Beitrag von Jennifer Wasmuth in vorliegendem Heft, besonders S. 23 f.

IV.2. Das Recht auf Leben. Das Leben ist die Gabe Gottes an den Menschen. Der Herr Jesus Christus verkündete: „... *ich bin gekommen, damit sie das Leben haben und es in Fülle haben*“ (Joh 10,10). Das Gebot „Du sollst nicht töten“ wurde von Gott zusammen mit den anderen Geboten dem Propheten Moses verkündet. Die Orthodoxie akzeptiert nicht und verurteilt den Terrorismus, die bewaffnete Aggression und die kriminelle Gewalt, genauso wie auch alle anderen Formen der verbrecherischen Beraubung des menschlichen Lebens.

Zugleich beschränkt sich das Leben nicht auf den irdischen Raum, in dem der Mensch von der säkularen Weltanschauung und dem mit ihr verbundenen juristischen System wahrgenommen wird. Das Christentum bezeugt, dass das irdische Leben, das einen Wert an sich hat, seine Fülle und seinen absoluten Sinn in der Perspektive des ewigen Lebens gewinnt. Deshalb darf an erster Stelle nicht der Wunsch stehen, das irdische Leben um jeden Preis zu erhalten, sondern das Streben danach, es so einzurichten, dass der Mensch im Zusammenwirken mit Gott seine Seele für die Ewigkeit formen kann.

Das Wort Gottes lehrt, dass die Hingabe des eigenen irdischen Lebens für Christus und für das

Evangelium (siehe Mk 8,35) sowie für andere Menschen der Erlösung des Menschen nicht im Wege steht, sondern ihn im Gegenteil in das Himmelreich führt (siehe Joh 15,13). Die Kirche verehrt die Glaubenstat der Märtyrer, die bis zum Tode dem Herrn gedient haben, und die Glaubensbekenner, die im Angesicht von Verfolgungen und Drohungen sich nicht von Ihm losgesagt haben. Die orthodoxen Christen halten auch den Heroismus derer in Ehren, die ihr Leben auf dem Schlachtfeld für das Vaterland und für ihre Nächsten hingegeben haben.

Zugleich verurteilt die Kirche den Selbstmord, weil derjenige, der ihn verübt, sich nicht opfert, sondern das Leben als Gottes Gabe verwirft. Unannehmbar ist in diesem Zusammenhang die Legalisierung der so genannten Euthanasie – der Sterbehilfe im Sinne einer Hilfe zur Selbsttötung, was eine Verbindung von Mord und Selbstmord darstellt.

Das Recht auf Leben muss den Schutz des menschlichen Lebens vom Zeitpunkt der Empfängnis an umfassen. Jeder Angriff auf das Leben einer entstehenden menschlichen Person stellt einen Verstoß gegen dieses Recht dar. Die modernen internationalen und nationalen juristischen Normen festigen und schützen das Leben und die Rechte eines Kindes,

eines Erwachsenen und eines alten Menschen. Die gleiche Logik des Schutzes des menschlichen Lebens muss für den Abschnitt vom Zeitpunkt der Empfängnis bis zur Geburt gelten. Die biblische Vorstellung von dem gottgegebenen Wert des menschlichen Lebens vom Zeitpunkt der Empfängnis an wird insbesondere in den Worten des heiligen Königs David zum Ausdruck gebracht: *„Denn Du hast mein Inneres geschaffen, mich gewoben im Schoß meiner Mutter ... Als ich geformt wurde im Dunkeln, kunstvoll gewirkt in den Tiefen der Erde, waren meine Glieder Dir nicht verborgen. Deine Augen sahen, wie ich entstand, in Deinem Buch war schon alles verzeichnet; meine Tage waren schon gebildet, als noch keiner von ihnen da war.“* (Ps 139,13.15 f.).

...

IV.4. Pressefreiheit. Die Freiheit, Gedanken und Gefühle auszudrücken, was die Möglichkeit der Verbreitung von Informationen voraussetzt, stellt die natürliche Fortsetzung der Freiheit der weltanschaulichen Wahl dar. Das Wort dient als das wichtigste Mittel zur Kommunikation der Menschen mit Gott und untereinander. Der Inhalt dieser Kommunikation beeinflusst tiefgreifend das Wohlergehen der Menschen und die zwischenmenschlichen Beziehungen

in der Gesellschaft. Der Mensch trägt eine besondere Verantwortung für seine Worte. *„Denn aufgrund deiner Worte wirst du freigesprochen und aufgrund deiner Worte wirst du verurteilt werden“* – heißt es in der Heiligen Schrift (Mt 12,37). Öffentliche Auftritte und Erklärungen dürfen nicht die Verbreitung der Sünde fördern, Zwist und Unordnung in der Gesellschaft verursachen. Das Wort soll aufbauen und das Gute unterstützen. Besonders gefährlich ist es, die religiösen und nationalen Gefühle zu beleidigen, Informationen über das Leben dieser oder jener Religionsgemeinschaften, Völker, sozialen Gruppen und Personen zu verfälschen. Die Verantwortung für das Wort steigt um das Vielfache in der modernen Welt, die eine stürmische Entwicklung der Technologien zur Bewahrung und Verbreitung von Informationen erlebt.

...

IV.7. Bürgerliche und politische Rechte. In der Heiligen Schrift werden die Gläubigen ermahnt, die familiären und öffentlich wichtigen Pflichten zu erfüllen als Gehorsamsübung gegenüber Christus (siehe Lk 3,10-14; Eph 5,23-33; Tit 3,1). Der heilige Apostel Paulus hat mehrfach die Rechte eines römischen Bürgers genutzt, um ungehindert das Wort Gottes zu

predigen. Die bürgerlichen und politischen Rechte eröffnen dem Menschen breite Möglichkeiten für den tätigen Dienst am Nächsten. Unter Ausnutzung dieses Instruments kann ein Bürger das Zusammenleben beeinflussen und sich an der Verwaltung der Angelegenheiten des Staates beteiligen. Davon wie der Mensch sein Recht zu wählen und gewählt zu werden, Verbands- und Vereinigungsfreiheit, Pressefreiheit und die Freiheit der Überzeugungen nutzt, hängt das Wohlergehen der Gesellschaft ab.

Der Gebrauch der politischen und bürgerlichen Rechte darf nicht zur Teilung und zur Feindschaft führen. Die orthodoxe Tradition der Konziliarität ... erfordert die Erhaltung der Einheit der Gesellschaft auf der Grundlage unvergänglicher sittlicher Werte. Die Kirche ruft die Menschen dazu auf, ihre egoistischen Bestrebungen um des allgemeinen Wohles willen zu zügeln.

In der Geschichte der Völker, die von der Russischen Orthodoxen Kirche betreut werden, entstand die fruchtbare Vorstellung von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen der Staatsmacht und der Gesellschaft. Die politischen Rechte können voll und ganz einem solchen Prinzip der staatlich-gesellschaftlichen Beziehungen dienen. Dazu ist eine

reale Vertretung der Interessen der Bürger auf verschiedenen Ebenen der Macht und die Gewährleistung der Möglichkeit zum bürgerlichen Wirken notwendig.

Das Privatleben, die Weltanschauung und der Wille der Menschen dürfen nicht zum Gegenstand der totalitären Kontrolle werden. Für die Gesellschaft gefährlich ist die Manipulation der Wahl der Menschen und ihres Bewusstseins seitens der Machtstrukturen, politischen Kräfte, Wirtschafts- und Informationseliten. Es ist auch unzulässig, Informationen über irgendwelche Seiten des Lebens der Menschen ohne ihr Einverständnis zu sammeln, zu konzentrieren und zu nutzen. In Fällen, in denen diese Vorgänge die Verteidigung des Vaterlandes, die Bewahrung der Sittlichkeit, den Schutz der Gesundheit, der Rechte und legitimen Interessen der Bürger sowie die Vorbeugung gegen oder die Aufklärung von Verbrechen und den Vollzug der Rechtsprechung erfordern, kann das Sammeln von Informationen über einen Menschen jedoch ohne sein Einverständnis geschehen. Aber auch in solchen Fällen müssen das Sammeln und die Nutzung von Informationen entsprechend den erklärten Zielen und unter Einhaltung der Gesetzlichkeit erfolgen. Die Methoden zur Sammlung und Bearbeitung von Infor-

mationen über Menschen dürfen nicht die Menschenwürde verletzen, die Freiheit einschränken und den Menschen aus einem Subjekt der gesellschaftlichen Beziehungen in ein Objekt der maschinellen Steuerung verwandeln. Noch gefährlicher für die Freiheit des Menschen wird die Implementierung von technischen Mitteln, die den Menschen ständig begleiten und untrennbar in den menschlichen Körper integriert werden, falls sie zur Kontrolle über die Person und zu ihrer Steuerung eingesetzt werden können.

...

V. Grundsätze und Schwerpunkte der bürgerrechtlichen Tätigkeit der Russischen Orthodoxen Kirche

V.1. Seit Alters und bis heute tritt die Orthodoxe Kirche vor der weltlichen Macht für ungerecht Verurteilte, für die Erniedrigten, für die Unglücklichen und für die Ausgebeuteten ein. Die barmherzige Fürbitte der Kirche schließt auch die ein, die eine gerechte Strafe für Verbrechen zu tragen haben. Die Kirche hat auch immer wieder dazu aufgerufen, der Gewalt Einhalt zu gebieten und die Sitten zu bändigen, wenn Konflikte entbrannt waren, in deren Folge die Menschenrechte auf Leben, Ge-

sundheit, Freiheit und Eigentum mit Füßen getreten wurden. Schließlich wandten sich die orthodoxen Bischöfe, Geistlichen und Laien in den Jahren der atheistischen Verfolgungen an die Machthaber und an die Gesellschaft, verteidigten die Freiheit des Glaubensbekenntnisses und traten für das Recht auf die umfassende Beteiligung der religiösen Gemeinschaften am Leben des Volkes ein.

V.2. Auch heute sind wir aufgerufen, mit Eifer – und nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten – für die Erhaltung der Rechte und der Würde der Menschen Sorge zu tragen. Dabei ist uns durchaus bewusst, dass in der modernen Welt die Menschenrechte manchmal verletzt und die Würde des Menschen nicht nur von der Staatsmacht, sondern auch von den transnationalen Strukturen, den Wirtschaftssubjekten, von pseudoreligiösen Gruppen, terroristischen und sonstigen verbrecherischen Vereinigungen mit Füßen getreten werden. Immer häufiger müssen die Würde und die Menschenrechte vor der zerstörerischen Aggression öffentlicher Information geschützt werden.

...

V.3. Die bürgerrechtlichen Aktivitäten der Mitglieder der Russischen Orthodoxen Kirche können sowohl auf allgemeinkirchlicher Ebene, mit dem Segen der Kirchenleitung, wie auch auf der Ebene der von Laien gegründeten öffentlichen Vereinigungen, von denen viele bereits jetzt eine erfolgreiche Arbeit im bürgerrechtlichen Bereich durchführen, stattfinden. In ihrer Tätigkeit, die auf den Schutz der Rechte und der Würde des Menschen gerichtet ist, ist die Kirche bestrebt, mit dem Staat und den gesellschaftlichen Kräften zusammenzuarbeiten. Bei der Auswahl der Partner in der Gesellschaft geht die Kirche von den Worten Christi des Erlösers aus, die Er an die Apostel richtete: „Denn wer nicht gegen uns ist, ist für uns“ (Mk 9,40).

V.4. Auf der Grundlage der kirchlichen Lehre über die Würde, Freiheit und die Menschenrechte sind die Christen zu sittlich orientier-

ten sozialen Aktivitäten aufgerufen. Sie können ganz unterschiedliche Formen annehmen – zum Beispiel das Zeugnis im Angesicht der Macht, intellektuelle Tätigkeiten, Durchführung von Kampagnen zum Schutz von Minderheiten und ihrer Rechte. Ohne die revolutionäre Umgestaltung der Welt anzustreben und in Anerkennung der Rechte anderer gesellschaftlicher Gruppen auf Partizipation an der gesellschaftlichen Umgestaltung auf der Grundlage ihrer weltanschaulichen Wahl, behalten sich die orthodoxen Christen das Recht vor, sich an der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu beteiligen, die mit ihrem Glauben und mit ihren sittlichen Prinzipien nicht im Widerspruch steht. Die Russische Orthodoxe Kirche ist bereit, diese Prinzipien im Dialog mit der Weltgemeinschaft sowie in der Zusammenarbeit mit den Gläubigen anderer traditioneller Konfessionen und Religionen zu vertreten.

...

Zeit für eine reife Demokratie

Dr. István Tarrósy über die aktuelle Situation in Ungarn und die „Europäische Kulturhauptstadt Pécs“



Seit Mai 2004 ist Ungarn Mitglied der Europäischen Union, 2011 wird das Land die europäische Ratspräsidentschaft übernehmen. Doch im letzten Jahr hat das Land vor allem mit drohendem Staatsbankrott im Zuge der globalen Krise und durch verheerende Wahlergebnisse mit legitimierten rechtsradikalen Strömungen Schlagzeilen gemacht.

Die Auszeichnung der südungarischen Stadt Pécs als „Europäische Kulturhauptstadt 2010“ (neben dem Ruhrgebiet und Istanbul) könnte einen Lichtblick bedeuten. Das hofft Dr. István Tarrósy, der an der dortigen Universität am Institut für Politikwissenschaft lehrt und bis Februar 2007 die Bewerbung und die Programmgestaltung für „Pécs 2010“ mit entwickelt hat. – Das Gespräch führte Juliane Weber, freie Journalistin und Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) Diözesanverband Mainz in englischer Sprache; sie hat den Text auch übersetzt.

Herr Dr. Tarrósy, viele Deutsche kennen Ungarn wahrscheinlich hauptsächlich als Herkunftsland des Gulaschs. Manche haben vielleicht noch gehört, dass Budapest eine schöne Stadt ist, wissen aber im Zweifelsfall nicht viel mehr.

Welchen Blick auf Ungarn wünschen Sie sich?

Ich mag keine Stereotypen. Natürlich ist unser Gulasch großartig, und wer ihn einmal probiert hat, will immer wieder davon es-

sen. Das ist schön und gut, aber mir geht es um andere Aspekte unserer Geschichte, und gerade Pécs ist eine wirklich interkulturelle Stadt. Ich sage bewusst „interkulturell“ und nicht „multikulturell“, weil hier tatsächlich eine Vermischung verschiedener Kulturen stattfindet. Nehmen wir z. B. das Festival, das im Moment hier stattfindet, die „International Culture Week in Pécs“, kurz ICWiP. Hier treffen verschiedene Kulturen aufeinander und kommen miteinander ins Gespräch. Jedes Jahr steht das Festival unter einem zentralen Thema, dieses Jahr geht es um die globale Krise. Letztes Jahr haben wir uns mit Klimawandel, Umweltschutz und Nachhaltigkeit beschäftigt, nächstes Jahr werden wir unter dem Motto „Balkan reloaded“ die Balkanstaaten in den Blick nehmen.

In Pécs leben viele verschiedene Kulturen friedlich und harmonisch nebeneinander. Das ist ein echtes Kapital, auf das wir bauen können. Deswegen haben wir diese Interkulturalität auch in der Bewerbung um den Titel „Europäische Kulturhauptstadt“ vermittelt.

Identifiziert sich denn gerade die junge Generation hier stark mit ihrer eigenen Kultur? Oder ist es nur eine kleine Minderheit, die daran interessiert ist, Gesellschaft

mitzugestalten und das eigene Land innerhalb Europas zu repräsentieren?

Ich glaube, dass es viele gibt, die gerne mehr machen würden. Und es ist Aufgabe der Stadt und der Stadtverwaltung, gerade mit dem Titel „Europäische Kulturhauptstadt“ die Leute dazu zu ermutigen, sich bemerkbar und sichtbar zu machen. Wir haben beispielsweise eine großartige Underground-Kultur, eine Subkultur, mit Musikern, die innerhalb Ungarns sehr bekannt sind. Unser Ziel ist es, diese Kultur auch über die Landesgrenzen hinaus in der Region und innerhalb Europas bekannt zu machen.

Und wie sieht es mit politischer Mitwirkung aus? Interessieren sich die jungen Leute für Europa oder identifizieren sie sich in irgendeiner Form damit? Die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009 war in Ungarn noch niedriger als 2004, knapp über 30 Prozent ...

Ja, das stimmt. Aber dieses Phänomen betrifft ganz Europa, es ist eigentlich sogar eine globale Erscheinung. Es muss noch jede Menge getan werden, um gerade junge Leute zum Mitmachen zu ermutigen.

Ich würde aber gerne noch auf einen anderen Punkt zu sprechen

kommen. Ich vertrete eine Stiftung, die sich um studentische Austauschnetzwerke bemüht. Sie wurde 1999 gegründet und ist maßgeblich an der Organisation der ICWiP beteiligt. Vor Kurzem haben wir eine Umfrage gestartet, um herauszufinden, wie junge Leute über das Programm für 2010 denken. Uns ging es besonders darum, was danach ist, wie nachhaltig die Wirkung sein wird, auch auf politischer Ebene. Und wir haben herausgefunden, dass die Leute recht optimistisch sind im Bezug darauf, was der Titel nach 2010 bringen wird. Auf diese optimistische Stimmung müssen wir bauen. Unsere Region Süd-Transdanubien ist nicht gerade die erfolgreichste ungarische Region, ökonomisch betrachtet. Viele junge Talente und kluge Köpfe verlassen nach dem Studium die Stadt. Es muss unser Ziel sein, dass sie bleiben. Jede Stadt braucht junge talentierte Geister, um neu anfangen zu können, um sich zu verjüngen und sich als Stadt neu zu erfinden.

Es gibt ein spannendes neues europäisches Projekt, die „Europäische Jugendhauptstadt“. Die Initiative ging von Rotterdam aus und wurde unterstützt vom Europäischen Jugendforum und dem Europarat. Die erste Jugendhauptstadt ist in diesem Jahr Rotterdam selbst, gefolgt von Turin und 2011 von Antwerpen. Wir wollen uns

auch um den Titel bewerben. Das ist ein wichtiger Schritt, um die Jugend zu der Art von Mitmachen zu ermutigen, die ich mir vorstelle.

Das hört sich alles nach tollen, konstruktiven Ideen und Aufbruch an. Viele deutsche Medien vermitteln derzeit ein anderes Bild von Ungarn. Die Wahlergebnisse sind alarmierend, wenn man sich anschaut, dass die rechtsradikale Jobbik-Partei bei der Europawahl im Juni fast 15 Prozent der Stimmen erhalten hat und die „Ungarische Garde“ in aller Öffentlichkeit faschistisches Gedankengut verbreitet. Glauben Sie nicht, dass das auch ein Problem der Jugend ist? Wie stark ist der Rückhalt der rechten Parteien in der jungen Wählerschaft?

Ich kann keine genauen Zahlen nennen, aber das ist natürlich ein wichtiges Thema. Ich unterrichte an der Fakultät für Politikwissenschaften, und es ist ziemlich schockierend, das an diesem Institut, wo politische Ideologien zum Lernstoff gehören und natürlich auch extremistische Ideologien Thema sind, genauso wie am Institut für Geschichte viele Befürworter der extremen Rechten zu finden sind. Ich kann nicht erklären, warum das so ist. Ein Grund ist sicherlich die Krise. Sie ist ein allgegenwärtiges Thema,

das man nicht umgehen kann, und natürlich keimen unter diesem Druck nationalistische Tendenzen auf, dafür gibt es, wie Sie wissen, genügend historische Beispiele. Es liegt in der Verantwortung jedes einzelnen Politikers, diese Tendenzen einzudämmen. Ich sehe genauso wie viele Experten, dass die demokratische politische Kultur Ungarns immer noch nicht ausgereift ist. Dafür braucht es noch Zeit und mehrere Generationen, die die Entwicklung vorantreiben. Seit dem politischen Systemwechsel sind erst 20 Jahre vergangen, das ist nicht genug. Es wird mindestens 60 Jahre dauern, um eine demokratische Kultur im Sinne von politischer Teilnahme in der Gesellschaft und den Köpfen der Leute zu verankern. Wir brauchen also mehr Zeit, und das spielt gerade für junge Leute eine große Rolle.

Vor ein paar Jahren, im September 2006, haben Randalierer das Sendezentrum des Nationalfernsehens in Budapest angegriffen. Die Polizeieinheiten waren nicht darauf vorbereitet und nicht in der Lage, in angebrachter Weise und wenn nötig mit der entsprechenden Härte darauf zu reagieren. In Deutschland ist das z. B. anders, da wird auf solche Vorfälle mit den nötigen Maßnahmen reagiert, weil man weiß, was zu tun ist. Auch das sind Dinge, die sich

bei uns noch entwickeln müssen, weil sie zu einem demokratischen Staat dazugehören.

Sie haben die globale Krise angesprochen, von der Ungarn stärker betroffen ist als viele andere europäische Länder. Wie beeinflusst das gerade das Leben der jungen Generation?

Die Krise ist überall zu spüren und die Arbeitslosigkeit steigt, gerade in Regionen wie unserer, in denen junge Menschen kaum Chancen haben. Ganz unmittelbar spüren wir die Krise bei unseren Festivals. Die Gastronomiebetriebe, die hier Verpflegung anbieten, beklagen sich darüber, dass die Jugendlichen ihre Getränke bei den Discounter kaufen und mit auf die Konzerte bringen, um danach schnell wieder nach Hause zu gehen. Daran sieht man, dass es den Leuten an Mitteln fehlt, um das Leben wirklich zu genießen, wie es in einem funktionierenden Wohlfahrtsstaat der Fall sein sollte. Ungarn ist definitiv kein Wohlfahrtsstaat. Das sollte aber unser Ziel sein.

Ist Pécs denn im Bezug auf die wirtschaftliche Lage repräsentativ für den Rest des Landes? Immerhin hat der Titel „Europäische Kulturhauptstadt 2010“ einiges an EU-Geldern eingebracht.

Pécs ist sicher repräsentativ für die ungarische Kultur, für Stadtentwicklung und vor allem für die Unreife der politischen Kultur. Außerdem ist sie als Studentenstadt repräsentativ mit Traditionen, die bis ins 14. Jahrhundert zurückgehen, als die Universität 1367 als eine der ersten in Zentraleuropa gegründet wurde. Die Stadt ist ein guter Repräsentant für Ungarn.

Aber nicht im ökonomischen oder wirtschaftlichen Sinne ...

Doch, natürlich, gerade da. Wie schon gesagt, konnte die Region sich nicht in der Form entwickeln, wie es beispielsweise für die Städte und Siedlungen nahe der österreichischen Grenze der Fall war, die viel weiter entwickelt sind. Wir haben hier keine gute Infrastruktur, und ohne die ist echte Entwicklung nicht vorstellbar. Ohne gute Zugverbindung zwischen Budapest und Pécs und vor allem ohne Autobahn, die nun glücklicherweise endlich im Bau ist, gibt es auch keine wirkliche Entwicklung. Mit einer besseren Infrastruktur werden hoffentlich auch Investoren kommen und es wird auch für große Unternehmen attraktiv, ihre Tochtergesellschaften hier anzusiedeln.

Der Titel „Europäische Kulturhauptstadt“ ist für Pécs die

Chance auf einen Paradigmenwechsel. Deshalb war uns sehr wichtig, in unserer Bewerbung hervorzuheben, dass die Stadt das große kulturelle Potenzial überdenken sollte, das in kreativen Wirtschaftszweigen oder auch im Bereich von Wissen und Forschung liegt.

Das Programm für 2010 steht unter dem Motto „Grenzenlose Stadt“ und die Idee dahinter ist, all die Minderheiten einzubeziehen, die hier in Pécs leben.

Ja, und zwar nicht nur im Sinne von ethnischen Minderheiten, sondern auch im Bezug auf Glaubensrichtungen. Im Moment läuft das letzte so genannte Vorbereitungsjahr, und wir feiern das tausendjährige Jubiläum unseres Bistums. Aber es sollte nicht nur das Christentum gefeiert werden, sondern alle verschiedenen Religionen, die hier vertreten sind.

Wenn man hört, dass hier in Pécs alle in Ruhe und Frieden miteinander leben, dann klingt es immer ein bisschen märchenhaft.

Pécs ist tatsächlich eine multikulturelle und interkulturelle Stadt. Nach ungarischem Kommunal- und Landesrecht dürfen anerkannte Minderheiten ihre eigenen Verwaltungen, so genannte

Selbstverwaltungen, einrichten. In Pécs haben wir rund zehn solcher Selbstverwaltungen, darunter eine serbische, eine griechische, eine ruthenische und eine deutsche.

1998 hat Pécs von der UNESCO die Auszeichnung „Städte für Frieden“ bekommen. Das hatte mit der Rolle der Stadt im Laufe der Balkankriege zu tun, weil viele Flüchtlinge hier Unterschlupf gefunden hatten, aber auch damit, dass in unserer Stadt wirklich viele Minderheiten friedlich zusammen leben.

Trotzdem verlassen die jungen Menschen nach dem Ende ihrer Ausbildung oder ihres Studiums die Stadt. Wo sehen Sie Möglichkeiten, sie in Pécs zu halten?

Die größte Chance bietet das Jahr als „Europäische Kulturhauptstadt“ und das, was daraus folgt. Wir werden neue Kultureinrichtungen haben, beispielsweise eine multifunktionale Konzerthalle, die gleichzeitig als Konferenzzentrum dienen soll. Der Kultur-

zweig muss in diesen Entwicklungen und Projekten noch stärker berücksichtigt werden. In der Vorbereitung unserer Bewerbung hatten wir einen „Brutkasten“ im Kopf, eine Art „Brutapparat“ für junge Künstler. Ich bin überzeugt davon, dass es neue Institutionen geben wird, für die sie arbeiten können.

Es gibt schon erste Schritte in diese Richtung: Im Rahmen eines Programms konnten verschiedene Träger wie Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen regionale Gelder beantragen, die sowohl aus EU-Mitteln und aus dem europäischen Sozialfonds als auch aus nationalen Töpfen kamen. Meine Stiftung hat sich um diese Möglichkeit beworben und einen Betrag zugesichert bekommen, mit Hilfe dessen wir für die nächsten drei Jahre eine junge talentierte Frau einstellen konnten, die gerade ihr Wirtschaftsdiplom gemacht hat. Es wurden insgesamt 200 solcher Zuwendungen vergeben. Das ist doch ein Anfang.

Schwerpunktthema des nächsten Heftes:

Medien als Macht?

Täglich gebrauchen wir Medien der verschiedensten Art, oft unbewusst und oberflächlich. Wir konsumieren Meinungen und Fakten, wie man eine Zigarette raucht. Die Medien sind in aller Munde, Augen und Ohren. Aber sie bedürfen selber dringend der Information und der Reflexion. Denn sie machen etwas mit uns. Durchblick ist gefragt.

Die Medien sind ein weltweites Problem – aber regional sehr verschieden in Umfang, Vielfalt und Wirkung. In dieser Ausgabe von OST-WEST. Europäische Perspektiven nehmen wir die Medien in Europa in den Blick. Wir fragen nach der Macht und dem Einfluss der „vierten Gewalt“, wie die Medien oft genannt werden, in Deutschland, nach den Perspektiven der Medienentwicklung in Mittel- und Osteuropa, schauen nach Polen, Bosnien, Rumänien. Ein wichtiger Blick gilt Russland, nimmt sich dort staatstreue Fernsehsender, gezähmte Printmedien und die blühende Vielfalt im Internet vor, die russische Medienlandschaft also. Wir fragen auch nach dem Medienmarkt und der Pressefreiheit in der Ukraine, die von Wirtschaftsakteuren und Politikern in die Zange genommen wird.

Zwei Fachleute, aus Polen und aus Deutschland, äußern ihre Gedanken zur Ethik der Medien. Ethik: Das ist angesichts der zu beobachtenden, nicht nur europäischen Entwicklung im Medienbereich ein Thema, das immer mehr an Gewicht und Bedeutung gewinnt. Es kann uns nicht gleichgültig sein, welche Kriterien bei den Journalistinnen und Journalisten leitend oder nicht leitend sind.

Auf dem Mediensektor in Ost und West herrscht derzeit das, was die Soziologen die „neue Unübersichtlichkeit“ nennen. Wir versuchen, mit unserem Medium eine Schneise zu schlagen, von der aus man links und rechts in den Wald schauen kann. Wichtig ist und bleibt: Ein Medium ist ein Medium – und nicht, wie ein weit verbreitetes Urteil sagt, die Botschaft.

Die Redaktion

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----|
| <i>Werner D'Inka</i> | |
| Der Sohn des Bürgermeisters und die Medien | 83 |
| <i>Christian Klenk</i> | |
| Macht und Einfluss der Medien in Deutschland | 85 |
| <i>Sofie Jannusch</i> | |
| Perspektiven der Medienentwicklung in Mittel- und Osteuropa | 97 |
| <i>Andrzej Kaluza</i> | |
| Medien in Polen 2010 | 107 |
| <i>Joanna Bątkiewicz-Brożek und Maciej Müller</i> | |
| Die katholische Presse in Polen – eine Übersicht über die wichtigsten Veröffentlichungen | 113 |
| <i>Damir Banović und Saša Gavrić</i> | |
| Medien in Bosnien und Herzegowina – Motor oder Blockade der Demokratisierung? | 121 |
| <i>Radu Preda</i> | |
| Die Freiheit und ihr Preis. Die Medien in Rumänien nach 1989 | 127 |
| <i>Florian Töpfl</i> | |
| Die russische Medienlandschaft zu Beginn eines neuen Jahrzehnts | 134 |
| <i>Marián Gavenda</i> | |
| Mittels der Medien durch die geschlossene Tür eintreten. Katholische Medienlandschaft in der Slowakei | 141 |
| <i>Marina Sverdel</i> | |
| Medienmarkt und Pressefreiheit in der Ukraine – in der Zange von Wirtschaft und Politik | 148 |
| <i>Zbigniew Nosowski und Eberhard Schockenhoff</i> | |
| Ethik der Medien – zwei Standpunkte | 156 |

Der Sohn des Bürgermeisters und die Medien

Eine schon fast klassische Frage in der Journalistenausbildung lautet: „Sie erfahren als Lokalreporter aus zuverlässiger Quelle, dass der Sohn des Bürgermeisters drogenabhängig ist. Wie entscheiden Sie sich: berichten oder nicht berichten?“ Für die jungen Seminarteilnehmer in Kiew ist der Fall klar: „Kommt darauf an, wem die Zeitung gehört.“ Die Antwort spiegelt den Berufsalltag vieler Journalisten in Osteuropa wider. Zwar sind die Zeiten unwiderruflich vorbei, in denen Massenmedien der „kollektive Propagandist und Agitator“ der Staatspartei zu sein hatten, doch stattdessen sind sie nun in vielen Fällen das Sprachrohr ihres jeweiligen Eigentümers, der sich eine Zeitung oder einen Sender hält, um seine Geschäfts- oder Politik-Interessen zu fördern. Ein Kenner der Ukraine beschrieb die Lage zutreffend mit dem Satz, seit der „Revolution in Orange“ seien die Medien frei – aber unabhängig seien sie nicht. Diese Diagnose gilt für viele Länder in Osteuropa.

Andererseits sind Fortschritte unübersehbar. In Bosnien-Herzegovina, wo während des Krieges Pressefreiheit nur ein Traum war, haben die Medien – auch mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft – ein respektables Maß an Unabhängigkeit erreicht, auch wenn es in jüngster Zeit zu Rückschlägen kommt. In der Ukraine ist ein Rückfall in die staatliche Presselenkung durch „temnyky“ – Anweisungen aus dem Präsidialamt, ob und wie über bestimmte Ereignisse berichtet werden durfte – auch unter einem Präsidenten Janukowitsch unvorstellbar. Denn die „Revolution in Orange“ hatte nicht einfach nur eine Elite durch eine andere ersetzt, sondern die politische Macht auf viele Kräfte verteilt. Dadurch wurde auch die Medienlandschaft offener und vielfältiger.

Gerade in Transformationszeiten zeigt sich nämlich, dass Medien und Gesellschaft keine voneinander getrennten Systeme darstellen, sondern einander bedingen, so wie zwei sich wechselseitig reflektierende Spiegel. Eine Gemeinschaft, die Gesetze als Werkzeuge zur Bekämpfung des

Werner D'Inka ist Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

jeweiligen Gegners begreift, wird auch in Medien nichts anderes sehen als Kampforgane. Wo allerdings Gesetze als verbindliche Regeln für alle gelten, werden Medien als Instanzen einer Zivilgesellschaft verstanden, die das Gespräch mit sich selbst und den Interessenausgleich sucht und dazu unabhängige Mittler braucht, die unterschiedliche Stimmen, Anliegen und Sichtweisen aufnehmen und in die Gesellschaft zurückgeben.

Ein Manko fast überall in Osteuropa ist die Journalistenausbildung. Wegen ihrer stark philologischen Ausrichtung kommen Fächer wie publizistische Ethik, Redaktionsmanagement oder Medienökonomie zu kurz. Dabei setzt die Frage der Unabhängigkeit von Medien unmittelbar an der Eigentumsfrage an. Unternehmensrechtliche Konstruktionen wie Stiftungen oder öffentlich-rechtliche Rundfunksysteme, welche die äußere Unabhängigkeit von Verlagen oder Sendern auf ganz bestimmte Weise zu sichern vermögen, sind weitgehend unbekannt, desgleichen institutionelle Vorkehrungen zur Sicherung der redaktionellen Autonomie nach innen. Solche Modelle gerade bei jungen Journalisten bekanntzumachen ist eine wichtige Aufgabe der internationalen Aus- und Weiterbildung, der sich auch Renovabis mit der Unterstützung des „Unabhängigen Russisch-Deutschen Instituts für Journalistik“ an der Universität Rostow am Don verschrieben hat.

Als gäbe es nicht genügend Widrigkeiten, hat die Finanzkrise die Medien in Osteuropa besonders hart getroffen. So sind in Rumänien die Anzeigenerlöse der Printmedien im Jahr 2009 um bis zu 70 Prozent eingebrochen. Um so bemerkenswerter nehmen sich der Optimismus und in vielen Fällen auch die Courage von Verlegern und Journalisten aus, die sich in ihrem Streben nach Professionalität nicht beirren lassen. Stellvertretend sei ein Chefredakteur in Sankt Petersburg erwähnt, der glaubwürdig sagt: „Wer für Gefälligkeitsartikel Geld nimmt, fliegt raus.“

Über all das, über beachtliche Fortschritte ebenso wie über bittere Rückschläge, informiert dieses Themenheft. Und was ist mit dem Sohn des Bürgermeisters? Berichten oder nicht? Wenn das nicht mehr nach einer Freund-Feind-Logik, sondern aufgrund berufsethisch geprägter Abwägung entschieden wird, ist viel gewonnen.

Macht und Einfluss der Medien in Deutschland

Mehr als zehn Stunden am Tag nutzt ein Mensch in Deutschland heutzutage durchschnittlich die Medien – von den gedruckten Zeitungen, Zeitschriften und Büchern über Rundfunk und Tonträger bis hin zum Internet. Zehn Stunden am Tag bedeuten für einen Mann bei der heute statistischen Lebenserwartung, dass er 32 Jahre seines Daseins nur für die Medienrezeption aufwendet. Frauen haben noch zwei Jahre länger dieses Vergnügen. Freilich muss man bedenken: Es gibt die Vielseher, bei denen die Flimmerkiste den ganzen Tag läuft, und es gibt Menschen, die einen maßvollen Medienkonsum gelernt haben. Außerdem wird die Zeitung während des Frühstücks gelesen, die Fernsehnachrichten umrahmen das Abendessen, beim Lesen eines Buches läuft zugleich der CD-Spieler, und das Radio dient bei der Autofahrt als Geräuschkulisse – ohne diese Parallelnutzung müsste ein Tag schon längst mehr als 24 Stunden dauern.

Massenmedien haben die Macht über unseren Alltag ergriffen: Medien werden quer durch alle Altersklassen, Bildungsschichten und sozialen Milieus genutzt, wenngleich es Unterschiede insbesondere bei der inhaltlichen Schwerpunktsetzung gibt. Die Dauer des Medienkonsums nimmt bislang stetig zu – vor zwanzig Jahren waren es im Bevölkerungsdurchschnitt täglich nur gut sechs Stunden. Die Medien strukturieren unseren Alltag: Zur „Tagesschau“ wird abends pünktlich um Acht der Fernseher eingeschaltet, der frühe Abend ist für „Verbotene Liebe“ reserviert, der Sonntagabend gehört dem „Tatort“. Und schließlich greifen die Medien aktiv ins gesellschaftliche Leben ein: Sie verschaffen den politischen Kräften eine Möglichkeit, ihre Standpunkte zu vertreten, sie helfen bei der Suche nach Kriminellen, sie sammeln Spenden bei humanitären Katastrophen und überprüfen die Leistungen von Hotels und Handwerkern. Die Medien beeinflussen unsere Wahrnehmung der Realität. „Was wir über die Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir von den Medien“, schreibt der Philosoph und Soziologe Niklas Luhmann.

Christian Klenk, Diplom-Journalist, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Studiengang Journalistik der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.

Wir müssen heute nicht mehr ungeduldig abwarten, bis uns ein Bote zu Pferde die neuesten Botschaften aus der Ferne bringt. Der Nachrichtenstrom fließt ununterbrochen und überall. Wir müssen schon bewusst abschalten oder uns gleich in ein stilles Kloster zurückziehen, um dem Geflimmer und Gedudel zu entkommen.

Die Evolution der Massenmedien fand im Laufe der Geschichte vor allem in zeitlicher und räumlicher Dimension statt: in der Verkürzung der Periodizität sowie in der Vergrößerung des Verbreitungsradius. Die erste tägliche Zeitung, die von 1650 an in Leipzig erschien und der rasch Nachahmer folgten, bedeutete ein bis dahin nicht gekanntes Maß an Aktualität im Mediengeschäft. Die ersten Radiosendungen ab den 1920er Jahren waren schon live. Im Zeitalter von Nachrichtensendern und Internet gibt es keinen Redaktionsschluss mehr: Als das zweite entführte Flugzeug am 11. September 2001 in das New Yorker World Trade Center raste, waren die Fernsehstationen bereits auf Sendung. Die Bilder waren auch auf der anderen Seite der Erdkugel ohne Zeitverzug zu sehen.

Zugleich sind wir an jedem denkbaren Ort auf Empfang. Einst hatten gedruckte Medien noch das Alleinstellungsmerkmal der Disponibilität – sie konnten zur Lektüre überall mitgenommen werden: auf eine Parkbank, ins Bett oder, wenn's sein muss, auf die Toilette. Bald wird nicht nur die junge, technikbegeisterte Generation mit internetfähigen Mobiltelefonen außer Haus gehen – falls diese Multifunktionsgeräte dann noch so heißen. Der Umgang mit Medien ist für uns so alltäglich und selbstverständlich geworden, dass sich unweigerlich die Frage stellt, weshalb man darüber noch grundsätzliche Worte verlieren sollte. Doch gerade dann, wenn ein Thema so facettenreich ist und zugleich aufgrund technischer Innovationen und gesellschaftlicher Veränderungen einem enormen Wandel unterliegt, kann es hilfreich sein, sich dem Gegenstand systematisch zu nähern, ihn einzuordnen und zu reflektieren.

Was machen Medien? – Definitionen und Funktionen

Der Begriff „Medien“ ist vielschichtig. Im weitesten Sinne sind Medien alle zur menschlichen Kommunikation nötigen Mittel wie Sprache oder Zeichen sowie ihre materiellen Träger, von den einstigen Höhlenmalereien zu den heutigen Datennetzwerken und Mikrocomputern, die die Anwesenheit eines der kommunizierenden Partner entbehrlich machen.

Umgangssprachlich versteht man unter Medien die Massenkommunikationsmittel, die sich seit der Erfindung des Buchdrucks rasch verbreitet haben. Motor der Medienevolution waren technische Innovationen und gesellschaftliche Prozesse wie Alphabetisierung und Demokratisierung, Verstädterung und Industrialisierung oder die Errungenschaft der Pressefreiheit.

Gerhard Maletzke hat die bis heute in der Medienwissenschaft am häufigsten zitierte *Definition für Massenkommunikation* geliefert. Diese sei jene Form der Kommunikation, „bei der Aussagen öffentlich, durch technische Verbreitungsmittel, indirekt und einseitig an ein disperses Publikum vermittelt werden“. Damit sind wesentliche Merkmale für Massenmedien genannt:

- Die Inhalte, die mittels Schrift, Bild oder Ton verbreitet werden, richten sich an eine unbestimmte Zahl von Menschen, also eine Empfängerschaft, die theoretisch unbegrenzt und personell nicht definiert ist.
- Es gibt eine räumliche, zeitliche oder raumzeitliche Distanz zwischen den Kommunikationspartnern; ein Rollenwechsel zwischen dem Aussagenden und dem Aufnehmenden ist ausgeschlossen.

Mit Hilfe dieser Festlegung konnte man bislang Massenmedien leicht von technisch übermittelter Individualkommunikation unterscheiden. Ein maschinengeschriebener Brief richtet sich nicht an ein anonymes, verstreutes Publikum wie etwa eine Zeitung – genauso verhält es sich zwischen Telefongespräch und Radiosendung. Selbst die Durchsage im Supermarkt oder im Zug, die darüber informiert, was frisch im Angebot ist oder welcher Bahnhof als nächstes erreicht wird, ist so von massenmedialen Äußerungen zu unterscheiden: Angesprochen wird hier eine klar definierte Empfängerschaft, selbst wenn diese im Falle eines vollbesetzten ICE quantitativ eine größere Menschenmasse sein kann, als ein Lokalradio im Abendprogramm Zuhörer hat.

Doch das Internet im Web 2.0-Zeitalter, wo jedermann selbst mit wenigen

Mausklicks zum Kommunikator für ein Massenpublikum werden kann, hat die Grenzen verwischt. Im Netz wachsen Individual- und Massenkommunikation plötzlich zusammen. Auf den Plattformen so genannter Social Communities wie „Facebook“ hinterlassen die Nutzer auf der „Pinnwand“ Meldungen, die nicht selten aufgrund der direkten Ansprache eines anderen Netzwerk-Freundes sogar als Individualkommunikation

Individual- und Massenkommunikation gehen im Zeitalter des Internets ineinander über.

tion zweifelsfrei zu identifizieren sind. Dennoch haben sie den Charakter von Massenkommunikation, und zwar dann, wenn jedermann diese Nachricht lesen und – obwohl gar nicht Adressat der Botschaft – auch kommentieren kann. Denn auch die Einseitigkeit der Kommunikation ist im Netz überwunden: Der Empfänger kann problemlos die Rolle des Senders einnehmen.

Den *Inhalten der Kommunikation* ist in der bisherigen Definition von Massenmedien noch kaum Aufmerksamkeit geschenkt worden. Hier werden selbst im Zeitalter technischer Konvergenz Unterschiede zur Individualkommunikation deutlich. Massenmedien erfüllen Aufgaben, die ihnen in einer demokratischen Gesellschaft zugeschrieben werden. Dabei wird zwischen sozialen, politischen und ökonomischen Funktionen unterschieden.

Ihre zentrale Aufgabe ist die *Informationsfunktion*. Die Medien sollen dafür sorgen, dass die Menschen politische, soziale, wirtschaftliche oder ökologische Zusammenhänge begreifen, die Demokratie verstehen und über Politik so unterrichtet sind, dass sie selbst daran teilnehmen können. Damit dies der Fall ist, sollen die Medien möglichst vollständig, objektiv und verständlich berichten. Zu ihren sozialen Funktionen gehört, dass sie Handlungsmuster, Rollenverhalten, Normen und gesellschaftliche Werte vermitteln. Sie helfen den Menschen, sich in einer immer komplexer werdenden Welt zu recht zu finden. Und nicht zuletzt sollen die Rezipienten mit Hilfe der Medien entspannen und die Sorgen des Alltags vergessen. Ökonomische Aufgaben erfüllen die Medien zum Beispiel in der Weise, dass sie Wissen vermitteln, das Konsumenten bei Kaufentscheidungen hilft.

Am häufigsten werden die *politischen Funktionen* diskutiert. Medien stellen Öffentlichkeit her. Die Willensbildung der Bürger erfordert es, dass Parteien und Interessengruppen ihre Positionen darlegen und diskutieren. Auch transportieren Medien die Stimmung in der Bevölkerung. Außerdem haben sie eine Kritik- und Kontrollfunktion. Die Medien ermöglichen Kritik an den Machträgern, indem oppositionelle und andere Interessengruppen zu Wort kommen. Die Medien üben auch selbst Kritik, indem sie investigativ recherchieren, dabei Missstände aufdecken und diese kommentieren. Man spricht deshalb auch von den Massenmedien als „vierter Gewalt“.

Damit die Medien diesen Aufgaben gerecht werden, müssen Journalisten frei recherchieren und berichten können. Die Pressefreiheit ist ein so hohes Gut, dass sie seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland im

Grundgesetz verankert ist. Die Landespressegesetze sprechen von der „öffentlichen Aufgabe“, wenn die Presse „in Angelegenheiten von öffentlichem Interesse Nachrichten beschafft und verbreitet, Stellung nimmt, Kritik übt oder auf andere Weise an der Meinungsbildung mitwirkt“. In unserer Demokratie schränkt aber weniger der Staat die Pressefreiheit ein, vielmehr hindern wirtschaftliche Zwänge die Medien an der optimalen Erfüllung ihrer gesellschaftlichen Funktionen. Konzentration auf dem Medienmarkt schränkt die Meinungsvielfalt ein, Sparmaßnahmen in den Redaktionen gehen zulasten der publizistischen Qualität.

Wer macht Medien? – Der Markt in Deutschland im Wandel

Als die Siegermächte nach dem Zweiten Weltkrieg über eine neue Medienordnung für die westdeutschen Besatzungszonen verhandelten, einigten sie sich beim *Rundfunk* auf das öffentlich-rechtliche Modell nach dem Vorbild der britischen BBC. Kommerzielle Sender wie in den USA oder gar Staatsfernsehen schienen nach den Erfahrungen mit dem Missbrauch des wirkmächtigen Rundfunks im Dritten Reich ausgeschlossen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk gehört nicht dem Staat, sondern wird von der Allgemeinheit getragen und von allen Hörern und Zuschauern über eine Gebühr finanziert, die derzeit monatlich 17,98 Euro für ein Radio- und Fernsehgerät beträgt – oder in der Summe gut sieben Milliarden Euro für die Anstalten. Dafür sollen im Programm viele gesellschaftliche Gruppen zu Wort kommen. Ihren Einfluss sichern sie über Aufsichtsgremien. In den Rundfunkräten sitzen Vertreter von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Verbänden.

Zunächst waren die Landesrundfunkanstalten die alleinigen Anbieter. Neben ihren Radioprogrammen sendeten sie ab 1952 innerhalb der Arbeitsgemeinschaft ARD ein gemeinsames Fernsehprogramm. Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) kam 1963 durch einen Vertrag der Bundesländer, die über das Kulturgut Rundfunk die Hoheit haben, hinzu. Später boten die heute neun Länderanstalten auch regionales Fernsehen an, die Dritten Programme. Weil Rundfunk zunächst nur terrestrisch verbreitet werden konnte, sollte es in Deutschland wegen der Knappheit an Sendefrequenzen nur öffentlich-rechtliches Programm geben. Verteidigt wurde diese strikte Linie vom Bundesverfassungsgericht, das kommerzielle Sender ablehnte, solange es technisch unmöglich war,

eine Vielzahl privater Programme auszustrahlen und so Meinungsvielfalt herzustellen. Erst als das Zeitalter des Kabelfernsehens begann, wurden auch private Fernseh- und Radioprogramme zugelassen. Am 1. Januar 1984 ging mit der Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenrundfunk, heute Sat.1, der erste deutsche Privatsender an den Start. Einen Tag später folgte RTL plus.

Im digitalen Zeitalter gibt es eine riesige Auswahl an Radio- und TV-Sendern. Allein die öffentlich-rechtlichen Anstalten verbreiten einschließlich ihrer regionalen Angebote insgesamt 22 Fernsehprogramme in Deutschland, darunter auch Spartenkanäle, die sich auf Kulturberichterstattung, Nachrichten oder auf eine bestimmte Zielgruppe wie zum Beispiel Kinder konzentrieren. Hinzu kommen dutzende private Fernsehsender und Programme aus dem Ausland, die hierzulande empfangen werden können.

Trotz der Vielfalt reichen den meisten Zuschauern nach wie vor die Knöpfe mit den Ziffern eins bis neun auf der Fernbedienung. Denn die neun wichtigsten Fernsehsender (die dritten ARD-Programme dabei als ein Angebot gerechnet) haben zusammen einen Marktanteil von mehr als 80 Prozent. Beim großen Rest der Kanäle liegt die Einschaltquote bei einem Prozent oder deutlich darunter. Seit Beginn des dualen Rundfunksystems, also des Nebeneinanders von öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern, liefern sich ARD, ZDF und RTL ein Kopf-an-Kopf-Rennen um die Gunst der Zuschauer. Diese drei Programme hatten in den vergangenen Jahren einen Marktanteil von jeweils 12,5 bis 14 Prozent. Auch die Dritten der ARD kommen – allerdings nur in der Summe – auf diesen Wert. Erst danach folgt Sat.1 mit einer Quote von um die zehn Prozent.

Eine starke Marktkonzentration kennzeichnete von Beginn an das deutsche Privatfernsehen, denn alle wichtigen Sender teilen sich auf nur

Eine starke Marktkonzentration kennzeichnete von Beginn an das deutsche Privatfernsehen.

zwei Unternehmen auf. Der Medienpolitik gelang es nicht, das schon früh zementierte Duopol aufzubrechen. Zur RTL-Gruppe, einer Tochter des Medienriesen Bertelsmann, gehören neben RTL auch

die Sender RTL II, Vox, Super RTL und n-tv. Die zweite Senderfamilie mit Sat.1, ProSieben, Kabel eins, N24 und 9Live hat eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Die Programme gehörten einst zum Medienimperium Leo Kirchs, der mit dem Handel von Filmrechten viel Geld verdient hatte. 2002 musste die Kirch-Gruppe Insolvenz anmelden; heute

haben Finanzinvestoren das Sagen. Solche Kapitalgesellschaften, die in der Medienbranche immer häufiger mitmischen, werden mitunter als Heuschrecken bezeichnet, weil sie in Verdacht stehen, ihre Anteile nach einer Welle von Entlassungen und anderen Sparmaßnahmen gewinnbringend zu verkaufen. Bei den Sendern von ProSiebenSat.1 wurden personalintensive Nachrichten und andere Informationssendungen reduziert.

Private Fernsehsender haben traditionell einen geringeren Anteil an Informationssendungen im Gesamtprogramm. Bei Sat.1 wurden 2008 rund 60 Prozent der Sendezeit mit fiktionaler und nonfiktionaler Unterhaltung gefüllt, beim ZDF waren es 35 Prozent. Spielfilme oder Shows ziehen die werberelevanten jungen Zuschauer mehr an. Doch haben auch die kommerziellen Sender im Laufe der Jahre ihren Informationsanteil erhöht. Zieht man die gesetzlich auf einen Anteil von einem Fünftel am Gesamtprogramm beschränkte Werbung ab, sind die strukturellen Unterschiede zwischen RTL und ARD inzwischen nur noch gering. Bei dieser Angleichung, die in der Medienwissenschaft unter dem Stichwort Konvergenz erforscht wird, muss man allerdings berücksichtigen, dass sich die Inhalte der Informationssendungen und die Art der Darstellung bei privaten und öffentlich-rechtlichen Programmen teils erheblich unterscheiden. Politikberichterstattung findet hauptsächlich bei ARD und ZDF statt, während RTL und Sat.1 einen stärkeren Anteil an Boulevardmagazinen haben oder so genannte Dokusoaps zeigen – in hohem Maße inszenierte Dokumentationen oder Reportagen über Menschen, die alltägliche Probleme meistern müssen.

Auch bei der *Presse* in Deutschland sind bis heute Folgen der Medienpolitik der Alliierten erkennbar. Bis 1949 durften gedruckte Medien nur mit einer Erlaubnis der Besatzungsmächte erscheinen. Viele dieser Lizenzblätter wie die „Süddeutsche Zeitung“, „Die Welt“ oder die „Frankfurter Rundschau“ gehören nach wie vor zu den überregional bedeutsamen Tageszeitungen. Oder es sind heute regionale Titel mit einer hohen Verbreitung wie die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ (WAZ), die „Rheinische Post“ oder die „Stuttgarter Zeitung“. Anders als etwa in Frankreich oder Großbritannien sind die Presseverlage in der föderalistischen Bundesrepublik auch nicht zentralisiert in der Hauptstadt angesiedelt, sondern über alle Bundesländer verteilt.

In Deutschland erscheinen 1.511 Zeitungen (Stand: Ende 2009) – von der „Bild“-Zeitung mit täglich drei Millionen Exemplaren bis zur „Ostheimer Zeitung“, die in einer Auflage von 800 Stück in einem Ein-Mann-

Verlag in der Rhön herausgegeben wird. Viele Titel unterscheiden sich jedoch nur im Lokalteil und Zeitungskopf von ihrem Mutterblatt, das den Mantel, also den überregionalen Teil mit Nachrichten aus Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur, liefert. Die „Nürnberger Nachrichten“ zum Beispiel erscheinen in ganz Mittelfranken unter 13 Zeitungsnamen mit 25 Unterausgaben. Von diesen Kernredaktionen, so genannten publizistischen Einheiten, gibt es 134. Zwischen 1955 und 1975 hatte es die größte Konzentrationswelle gegeben, als viele Redaktionen aufgegeben,

aufgekauft oder mit anderen fusioniert wurden. In zwei Drittel aller Landkreise und kreisfreien Städte gibt es heute nur noch eine lokale oder regionale Zeitung und damit keine Konkurrenz, die für die Meinungsvielfalt und die publizistische Qualität förderlich wäre.

Seit Jahren sinkt die Auflage fast aller Zeitungen, weil junge Leute nicht mehr im gleichen Maße Zeitung lesen wie ihre Eltern, sondern sich fast nur noch über elektronische Medien informieren.

Viele Verlage sind durch Zukäufe zu großen Medienunternehmen angewachsen. Die fünf größten Verlagsgruppen in Deutschland haben bei den Tageszeitungen einen Marktanteil von 45 Prozent. An erster Stelle steht der Axel-Springer-Verlag, zu dem neben „Bild“ auch „Die Welt“, „Hamburger Abendblatt“, „Berliner Morgenpost“, das Boulevardblatt „B. Z.“ und eine Reihe weiterer Titel gehören. Die Südwestdeutsche Medienholding mit Sitz in Stuttgart wuchs über die Jahre zum bundesweit zweitgrößten Pressehaus heran. Dazu gehören die regionalen Blätter „Stuttgarter Zeitung“, „Rheinpfalz“ und „Südwestpresse“ sowie die zugekaufte „Süddeutsche Zeitung“. Weitere Großverlage sind die WAZ in Essen, DuMont Schauberg in Köln, Ippen in München oder Holtzbrinck in Stuttgart. Die Auflage fast aller Zeitungen sinkt allerdings seit Jahren, weil junge Leute nicht mehr im gleichen Maße Zeitung lesen wie ihre Eltern. Viele informieren sich nur noch über elektronische Medien. Ende 2009 betrug die Auflage aller Tageszeitungen zusammen 20 Millionen Exemplare. Was die Zeitungsdichte anbelangt, rangiert Deutschland damit im internationalen Vergleich im Mittelfeld. Insbesondere Skandinavier und Japaner lesen viel mehr Zeitung. In den USA, in Frankreich oder in Italien gibt es – bezogen auf die Einwohnerzahl – hingegen deutlich weniger verbreitete Exemplare.

Der Markt der *Publikumszeitschriften* ist in Deutschland noch stärker auf wenige große Verlage konzentriert. Zwar gibt es mehr als 2.000 verschiedene Titel, doch allein die vier Konzerne Bauer, Burda, Springer

und Gruner+Jahr haben mit ihren Publikationen einen Marktanteil von über 60 Prozent. Gruner+Jahr ist mit 68 Titeln auf dem deutschen Markt vertreten, weltweit sind es mehr als 300. Damit ist der mehrheitlich zu Bertelsmann gehörende Hamburger Verlag nicht das einzige deutsche Medienhaus, das seit Ende der 1970er Jahre auch ins Ausland expandierte.

Zu unterscheiden sind General-Interest-Titel wie Illustrierte oder Frauenzeitschriften und Special-Interest-Titel, die nur ein Themengebiet behandeln. Das Angebot reicht von A bis Z: vom Restaurantführer „A la carte“ bis zum Einrichtungsmagazin „zu Hause wohnen“. Die Zeitschrift mit der größten Auflage ist nicht etwa das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ mit gut einer Million Exemplaren, das im Bereich der politischen Berichterstattung ein Leitmedium ist. TV-Programmzeitschriften von Bauer, Burda und Springer haben eine deutlich höhere Verbreitung, die teils die Zwei-Millionen-Grenze übersteigt. Die auflagenstärkste Zeitschrift Europas ist mit 13,5 Millionen Exemplaren die „Motorwelt“ des Allgemeinen Deutschen Automobilclubs (ADAC). Dieses Monatsheft wird allerdings nicht am Kiosk verkauft, sondern jedem ADAC-Mitglied kostenlos zugestellt.

Relevante journalistische Angebote im *Internet* sind bislang vor allem Ableger traditioneller Massenmedien. Als das Internet Mitte der 1990er Jahre seinen Siegeszug begann, richteten Zeitungen und Rundfunksender recht bald Nachrichtenportale im Netz ein, für die auch eigene Redaktionen aufgebaut wurden. Die Angst war und ist, das neue Medium Internet könnte zur lebensbedrohlichen Konkurrenz werden. Als die Medienunternehmen feststellten, dass Werbung im Internet zu geringe Einnahmen bringt, bremsten sie ihr Engagement. Viele Portale waren fortan nur die Online-Fassung der gedruckten Zeitung – ohne einen spezifischen Mehrwert, den zum Beispiel die Multimedialität des Mediums ermöglichen würde. Neuerdings sind die Aktivitäten aber wieder deutlich verstärkt worden; inzwischen gibt es praktisch keine Zeitung mehr, die nicht ihre Artikel online stellt und im Netz zusätzlich Videos, Bildergalerien oder Archive anbietet – Möglichkeiten, die das Muttermedium nicht hat.

Die Finanzierung der Internetportale bleibt für die Medienbranche nach wie vor ein beherrschendes Thema.

Die Finanzierung der Internetportale bleibt für die Medienbranche nach wie vor ein beherrschendes Thema. In den Verlagshäusern überlegt man, wie die Kostenloskultur im Netz noch umkehrbar ist. Internetnut-

zer sind nur selten bereit, für Inhalte im Netz zu bezahlen, etwa dann, wenn sie einen Artikel aus dem Archiv abrufen möchten. Gleichzeitig sind kostenlose Beiträge auf der Internetseite, die oft auch noch vor dem Redaktionsschluss der gedruckten Ausgabe abrufbar sind, eine hauseigene Konkurrenz. Um die Online-Finanzierung geht es auch im Streit zwischen Verlagen und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, denn die Sender haben ebenso Portale im Netz und bieten dort ganze Programmteile sowie ergänzende Artikel in Mediatheken zum Abruf. Die Presseverlage kritisieren die Wettbewerbsverzerrung, weil diese Angebote über Rundfunkgebühren finanziert werden. Die Anstalten verweisen wiederum auf die Bestands- und Entwicklungsgarantie, die ihnen einst vom Bundesverfassungsgericht zugesprochen worden war. Diese schließe neue technische Verbreitungswege ein. Inzwischen mussten die Sender ihre Aktivitäten im Netz zumindest teilweise einschränken.

Welche Macht haben Medien? – Einfluss auf die Gesellschaft

Der Einfluss der Medien in unserer Gesellschaft wie auch die Wirkung auf jeden einzelnen Menschen waren und sind immer wieder Gegenstand von Auseinandersetzungen. Die Kirche gehörte zu den frühen und heftigsten Medienkritikern. Papst Pius IX. nannte die schlechte Presse im 19. Jahrhundert einen „lügnerischen, die Menschen betörenden Verführer“ und warnte vor ihrem unheilvollen Einfluss und der Untergrabung der Grundlagen von Religion und Gesellschaft.

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts beschäftigt sich die Wissenschaft mit der Wirkung von Medien. Man ging zunächst von einem Ursache-Wirkungs-Modell mit starker Beeinflussung aus, merkte aber bald, dass es allein auf Seiten des Medienkonsumenten zu viele Faktoren wie Bildungsgrad oder Aufmerksamkeit gibt, die eine Vorhersage der Effekte kaum ermöglichen. Getestet wurden solche Medienwirkungen zum Beispiel mit Propagandafilmen, um die mögliche Beeinflussung von Meinung oder Wissen bei den Probanden zu messen. Die Massenmedien können die Einstellung von Menschen kaum verändern, lautete bald das Urteil. Eher würden bestehende Meinungen verstärkt. Die Medien haben demnach also keinen großen Einfluss auf das, was das Publikum zu einzelnen Themen denkt. Wohl aber geben sie vor, worüber sich die Menschen überhaupt Gedanken machen. Indem Medien über bestimmte Sachverhalte intensiv berichten und dabei auch andere Medien „an-

stecken“, wird die Themenagenda der Öffentlichkeit definiert. Medienwissenschaftler sprechen von Agenda-Setting.

Ein weiteres Forschungsfeld ist der *politische Einfluss der Medien*, der nicht mit ihren politischen Funktionen verwechselt werden darf. So gibt es Theorien darüber, wie die Veröffentlichung von Umfrageergebnissen vor Wahlen die Einstellung der Bürger und das Abstimmungsergebnis verändert. Eine These besagt, dass eine in

Umfragen zurückliegende Partei am Ende besser abschneidet, weil viele Mitleid haben und ihr Kreuz doch an anderer

Umstritten ist der Einfluss der Medien auf die öffentliche Meinung.

Stelle machen – oder weil potenzielle Nichtwähler noch kurzfristig mobilisiert werden. Eine führende Partei könnte aber auch abstürzen, wenn zu viele Bürger die Wahl als schon entschieden betrachten und deshalb der Abstimmung fern bleiben. Umgekehrt könnte aber auch eine vorne liegende Partei zusätzlich gewinnen, weil Wähler noch umschwenken, um später auf der Siegerseite zu stehen. Ob eine dieser Hypothesen tatsächlich der Realität entspricht, konnte noch nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden.

Bis heute keimt auch immer wieder die Diskussion auf, welchen Einfluss *Gewaltdarstellungen* in den Medien auf die Rezipienten haben. Im Fokus stehen vor allem visuelle Medien wie fiktionale Filme oder Computerspiele. Nach Gewaltexzessen wie dem Amoklauf eines ehemaligen Schülers im Erfurter Gutenberg-Gymnasium im Jahre 2002 wird stets eine Debatte geführt, ob so genannte Killerspiele, wie sie auch der Erfurter Täter besaß, verboten werden sollen. Theorien besagen einerseits, dass Gewaltdarstellungen in den Medien Angst erzeugen und dadurch die Aggressionsbereitschaft hemmen können. Auch könnten Spannungen abgebaut und so die Gewaltbereitschaft gemindert werden. Andererseits wird angenommen, Gewalt in den Medien wirke abstumpfend. Letztgültige Beweise für oder gegen eine Theorie gibt es nicht; vielmehr hängt die Reaktion vom Medienkonsumenten und seiner sozialen Situation ab.

Kürzlich hatte eine Fernsehsendung in Georgien extreme Folgen: In der Bevölkerung brach Panik aus. Das staatlich kontrollierte Fernsehen hatte Mitte März zur besten Sendezeit um 20 Uhr Bilder von einmarschierenden russischen Truppen gezeigt und berichtet, der georgische Präsident sei tot. Die Menschen rannten auf die Straße, kauften panisch Lebensmittel und Benzin, die Notdienste waren im Dauereinsatz, eine Frau starb an Herzversagen. Doch es waren in Wirklichkeit Archivauf-

nahmen vom Krieg im Kaukasus im August 2008, die der Sender in einer Collage präsentierte und gleichzeitig den Anschein erweckte, alles sei live. Gedacht war das offenbar als Provokation in Richtung Moskau. Das Experiment zeigte deshalb eine enorme Wirkung, weil die Erinnerung an die Militäroffensive bei der Bevölkerung noch wach und die Angst weiter in den Köpfen ist. Insofern ist der Vorfall auch nur bedingt mit dem Hörspiel „Der Krieg der Welten“ von Orson Welles vergleichbar, das 1938 im amerikanischen Radio ausgestrahlt wurde. Es handelte von einer Invasion Außerirdischer auf der Erde. Danach soll es in Teilen der Bevölkerung Zeitungsberichten zufolge Irritationen gegeben haben. Die angebliche Massenpanik ist hingegen eher eine Legende.

Literaturhinweise

- Roland Burkart*: Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft. 4. Aufl. Wien, Köln 2002.
- Michael Jäckel*: Medienwirkungen. Ein Studienbuch zur Einführung. 3. Aufl. Wiesbaden 2005.
- Niklas Luhmann*: Die Realität der Massenmedien. 2. Aufl. Opladen 1996.
- Gerhard Maletzke*: Psychologie der Massenkommunikation. Theorie und Systematik. Hamburg 1963.
- Media Perspektiven Basisdaten*. Daten zur Mediensituation in Deutschland 2009. Frankfurt (Main) 2009.
- Hermann Meyn*: Massenmedien in Deutschland. Konstanz 2004.
- Heinz Pürer/Johannes Raabe*: Presse in Deutschland. 3. Aufl. Konstanz 2007.

Perspektiven der Medienentwicklung in Mittel- und Osteuropa

„Die Pressefreiheit hat uns beides gebracht, den Sauerstoff der Demokratie genauso wie das Lachgas von Infotainment und Kommerzialisierung.“¹ Der polnische Medienwissenschaftler Karol Jakubowicz wird sicherlich bei vielen demokratisch gesinnten Kollegen in Mitteleuropa und im Baltikum auf zustimmendes Kopfnicken treffen, wenn sie auf die Medienlandschaft in ihren Ländern schauen. Aber allenthalben ist ein deutliches Hüsteln zu vernehmen, weil politische und wirtschaftliche Interessengruppen an den Regelungsmechanismen der Sauerstoffzufuhr drehen. Dagegen leidet der Patient Medienfreiheit in Belarus, Moldova, in Russland, aber auch in der Ukraine unter chronischen Erstickungsanfällen, während es gleichzeitig am Lachgas nicht fehlt.

Freilich ist die jeweilige Zusammensetzung dieses ätherischen Gemischs über 20 Jahre nach dem Beginn der revolutionären Umbrüche in Mittel- und Osteuropa von Land zu Land recht unterschiedlich, denn die Medien können nicht getrennt betrachtet werden von allen anderen Determinanten dieser Transformation, die nicht nur das politische Regime erfasste, sondern auch die wirtschaftlichen Strukturen und gesellschaftlichen Mentalitäten einem tiefgreifenden Wandel unterzogen. Da die Medien in vielschichtigen und wechselseitigen Abhängigkeiten von einer Vielzahl von Prozessen und Institutionen stehen – wie etwa dem Staat, politischen Bewegungen, den technologischen Entwicklungen, der Gesetzgebung, wirtschaftlichen Kräften, zivilgesellschaftlichen oder sozio-

¹ Karol Jakubowicz: Post-Communist Media Development in Perspective. In: Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung. (Europäische Politik/Politikinformationen Osteuropa, 122). Bonn 2004; Electronic Edition Bonn 2005: <http://library.fes.de/pdf-files/id/02841.pdf> (letzter Zugriff: 12.04.2010), Zitat S. 1. – Alle englischen Zitate wurden im folgenden Text von der Verfasserin übersetzt.

Sofie Jannusch ist Mitarbeiterin von CAMECO (Catholic Media Council), einem Beratungsbüro für Medien und Kommunikation in Afrika, Asien, Lateinamerika, Zentral- und Osteuropa, dem Nahen Osten und Ozeanien.

kulturellen Faktoren –, setzt ein Verständnis der spezifischen Entwicklungen der Medien die Kenntnis der generellen Prozesse der Transformation geradezu voraus.

Der Ausgangspunkt

Bekanntlich waren die Medien in den meisten Ländern Mittel- und Osteuropas bis zum Zusammenbruch des Kommunismus ganz in staatlicher Hand; die kommunistische Partei kontrollierte den gesamten Prozess von der Herstellung über die inhaltliche Ausgestaltung bis zum Vertrieb. Mit Gorbatschows Perestrojka-Politik wurden zwar die Freiheiten der Journalisten etwas gelockert, das staatliche Monopol über die Medien blieb jedoch, von wenigen Ausnahmen² abgesehen, in der Sowjetunion ebenso wie in den Satellitenstaaten unangetastet.

In den folgenden revolutionären Umbrüchen nahmen diese von der kommunistischen Partei kontrollierten Medien unterschiedliche Rollen ein. So erlebten die Esten die Geburtsstunde der demokratischen Bewegung *Rahvarinne* in einer Live-Sendung des Fernsehens im April 1988, und der immer noch staatliche Fernsehsender ETV mobilisierte 1989 die Bevölkerung für die Massenproteste der drei baltischen Länder. In Rumänien besetzten Demonstranten gleich zu Beginn der Revolution das Staatsfernsehen und begleiteten die Ereignisse vom 21. (letzte Rede Nicolae Ceaușescu) bis zum 26. Dezember (Fernsehzusammenfassung seines Prozesses) fast durchgehend live, was diesem Machtwechsel auch die Bezeichnung „erste Fernsehrevolution“ eingebracht hat. Demgegenüber organisierten sich die Dissidenten in der Tschechoslowakei ausschließlich über den Samizdat, d. h. die Untergrundliteratur, und „Mundpropaganda“.

Medienpolitische Orientierungen

Der Zusammenbruch der kommunistischen Regime bzw. die Erlangung der Unabhängigkeit zwang die jungen Regierungen, schnell zu reagieren. Die unterschiedlichen Orientierungen der politischen Akteure schlugen

² Eine frühe Ausnahme bildet Polen, wo die Kirche bis 1956 das Recht hatte, eigene Publikationen herauszugeben und (mit Unterbrechungen) die katholische Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ bis zum demokratischen Umbruch erschien. Vgl. auch die Hinweise im Beitrag von Joanna Bątkiewicz-Brożek und Maciej Müller in diesem Heft, besonders S. 115 f.

sich nach wie vor in den medienpolitischen Diskussionen nieder. Jakubowicz's Typisierung als „idealistische, mimetische und atavistische“³ ist deshalb immer noch aktuell.

Die idealistische Orientierung

Bei der Suche nach neuen Konzepten des Mediensystems ließ sich die Opposition in Mittel- und Osteuropa von Debatten über den freien Zugang, die breite Partizipation und die gesellschaftliche Steuerung von Medien inspirieren, wie sie auch im Westen bereits in den siebziger und achtziger Jahren geführt wurden. Journalisten sollten umfangreiche Selbstbestimmungsrechte genießen, das Publikum aktiv am öffentlichen Diskurs teilnehmen, der eine breite Vielfalt von Einstellungen widerspiegeln sollte. Neue demokratische Medien, vor allem ein neuer Rundfunk, wurden für ebenso wichtig erachtet wie ein neues Parlament, eine neue Exekutive und Judikative. Auch sollten die Unzulänglichkeiten der westlichen Mediensysteme vermieden werden.

Neue demokratische Medien, vor allem ein neuer Rundfunk, wurden in der Umbruchsphase für ebenso wichtig erachtet wie ein neues Parlament und eine neue Exekutive.

Die Stärke und das historische Verdienst dieser idealistischen Strömungen war ihre Betonung der Freiheitsrechte generell und der Freiheit der Rede und der Presse im Besonderen. Diese Wertsetzung von Freiheitsrechten half, die Zensur zu bekämpfen und soziale und politische Kommunikation zu nutzen, um den demokratischen Widerstand zu organisieren. Ihre Schwäche jedoch bestand darin, dass dieser idealistischen Orientierung kein institutionelles Modell für die Umsetzung der Ziele gegenüber stand.

Die mimetische Orientierung

Die mimetische (nachahmende) Orientierung bezeichnet jene politischen Vertreter, die quasi eine Transplantation westeuropäischer Modelle favorisierten. Nur wenige verstanden am Beginn der Transformation, dass soziale, politische, kulturelle und auch ökonomische Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit unabhängige und unparteiische

³ Karol Jakubowicz: Finding the Right Place on the Map. Prospects for Public Service Broadcasting in Post-Communist Countries. In: ders./Miklos Sükösd (Hrsg.): Finding the Right Place on the Map. Central and Eastern European Media Change in a Global Perspective. Bristol, Chicago 2008, S. 17 ff.

Medien angemessen funktionieren können, was sich bis heute vor allem in den Schwächen des öffentlichen Rundfunks zeigt. Vielen mittel- und osteuropäischen Autoren, die die Medienszene über die Jahre beschrieben haben, ist diese Enttäuschung über westliche Modelle und ihre Anwendbarkeit auf postkommunistische Länder anzumerken.

Atavistische Orientierungen

Schließlich gab es aber auch jene „atavistischen“, d. h. rückwärtsge wandten Kräfte, die versuchten, Elemente des alten Kommandosystems zu erhalten. Journalisten sollten kooperativ sein, von einer Verantwortung für den Prozess der Transformation geleitet und die Regierungen – als Leiter dieser Prozesse – unterstützen, statt eine unabhängige, unparteiische und kritische Wächterrolle einzunehmen. Auch Politiker, die aus dem demokratischen Untergrund kamen, waren von solchen Vorstellungen nicht frei. Es wird als „typical regional blend“ – also als typische Mischung dieser Weltregion verstanden, dass politische Eliten sich öffentlich mit mimetischen Lippenbekenntnissen präsentieren, während sie gleichzeitig atavistisch agieren. So macht beispielsweise seit ihrem Amtsantritt 2006 die slowakische Koalitionsregierung Schlagzeilen, weil sie den Medien äußerst feindselig gegenübersteht, oppositionelle Medien boykottiert und sie beschuldigt, einseitig und mit mangelnder Professionalität zu berichten.

Nachholende Entwicklungen?

Wie im politischen System und der Wirtschaft ein Umbau geleistet werden musste, der sich im Westen Europas über lange Zeitperioden hinweg herausgebildet hatte, so sahen sich die Länder in Mittel- und Osteuropa auch auf dem Gebiet der Medien einem Wandel wie im Zeitraffer ausgesetzt, bei dem sie sich nicht immer als die bestimmenden Akteure fühlten.

Entmonopolisierung und Explosion der Märkte

In allen europäischen Ländern wurde umgehend damit begonnen, das staatliche Medienmonopol aufzulösen. Die Zensur wurde abgeschafft, die Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften erlaubt. Staatliche Medienkonzerne wurden privatisiert, in vielen Fällen wurden ehemalige Mitarbeiter zu Anteilseignern.

In allen Ländern führten die neuen Freiheiten zu einer explosionsartigen Ausbreitung der Printmedien. So erschienen in Estland zwischen 1988 und 1993 500 neue Titel auf dem Zeitungsmarkt. Innerhalb von 18 Monaten hat sich deren Zahl in Ungarn verdreifacht, in Rumänien stieg die Zahl der Titel von 30 vor der Revolution auf über 1.400, und selbst im kleinen Belarus waren zunächst 660 Periodika registriert. Mit diesem Prozess setzte auch eine Differenzierung und Pluralisierung der Medienlandschaft ein. Mit verschiedenen Formaten wurden unterschiedliche und spezifische Zielgruppen angesprochen, und die Zeitungen repräsentierten unterschiedliche politische Lager, aber auch wirtschaftliche Interessen.

In allen Ländern führten die neuen Freiheiten zu einer explosionsartigen Ausbreitung der Printmedien.

Die Abschaffung des staatlichen Rundfunkmonopols war dagegen etwas schwieriger, weil diese ein Rundfunkgesetz erforderte, was Tschechien bereits 1991 gelang. In Ungarn wurde 1989 ein Moratorium für die Zuteilung von Rundfunkfrequenzen verhängt, das erst 1994 mit einem neuen Rundfunkgesetz aufgehoben wurde. In Bulgarien und Polen waren Piratenstationen schon auf Sendung, als über die entsprechenden Gesetze noch beraten wurde. Als in Polen das Rundfunkgesetz schließlich verabschiedet wurde, gab es weit über 100 Piratensender, darunter auch 25 private Fernsehstationen.

Aus Zeitungslesern werden Fernsehzuschauer

Schon in den neunziger Jahren zeigte sich eine dramatische Veränderung des Mediennutzungsverhaltens: In Mittel- und Osteuropa wurden aus eifrigen Zeitungslesern vorwiegend Fernsehzuschauer. Über vier Stunden verbrachten Esten (266 Minuten), Polen (254) und Rumänen (242) im Jahre 2006 täglich vor der Glotze.⁴ Für diesen radikalen Umschwung werden gewöhnlich die sprunghaft angestiegenen Preise für Printprodukte verantwortlich gemacht, die jetzt nicht mehr subventioniert wurden, während gleichzeitig die Kaufkraft der Bevölkerung sank, da sich die meisten Länder der Region in den ersten Jahren der Demokratisierung einem deutlichen Rückgang der wirtschaftlichen und sozialen Standards ausgesetzt sahen. Während also das Angebot an Zeitungen stieg,

⁴ Vgl. Open Society Institute (Hrsg.): *Television Across Europe. More Channels, Less Independence. Follow-up Report 2008*. Budapest, New York 2008, S. 24.

nahm gleichzeitig die Gesamtauflage ab. So setzten bald erneute Konzentrationsprozesse ein: Die noch steigende Zahl von einzelnen Medien gehörte immer weniger Besitzern.

Konzentrationsprozesse und ausländische Dominanz

In jenen Ländern, die sich in Richtung Demokratisierung und Marktwirtschaft orientierten, war es eine von Marktkräften gesteuerte Konzentration, wie wir sie auch vom Westen Europas kennen, während in den anderen Ländern eine Vielzahl unterschiedlicher Mechanismen eingesetzt wurde und wird, um die staatliche Kontrolle über die Medien zu erhalten oder wiederzuerlangen. Gemeinsam ist den Ländern jedoch – wenn auch in unterschiedlichem Maße – eine Kommerzialisierung der Medienlandschaft und eine „Vermarktlichung“ des Mediensystems, das von einem steigenden Anteil unterhaltender Formate und der Boulevardisierung von politischen Inhalten gekennzeichnet ist.

In den neuen Beitrittsländern zur EU zeigen sich mit dem Aufbau marktwirtschaftlicher Ökonomien die bekannten Marktmechanismen der Medienkonzentration, in denen sich bestehende Mediengesellschaften zusammenschlossen oder Anteile an unterschiedlichen Medien übernahmen. Die Kleinheit der Medienmärkte in postkommunistischen Ländern, mit dünnen finanziellen Ressourcen ausgestattet, erlaubte es den Investoren, mit bescheidenen Mitteln relativ große Marktanteile aufzukaufen.

Konzentrationsprozesse in den Medienmärkten beinhalten die grundsätzliche Gefahr, dass der öffentliche Diskurs von wenigen Eignern dominiert wird und die Pluralität gesellschaftlicher Meinungen und Interessen zugunsten einer Ausrichtung auf massenattraktive Produkte verringert wird. Äußerst kritisch beurteilt wurde und wird auch das Interesse wirtschaftlicher Akteure, ihre Interessen durch den Aufbau eigener Medien in der Öffentlichkeit stärker zu repräsentieren, wie dies etwa einer Reihe russischer Oligarchen unterstellt wurde und neuerdings auch in Tschechien und im Baltikum befürchtet wird. In den noch jungen, um ihre Identität ringenden Ländern war es jedoch vor allem die *Marktdominanz ausländischer Investoren*, die für Aufsehen sorgte. Ausländische Anteilseigner würden, wie viele Beobachter befürchten, Konflikte mit den jeweiligen Regierungen scheuen, die Zeitungen deshalb ihre Rolle als „Wachhund“ der Demokratie nicht ausfüllen und zu geringe Sensibilität für lokale Themen und Interessen zeigen. Allerdings fehlt es bisher an Studien, die entsprechende Annahmen belegen könnten, und die Bei-

spiele direkter politischer Einflussnahme sind bisher nur vereinzelt aufgetreten.

Belegt ist jedenfalls, dass 2006 vier deutsche Medienkonzerne (Bauer Verlagsgruppe, Axel Springer AG, Gruner+Jahr AG, Bertelsmann AG) über eine Vielzahl von Verflechtungen die höchsten Publikumsreichweiten in den zehn neuen Beitrittsländern zur EU erlangten. Die „Passauer Neue Presse“ hat in Tschechien, Polen und der Slowakei vor allem die regionale Presse übernommen. Mitte der neunziger Jahre besaß das Unternehmen neben zwei national erscheinenden Zeitungen sämtliche regionalen Zeitungen in Tschechien. Auch die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ (WAZ) hatte sich mit mehr als 130 Zeitungen bereits 2003 ein Presseimperium in Mittel- und Osteuropa aufgebaut. Das Schweizer Ringier-Verlagshaus besitzt mehr als 20 Zeitungen und Magazine in Rumänien, der Slowakei, in Tschechien und Ungarn, darunter die auflagenstärksten Zeitungen in der Slowakei und die drei größten Zeitungen in Rumänien. Im März 2010 kündigten Springer und Ringier an, dass sie ihre osteuropäischen Aktivitäten in einem Unternehmen zusammenführen wollen. Dieses wird dann mehr als 100 Titel kontrollieren, darunter 34 Tageszeitungen, von denen eine ganze Reihe bedeutende Marktanteile in mehreren Ländern besitzen.

Beispiele direkter politischer Einflussnahme seitens ausländischer Medienkonzerne sind bisher nur vereinzelt aufgetreten.

Während auf dem Pressemarkt die Hauptinvestoren aus Deutschland, Skandinavien und der Schweiz kommen, stiegen US-amerikanische Konzerne vor allem im Bereich elektronischer Medien ein. Zu den größten zählen „Viacom“ mit „MTV“, die „Walt Disney Company“, „AOL Time Warner“ und die US-amerikanische „Central European Media Enterprises Ltd.“, die Anteile an mehreren kommerziellen TV-Stationen in Mittel- und Osteuropa kontrolliert, darunter „Markíza TV“ und „Kanal A“ in der Slowakei, „Pop TV“ in Slowenien und „Pro TV“ in Rumänien.

Public Service-Rundfunk als Testfall für die Demokratisierung

Nach wie vor bestimmen zwei scheinbar widersprüchliche Entwicklungen die Medienlandschaften in Mittel- und Osteuropa: eine stetige Kommerzialisierung von Inhalten und eine „Kolonisierung“ des öffentlichen Lebens durch die politischen Parteien. Beredte Beispiele liefert hier

der Rundfunk, wo ein „public service“-Modell⁵ als Korrektiv für die Schwächen des Marktes fungieren sollte, das der gesellschaftlichen Pluralität Raum gibt, Minderheiten berücksichtigt, umfassende und unabhängige Informationen und Bildungsangebote bereitstellt und zum Schutz der lokalen Kultur beiträgt.

Die meisten Länder entschieden sich nach der Aufgabe des staatlichen Monopols zunächst für ein *Zwei-Säulen-Modell*, d. h. neben den staatlichen Stationen wurden rasch die Lizenzen für kommerzielle private Anbieter freigegeben. Die Frage der Demokratisierung wurde also zunächst auf die Frage der Zulassung privater Anbieter reduziert. Einige Länder wie Kroatien, Ungarn und Polen sehen jedoch auch eine dritte Säule in ihrem Rundfunksystem vor, in dem nicht-profitorientierte Anbieter geringere Gebühren für ihre Übertragungsrechte zahlen und ihnen im Gegenzug unterschiedliche Auflagen für die Aufnahme von Werbung ins Programm gemacht werden. Der polnischen Kirche wurde es zudem erlaubt, eigene Stationen mit solchen „Bürgerlizenzen“ zu eröffnen.

Die Umgestaltung des staatlichen in einen „public service“-Rundfunk erfolgte zwar bewusst, doch nicht immer ganz freiwillig, denn sie gehörte zum Forderungskatalog, um der Europäischen Union beizutreten. Außer in Russland und der Ukraine sind aus den staatlichen Rundfunkanstalten inzwischen solche „public service“-Stationen geworden. Allerdings sicherten sich die politischen Parteien in fast allen Ländern direkten Einfluss auf die Besetzung der Aufsichtsorgane, die wiederum die Leitungspositionen in den Sendern bestimmen. Die Mitglieder dieser Aufsichtsgremien werden in fast allen Ländern vornehmlich von der Exekutive oder der Legislative bzw. von beiden ernannt. Der schnelle Wechsel der Direktoren legt ein Zeugnis davon ab, wie stark der Druck der politischen Gruppierungen war und ist. Den traurigen Rekord dürfte das Bulgarische Nationale Fernsehen halten, wo zwischen 1989 und 2004 – also in 15 Jahren – 14 neue Direktoren ernannt wurden.

Eine weitere Einflugschneise zur politischen Kontrolle bieten die *Finanzierungsmechanismen*. So werden die öffentlichen Stationen in Bulgarien ganz, in Litauen, Rumänien und der Slowakei teilweise aus dem Staatsbudget subventioniert. Wo Rundfunkgebühren eingeführt wurden, werden diese entweder als zu gering erachtet oder die Stationen

⁵ Es sei hier gestattet, die englischen Begrifflichkeiten zu übernehmen, da „public service broadcasting“ zwar in der Rollenzuschreibung, nicht jedoch in der besonderen Struktur und Verankerung dem deutschen „öffentlich-rechtlichen“ Rundfunk gleicht.

leiden unter der schlechten Zahlungsmoral der Bürger.

Man sollte annehmen, dass die Bedeutung, die die politischen Parteien den „public service“-Stationen beimessen, sich auch in einer entsprechenden Ressourcenausstattung niederschlagen würde. Aber noch 2008 bezeichnet ein Bericht „eine Überschuldung, zu geringe finanzielle Ressourcen und Selbstzweifel“⁶ als Schlüsseltrends. In den meisten Ländern haben die „public-service“-Fernsehsationen ihre Marktführerschaft an private Anbieter abgeben müssen. In Rumänien und Polen konnten die öffentlichen Stationen zwar ihre starke Machtposition erhalten. Sie werden jedoch von der Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor als „Staatsfernsehen“ wahrgenommen, sodass deren Glaubwürdigkeit infrage steht.

Bei der Suche nach einem angemessenen Platz auf der Weltkarte „scheinen postkommunistische Länder im Mittelmeerraum angesiedelt“⁷ zu sein. Auch dort ist der öffentliche Rundfunk vornehmlich auf die Regierungs- und Parlamentsstrukturen ausgerichtet, das journalistische Niveau der Journalisten wird als eher gering bezeichnet, der politische Journalismus kann nur schwerlich von politischem Aktivismus getrennt werden, und der Staat spielt nach wie vor eine starke Rolle als Besitzer, Regulator und Finanzier der Medien.

Das Rollenverständnis der Journalisten

An mittel- und osteuropäischen Ausbildungsstätten wird das Ideal eines liberalen angelsächsischen Journalismus vermittelt. Danach sollen die Medien als Transformator die Kommunikation zwischen Regierung und Bürgern gewährleisten und die Bürger mit „objektiven“, ausgewogenen Informationen versorgen, die als Grundlage politischer Entscheidungen notwendig sind. Sie sollen sowohl die öffentliche Meinung formen als auch die Handlungen von Politikern und herrschenden Eliten überprüfen und kritisieren. Um dieses zu tun, erhalten sie vom Staat bestimmte Schutzrechte wie den Zugang zu Informationen, den Schutz der Meinungsäußerung oder eine unabhängige Rechtssprechung. Im Gegenzug sollen die Medien ihren Einfluss verantwortungsvoll wahrnehmen und Institutionen der Selbst-Regulierung etablieren. Meist wird dieses Modell mit journalistischer „Professionalität“ gleichgesetzt.

⁶ Open Society Institute (wie Anm. 4), S. 19.

⁷ Jakubowicz, Finding the Right Place (wie Anm. 3), S. 118.

Im Gegensatz dazu wollten viele mittel- und osteuropäische Journalisten gerade aufgrund der historischen Erfahrungen keine reinen Wächter einer Demokratie sein, sondern Akteure, die eine führende Rolle in der Neugestaltung ihrer Gesellschaften einnehmen. Das boulevardeske Gegenstück journalistischer Praxis wären die „Jagdhunde“, die jeden Tag eine schockierende Enthüllung publizieren und schlecht recherchierte Geschichten als Aufdeckungsjournalismus verkaufen. Auch dieses Phänomen wird in der Region häufig beklagt. Aber gleichzeitig gibt es auch qualitativ hochwertigen Journalismus. Das Beispiel des kleinen Estlands, das in vielerlei Hinsicht eine positive Ausnahmeerscheinung darstellt, scheint nahezulegen, dass ein Generationenwechsel in den Redaktionen zu einer allgemeinen Akzeptanz journalistischer Qualitätsstandards führt.

Die neuen Medien und die Zukunft

Während die Medienschaffenden in Mittel- und Osteuropa noch ihren Platz auf der Landkarte Europas suchen, sind sie erneut mit revolutionären Umbrüchen konfrontiert, die sich aus technischen Neuerungen ergeben. Neben dem Aufkommen so genannter sozialer Plattformen (Blogging, Twitter usw.) und einer fortschreitenden Medienkonvergenz, also der Bereitstellung der Inhalte über mehrere Plattformen, trägt auch die Digitalisierung des terrestrischen Empfangs (von der EU bis 2012 vorgeschrieben) und die Bereitstellung der Inhalte über Breitbandkabelnetze zu einer Zunahme der Programmangebote und damit einhergehend einer weiteren Fragmentierung des Publikums bei. Bereits in den letzten Jahren haben die traditionellen Marktführer im Bereich Fernsehen vor allem jüngere Zuschauer an das Internet verloren.

In den letzten Jahren haben die traditionellen Marktführer im Bereich Fernsehen vor allem jüngere Zuschauer an das Internet verloren.

War die Transformation der Medienlandschaften in Mittel- und Osteuropa schon aufgrund des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Um-

baus in den vergangenen 20 Jahren von einer dramatischen Dynamik gekennzeichnet, so wird sich diese also aufgrund der technologischen Entwicklungen erneut beschleunigen. Es bleibt abzuwarten, ob sich dabei auch „typische“ regionale Muster im Geflecht der vielfältigen Interdependenzen zeigen, in das die Medien eingebettet sind.

Medien in Polen 2010

Anspruch und Wirklichkeit

Als im Sommer 1989 die erste nichtkommunistische Regierung als Folge des Runden Tisches etabliert wurde, schickte sich die polnische Gesellschaft an, die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Systeme einer grundlegenden Transformation zu unterziehen. Eines der entscheidenden Elemente des Experiments „Freiheit“ bildete die Sphäre der Medien, war doch die Losung „Die Presse lügt“ eines der wichtigsten Schlagworte für den Umbruch im Lande. Nach Jahrzehnten der Zensur und des Scheindaseins sollte die „vierte Gewalt“ ihrer Rolle in der Demokratie wieder gerecht werden. In der Zeit der Volksrepublik Polen (1944-1989) war die Gesellschaft nicht nur von der Presse belogen worden, sondern auch vom Fernsehen, vom Rundfunk, von den Verlagen, den Schulprogrammen und allen anderen Akteuren der „offiziellen“ Meinungsbildung. Deswegen stellten die Abschaffung der Zensur nach der politischen Wende (offiziell im April 1990) und die Abschaffung des staatlichen Medienmonopols die wichtigsten Zäsuren in der Entwicklung der freien Meinungsäußerung in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg dar.

Auch wenn die Medien dem kommunistischen Staat und seiner Propaganda unterstanden und wirtschaftlich abgesichert waren, war dies tatsächlich nicht gleichbedeutend mit einem wirklichen Informations- und Meinungsmonopol der Kommunisten. Nach der Abschaffung der Meinungsfreiheit Ende der vierziger Jahre waren es zunächst ausländische Sender, „Instrumente des Kalten Krieges“, wie *Radio Freies Europa*, *Voice of America*, die *BBC* oder der *Deutschland-*

Im kommunistischen Polen präsentierten ausländische Sender in ihren polnischsprachigen Programmen ein Gesamtspektrum polnischen Lebens ohne Zensur.

Dr. Andrzej Kaluza ist wissenschaftlicher Assistent am Deutschen Polen-Institut Darmstadt, wo er u. a. für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und das „Jahrbuch Polen“ verantwortlich ist. Er hat zahlreiche Publikationen zum deutsch-polnischen Verhältnis und zu den gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Polen veröffentlicht.

funk, die in ihren polnischsprachigen Programmen ein Gesamtspektrum polnischen Lebens im In- und Ausland ohne Zensur präsentierten. Eine besondere Rolle spielte auch die in Paris von dem Emigranten Jerzy Giedroyc herausgegebene Monatsschrift „Kultura“, die aktiv in aktuelle polnische Debatten eingriff und so einen dauerhaften Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung an der Weichsel hatte. Sie wurde nach Polen geschmuggelt und gelesen, offiziell war ihr Vertrieb im Lande natürlich verboten.

Mitte der siebziger Jahre wurden in Polen erste Untergrundverlage gegründet, die es trotz offizieller Kontrolle (z. B. der zentralen Papierzuweisung) geschafft haben, eine beachtliche Anzahl von Periodika politischer oder kultureller Art (z. B. „Biuletyn Informacyjny“, „Na Głos“) und verbotene Literaturtitel (z. B. „Die Blechtrommel“ von Günter Grass) herauszugeben. Ihre Rolle bestand hauptsächlich in der Schaffung einer unabhängigen Öffentlichkeit – kaum ein Intellektueller, auch ein linientreuer, der davon keine Kenntnis gehabt hätte. In der Zeit der *Solidarność*, einer Zeit der Hoffnung auf Liberalisierung und Demokratisierung, verfügte die Gewerkschaft über eigene Medien wie den „Tygodnik Solidarność“, der auch politische Themen aufgriff und nach der Verhängung des Kriegsrechts 1981 wieder verboten wurde.

Die Ansprüche der Medienzunft an der Schwelle zur Demokratie waren bescheiden und sind doch bis heute aktuell geblieben: der Gesellschaft durch „die Wahrheit zu dienen“. In Zeiten der Diktatur, Zensur und Lüge waren die Fronten klar definiert, aber allein die Abschaffung widriger Umstände ist noch lange keine Garantie dafür, dass sich Qualitätsmedien in der Demokratie unter Marktbedingungen gegenüber anderen auf Dauer durchsetzen können. Diese Erfahrung macht die polnische Medienlandschaft auch im Jahre 2010, doch nun unter anderen Vorzeichen.

Presselandschaft

Die Bahnhofskioske, in denen es seit 1989 Hunderte von Titeln zu kaufen gibt, täuschten darüber hinweg, dass der polnische Zeitungsmarkt lange Zeit von nur wenigen Akteuren dominiert wurde: der „Gazeta Wyborcza“, der „Rzeczpospolita“ und einigen regionalen Titeln. Symbol des demokratischen Ethos und des wirtschaftlichen Erfolgs wurde die im Mai 1989 gegründete „Gazeta Wyborcza“ („Wahlzeitung“), die zunächst nur ein Gegengewicht zu den staatlichen Medien vor den ersten

halbfreien Wahlen bilden sollte. Nach dem politischen Umbruch, an dem u. a. ihr Chefredakteur Adam Michnik selbst aktiv beteiligt war, gruppierten sich um sie herum schnell Galionsfiguren der Oppositionsbewegung aus dem linksliberalen und eher laizistischen Lager. Die „Gazeta Wyborcza“ wurde zum Paradebeispiel der neuen Wirklichkeit. Von den Machern selbst in eine Aktiengesellschaft geführt, hatte sie lange Zeit eine herausragende meinungsbildende und wirtschaftliche Stellung (Auflage: ca. 400.000). Dabei bleibt die Zeitung bis heute ein Medium mit dem starken Sendungsbewusstsein, ihre Leserschaft zum aufgeklärten und selbstbewussten Umgang mit der Geschichte und Gegenwart des Landes heranzuführen. Das Gegengewicht bildete lange Zeit die z. T. dem Staat gehörende Zeitung „Rzeczpospolita“, die seriös und neutral schrieb, bis sie nach dem Wechsel des Chefredakteurs 2005 ihren Kurs änderte und aktiv die damalige konservative Regierungskoalition unterstützte. Die „Rzeczpospolita“ ist heute weiterhin ein Sprachrohr der „IV. Republik“ und hat viele konservative Beobachter und Journalisten um sich gruppiert.

Die regionalen Zeitungen machten von sich reden, als ein bedeutender Teil von ihnen von der bayerischen Verlagsgruppe „Passauer Neue Presse“ (PNP) aufgekauft wurde. Die „deutsche Expansion“ hatte ökonomischen Charakter und zielte darauf, durch attraktive regionale Medien das Anzeigengeschäft anzukurbeln und den Warschauer Branchengrößen Konkurrenz zu machen. Viel diskutiert wurde damals jedoch die Frage der Unabhängigkeit der einzelnen Redaktionen gegenüber dem ausländischen Eigentümer, die konsequent gewahrt wurde. Es sind keine Fälle einer „nationalistischen“ Einmischung in der Zeit vor dem polnischen EU-Beitritt bekannt geworden, als die deutsch-polnischen Beziehungen zunehmend Spannungen ausgesetzt waren. Das Konzept der PNP ging allerdings nicht ganz auf; 2009 trennte sich der Konzern von einem Großteil seiner polnischen Beteiligungen.

Deutsche Medienkonzerne spielen im polnischen Pressebereich eine große Rolle.

Wirklich „aufgemischt“ wurde der Pressemarkt dagegen tatsächlich von einem anderen deutschen Akteur – dem Axel Springer-Verlag, der 2005 gleich mit mehreren Titeln die polnische Presselandschaft veränderte und bis heute wesentlich prägt. Zunächst kam „Fakt“, eine Art polnische „Bild“-Zeitung, die nicht nur die Boulevard-Presse durcheinanderwirbelte (seit Markteinführung der meist verkaufte Titel mit ca.

500.000 Exemplaren Auflage), sondern selbst die branchenspezifischen Spielregeln neu bestimmte. Die polnischen Boulevardblätter, allen voran „Super-Express“ (Auflage: 200.000 Exemplare), fristeten bis dahin ein eher bescheidenes Dasein, aber nun schickten sich gleich mehrere Titel an, die journalistischen Standards und die Empfindlichkeitsgrenzen der Polen in ihrem Kampf um die Schlagzeilen dramatisch herunter zu setzen. Viele Polen stellen sich heute wieder einmal die Frage nach der „Wahrheit“ in den Medien, die nun nicht mehr politisch geißelt werden, sondern von einer niveaulosen Schlammschlacht geprägt sind. Seriöses Gegengewicht zu „Fakt“ aus dem Hause Springer und erklärte Konkurrenz für die führenden Meinungsblätter sollte „Dziennik“ („Tagblatt“) sein, eine Art polnische „Die Welt“ mit eher rechtsliberaler und konservativer Ausrichtung (Auflage 250.000 Exemplare). Das Experiment misslang: Ende 2009 gab der Verlag auf, die Zeitung fusionierte mit der wirtschaftsorientierten „Gazeta Prawna“ („Recht-Zeitung“).

Unter den Wochenmagazinen konnte das ehemalige liberale Parteiblatt „Polityka“ seine führende Rolle behaupten. Mit ca. 150.000 Exemplaren bietet es dem polnischen Leser ein breites Spektrum an solide recherchierten Analysen. Auf Platz zwei rangierte lange Zeit entweder das im Springer-Verlag erscheinende „Newsweek Polska“ (Auflage: 125.000 Exemplare) oder das durch seine provozierenden Artikel und Covers bekannte „Wprost“ („Direkt“, Auflage: 105.000 Exemplare). In letzter Zeit wurden beide Titel vom katholischen „Gość Niedzielny“ („Sonntagsgast“, Auflage: 132.000 Exemplare) überflügelt, das durch sein ansprechendes Layout eine neue Leserschaft fand. Einen großen Teil des Marktes für Frauenzeitschriften und Magazine beherrschen viele ausländische Unternehmen, die bereits seit langem auf dem polnischen Markt präsent sind wie Bauer, Marquardt oder Edipresse. Dagegen werden viele qualitativ wertvolle Kultur- und Literaturzeitschriften aus den Mitteln des Kulturministeriums („Lampa“) oder aus Woiwodschaftsmitteln in vielen Großstädten herausgegeben („Odra“ in Breslau/Wrocław).

Fernsehen

„Das Fernsehen lügt“ war ein anderes Stichwort der Opposition der achtziger Jahre; allerdings wurde dann durch die unkontrollierte Verbreitung von Satellitenantennen das Informationsmonopol des Staates in diesem Bereich kampfflos aufgegeben. Nach 1989 wurden nur wenige

linientreue TV-Leute entlassen; die meisten Journalisten waren hochqualifizierte Experten, die die Zukunft des nunmehr öffentlich-rechtlichen Fernsehens *TVP* bestimmen sollten. Die elektronische Medienlandschaft – Rundfunk und Fernsehen – wurde im demokratischen Polen neu bestimmt, vor allem durch das Mediengesetz von 1993 und die Einberufung des Fernseh- und Rundfunkrates, der u. a. für die Vergabe von Sendefrequenzen und die rechtliche und technische Kontrolle der vielen Privatsender zuständig ist. Die Funktion dieses Gremiums und die Ernennung seiner Mitglieder durch die jeweils regierenden Parteien gaben immer wieder Anlass zur Kritik am öffentlich-rechtlichen Auftrag des Rates.

Das Polnische Fernsehen *TVP* ist mit dem landesweiten Ersten und Zweiten Programm der populärste Sender, hinzu kommen noch 12 Regionalstudios und mehrere Spartenkanäle wie der Auslandssender „TV Polonia“, „TV Kultura“, „TVP Info“ und „TV Historia“. Insgesamt kommt *TVP* auf einen Marktanteil von ca. 45 Prozent. *TVP* ist eine Aktiengesellschaft, die dem Staat gehört und gewinnbringend arbeitet. Kritiker bemängeln die endlosen Werbefenster ohne jegliche Einschränkung und den Qualitätsverfall der Sendungen. Viele Intellektuelle kritisieren die Nähe des *TVP* zur Politik und die oft wechselnden Intendanten. Auf den nächsten Plätzen liegen private Fernsehstationen wie „Polsat“ (17,5 Prozent) und „TVN“ (16,5 Prozent), eine private Senderfamilie, die auch den Nachrichtenkanal *TVN24* und viele Spartenkanäle anbietet. Beide Sender betreiben auch qualitativ erstklassigen Fernsehjournalismus und leisten mit ihren Diskussionen und Dokumentationen einen wichtigen öffentlichen Beitrag. Darüber hinaus gibt es im polnischen Kabelfernsehen eine große Anzahl (über 250) an Nischen- und Spartenkanälen, wie „Telewizja Trwam“ (katholisch, mit „Radio Maryja“ verbunden) und Ableger internationaler Anbieter (*HBO*, *MTV*, *Discovery Channel*).

Rundfunk

Eine ähnliche Transformation wie das Fernsehen durchlief der polnische Rundfunkbereich. Die ordnungspolitische Funktion übt auch hier der bereits erwähnte Rundfunk- und Fernsehrat aus. Er leistete seinen Beitrag zur Brechung des Staatsmonopols und zur Einführung und Überwachung von Marktmechanismen. Vor der Wende gab es in Polen vier landesweite Programme des staatlichen Rundfunksenders „Polskie Ra-

dio PR“, die – abgesehen von reinen Informationssendungen mit Propagandaauftrag – eine respektable journalistische Qualität boten und dadurch eine authentische Popularität genossen. Das Polnische Radio, nach der Wende in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, kann auch heute den größten Marktanteil für sich verbuchen, die vier Hauptprogramme sind nach wie vor ein Renner (22 Prozent). Der größte private Rundfunkanbieter „Radio RMF“ (21 Prozent) konzentriert sich mehr auf populäre Musik als auf qualitative Informationsangebote, bietet aber

auch anspruchsvolle Spartenprogramme an (z. B. RMF Klassik). Zu den populären Privatsendern gehören neben dem drittgrößten „Radio Zet“ auch „Radio

Der Einfluss von „Radio Maryja“ darf nicht unterschätzt werden.

Eska“ und „Tok Fm“. Eine gewisse Popularität in westlichen wie heimischen Medien erreichte der Sender des Redemptoristenpaters Tadeusz Rydzyk, „Radio Maryja“. Auch wenn er nur etwa 2,5 Prozent des Marktanteils innehat, sorgt der Chefredakteur mit seinen umstrittenen gesellschaftspolitischen Äußerungen immer wieder für Aufsehen. Die Amtskirche geht offiziell auf Distanz zu dem Sender, es ist aber kein Geheimnis, dass ein Großteil des Klerus die Ideen des Senders unterstützt.

Internet

Die Entwicklung des polnischsprachigen Internetangebots kam verspätet, dafür aber mit voller Wucht. Wie in vielen Gesellschaften, so auch in Polen verläuft die Nutzungsgrenze bei den neuen Medien etwa an der Altersgrenze von 55 Jahren. Junge Leute können sich ein Leben ohne neue Medien wie mp3, DVD, Handy und Internet nicht vorstellen. Kaum verwunderlich, dass hinter den größten polnischen Internetportalen große Medienkonzerne wie „Agora RMF“ und „ITI“ stehen. Das meistbesuchte Portal in Polen ist *onet.pl*. Es liefert aktuelle Informationen zu Politik, Wirtschaft, Kultur, Sport und Unterhaltung, bietet populäre Blogs, Chaträume und Diskussionsforen sowie kostenlose Mailkontos. Eine beispiellose landes-, ja europaweite Karriere machte *nasza-klasa.pl*, ein genuin polnisches soziales Netzwerk, das ehemaligen Schulfreunden Kontakte vermittelt. Im Zuge der europaweiten Migration von jungen Polen ist das Portal nun auch im Ausland bekannt; in Irland steht es auf Platz 10 der beliebtesten Portale und damit noch vor der irischen Ausgabe von eBay.

Die katholische Presse in Polen – eine Übersicht über die wichtigsten Veröffentlichungen

Würde man die Landkarte Polens danach betrachten, wie die katholische Presse gelesen wird, und bestimmte Regionen einfärben, so würden Blau und Rot vorherrschen. Blau, die Titelfarbe von „Niedziela“ (Sonntag), des katholischen Wochenblatts mit der höchsten Auflage in Polen, würde im Nordwesten des Landes dominieren, Rot hingegen, die Titelfarbe des „Gość Niedzielny“ (Sonntäglicher Gast) im Südosten. Im Süden würden sich beide Farben überlagern. Dieses Bild ist zwar ziemlich vereinfacht, gibt jedoch gut die Abgrenzung zu denjenigen Lesern wieder, die für einen traditionellen und konservativen Katholizismus stehen. Beide Titel gehören dieser Richtung an, auch wenn sie sich wesentlich voneinander unterscheiden.

Auf der Landkarte würde man auch die Farbe des „Tygodnik Powszechny“ („Allgemeine Wochenzeitung“) erkennen können, eines Blatts der katholischen Intelligenz, das der Strömung eines offenen Katholizismus verbunden ist, aber auch von der Kirche fern stehenden Lesern gelesen wird, ja sogar von Personen, die überhaupt nicht gläubig sind; auch den „Przewodnik katolicki“ („Katholischer Führer“) und einige Monatsblätter würde man auf der Karte finden.

Blätter mit großer Reichweite

Die beiden größten Titel bekämpfen sich zwar einander nicht, stehen jedoch informell in Konkurrenz zueinander (zum Beispiel sucht man in den Kiosken und Pfarreien von Kattowitz/Katowice, wo sich die Redaktion des „Gość“ befindet, vergeblich nach Exemplaren von „Niedziela“; genau andersherum ist es in Tschenstochau/Częstochowa, wo „Niedziela“ erscheint).

Die Autoren sind Redakteure der in Krakau erscheinenden Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“.

Der „*Gość Niedzielny*“ ist eine der meistverkauften meinungsbildenden Wochenzeitungen in Polen; in der letzten Zeit liegt er daher nicht nur in der Reihenfolge der katholischen Blätter vorn. Nach Daten des Verbands zur Kontrolle des Pressevertriebs erreichten die Verkaufszahlen des Blatts im Dezember 2009 153.920 Exemplare. Damit ließ es bedeutende weltliche Titel wie „*Polityka*“ (151.370 Exemplare), „*Newsweek Polska*“ (105.567 Exemplare) und „*Wprost*“ (88.882 Exemplare) hinter sich. Der „*Gość*“ besteht seit 1923. Die Wochenzeitung wird in Kiosken und in den Zeitungsabteilungen der Buchhandelskette „*Empik*“ verkauft, doch ihr Verkaufsvorteil ist die Verbreitung über die Pfarreien. Die Zeitung erreicht fast 7.000 polnische Pfarreien (von insgesamt 11.000). Sie besitzt 19 Ableger in den einzelnen Diözesen und eine eigene Fotoagentur, außerdem betreibt sie ein eigenes Internetportal mit dem Namen *wiara.pl*. Offizieller Herausgeber des „*Gość*“ ist zwar das Erzbistum Krakau/Kraków, doch ist auch die Gruppe „*eM Media*“ – der Eigentümer des erzbischöflichen Radiosenders „*Radio eM*“ – finanziell beteiligt. Die Zeitung enthält nur selten eine Kritik an der Kirchenpolitik; sie versteht sich vielmehr als Sprecher der Kirche und wirbt für eine traditionelle konservative Religiosität, die sich auf die polnischen nationalen Traditionen stützt. An der Debatte über den Schutz des ungeborenen Lebens beteiligt sie sich energisch und zeigt für konservative Gruppen in der polnischen Kirche, aber auch für neue katholische Bewegungen Sympathien. Die Autoren des „*Gość*“ polemisieren häufig gegen liberale Publizisten, und zwar sowohl gegen katholische (zum Beispiel des „*Tygodnik Powszechny*“) als auch gegen eher säkulare (so von der „*Gazeta Wyborcza*“). Die Linie der Zeitung entspricht den unter den polnischen Bischöfen vorherrschenden Meinungen. In politischer Hinsicht sympathisiert die Zeitung mit dem politisch rechten Lager.

Die Wochenzeitung „*Niedziela*“ erscheint in einer Auflage von 250.000 Exemplaren. Die Verkaufsauflage ist nicht bekannt, da die Zeitung keine entsprechenden Daten bekannt gibt. Man erhält sie nicht nur an Kiosken, sondern – ebenso wie den „*Gość*“ – auch in den meisten Pfarreien. Sie wird zudem von Auslandspolen auf der ganzen Welt gelesen. Ihr Herausgeber ist das Erzbistum Tschenstochau, als Chefredakteur amtiert Ireneusz Skubiś, der in der polnischen Medienszene für seine sehr konservativen Ansichten bekannt ist. Die erste Nummer der Zeitung erschien 1926. „*Niedziela*“ ist der euroskeptischen Richtung zuzuordnen, worin sie der Tageszeitung „*Nasz Dziennik*“ (die weiter unten behandelt wird) und dem so genannten „kämpferischen Katholi-

zismus“ näher steht als der in dieser Hinsicht gemäßigte „Gość Niedzielny“. Die Zeitung verbirgt ihre politischen Ansichten nicht, wenn sie zum Beispiel deutlich und bisweilen entschlossen die Politik der gegenwärtigen, von der Bürgerplattform dominierten Regierung kritisiert. Die Wochenzeitung wird von den meisten polnischen Bischöfen unterstützt (die auch regelmäßig für sie schreiben). In ihrer Internetausgabe erscheint die Zeitung auch auf Italienisch, Russisch und Englisch.

Der „Tygodnik Powszechny“ trägt den Untertitel „Katholisches sozialkulturelles Blatt“ und wurde 1945 vom Krakauer Erzbischof Kardinal Adam Sapieha gegründet, der eine von der Kir-

chenspitze unabhängige Zeitung schaffen wollte. Chefredakteur war zunächst Jerzy Turowicz, seit 1999 ist es Adam Boniecki. 2009 betrug die durchschnittliche Verkaufsauslage 22.160 Exemplare (im Dezember 2009 22.886). Herausgegeben wurde die Zeitung anfangs vom Erzbistum Krakau, anschließend vom Verlag „Znak“ und gegenwärtig von der Tygodnik Powszechny GmbH. Bis November 2007 erschien die Zeitung in einem für sie typischen Großformat, dann wurde das Format auf ein kleineres umgestellt, das aber immer noch ein Zeitungsformat ist. Außerdem wurde das Layout modernisiert und eine strikte Einteilung in verschiedene Abteilungen eingeführt (Religion, Inland, Ausland, Wissenschaft und Kultur). Der „Tygodnik“ wurde von so genannten „offenen Katholiken“ gegründet und geleitet, die die Reformen des Zweiten Vatikanischen Konzils begeistert begrüßten und ihre raschere Einführung in Polen forderten. In der kommunistischen Zeit war der „TP“ eine der meistgelesenen Zeitungen des Landes und die einzige, die die Ereignisse des Zweiten Vatikanischen Konzils kommentierte. Im „Tygodnik“ publizierten stets herausragende Intellektuelle wie der spätere Papst Karol Wojtyła, Paweł Jasienica, Antoni Gołubiew, Stefan Kisielewski, Leszek Kołakowski oder Waław Hryniewicz. Die Zeitung stellt mutige Fragen (so über das Priesteramt für Frauen) und behandelt Thesen, die gelegentlich der offiziellen Kirchenlehre zu widersprechen scheinen, weshalb sie von den Kircheninstanzen immer wieder kritisiert wird. Der „Tygodnik“ beteiligt sich an den wichtigsten weltanschaulichen, politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und besitzt auch einen großen Kulturteil. Unter den polnischen katholischen Wochenblättern richtet sich der „TP“ an die anspruchsvolleren Leser und scheut

In der kommunistischen Zeit war der „Tygodnik Powszechny“ eine der meistgelesenen Zeitungen des Landes.

auch längere Beiträge nicht. Die Redaktion betreibt darüber hinaus ein großes Internetportal.

Der „*Przewodnik Katolicki*“, eine der ältesten gesellschaftlich-religiösen Wochenzeitungen, erscheint seit 116 Jahren. Seine durchschnittliche Auflage beträgt 32.086 Exemplare, von denen 28.185 verkauft werden. Die Redaktion befindet sich in Posen/Poznań, Verleger ist die dem Erzbistum gehörende Druckerei und Buchhandlung Św. Wojciech in Posen. Der Herausgeber gehört zu den führenden religiösen Verlagen. Die erste Nummer der Zeitung erschien 1895. Die Zeitung sollte „den Glauben an Gott erwecken und festigen, über das Kirchenleben informieren und die polnischen Traditionen unter den Teilungsmächten aufrecht erhalten“. Sie setzte sich für den Kampf um die polnische Sprache im Bildungswesen und in den Behörden ein. Heute richtet sich der „Przewodnik“ vor allem an Familien. Viel Platz widmet er der Weltkirche, neuen religiösen Bewegungen und der Ökumene; als einzige Zeitung im Land besitzt er eine ständige Rubrik über die ökumenische Gemeinschaft von Taizé. Er spricht auch soziale und kulturelle Probleme an. Der „Przewodnik“ hat eine umfangreiche Internetpräsenz. Er wird über Kioske und die Ladenkette „Empik“ vertrieben. Zusätzlich erscheint ein „Mały Przewodnik Katolicki“ (Kleiner katholischer Führer), ein farbiges Magazin für Kinder.

Die Wochenzeitschrift „*Idziemy*“ (Wir gehen) ist noch jung und entstand 2005 mit Einverständnis des Bischofs von Warschau-Praga, Sławoj L. Głódź. Sie bemüht sich darum, ein modernes Meinungsblatt zu sein; ihre Redaktion folgt der Lehre Johannes Pauls II. (ihr Name geht auf das Buch des Papstes „Auf, lasst uns gehen“ von 2004 zurück). Die Zeitschrift strebt eine ganzheitliche Vision des Menschen und der Welt ohne Trennung in Heiliges und Profanes an. Ihre Autoren interessieren sich für Fragen des Glaubens, für Politik, Kultur und gesellschaftliches Leben. Die veröffentlichten Texte sind bündig und in einer einfachen Sprache geschrieben. Zielgruppe sind vor allem junge und im Berufsleben stehende Katholiken, die in akademischen Gemeinden, katholischen Bewegungen und Vereinen groß geworden sind. Erwerben kann man die vom Bistum Warschau-Praga herausgegebene und von Henryk Zieliński redigierte Zeitschrift im Zeitschriftenhandel, die Auflage erreicht bis zu 17.000 Exemplare.

In dem den Jesuiten gehörenden Verlag WAM erscheint die Monatschrift „*Postaniec*“, die in ihrer Form modern daherkommt und vor allem Themen eines weit verstandenen Geisteslebens aufgreift. So werden die

Leser zum Beispiel mit der Vorstellungswelt des Ignatius von Loyola vertraut gemacht. Chefredakteur ist Leszek Gęsiak SJ. Die Zeitschrift setzt den „Poślaniec Serca Jezusowego“ (Herz-Jesu-Sendbote) fort, der seit 1872 existierte.

Tageszeitungen

In Polen erscheint eine katholische Tageszeitung mit Namen „*Nasz Dziennik*“ (Unsere Tageszeitung) – eine landesweite Zeitung mit national-katholischem Profil, die in Warschau von der Spes GmbH herausgegeben wird. Sie gehört zum Medienimperium von Pater Tadeusz Rydzyk, dessen wichtigster Bestandteil die Rundfunkstation „Radio Maryja“ ist. Chefredakteurin von „*Nasz Dziennik*“ ist Ewa Sołowiej. Die Redaktion veröffentlicht keine Verkaufszahlen; die Verkaufsauflage dürfte bei rund 100.000 Exemplaren liegen. Der Inhalt der Zeitung liegt genau auf der Linie von „Radio Maryja“ – sie ist dem freien Markt, dem Kapitalismus, dem Liberalismus, der Europäischen Union und dem ökumenischen Dialog gegenüber misstrauisch. Häufig vertritt sie Meinungen, die nicht mit der Konzilslehre übereinstimmen, und veröffentlicht gelegentlich sogar antisemitische Parolen. Den Katholizismus der zum Imperium von Pater Rydzyk gehörenden Medien kann man als „Religiosität der belagerten Festung“ bezeichnen.

Monatszeitschriften

Unter den Monatszeitschriften sind die bedeutendsten „*Znak*“, „*Więź*“, „*W Drodze*“ und „*Frona*“.

Diejenigen katholischen Intellektuellenkreise, die sich stark an den Ergebnissen des Konzils orientierten und sich zum Personalismus, der Lehre Johannes Pauls II. und zur Philo-

sophie Józef Tischners bekennen, gehören zum Umfeld der Monatszeitschrift „*Znak*“ (Das Zeichen), die nicht zuletzt von Personen gegründet wurden,

die dem „*Tygodnik Powszechny*“ nahe stehen. Sie erscheint seit 1946 und hat heute eine Auflage von 2.700 Exemplaren. Chefredakteur ist Michał Bardel, herausgegeben wird die Zeitschrift vom Gemeinnützigen Verlagsinstitut Społeczny Instytut Wydawniczy „*Znak*“. Die Autoren des „*Znak*“ beteiligen sich an landesweiten Debatten über Politik, gesell-

„Znak“ und „Więź“ wenden sich besonders an intellektuelle Leserschichten.

schaftliche Fragen, Theologie, Geschichte und die aktuellen Ereignisse in der Kirche. Sie wollen dafür sorgen, dass sich das religiöse Leben unter der Intelligenz vertieft. In einer im Jahre 2000 von Paweł Śpiewak zusammengestellten umfangreichen Sammlung von Presstexten mit dem Titel „Spór o Polskę“ (Streit um Polen) stammten nicht weniger als 22 Texte aus „Znak“, was der Zeitschrift (neben „Tygodnik Powszechny“ und „Gazeta Wyborcza“) einen Spitzenplatz bei der politisch-gesellschaftlichen sowie religiös-philosophischen Debatte einräumt. Seit den neunziger Jahren erscheint „Znak“ in Form von Themenheften.

Die Monatszeitschrift „Więź“ (Das Band) erscheint seit 1958. Gegründet wurde sie von katholischen Laien, deren Ziel es war, den polnischen Katholizismus intellektuell zu beleben und ihn für die zeitgenössische Kultur zu öffnen. Ihren Ideen nach ist sie mit „Znak“ und „Tygodnik Powszechny“ verwandt. Herausgegeben wird sie vom Verein „Więź“, die Auflage beträgt rund 3.000 Exemplare. In der kommunistischen Zeit war „Więź“ an der Entstehung der demokratischen Opposition beteiligt und arbeitete mit Kardinalprimas Stefan Wyszyński zusammen. Erster Chefredakteur war der spätere Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki, heute ist es Zbigniew Nosowski. Die Zeitschrift möchte den „modernen, kritischen, gleichzeitig aber auch den orthodoxen“ Katholizismus mitgestalten, betont den ökumenischen Dialog, aber auch den Dialog innerhalb der polnischen Gesellschaft und zwischen den Völkern. Die jüngste Initiative der Redaktion ist das „Laboratorium Więzi – Instytut Analiz Społecznych i Dialogu“ (Laboratorium von Więź – Institut für gesellschaftliche Analysen und Dialog), ein christlicher Think Tank. Die Monatszeitschrift arbeitet mit dem Verlag „Więź“ zusammen, der Bücher aus den Gebieten Religion, Kultur, gesellschaftliche Fragen und Zeitgeschichte veröffentlicht.

Die Monatszeitschrift „*W drodze*“ (Unterwegs) wird von den polnischen Dominikanern herausgegeben. Sie spricht theologische Themen an, greift Fragen des Geisteslebens, der Ökumene und der Gesellschaft auf. Die durchschnittliche Auflage beträgt nicht mehr als 2.500 Exemplare. Chefredakteur ist Paweł Kozacki. Die Zeitschrift neigt gelegentlich zu provokativen Beiträgen; so hat sie während der letzten Taizé-Treffen Artikel veröffentlicht, die der Taizé-Bewegung gegenüber sehr kritisch eingestellt waren.

„*Fronda*“ (Die Fronde) ist eine Vierteljahresschrift, die von jungen konservativen Katholiken geleitet wird; gegründet wurde sie 1994 von Rafał Smoczyński und Grzegorz Górny, der heute als Chefredakteur

amtiert. Herausgegeben wird die Zeitschrift von der Gesellschaft „Fron-da PL“, die Auflage liegt bei rund 5.000 Exemplaren. „Fronda“ greift wichtige weltanschauliche Probleme auf, wobei sie oft eine gegenkultu-relle Ästhetik verwendet, Marketinginstrumente aufgreift (wie etwa Außenreklame) oder bestimmte Formen von Happenings, um zum Bei-spiel dazu aufzurufen, einen Rosenkranz zu beten, den Heiligenkult oder die Reinheit vor der Ehe zu propagieren. Die Redaktion möchte den Konservatismus unter der jungen Generation zur Mode machen. Sie be-zieht sich oft auf Themen aus dem Grenzgebiet von Kultur und Religion und ist für ihre provozierenden, gelegentlich aggressiven Zeitschriften-umschläge bekannt. Der Verlag veröffentlicht in der „Fronda“-Biblio-thek Bücher vor allem zur Theologie und christlichen Philosophie.

„*Christianitas*“ erscheint seit 1999, herausgegeben von der Fundacja Św. Benedykta (St. Benedikt-Stiftung), bis 2006 vierteljährlich, seither alle zwei Monate. Die Zeitschrift ist das Organ der kirchlichen Traditio-nalisten, engagiert sich hauptsächlich im Kampf um die Wiederzulassung der tridentinischen Messe und kritisiert die vom Zweiten Vatikanischen Konzil reformierte Liturgie. Sie enthält auch Texte zu politischen und gesellschaftlichen Themen, die in ihrer Aussage konservativ und poli-tisch rechts sind. Chefredakteur war bis 2009 der Gründer, Paweł Milca-rek; heute wird „*Christianitas*“ von Piotr Kaznowski geleitet.

Die Monatszeitschrift „*List*“ (Der Brief) erscheint seit 25 Jahren in Krakau/Kraków, wo sie von der Stowarzyszenie Ewangelizacji (Evan-gelisierungsverein) von „Media LIST“ herausgegeben wird. Chefredak-teurin ist Elżbieta Konderak. „*List*“ kann man in den Pfarreien und in der Buchhandelskette „Empik“ kaufen; die Auflage liegt bei ca. 20.000 Exemplaren. Die Zeitschrift veröffentlicht Texte zum geistlichen Leben, zur Gottessuche im Alltag, zu Liturgie und Gebet. 2009 entstand die Monatsschrift „*Biblia – krok po kroku*“ (Die Bibel – Schritt um Schritt), die mit „*List*“ eng zusammenhängt.

Blätter mit geringer Reichweite

Seit 18 Jahren erscheint die Wochenschrift katholischer Familien „*Źródło*“ (Die Quelle), herausgegeben von der Stiftung gleichen Na-mens. Das Magazin konzentriert sich auf christliche Probleme und auf Fragen der patriotischen Erziehung in der Familie. Es enthält auch in- und ausländische kirchliche Nachrichten, politisch-gesellschaftliche so-

wie historische Texte. Das Blatt vertritt eine „Radio Maryja“ naheste-hende Strömung.

Der „*Rycerz Niepokalanej*“ (Ritter der Unbefleckten) ist eine maria-nische Monatsschrift. Sie wurde von Pater Maximilian Maria Kolbe gegründet und erscheint seit 1922. Nach der Seligsprechung Kolbes 1971 begannen die polnischen Franziskaner in Santa Severa bei Rom mit der Herausgabe des „Rycerz“ für die im Ausland lebenden Polen. Seit 1981 kommt er in Niepokolanów heraus.

Interessant ist die polnische Ausgabe des „*L'Osservatore Romano*“.

Unübersehbar ist die Fülle kleinerer religiös orientierter Blätter.

Die Monatszeitschrift wird hauptsächlich über die Pfarreien vertrieben und ist bei ihren Lesern nicht besonders beliebt. Auf die ins Polnische übersetzten Kommentare und Texte der italienischen Ausgabe der vatikanischen Tageszeitung (u. a. päpstliche Dokumente und Reden)

nimmt jedoch die meinungsbildende Presse häufig Bezug. Erster Chefredakteur der polnischen Version war Adam Boniecki. „L'Osservatore“ spielte im Kommunismus eine wichtige Rolle, als die verlegerischen Möglichkeiten der Kirche in Polen beschränkt waren. Die Auflage liegt bei mehr als 40.000 Exemplaren. Das Amt des Chefredakteurs bekleidet Czesław Drażek, den Druck besorgt die Vatikanische Druckerei.

„*Miejsca Święte*“ (Heilige Stätten) ist eine Monatsschrift der Pilgerbe-wegung sowie der heiligen Stätten Polens und der Welt. Sie wurde 1997 von der Warschauer Provinz der Pallottiner gegründet. „*Różaniec*“ (Der Rosenkranz) setzt die Monatsschrift „*Kółko Różańcowe*“ (Rosenkranz-kreis) fort, deren erste Ausgabe 1909 erschien. Für sie zeichnet der Verlag der Loretanerinnen in Warschau verantwortlich.

* * *

Das Netz der katholischen Periodika in Polen ist dicht – neben den behandelten wichtigsten Titeln gibt es noch zahlreiche weitere Blätter katholischer Bewegungen und Gemeinschaften, auch besitzt fast jede Pfarrgemeinde ihr eigenes Mitteilungsblatt. In der öffentlichen Debatte zählen jedoch eigentlich nur die Stimmen von „*Gość Niedzielny*“, „*Tygodnik Powszechny*“, „*Znak*“, „*Więź*“ und „*Frona*“, die oft von der weltlichen Presse zitiert werden und in denen Autoren der weltlichen Presse selbst oft publizieren.

Aus dem Polnischen übersetzt von Zenona Choderny-Loew.

Medien in Bosnien und Herzegowina – Motor oder Blockade der Demokratisierung?

Kein Zweifel: Die Arbeitsbedingungen für die Medien in Bosnien und Herzegowina sind sehr dynamisch. Die Medienlandschaft hat sich in dieser Region Europas in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert. Wichtigster Wendepunkt war der Zerfall Jugoslawiens und die Unabhängigkeitserklärung Bosnien und Herzegowinas. Neue Printmedien wurden gegründet, eine neue Generation nonkonformistischer Journalisten ist herangewachsen.

Medien unter Kriegsbedingungen

Im ehemaligen Jugoslawien war die Medienlandschaft überschaubar (einige staatliche Zeitungen, ein TV-System und einige Radiostationen) – 1991 hingegen wurde eine große Anzahl an Medien registriert: 377 Zeitungen und Zeitschriften, 54 lokale Radiostationen, 4 TV-Sender, eine Nachrichtenagentur und ein öffentlich-rechtliches Fernsehnetzwerk mit drei Sendern. Somit bestand eine solide Basis für die Medienentwicklung im unabhängigen Bosnien und Herzegowina. Der Krieg zwischen 1992 und 1995 hat jedoch fast die gesamte Medieninfrastruktur zerstört. Die Mehrheit der Zeitschriften, Rundfunk- und TV-Stationen entwickelte sich zu Propagandamedien der drei Kriegsfronten; dies gilt besonders für die von der Serbischen Demokratischen Partei (Srpska demokratska stranka), der führenden serbischen Kriegspartei, kontrollierten Medien. Ähnlich, wenn auch vielleicht nicht ganz so aggressiv,

Zwischen 1992 und 1995 zerstörte der Krieg fast die gesamte Medieninfrastruktur.

Damir Banović ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität in Sarajevo. Saša Gavrić arbeitet im Goethe-Institut in Sarajevo und leitet die Nichtregierungsorganisation Sarajevo Open Centre.

agierten die Medien in den Gebieten, die den bosnischen Kroaten und Bosniaken (muslimischen Bosniern) unterstanden. Erst mit dem Friedensabkommen von Dayton (1995) konnten sich, wie weiter unten dargestellt wird, unabhängige Medienhäuser entwickeln.

Der Zerfall Jugoslawiens Anfang der neunziger Jahre ist leider ein markantes Beispiel dafür, wie Medien verfängliche politische Ideen wie Nationalismus und Chauvinismus fördern, anstatt Motor des demokratischen Wandels zu sein. Nach Ansicht vieler Analytiker bildet das kriegserische Engagement des Journalisten Risto Đogo das beste Beispiel für hasserfüllte Sprache im Krieg in Bosnien und Herzegowina, denn er hat für die Bedürfnisse einer nationalistischen Partei (der Serbischen Demokratischen Partei) eine spezifische Art von Berichterstattung entwickelt. Dabei handelte es sich um eine rein auf Propaganda reduzierte Berichterstattung, die gänzlich im Dienste des Regimes von Radovan Karadžić (2008 verhaftet und inzwischen vor dem Internationalen Gerichtshof für Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien angeklagt) stand. Nach dem Massaker am 5. Februar 1994 auf dem Markt „Markale“ in Sarajevo, bei dem eine Granate aus serbischer Stellung 66 Menschen tötete und 200 verletzte, inszenierte Risto Đogo im Fernsehstudio von Srpska Radio Televizija (Sender der bosnischen Serben) eine regelrechte „Verbrecherperformance“ an Wahrheitsverdrehung. Den traurigen Anblick der zerfetzten Körper, der die Welt geschockt hat, deutete der Reporter nämlich folgendermaßen: Die Muslime hätten sich selbst bombardiert, um den Serben die Schuld in die Schuhe zu schieben. Am nächsten Abend meldete er, die Behörden Sarajevos hätten Schaufensterpuppen auf den Markt gebracht, um die eigene Schreckenstat zu verheimlichen. Ein derartiges journalistisches Ausschlachten einer Tragödie, die Verletzung der Würde der Opfer, die Verbreitung unwahrer Informationen wie auch die Instrumentalisierung des Journalistenberufs hat es kaum jemals in einem solchen Ausmaß gegeben. Risto Đogo wurde gegen Ende des Krieges unter mysteriösen Bedingungen ermordet, sodass man ihn leider nicht vor Gericht stellen konnte.

Medien und Demokratisierung: Struktur und Rahmenbedingungen

Wie man am Beispiel Risto Đogos sehen kann, hat die Medienlandschaft Bosnien und Herzegowinas im Krieg stark gelitten. Unter dem festen Griff der Nationalisten schien 1995 zunächst pluralistische und unab-

hängige Berichterstattung unmöglich. Die wenigen objektiven und multiethnischen Printmedien wie „Oslobodjenje“ und „Nezavisne novine“ litten unter finanziellen Beschränkungen. Auch schürten viele Journalisten mit intoleranter Sprache und verzerrter Darstellung weiterhin den Hass zwischen den Volksgruppen. Somit war es hier die internationale Gemeinschaft, die bis heute die wesentlichen Fortschritte und Reformen einleitete. Zunächst übernahm die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) die Initiative zum Wiederaufbau der Medien, um eine freie und angemessene Berichterstattung im Lande gewährleisten zu können. Angesichts der offenen Obstruktion seitens der nationalistischen Parteien und dem geringen Erfolg der OSZE beschloss der Friedensimplementierungsrat (Peace Implementation Council) 1997 ein härteres Vorgehen im Kampf für freie Medien; diese Aufgabe wurde dem Hohen Repräsentanten (High Representative)¹ übertragen, 1998 die Unabhängige Medienkommission (Independent Media Commission) als oberste Instanz über Frequenzen und Lizenzen eingesetzt. Die internationale Gemeinschaft versuchte zudem, mit dem Aufbau eigener Rundfunkanstalten – „Radio FERN“ (Free Election Radio Network) sowie die TV-Sender „OBN“ (Open Broadcast Network) und das TV-Netzwerk „Mreža Plus“ – Pluralismus und professionellen Journalismus in ganz Bosnien und Herzegowina zu stärken, doch wurden diese von der Bevölkerung kaum rezipiert. Die Medienlandschaft Bosniens und Herzegowinas ist daher sowohl im Printbereich als auch bei den elektronischen Medien weitestgehend ethnisch und territorial getrennt. Weitaus erfolgreicher konnte die internationale Gemeinschaft die gesetzlichen Grundlagen reformieren, sodass das Land einen umfangreichen Schutz für freie Medienarbeit bietet. Bosnien und Herzegowina nahm in dieser Hinsicht nach einer Studie von „Reporter ohne Grenzen“ 2006 immerhin mit Platz 19 den zweiten Rang hinter Slowenien im Kreis der Staaten

Durch Mitwirkung der internationalen Gemeinschaft wurden die Grundlagen für eine freie Medienarbeit gelegt.

¹ Der Hohe Repräsentant bezeichnet ein politisches Amt, das durch das Daytoner Friedensabkommen mit dem Ziel der Kontrolle der Friedensimplementierung geschaffen wurde. Der Hohe Repräsentant steht über allen bosnischen Institutionen, kann Gesetze verabschieden und sogar Amtsträger absetzen. Seit 2006 versucht die Internationale Gemeinschaft zwar, das Amt abzuschaffen, doch befindet sich das Land seit den letzten allgemeinen Wahlen (2006) in einer Dauerkrise, weshalb das Amt weiter besetzt wird. Aktueller Amtsinhaber ist der Österreicher Valentin Inzko.

des ehemaligen Jugoslawien ein und landete noch vor Deutschland (Platz 23).

Grundsätzlich liegt die Kompetenz zur Regelung von Medienfragen bei den Entitäten.² Die *Föderation Bosnien und Herzegowina*, eine der zwei Entitäten, hat diese sogar noch weiter dezentralisiert und an die Kantone delegiert. Einschließlich der Gesamtstaatsebene und dem Distrikt Brčko existieren 14 unterschiedliche Regulierungsinstanzen. Die Presse- und Meinungsfreiheit ist verfassungsrechtlich gesichert und wird im Großen und Ganzen auch respektiert. Restriktionen ergeben sich derzeit vor allem auf informellem Weg über politischen Druck und haben etwa in der *Republika Srpska* in den letzten Jahren zu gefährlichen Einschränkungen der freien Medienarbeit geführt.

Die *Printmedien* zeichnen sich durch große Vielfalt aus. Es existieren acht größere Tageszeitungen („Oslobodenje“, „Dnevni Avaz“, „Glas Srpske“, „Nezavisne novine“, „SAN“, „Tuzlanski list“ und „Dnevni List“) und etwa 40 Wochen- oder Monatszeitschriften (u. a. „BH Dani“, „Slobodna Bosna“, „Hercegovačke novine“). Ein großer Teil dieser Presseerzeugnisse stammt allerdings aus den Nachbarstaaten. Die dort ansässigen Verlagshäuser geben teilweise gesonderte Ausgaben für die *Föderation Bosnien und Herzegowina* bzw. die *Republika Srpska* heraus. Nach „Dnevni avaz“ liegt die aus Serbien stammende Tageszeitung „Blic“ auf dem zweiten Platz der Auflagenstärke. Seit 2001 arbeitet ein Presserat als Selbstregulierungsinstrument der Printmedien zur Überwachung des Pressekodex. Als Diskussionsforum besitzt der Presserat jedoch keine rechtlichen Kompetenzen zur Durchsetzung seiner Entscheidungen, sodass seine Effektivität letztlich sehr begrenzt bleibt.

Der Sektor der *elektronischen Medien* ist trotz starker Konzentrationsprozesse in den letzten Jahren noch immer stark zersplittert. Die Ursache hierfür lag in der ziel- und strategielos ins Land strömenden internationalen Hilfe nach dem Krieg, die zu einem inflationären Anstieg an kleinen Rundfunkstationen geführt hatte (1996: ca. 400 Stationen – eine Station auf 17.000 Einwohner; 1998 immer noch 281 Stationen).

² Bosnien und Herzegowina wurde in dem Daytoner Friedensabkommen in zwei Entitäten (*entiteti*) gegliedert, die in etwa Bundesländern entsprechen: die *Republika Srpska* und die *Föderation Bosnien und Herzegowina*. Bosnien und Herzegowina ist außerdem in zehn territoriale Einheiten (Kantone) mit eigenen Parlamenten, Regierungen und Gerichten aufgeteilt. Daneben gibt es noch den Distrikt Brčko, sodass in Bosnien und Herzegowina zusammen mit der Gesamtstaatsebene 14 Parlamente und Regierungen bestehen.

Heute sind 185 elektronische Medien lizenziert, darunter 47 TV-Stationen. Zwei Drittel dieser Medien sind in privaten Händen. Die internationale Gemeinschaft etablierte ein gemeinsames öffentlich-rechtliches *Rundfunksystem* (Public Broadcasting System of Bosnia and Herzegovina, PBS BiH), das aus drei Radio- und drei TV-Kanälen auf Staats- und Entitätsebene besteht und sich über Gebühren, öffentliche Haushaltsmittel und Werbeeinnahmen finanziert. BHRT (Bosansko-hercegovačka radio televizija) sendet landesweit, während RTVFBiH (Radio-televizija Federacije Bosne i Hercegovine) in der *Föderation* und RTRS (Radio-televizija Republike Srpske) in der *Republika Srpska* auf Entitätsebene sendet. Keine der Rundfunkanstalten erreicht vollständig das Land, aber jede der drei Stationen und einige private Sender, etwa „OBN“, „Pink BiH“, „Hayat“, „BN“ und „ATV“, erreichen über 70 Prozent der Bevölkerung. Nur das staatliche BHRT erreicht eine territoriale Abdeckung von 93 Prozent. Wie im Bereich der Printmedien, so konkurrieren auch im Fernsehsystem Medien der Nachbarstaaten mit den einheimischen; insbesondere die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender aus Kroatien (HRT) und Serbien (RTS) haben hohe Einschaltquoten in Bosnien und Herzegowina. Bis auf das Fernsehhaus „Pink BiH“, das von einem Medienunternehmen aus Serbien gegründet wurde, befindet sich kein Medienhaus in ausländischem Besitz. Das gleiche gilt auch für die Printmedien.

Die Behörde zur Regulierung der Kommunikation, die auf Staatsebene eingerichtet worden ist, übernimmt seit 2004 die Vergabe von Frequenzen und Überwachung der elektronischen Medien. Sie kann im Falle von Verstößen und Beschwerden Warnungen und Sanktionen aussprechen, die von Geldstrafen bis zur Schließung einer Station reichen. Diese Behörde arbeitet tatsächlich unabhängig und professionell, obgleich sie personell und finanziell nicht angemessen ausgestattet ist. Seit 2007 betreiben einige bosnisch-serbische Parteien eine intensive Kampagne gegen die Agentur. Für großes Aufsehen hat im Februar 2010 der Versuch des serbischen Regierungsvorsitzenden der Staatsregierung gesorgt, der darauf zielte, die bisher gesetzlich und administrativ unabhängige Agentur in die gängige Regierungsbehördenstruktur zu integrieren, womit jede Form von Unabhängigkeit zerstört werden würde.

Eine 2004 eingerichtete Regulierungsbehörde übernimmt die Vergabe von Frequenzen und die Überwachung der elektronischen Medien.

Noch ein langer Weg zur wirklichen Medienfreiheit

Von 1996 bis 2006 kann man von einer konstanten positiven Medienentwicklung in Bosnien und Herzegowina sprechen. Seither sind jedoch einige Fehlentwicklungen zu vermerken. In der *Republika Srpska* kam es zu einer Monopolisierung der Printmedienlandschaft, da die bis dahin unabhängige „Nezavisne novine“ die staatliche Tageszeitung „Glas Srpska“ aufgekauft hat. Die Einparteienherrschaft des „Bundes der Unabhängigen Sozialdemokraten“ (SNSD) hat zu einer ziemlich monotonen Medienlandschaft geführt. Kritische Journalisten wurden aus den eigenen Reihen heraus „gesäubert“ und u. a. durch finanziellen Druck zur Selbstzensur gezwungen. 2009 hat die Regierung mit Zuschüssen in Höhe von 2,5 Millionen Euro regierungstreue Medien „belohnt“. Mit diesem Schachzug hat sich die SNSD viel Raum in der Berichterstattung im Wahljahr 2010 gekauft. In der *Föderation Bosnien und Herzegowina* ist die Situation allerdings nicht unbedingt besser. So führt Fahrudin Radončić, der Besitzer des Sarajevoer Medienunternehmens „a-roto-press“, seit der Gründung seiner eigenen Partei (Ende 2009) eine intensive chauvinistische Kampagne gegen die wichtigsten bosniakischen Politiker, die bis vor einigen Monaten noch seine Gefährten waren. Aufsehen erregt auch der Fall des Redakteurs des Magazins „60 minuta“ (60 Minuten), Bakir Hadžiomerović, der seit fast zwei Jahren unter Polizeischutz lebt. Mit Berichten über Kriegsverbrechen, organisierte Kriminalität und Verbindungen bosnischer Organisationen zu terroristischen Kreisen hat er sich viele Feinde in Politik, Wirtschaft und selbst innerhalb der Religionsgemeinschaften gemacht.

Trotz aller Anstrengungen bietet Bosnien und Herzegowina noch immer kein gutes Pflaster für eine demokratischen Ansprüchen genügende journalistische Arbeit. Die hohen Summen, die nach dem Krieg ins Land strömten, förderten eine Geldnehmer-Mentalität und untergruben die langsame Entwicklung eines Medienmarktes. Auch mangelt es nach wie vor an professionellem Journalismus trotz einiger entsprechender Studiengänge. Erschwerend für die Ausbildung einer differenzierten und funktionierenden Medienlandschaft kommt der starke Einfluss der Medien der beiden Nachbarländer Kroatien und Serbien hinzu, die auch heute noch zum Teil höhere Auflagenzahlen bzw. Einschaltquoten besitzen als die einheimische Presse und zudem meist von besserer Qualität sind.

Die Freiheit und ihr Preis

Die Medien in Rumänien nach 1989

I.

Es gehört zu den banalen Feststellungen, dass die Meinungs- und Pressefreiheit die wichtigsten fördernden Merkmale einer Demokratie sind. Folgerichtig ist die Diktatur in erster Linie durch das Fehlen eines freien öffentlichen Raums und einer unabhängigen Presse gekennzeichnet. Das soll uns nicht wundern, da der politische Totalitarismus, in welcher Form und mit welcher ideologischen Grundlage auch immer, die Umsetzung einer Weltanschauung bedeutet, die so tief von ihrer eigenen Vollkommenheit überzeugt ist, dass sie keine Alternativen braucht und solche auch nicht duldet. Meinungsvielfalt verkörpert für diese Art, die Gesellschaft zu sehen und sie zu gestalten, schlichtweg die potenzielle, ja sogar subversive Verneinung der herrschenden politischen Orthodoxie, also eine Häresie, die es zu bekämpfen gilt. Die Stärke einer Diktatur besteht letztendlich in ihrer Fähigkeit, Pluralität unwirksam bzw. gar nicht erst möglich zu machen.

Von diesem Standpunkt aus lassen sich die Maßnahmen gegen die unmittelbaren politischen Opponenten, aber auch gegen alle Andersdenkenden erklären. Das Bücherverbot, die konsequente Zensur oder die zügellose Propaganda – all dies waren im kommunistischen System systematisch eingesetzte Methoden, die Alleinherrschaft der Partei auf dem Papier, auf den Bildschirmen und auf den Bühnen zu sichern. Die Allgegenwärtigkeit der kommunistischen Ideologie sollte nicht nur behauptet, sondern auch realisiert werden. Obwohl die Kommunisten zugaben, dass auch andere Klassen die Gesellschaft ausmachten, beanspruchte doch das Proletariat den gesamten öffentlichen Raum für sich. Anders gesagt, die militärische und geheimpolizeiliche Macht alleine war

Der Autor ist Professor für Theologie und Ethik an der Fakultät für Orthodoxe Theologie der Universität Cluj-Napoca/Klausenburg.

nicht genug, um das System zu schützen und sein ewiges Fortwähren glaubhaft zu inszenieren, sondern sie wurde ergänzt durch die Macht der Bilder und Worte. Deswegen waren die häufigsten und wirksamsten Formen des Widerstandes die Lektüre und die Verbreitung von Literatur, die nicht auf der ideologischen Linie lag, das Hören von Sendern wie *Radio Free Europe*, einem US-Sender aus München, oder westlicher Musik. Das inzwischen in Vergessenheit geratene Phänomen des Samizdats, der Untergrundliteratur, in der Sowjetunion und im ganzen Ostblock

Der Sturz Ceaușescus verlief dank des Einsatzes der Medien vor den Augen der Weltöffentlichkeit.

bringt sehr deutlich dieses Ringen um die Freiheit des Denkens und des Wortes zum Ausdruck und dokumentiert, wie unsicher und gefährdet sich eine Diktatur trotz weitreichender Kontrolle fühlt. Die

immense Kluft zwischen Propaganda und Realität war am Ende des totalitären Regimes nicht mehr zu leugnen oder zu vertuschen, und man darf annehmen, dass gerade diese Diskrepanz zum Fall der Diktatur maßgeblich beigetragen hat.

In diesem hier skizzierten Kontext fand der Fall des Kommunismus 1989 vor allem auf dem Gebiet der politischen Symbolik statt. So betrafen die ersten sichtbaren Veränderungen die sprachliche Ebene (man sprach sich nun mit „Herr“ und „Frau“ und nicht mehr mit „Genosse“ oder „Genossin“ an), die Staatssymbole (neue Hymne und Flagge), die Pressefreiheit (die Fülle neuer Zeitungen) und bald die ersten als frei deklarierten Wahlen. Was unseren medialen Start in die Demokratie angeht, war der rumänische Dezember 1989 schon allein durch die Live-Übertragung im Fernsehen und Radio ein Novum. Vor dem ersten Golfkrieg war der Sturz Nicolae Ceaușescu einer der großen politischen Momente der modernen Geschichte, der Sekunde um Sekunde in Bild und Ton dokumentiert, gesendet und damit beeinflusst worden ist. Die vorletzte öffentliche Rede des Diktators am 20. Dezember 1989 wurde mehrmals durch Zwischenrufe der vor dem Sitz der Kommunistischen Partei versammelten Menschen unterbrochen. Sichtlich verunsichert, verspricht Ceaușescu höhere Löhne und mehr Kindergeld. Die Reaktion der Massen ist alles andere als dankend. Die Live-Übertragungen in Fernsehen und Radio wurden abrupt beendet. Zwei Tage später, nach der Flucht des Ehepaars Ceaușescu, wurden die ersten Bilder eines „Revolutionskomitees“ gesendet und damit der eindeutige und greifbare Beweis für den Umsturz geliefert. Der Film über den kurzen Prozess in der Garnison von Târgoviște und die daran anschließende Erschießung von

Nicolae und Elena Ceaușescu Weihnachten 1989 sowie die Bilder des Kampfes gegen die bis heute nicht näher identifizierten „Terroristen“ auf den Straßen von Bukarest gingen um die Welt. Eine ganze Nation und dazu die Weltgemeinschaft verfolgten gebannt, wie sich Geschichte ereignete und ein neues Kapitel geschrieben wurde.

So gesehen steht das postkommunistische Rumänien von Anfang an unter dem Zeichen der Medien. Bevor 1989 die wiedererlangten Grundfreiheiten in die Tat umgesetzt wurden, lange also vor der Etablierung eines echten politischen Pluralismus, des Rechtsstaates oder vor der Privatisierung der Wirtschaft war die Pressefreiheit eine unmittelbare Realität, die mit aller Wucht in das Leben des Einzelnen und der Gesellschaft eingedrungen ist. Nach fast einem halben Jahrhundert der Propaganda, der Zensur und der Angst, die eigene Meinung zu äußern, stand die rumänische Gesellschaft plötzlich vor einer Vielfalt an Medien und Informationsquellen, die sich bald zu widersprechen begannen.

II.

Die ersten Tage des postkommunistischen Rumänien sind auch von den Schlangen vor Zeitschriftenständen geprägt. Die Menschen wollten nicht nur die Bilder sehen oder die Radiobeiträge hören, sondern deren Inhalt auch schwarz auf weiß lesen. Der alte Glaube, nur dem Geschriebenen Vertrauen zu schenken, lebte wieder auf. Fast alle alten wie auch die neuen Zeitschriften trugen in ihrem Titel das Wort „frei“. Für eine gewisse Komik der eingebrochenen Demokratie sorgten die schnellen Umtaufen alter kommunistischer Blätter, die beispielsweise fortan statt „Sozialistisches Leben“ (*Viața socialistă*) einfach „Freies Leben“ (*Viața liberă*) hießen. Nach dem gleichen Muster wurde aus dem KP-Presseorgan „Das Funkeln“ (*Scânteia*) schlicht „Die Wahrheit“ (*Adevărul*). Ob dabei auch ein Sinneswandel stattfand in der Art und Weise, wie Journalismus betrieben werden sollte, darf ruhig bezweifelt werden. Der staatliche Sender war ebenfalls „frei“: das „Rumänische Freie Fernsehen“ (*Televiziunea Română Liberă*, TVRL). Kurzum: Die Medien wollten sich als frei darstellen und nahmen dafür die Freiheit als ihr Logo, wenn nicht sogar gänzlich als ihr Programm.

Dass nicht alle freien Medien in der Tat auch frei waren oder frei blieben, wurde ziemlich bald klar. Die politische Entwicklung des Landes, gekennzeichnet durch den Neokommunismus des Iliescu-Regimes,

das eher auf Kontinuität als auf Erneuerung setzte, hat die mediale Landschaft stark atomisiert. Die nun als frei deklarierte postdiktatorische Politik gestaltete sich als Versuch, die Gegner zu diffamieren, die Diaspora zum Schweigen zu bringen und generell der Welt ein bestimmtes Bild zu liefern. Die Medien reflektierten dementsprechend die Dialektik des Postkommunismus und unterstrichen diese auch zum großen Teil. Aus einem zunächst neutralen Medium ist die Presse schnell zu einem wichtigen und parteiischen Spieler der Demokratie geworden. Die politische Meinungsbildung wurde sehr stark von der Ausrichtung der Medien beeinflusst. Dieser direkte Einfluss wurde durch den Verkauf von Verlagen und Publikationen verstärkt, sodass die politische Ausrichtung einer Zeitung je nach Besitzer wechselte. Wenn diese ideologische und pragmatische Dynamik auch im Westen, in der ebenfalls „freien“ Welt, zur Regel geworden ist und als Vielfalt des Informationsangebotes wahrgenommen wurde, so bedeutete die reine politische Privatisierung der Medien für posttotalitäre Gesellschaften doch eine verpasste Chance, sich eine demokratische, pluralistische Kultur anzueignen.

Dies hat schwerwiegende Folgen. Ein grundsätzliches Misstrauen gegen die Medien ergänzt heute die ebenfalls einstimmige Ablehnung der politischen Klasse als eine korrupte und nur mit sich selbst beschäftigte Klasse. So wenig die Medien als Mittel des objektiven Informationstransfers, sondern vielmehr als Manipulationsinstrumente angesehen werden, umso weniger glaubwürdig für die Bürger sind die wichtigsten politischen Akteure, über die die Medien täglich, ja stündlich berichten. Da Form und Inhalt, Medium und Botschaft gleichermaßen in Verruf geraten sind, wurde die Politik auf ein mediales Theater reduziert. Die letzten Parlamentswahlen 2008 und jene für das Amt des Staatspräsidenten im Jahr 2009 haben diese Tendenz bestätigt und ein neues

Pressefreiheit wird vielerorts als Freiheit begriffen, andere Meinungen nicht mehr hören zu müssen.

Niveau der Verschmelzung von Journalismus und Propaganda ans Licht gebracht. Pressefreiheit wird vielerorts als Freiheit begriffen, andere Meinungen nicht mehr hören zu müssen. Das hat zur

Bildung regelrechter medialer Kartelle gegen die politischen Gegner geführt. Das normative Eingreifen der Kontrollinstitutionen im Bereich der Medien wirkte wenig überzeugend und blieb in der Regel, von symbolischen Geldbußen abgesehen, ohne konkrete Folgen.

Bezeichnend ist, dass die Medien in Rumänien nur begrenzt das Interesse ausländischer Investoren geweckt haben. Die politische Vereinnah-

mung der meisten Medien in den neunziger Jahren durch die alten und zugleich neuen Mächtigen hat jede Art von Konkurrenz praktisch unmöglich gemacht. Die parlamentarische und die zivilgesellschaftliche Opposition hatten nur sehr begrenzten Zugang zu den öffentlich-rechtlichen Medien, die eigenen Presseorgane überlebten daher den von den staatlichen Institutionen ausgeübten Druck nicht sehr lange. Die Geschichte einer guten und ausgewogenen Zeitung wie „Die Tagespost“ (Cotidianul), zu Beginn finanziert von dem berühmten Exilrumänen Ion Rațiu, ein Symbol des Widerstandes gegen das alte Regime, ist paradigmatisch für die allzu starke Polarisierung und Politisierung der Medien nach 1989: Sie konnte sich nicht lange auf dem Markt behaupten, wurde nach einer Periode des Verschwindens weiterverkauft und ist 2009 nach den letzten Wahlen ersatzlos eingestellt worden. Das gleiche Schicksal erlitten auch andere hochangesehene Medienprodukte wie „Der Zeitgeist“ (Curentul) oder Kulturzeitschriften wie „Das Wort“ (Cuvântul). Das wenige ausländische Kapital im Bereich der Medien – als Beispiel wäre hier die Präsenz von „Medien Holding“, einem joint venture von „The Nova Group“ und der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ (WAZ) zu erwähnen – kann dieser Tendenz nur begrenzt entgegenwirken. Während sich die rumänische Software- und IT-Industrie fast zu 80 Prozent in den Händen fremder Kapitalgeber befindet, bleiben die klassischen Medien eine hauseigene Branche, die jedoch langsam ausstirbt – Ende 2009 und Anfang 2010 haben mehrere Zeitungen und Zeitschriften auf lokaler und nationaler Ebene ihr Erscheinen eingestellt.

Im Gegenzug dazu und in rasantem Tempo entwickelt sich die *digitale Form*, Informationen weiterzugeben. Laut Statistik nutzen die Rumänen im europäischen Vergleich immer noch sehr viele mediale Produkte, jedoch zunehmend via Fernsehen und Internet. Die Digitalisierung der Medien bringt aber keine automatische Verbesserung der journalistischen Qualität mit sich. Das größte Problem bleibt nach wie vor das Fehlen einer nur durch entsprechende Recherche und sprachliche Begabung garantierten Objektivität, die unterhaltende Effekte nicht ausschließt. Es kommt nicht von ungefähr, dass zum Beispiel die Reportage eine der wenig praktizierten journalistischen Gattungen bleibt. Dies hat einen einfachen, aber überraschenden Grund: Nicht alle Medienschaffenden sind selbst zwei Jahrzehnte nach dem Fall des Kommunismus ausgebildete Journalisten, sondern stammen überwiegend aus den Bereichen der Technik oder Naturwissenschaften. Die inhaltliche Inkompetenz ist am auffälligsten, wenn über kirchliche Angelegenheiten

berichtet wird. So schrieben oder bemerkten die Medienleute beispielsweise beim Tod von Papst Johannes Paul II., dass „Millionen von Menschen von ihrem Idol Abschied nehmen“. Die Liste solcher Fehler ist lang und erstreckt sich über ein ganzes Spektrum: von ungewollter Lächerlichkeit bis hin zu monumentaler Dummheit.

III.

Wie erwartet, haben nicht nur die säkularen Medien nach 1989 eine völlig neue Dynamik erlebt, sondern nicht minder die *kirchlichen Kommunikationsmittel*. Ich möchte hier das Beispiel der orthodoxen Mehrheitskirche nennen. Heute gibt es in Rumänien etwa 115 diözesane Zeitschriften, herausgegeben von 26 kirchlichen Verlagen. Seit einigen Jahren wird eine Tageszeitung, anfangs von der Metropole von Iași und nun vom Patriarchat, herausgegeben, „Lumina“ (Das Licht). Die Publikation rühmt sich selbst mit dem Titel, „die erste rumänische christliche Tageszeitung“ zu sein. Hinzu kommen mehrere Radiosender: „Radio Trinitas“ (mit einem sehr großen Sendegebiet), „Renașterea“ (Cluj-Napoca/Klausenburg), „Reîntregirea“ (Alba Iulia/Karlsburg), „Radio Dobrogea“ (Constanța) und „Logos“ (Brașov/Kronstadt). Andere diözesane Radiosender, z. B. in Craiova, haben sich „Radio Trinitas“ angeschlossen. „Radio Trinitas“ wird de facto als gesamtkirchlicher Sender betrachtet. Ein Novum war im Jahr 2007 die Gründung von „Trinitas-TV“. Ebenfalls neu ist die Presseagentur „Basilica“. Auch die Präsenz der Rumänischen Orthodoxen Kirche im Internet ist inzwischen viel stärker als vor nur drei oder vier Jahren.

Ein zentrales Problem der orthodoxen Medien in Rumänien, das in den letzten Jahren verstärkt zum Vorschein kam, ist die Weigerung, delikate Themen, die das Leben der Glaubensgemeinschaft direkt betreffen, anzusprechen. Die angeblichen Kompromisse der Hierarchie gegenüber dem alten Regime und seiner politischen Polizei, die

Leider umgeben die orthodoxen Medien delikate Themen oder beschränken sich auf unverbindliche Floskeln.

Stellung zur Ökumene, die Finanzierung der Kirche oder die Komplizenschaft mit der Politik – all diese Themen, neben vielen anderen mehr, werden journalistisch kaum aufgearbeitet. Wenn jedoch ein solches Thema als unausweichlich wahrgenommen wird, ist dessen mediale Darstellung in der kirchlichen Presse umhüllt von Halbinformationen, Floskeln

und Gegenangriffen. Die profanen Medien werden für ihre als tendenziös gehaltenen Berichterstattungen zu kirchlichen Themen heftig kritisiert (sehr oft auch mit Recht) – die orthodoxen Medien bieten jedoch keine echte Alternative. Den interessierten Mitgliedern der Kirche bleiben als Quelle immer noch die profanen Medien oder die alternativen christlichen Publikationen. Mit anderen Worten: Seitens der offiziellen Kommunikationsorgane der Kirche findet keine Kommunikation, sondern nur eine ganz nach dem weltlichen Muster kopierte mediale „Vernebelung“ statt. Neben dem Persönlichkeitskult des Bischofs bleibt der ausgeprägte reaktive Charakter der kirchlichen Medien ein ernstzunehmendes Hindernis, die Botschaft der Kirche glaubwürdig in die Gesellschaft hinein zu transportieren.

Diese Entwicklung der meisten Medien der Rumänischen Orthodoxen Kirche nach 1989 mit wenigen, allerdings lobenswerten Ausnahmen bedeutet nicht nur für die Kirche als Institution ein Problem, das auf das Erbe des Totalitarismus hinweist, sondern auch für die Gesellschaft, die die Notwendigkeit einer an Werten orientierten Berichterstattung mehr denn je spürt. Als wichtige normative Instanz in einem Land mit einer sich bis zu 98 Prozent als religiös deklarierenden Bevölkerung darf die Mehrheitskirche ihre mediale Mission nicht auf die Selbstinszenierung reduzieren, sondern muss die Kommunikation als eine neue und hoffnungsvolle Art der Diakonie, als Ausdruck ihrer sozialtheologischen Verantwortung betrachten.

Literaturhinweise

Radu Preda: Sozialtheologie. Eine Herausforderung für die orthodoxe Kirche am Beispiel Rumäniens. In: Ingeborg Gabriel/ Franz Gassner (Hrsg.): Solidarität und Gerechtigkeit. Ökumenische Perspektiven. Mainz 2007, S. 109-133.

Radu Preda: Die orthodoxen Kirchen zwischen nationaler Identität und babylonischer Gefangenschaft in der EU. In: Ingeborg Gabriel (Hrsg.): Politik und Theologie in Europa. Perspektiven ökumenischer Sozialethik. Ostfildern 2008, S. 285-305.

Ministerul Culturii și Cultelor: Viața religioasă din România. 3. Aufl. Bukarest 2008. (In rumänischer Sprache)

Die russische Medienlandschaft zu Beginn eines neuen Jahrzehnts

Mittwoch, 24. Februar 2010, 21.00 Uhr: Klinken wir uns ein ins russische Nachrichtengeschehen an einem ganz gewöhnlichen Fernsehabend. Die halbstündige Hauptnachrichtensendung „Wremja“, ausgestrahlt auf dem Ersten Kanal, eröffnet mit einem beinahe achtminütigen Stück. Die Schlagzeile: „Präsident Dimitrij Medwedjew unterschreibt Erlass für eine einmalige Auszahlung an Veteranen anlässlich des Tag des Sieges.“

Zu sehen ist Präsident Medwedjew an einem Schreibtisch im Kreml. Auf einer Video-Leinwand vor ihm sind die Gouverneure der russischen Regionen zugeschaltet. Mit fester Stimme ermahnt er die virtuell versammelten Politiker: Diese sollten mit den Problemen der Veteranen des Zweiten Weltkriegs „nicht nur verantwortlich, sondern auch menschlich umgehen“. Den Veteranen müsse geholfen werden, und zwar „ohne überflüssige Worte, bürokratisches Hinauszögern und sinnlose Prozeduren“. Deshalb solle jeder Gouverneur nachdenken, wie er diesbezügliche Maßnahmen noch effektiver umsetzen könne.

Schnitt. Nun ist der Journalist Pawel Ptscholkina im Bild. Ptscholkina kommentiert, dass derartige Video-Konferenzen zwar technisch nicht einfach zu realisieren seien, dass diese aber angesichts der Größe Russlands die „effektivste Art“ darstellten, um „brennend aktuelle Probleme zu lösen“. Ptscholkina: „Und dazu gehören eben die Probleme der Veteranen!“ Nun gewährt die Kamera den Zuschauern Einblick in die armeilige Zwei-Zimmer-Wohnung des Veteranen Alexander Wolkow in Murmansk. Der alte Mann holt seine mit Orden behängte Armeeuniform aus dem Schrank. Wolkow ist enttäuscht. Trotz seiner Verdienste als Soldat im Zweiten Weltkrieg muss er sich heute eine winzige Zwei-Zimmer-Wohnung mit seiner Tochter, dem Schwiegersohn, zwei Enkelkinder und einem Hund teilen. Auf der Video-Leinwand im Kreml ringt Entwicklungsminister Wiktor Basargin um Erklärungen für

Dr. Florian Töpfl ist derzeit Postdoctoral Fellow am Harriman Institut für Russlandstudien der Columbia-Universität in New York.

diese Missstände. Leider, erklärt er, seien binnen kurzer Zeit über 46.000 Anträge auf Wohnhilfe eingegangen. Präsident Medwedjew fährt dem Minister ins Wort: „Sagen Sie nicht ‚leider‘, Wiktor Fjodorowitsch, sondern ‚zum Glück‘! Leider, das meinen Sie wohl mit Blick auf das Staatsbudget. Aber es ist ein Glück für diese Menschen, dass sie endlich Wohnraum erhalten. Deshalb achten Sie bitte künftig auf Ihre Wortwahl. Es geht schließlich um unsere Veteranen. Und Geld werden wir finden, das habe ich Ihnen doch gesagt.“ In den folgenden vier Minuten des Beitrags erstatten weitere Gouverneure und die Ministerin für Regionale Entwicklung dem kritischen Präsidenten Rapport. Die Sprecher erklären jeweils, wie sie den Veteranen in ihren jeweiligen Regionen helfen wollen. Präsident Medwedjew hört aufmerksam zu, lobt die einen für Erreichtes, fordert von anderen mehr Einsatz. Am Ende des Beitrags kündigt er an, er werde die Fortschritte der Gouverneure kurz vor dem Tag des Sieges am 9. Mai kontrollieren.

Im Fernsehen: Medwedjew und Putin als Anwälte der Bürger

Allein aus diesem ersten Beitrag sind einige typische Merkmale der derzeitigen Berichterstattung im russischen Staatsfernsehen ersichtlich: (1.) Präsident Medwedjew und Premierminister Wladimir Putin werden als Anwälte der Bürger dargestellt, die deren Interessen gegenüber einer trägen, korrupten Bürokratie und geldgierigen Wirtschaftseliten vertreten. (2.) Sowohl Putin als auch Medwedjew regieren effektiv, unbürokratisch, mit starker Hand und unter Einsatz modernster Technologien. Dies wird durch das Mittel der Video-Konferenz illustriert; sogar ein Minister der Moskauer Regierung wird virtuell zugeschaltet. (3.) Oppositionspolitiker und kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft oder von Experten kommen in der Regel nicht zu Wort. In unserem Beispiel werden nicht einmal Vertreter der Veteranenorganisationen gefragt, wie sie die Durchschlagskraft der angekündigten Maßnahmen beurteilen. (4.) Kritischer Journalismus in westlichem Sinne findet nicht statt, Fragen von Journalisten an die zentralen Figuren Putin und Medwedjew sind nicht üblich. So lassen die Journalisten des Ersten Kanals in dem achtminütigen Beitrag zentrale Fragen offen: Wie viel Geld steht eigentlich für die Maßnahme zur Verfügung? Wie viel erhält jeder Veteran? Und vor allem: wann?

Kritischer Journalismus in westlichem Sinne findet im russischen Staatsfernsehen nicht statt.

21.08 Uhr: Die nächsten sechs Minuten unserer Nachrichtensendung berichten von den Erfolgen der russischen Sportler bei den Olympischen Winterspielen in Vancouver. Weitere sechs Minuten sind der zweiten zentralen Figur im russischen Machtapparat gewidmet: Wladimir Putin. Der Ministerpräsident hat heute das Wasserkraftwerk in Sajano-Schuschensk inspiziert, wo im August 2009 bei einer Generatorenexplosion 75 Menschen starben. Seit heute produziert das Kraftwerk wieder Strom. Putin nutzt die Visite, um mit den Wirtschaftseliten Russlands, den so genannten „Oligarchen“, hart ins Gericht zu gehen: Einige hätten kürzlich Staatsgelder veruntreut, die für den Aufbau des Energiemarktes gedacht waren. Bilder des Unglücks werden nicht mehr gezeigt, erneut kommen weder Oppositionspolitiker noch die angeklagten Wirtschaftseliten zu Wort. Und wiederum bleiben die eigentlich zentralen Fragen ungestellt: Wer trägt die Verantwortung für die Katastrophe? Mit welchen Konsequenzen?

Mit diesem Beitrag wird gleichzeitig ein fünftes Charakteristikum des derzeitigen staatlichen Fernsehjournalismus offenbar: Die Herrschaft über die öffentliche Meinung ist geteilt. Täglich ist mindestens ein Beitrag dem Präsidenten Medwedjew, ein zweiter dem Premierminister Putin gewidmet. Die fünf genannten Kriterien spiegeln an diesem Mittwochabend auch die Nachrichtensendungen der beiden anderen führenden Fernsehkanäle „Rossija 1“ und „NTV“ wider. Alle drei Sender befinden sich entweder unmittelbar oder mittelbar – über den Energiekonzern Gazprom – in staatlicher Hand.

Die Meinungsmacht der drei führenden TV-Nachrichtensendungen ist enorm. „Woher erfahren Sie am häufigsten Nachrichten aus Russland und der Welt?“, fragte im August 2009 das unabhängige Meinungsforschungsinstitut Levada. 94 Prozent der 1.600 befragten Russen gaben an „aus dem Fernsehen“. Es folgten als Quellen von Nachrichten: das Radio (41 Prozent), Zeitungen (37 Prozent), Freunde, Verwandte, Nachbarn (26 Prozent), Internetportale und Internetmedien (9 Prozent), Zeitschriften (8 Prozent) und andere Quellen im Internet (6 Prozent).

Printmedien in der Hand gezähmter Wirtschaftseliten

Während die drei großen Fernsehsender also ganz klar als mächtiges Werkzeug des politischen Machtzentrums zu erkennen sind, ist die Lage auf dem Markt der Printmedien weit schwieriger zu beurteilen. Unmittelbar in staatlichem Eigentum befinden sich nur einige wenige Zeitun-

gen und Zeitschriften, so zum Beispiel das offizielle Organ der russischen Regierung, die „Rossijskaja Gaseta“ mit täglich knapp 1,4 Millionen Lesern. Ein Großteil der russischen Printmedien ist jedoch im Besitz von großen Unternehmen im Rohstoff-, Banken- oder Versicherungssektor. Deren Führungseliten sind eng mit dem politischen Entscheidungszentrum im Kreml verwoben beziehungsweise von diesem abhängig.

Journalisten, Chefredakteure und Medieneigentümer können die Grenzen, innerhalb derer sich die Berichterstattung in ihrem jeweiligen Medium bewegen kann, meist sehr genau abschätzen. Überschreitet ein Artikel die Grenzen

Vielfach versichern sich Journalisten bereits vor der Veröffentlichung heiklen Materials der Zustimmung – „telefonnoe pravo“ hat in Russland Tradition.

merklich, wird dies – meist per Telefon – von der jeweils übergeordneten Instanz angemahnt. Vielfach versichern sich Journalisten bereits vor der Veröffentlichung heiklen Materials der Zustimmung. Dieser Griff zum Telefonhörer hat in Russland Tradition. In der Sowjetunion firmierte er unter dem Begriff „telefonnoe pravo“, was wörtlich übersetzt „Telefonrecht“ heißt. Der Vorteil dieser Art der Einflussnahme ist und bleibt: Sie ist kaum nachzuvollziehen. Dennoch gibt es in der russischen Printmedienlandschaft einige Vertreter, die auch die brisantesten Themen nicht scheuen. Zu letzteren gehören: Kritik an den zentralen Führungsfiguren im Kreml, Korruption von Wirtschaftseliten und im Verwaltungsapparat und Menschenrechtsverletzungen in der Krisenregion Kaukasus. Die im Westen wohl bekannteste dieser kritischen Zeitungen ist die „Nowaja Gaseta“.

Je kritischer und wagemutiger ein Medium berichtet, desto eher sind dessen Journalisten und Eigentümer jedoch von gewalttätigen Racheakten und Abstrafung durch eine gelenkte Justiz bedroht. Druck rührt her sowohl von politischen als auch von wirtschaftlichen und kriminellen Eliten. Der aktuelle Report der US-amerikanischen Nichtregierungsorganisation (NGO) Freedom House resümiert: „Russland bleibt eines der gefährlichsten Länder der Welt für Medienschaffende vor allem wegen der weit verbreiteten Gesetzlosigkeit, die es Politikern, Geheimdiensten und Kriminellen erlaubt, Journalisten mit allen Mitteln zum Schweigen zu bringen.“ Im jüngsten weltweiten Pressefreiheits-Ranking von Freedom House rangiert das russische Mediensystem auf Platz 174 von 195, noch hinter Ländern wie dem Jemen, dem Sudan und dem Irak. Im Ranking der NGO „Reporter ohne Grenzen“ schneidet Russland mit Rang

153 von 175 nicht besser ab. „Reporter ohne Grenzen“ dokumentierte allein für das Jahr 2009 fünf Morde an russischen Journalisten. Oft versuchen die Täter, den Anschein eines Selbstmordes oder eines Unfalles zu erwecken. Seit dem Jahr 2000 verloren nach Zählung der NGO Freedom House mindestens 16 Journalisten in Russland „im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit“ ihr Leben. Mit einer Ausnahme wurde bislang keiner dieser Fälle aufgeklärt.

Die russischen Bürger sind sich der Lenkung ihrer Medien durchaus bewusst. Seit Sowjetzeiten sind sie daran gewöhnt, Botschaften zwischen den Zeilen zu lesen. So glaubten im Jahr 2007 einer Erhebung des Levada-Instituts zufolge nur 15 Prozent der Russen, dass das Fernsehen ein „insgesamt objektives Bild der Ereignisse im Land“ zeichne. 46 Prozent meinten jedoch, sie könnten aus der TV-Berichterstattung „viele nützliche und objektive Informationen herausziehen“. Dabei genießt das Fernsehen von allen Mediengattungen die höchste Glaubwürdigkeit, wie eine entsprechende Umfrage belegt.

*Welche der folgenden Quellen genießen Ihr größtes Vertrauen?
(Angaben in Prozent; mehrere Nennungen waren möglich)*

| | |
|--|----|
| Fernsehen | 79 |
| Radio | 23 |
| Zeitungen | 16 |
| Journale, Zeitschriften, Illustrierte | 1 |
| Freunde, Verwandte, Nachbarn | 9 |
| Internetmedien (Zeitungen, Zeitschriften, Informationsportale) | 7 |
| Andere Quellen im Internet | 4 |
| Schwierig zu beantworten | 3 |
| Zu keiner dieser Quellen habe ich Vertrauen | 6 |

Quelle: Umfrage des Levada-Instituts unter 1.600 Russen im August 2009. (Download unter: <http://www.levada.ru/sborniki.html>)

Obwohl sich die Russen also durchaus bewusst um kritische Distanz bemühen, spiegeln sich die über das Staatsfernsehen verbreiteten Botschaften erstaunlich klar in der Bevölkerungsmeinung wider: So waren nach einer Umfrage des Levada-Instituts im Februar 2009 rund 71 Pro-

zent mit der Amtsführung von Präsident Medwedjew zufrieden. Premierminister Putin erreichte 78 Prozent Zustimmung. Die Arbeit der – auch im Fernsehen häufig gescholtenen – Regierungsmannschaft hießen nur 54 Prozent gut.

Im Internet blüht die Meinungsvielfalt

Ein breites Spektrum an Meinungen findet sich derzeit im russischen Internet. Das neue Medium gewinnt rasant an Bedeutung: Während im Jahr 2003 nur vier Prozent der Russen über 18 Jahren angaben, in der Woche zuvor online gewesen zu sein, stieg diese Zahl bis zum Jahr 2009 auf mehr als 27 Prozent an. Nach Angaben des Marktforschungsinstituts GfK hatten im Jahr 2009 bereits 52 Prozent der Moskauer Bürger einen Internetanschluss in ihrer Wohnung; landesweit waren es immerhin dreißig Prozent.

Im Netz zugänglich sind sowohl ausländische Nachrichtenquellen als auch die Seiten der oppositionellen russischen Printmedien. Darüber hinaus haben sich eine Reihe von kritischen Internetportalen wie etwa *gazeta.ru* oder *polit.ru* etabliert. Bemerkenswert sind auch die Diskussionen auf der führenden russischen Blogging-Plattform *livejournal.com*. Hier führen Fernsehkommentatoren, Oligarchen, Regierungsvertreter, Schauspieler, Intellektuelle, Rechtsradikale, Sänger, Anarchisten, Kommunisten und auch Journalisten ihre Online-Tagebücher. „Yandex“, der Anbieter der führenden russischen Suchmaschine, zählte im Jahr 2009 rund 7,2 Millionen Blogs. Von diesen Tagebüchern waren allerdings nur 12 Prozent in den drei Monaten zuvor aktiv.

Je mehr das Internet jedoch an Meinungsmacht gewinnt, desto stärker ist auch hier Druck zu spüren. In den vergangenen Jahren wurden gegen mehrere Blogger Strafverfahren eröffnet. Im August 2008 wurde der Gründer des oppositionellen Nachrichtenportals *ingushetiya.ru*, Magomed Jewlojew, in der südrussischen Republik Inguschetien von Beamten des Innenministeriums angeblich „versehentlich“ erschossen. Der Schuss fiel im Inneren eines Polizeiwagens, kurz zuvor hatte man Jewlojew am Flughafen der Stadt Nasran verhaftet. Der Beamte, der Jewlojew tötete, wurde zunächst zu zwei Jahren Haft wegen „fahrlässiger Tötung“ verurteilt. Im März 2009 wandelte das oberste

Je mehr das Internet in Russland an Meinungsmacht gewinnt, desto stärker ist auch hier Druck zu spüren.

Gericht Inguschetiens die Haftstrafe in eine Bewährungsstrafe um. Der Beamte darf seither wieder arbeiten, das Nachrichtenportal wurde verboten.

Welche Entwicklungen in der russischen Medienlandschaft sind vor diesem Hintergrund abzusehen? Was die nationalen Fernsehsender anbelangt, so sind derzeit keine Anzeichen dafür zu erkennen, dass diese sich in absehbarer Zeit von der staatlichen Lenkung lösen könnten. Hoffnungen setzen russische Menschenrechtsaktivisten allerdings darauf, dass Präsident Medwedjew regierungskritischen Print- und Internetmedien mehr Freiräume und Rechte zugesteht und sich für die tatsächliche Verfolgung von Gewalttaten gegen deren Journalisten einsetzt. Während der ehemalige Geheimdienstagent Putin gemeinhin eher als Gegner des kritischen Journalismus betrachtet wird, trauen viele Experten dem Professorensohn Medwedjew eine eher liberale Politik zu. So bekundete Präsident Medwedjew mehrmals seine Aufgeschlossenheit gegenüber kritischem Journalismus und seine Begeisterung für das neue Medium Internet. Als markantes Signal wurde beispielsweise gewertet, dass Medwedjew der regierungskritischen Zeitschrift „Nowaja Gaseta“, die als Flaggschiff des investigativen Journalismus in Russland gilt, im April 2009 erstmals ein Interview gab. Allein vier ihrer Journalisten verloren in den vergangenen zehn Jahren ihr Leben, darunter auch die im Westen bekannte Anna Politkowskaja. Eine Sprecherin Medwedjews verkündete, mit dem Interview wolle der Präsident die Zeitung, die so viele Verluste erlitten habe, unterstützen. In dem Gespräch selbst kamen die Morde an den Journalisten allerdings dann nicht zur Sprache, und auch in den darauffolgenden Monaten verbesserte sich die Lage der kritischen Medien in Russland nicht merklich. Vor diesem Hintergrund wird die Zukunft des kritischen Journalismus in Russland in den nächsten Jahren zum einen von der weiteren Entwicklung der Machtkonstellation im Führungst tandem Putin-Medwedjew abhängen. Zum anderen wird es darauf ankommen, ob Medwedjew seinen ersten vorsichtigen Bekenntnissen zu einer freieren Medienlandschaft tatsächlich Taten folgen lässt.

Mittels der Medien durch die geschlossene Tür eintreten

Katholische Medienlandschaft in der Slowakei

Die Slowakei gilt für viele Beobachter als christlich geprägtes Land, jedoch zeigen Untersuchungen, dass nur 10-15 Prozent der Gläubigen häufig Gottesdienste besuchen und die pastoralen Impulse der Kirche damit auch nur diesen Teil der Bevölkerung erreichen. Im „Pastoralplan der Slowakischen Bischofskonferenz für die Jahre 2001-2006“ wird die Situation wie folgt umschrieben: „Nur ein kleiner Teil der Gläubigen ... nimmt regelmäßig an Gottesdiensten teil, wobei es regional bedeutende Unterschiede gibt. In der öffentlichen Meinung und in der Gesetzgebung werden christliche Grundsätze nicht respektiert. Die Gläubigen werden ständig Einflüssen ausgesetzt, die religiösen Grundsätzen zuwider laufen und eine Konsummentalität und den Zerfall der Familien fördern ... Die Sexualerziehung führt kaum zu verantwortungsvollem Umgang mit der Geschlechtlichkeit; Presse und Fernsehen wirken sich in dieser Hinsicht sehr negativ aus. Das religiöse Nichtwissen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist alarmierend.“¹ Zehn Jahre nach dem Zerfall des kommunistischen Systems ist der Zustand der Gesellschaft nach Ansicht der Kirche bedenklich und lässt sich gewiss nicht einseitig den Folgen der atheistischen Staatspropaganda zuschreiben. Hier kommen die modernen Massenmedien ins Spiel, denen im genannten Pastoralplan ein eigener Abschnitt (Punkt 1.6) gewidmet ist, worin die Kirche 22 Empfehlungen ausspricht. Darunter werden eine bessere Koordination der kirchlichen Medien, höhere Professionalität

¹ Slowakische Bischofskonferenz: Pastoral- und Evangelisierungsplan für die katholische Kirche in der Slowakei 2001-2006. Prešov 2001, S. 42.

Prälat Marián Gavenda war 2000-2006 Sprecher der Slowakischen Bischofskonferenz, 2000-2009 Chefredakteur der „Katholischen Zeitung“ (Katolícke noviny); gegenwärtig arbeitet er als Redakteur beim katholischen Fernsehsender „LUX“ und beim katholischen Radio „LUMEN“.

und Ausweitung der Tätigkeit gefordert. Festgehalten wird aber auch, dass die Kirche in diesem Bereich seit 1989 wertvolle Pionierarbeit geleistet hat.

Generell lassen sich drei Phasen in der Entwicklung der katholischen Massenmedien in der Slowakei aufzeigen:

- die Phase der illegalen Tätigkeit (1948-1988),
- die Pionierjahre der geistigen Wiedergeburt (1989-2000)
- die Etappe der geplanten Strukturierung und Professionalisierung (seit 2000).

Die illegale Phase – Dienst zum Überleben des Glaubens

Mit Beginn des atheistischen Regimes begann der Versuch einer Liquidierung der Religion von den Wurzeln an, einschließlich des Verbots der religiösen Literatur. Vor 1944 gab es in der Slowakei 90 kirchliche Periodika in slowakischer Sprache, darunter am wichtigsten die „Katholische Zeitung“ (Katolícke noviny) mit einer Auflage von 180.000 Exemplaren (1947). Direkt nach dem Zweiten Weltkrieg brachten viele christliche Verlage (u. a. der Dominikaner und Jesuiten) mit neuen Veröffentlichungen und Übersetzungen frischen Wind in die slowakische Gesellschaft, doch wurden die meisten Verlage bis Ende 1948 verboten. Erscheinen durften weiterhin die „Katholische Zeitung“, der „Geistliche Hirt“ (Duchovný pastier) und „Das Wort“ (Slovo), jedoch nur unter strenger Zensur und in geringer Auflage – von den öffentlichen Medien war die Kirche ansonsten völlig ausgeschlossen. Informationen gelangten über die Sendungen von „Radio Vatikan“, „Radio Free Europa“ und

Während des Kommunismus trugen ausländische Sender und die Untergrundliteratur zur Stärkung der Gläubigen bei.

anderen ausländischen Stationen ins Land; außerdem wurden illegal auch Buchausgaben des Slowakischen Instituts in Rom und des Verlags „Gutes Buch“ aus Kanada in die Slowakei eingeschmuggelt. Eine große Rolle spielte

schließlich das Genre des Samizdat, der von Hand vervielfältigten Untergrundliteratur; zwischen 1945 und 1989 wurden auf diese Weise 33 Zeitschriften und fast 900 Bücher geheim veröffentlicht.²

² Vgl. Rudolf Lesňák: Listy z podzemia (Briefe aus der Unterwelt). Bratislava 1998. Der Autor bietet eine Gesamtdokumentation der christlichen Samizdat-Publizistik in der Slowakei in Jahren 1945-1989.

Die Pionierjahre der geistigen Wiedergeburt

Das erste Jahrzehnt der wiedererworbenen Freiheit wurde in der Slowakei die Zeit der Wiedergeburt der gewaltsam liquidierten Verlage und Zeitschriften. Insgesamt wurden ca. 15 Verlage und zahlreiche Zeitschriften (rund 40) erneuert, außerdem zahlreiche kleinere Periodika und Pfarreiblätter. In den öffentlich-rechtlichen Medien erhielten die religiösen Gemeinschaften einen angemessenen Platz. Dies hatte allerdings zur Folge, dass kirchliche Themen in den weltlichen Medien kaum aufgegriffen wurden bzw. nur im Falle von Skandalen oder negativen Schlagzeilen vorkamen. Obwohl die Kirchen damit im religiösen Ghetto blieben, steigerte sich ihr Ansehen insgesamt; so stieg z. B. der Anteil der Gläubigen der römisch-katholischen Kirche von ca. 3,2 Millionen im Jahr 1991 auf ca. 3,7 Millionen im Jahr 2001.

Die Etappe der geplanten Strukturierung und Professionalisierung

Leider hat, wie aus dem eingangs zitierten Pastoralplan hervorgeht, die Entwicklung des politischen und gesellschaftlichen Lebens in der Slowakei nach dem anfänglichen spontanen Aufbruch zu einem breiten Rückgang des religiösen Lebens geführt. Daher war es notwendig, die kirchlichen Massenmedien klar zu profilieren, die Adressaten genauer zu definieren und zu überlegen, wie sie erreicht werden können. Nach verlässlichen Angaben von 2004 stehen nur etwa 25 Prozent der getauften Katholiken mindestens einmal pro Jahr in direktem Kontakt mit der Kirche. Die übrigen 75 Prozent sind für die Kirche durch zwei Wege zu erreichen: (a) durch das Vorbild der praktizierenden Katholiken, (b) über die Massenmedien. Damit liegt es auf der Hand, dass die Kirche auf die Massenmedien ein größeres Augenmerk richten und mehr Priester dafür freistellen muss. Die folgenden strategischen Ziele wurden formuliert:

- Förderung des Informationsflusses innerhalb der Kirche,
- Ausbau und Pflege der Beziehungen zwischen den kirchlichen Einrichtungen und den Massenmedien,
- Ausbau von Informations- und Evangelisierungsprogrammen,
- Entwicklung von institutionellen Beziehungen zwischen den Ortskirchen und den Massenmedien,

- Ausbau der kirchlichen Öffentlichkeitsarbeit (Public Relations) mit dem Ziel, der Öffentlichkeit ein positives Image der Kirche zu vermitteln, ihre Botschaft deutlicher zu machen und über ihre Aktivitäten und ihren Beitrag für die Gesellschaft zu informieren.

Zur Umsetzung dieser Ziele werden Nachrichten und Informationen der Kirche für die Massenmedien vorbereitet, intern und nach außen verteilt und enge professionelle Beziehungen zu den Mitarbeitern der weltlichen Massenmedien unterhalten. Durch diese Strategie ist es seither trotz aller Probleme gelungen, eine Verbesserung der Darstellung der Kirche in der Gesellschaft zu erreichen.

Zur Rolle der kirchlichen Medien in der Gesellschaft

Im Pastoralplan der katholischen Kirche für die Jahre 2007-2013 liegt der Schwerpunkt auf der theologisch vertieften pastoralen Tätigkeit der Kirche. Die Massenmedien werden – anders als im vorhergehenden Pastoralplan – nur am Rande erwähnt, entwickeln sich aber im Rahmen der oben umschriebenen Möglichkeiten weiter. Eine rechtliche Grundlage dafür bietet der am 24. November 2000 geschlossene Grundvertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und der Slowakischen Republik.

Gegenwärtig stellt sich die Medienlandschaft in der Slowakei wie folgt dar:³

- *Fernsehen* (bezogen auf Marktanteil)⁴

| | |
|--------------|---------------------------|
| 31,2 Prozent | „TV Markíza“ |
| 21,3 Prozent | „TV Joj“ |
| 13,1 Prozent | „STV 1“ |
| 12,0 Prozent | andere slowakische Sender |
| 5,9 Prozent | tschechische Sender |
- *Rundfunkstationen* (bezogen auf Zuhörer)⁵

| | |
|--------------|---|
| 21,5 Prozent | „Rádio Express“ |
| 18,1 Prozent | „Rádio Slowakei – SRo 1“ |
| 15,7 Prozent | „Fun Radio“ |
| 7,6 Prozent | „Jemné melódie“ (Zärtliche Melodien) |
| 6,7 Prozent | „Rádio Regina – SRo 2“ |

³ Vgl. www.medialne.sk (Angaben vom 05.04.2010).

⁴ <http://medialne.etrend.sk/televizia-grafy-a-tabulky.html> (letzter Zugriff: 26.04.2010).

⁵ <http://medialne.etrend.sk/radia-grafy-a-tabulky.html> (letzter Zugriff: 26.04.2010).

- *Tageszeitungen* (verkaufte Exemplare)⁶
 - 150.296 „Nový Čas (Neue Zeit)“
 - 55.490 „Plus jeden deň“ (Plus einen Tag)
 - 54.852 „Sme“ (Wir)
 - 50.469 „Pravda“ (Wahrheit)
 - 23.576 „Korzár“ (Korsar)
- *Wochenzeitungen* (verkaufte Exemplare)⁷
 - 182.215 „Nový Čas pre ženy“ (Neue Zeit für Frauen)
 - 148.775 „Plus 7 dní“ (Plus 7 Tage)
 - 131.195 „Báječná žena“ (Die fabelhafte Frau)
 - 114.347 „Život“ (Leben)
 - 99.340 „Eurotelevízia“
 - 79.932 „Katolícke noviny“ (Katholische Zeitung)

Die Massenmedien werden ganz überwiegend kommerziell finanziert. Eine große Rolle spielt die Finanzgruppe „J&T a Penta“, die auch auf die Politik Einfluss zu nehmen sucht, um öffentliche Aufträge zu erhalten. Gegenüber der Kirche ist die Berichterstattung oftmals negativ, im Falle der Nachrichtenteile eher indifferent, d. h. im Mittelpunkt steht die Konsumhaltung der Bevölkerung, weniger eine ausgeprägte kirchenfeindliche Haltung.

Aus dem „Slovak Press Watch Monitoring“ von 2008 geht hervor, wie die führenden slowakischen Massenmedien über die Kirche im 2007 berichtet haben:

| Massenmedium | <i>berichtete über die Kirche 2007</i> | | |
|---|--|---------|---------|
| | positiv | neutral | negativ |
| Sme (Tageszeitung) | 4,1 % | 67,3 % | 28,6 % |
| Pravda (Tageszeitung) | 16,2 % | 43,2 % | 40,6 % |
| STV (öffentlich-rechtliches Fernsehen) | 13,8 % | 79,2 % | 6,9 % |
| Markíza (einflussreichster kommerzieller Fernsehsender) | 12,5 % | 56,3 % | 31,2 % |

⁶ Quelle: <http://medialne.etrend.sk/denniky-grafy-a-tabulky.html> (letzter Zugriff: 26.04.2010).

⁷ Quelle: <http://medialne.etrend.sk/tyzdenniky-grafy-a-tabulky.html> (letzter Zugriff: 26.04.2010).

Daraus lässt sich festhalten, dass der slowakische Durchschnittsbürger aus den Medien erheblich mehr negative als positive Informationen über die Kirche erhält. Daher hat die katholische Kirche in der Slowakei eine Strategie entwickelt, die auf eine stärkere Resonanz religiöser Themen im öffentlich-rechtlichen und auch im kommerziellen Bereich zielt. Wesentlich ist dabei die Übermittlung positiver und neutraler

Der slowakische Durchschnittsbürger erhält aus den Medien erheblich mehr negative als positive Informationen über die Kirche.

Meldungen und Berichte, die zu einer Verbesserung des Bildes von Kirche und Religion beitragen. Dazu haben einige wichtige Schritte geführt. Erwähnt seien u. a. die formlosen Treffen von Kirchenvertretern mit Abgeordneten aller Parteien in der Vorweihnachtszeit seit 2003;

diese haben zum Abbau von Misstrauen und Vorurteilen geführt und wichtige Brücken zu den nichtkirchlichen Medien gebaut.

Von großer Bedeutung ist außerdem die Tätigkeit junger Christen, die in den Massenmedien arbeiten, in der Vereinigung „Network Slovakia“. Neben Internetkommunikation bieten sie in den Sommerferien eine Fachinformationswoche für nicht professionell tätige Medienmitarbeiter an und erreichen damit besonders in den lokalen Medien breite Kreise. „Network Slovakia“ organisiert auch einen Wettbewerb der Pfarrzeitschriften unter dem Namen „FAČA“ (*Farský časopis* – Pfarrzeitschrift) mit dem Ziel, die mitwirkenden Zeitschriften nach den Kriterien Inhalt, Stil, Grafik und Identität zu bewerten.

Wenn man auf die Zeit des völligen Neuanfangs 1989/90 zurückblickt, hat das Pressebüro der Slowakischen Bischofskonferenz (mit nur drei Angestellten und einigen externen Mitarbeitern!) eine durchaus wirksame Tätigkeit entfaltet. Das Pressebüro bietet folgende Dienste an:

- *Inlandsservice* – bietet Vorabinformation über Aktivitäten der slowakischen Kirche. 2009 wurden 1.962 Nachrichten zur Verfügung gestellt.
- *Auslandsservice* – informiert die kirchlichen, teilweise auch die weltlichen Massenmedien über wichtige Termine und Vorgänge in der Universalkirche. 2009 umfasste dieser Dienst 2.103 Nachrichten.
- *Massenmedien-Monitoring*: Für Mitarbeiter im kirchlichen Bereich werden täglich Nachrichten aus den slowakischen Massenmedien, die für ihre Arbeit von Belang sind, erfasst und zusammengestellt. Die Bedeutung dieses Dienstes, besonders für die Geistlichen, liegt

auf der Hand: Sie erhalten damit ein konkretes und realistisches Bild über die Stellung der Kirche im öffentlichen Leben und in den weltlichen Massenmedien.

- *Presseservice* – bietet Informationen über die bedeutendsten kirchlichen Angelegenheiten, Verlautbarungen der Bischöfe u. ä. an. Die Vorabinformationen über kirchliche Festtage und Veranstaltungen kommen sehr gut an. Die weltlichen Massenmedien informieren sich „aus erster Hand“, die Schlagzeilen in den Hauptnachrichten werden vorwiegend auf Grund dieses Gesamtmaterials erstellt, sodass auch Gläubige, die der Kirche fern stehen, und selbst Nichtgläubige informiert werden.
- *Presseservice Spezial*: Dieser Dienst zielt nur auf den engeren Kreis des Klerus und enthält Informationen, die vor einer breiteren Veröffentlichung erst sorgfältig geprüft werden müssen.
- *Fotoservice*: Ein kirchlicher Mitarbeiter bereitet das entsprechende Material auf, sodass den Massenmedien fertige Fotodokumentationen über Themen zur Verfügung gestellt werden, die sonst kaum oder überhaupt nicht erfasst würden. 2009 wurden 278 Dokumentationen erstellt.
- *Videoservice*: Dieser hat sich in den letzten beiden Jahren aus dem Fotoservice heraus entwickelt. Darin geht es um die vollständige Bild- und Tonbearbeitung der Berichterstattung über die bedeutendsten kirchlichen Veranstaltungen.

Trotz geringer Ausstattung ist die Arbeit des Pressebüros der Slowakischen Bischofskonferenz recht erfolgreich.

Alle Dienste können kostenlos genutzt werden und sind auf der Web-Seite der Pressekonferenz der Slowakischen Bischofskonferenz (www.tkkbs.sk) abrufbar. Das Interesse ist groß: Zwischen März 2009 und Februar 2010 wurden 12.760.629 Zugriffe registriert. Parallel dazu hat die Slowakische Bischofskonferenz offizielle ebenso wie inoffizielle Kontakte zu einzelnen Redakteuren weltlicher Massenmedien aufgebaut. Dank dieser systematischen Strategie können auch diejenigen Gläubigen, die nicht in direktem Kontakt mit der Kirche stehen, diejenigen, die sich als Nichtgläubende bezeichnen, und natürlich auch die praktizierenden Gläubigen erreicht werden. In diesem Sinne kann man ohne Lyrismus von einem kleinen „medialen Wunder“ sprechen.

Aus dem Slowakischen übersetzt von Jozefína Križanová.

Medienmarkt und Pressefreiheit in der Ukraine – in der Zange von Wirtschaft und Politik

Die Bilder von orangenen Fahnen und Schals gingen um die Welt. Wochenlang bot der Platz der Unabhängigkeit in Kiew Bühne für hunderttausende Ukrainer, die gegen die Staatsführung und die Wahlfälschungen 2004 demonstrierten. Aus den Massenprotesten ging Wiktor Juschtschenko als Sieger hervor. Mit seiner Wahl schöpften viele Ukrainer die Hoffnung auf neue Impulse in vielen Bereichen der Gesellschaft – das Ende von Vetternwirtschaft und Korruption und die Etablierung unabhängiger Massenmedien. Doch von der einstigen Euphorie der zurückliegenden Wintertage ist heute wenig zu spüren. Mit dem erneuten Machtwechsel fünf Jahre später dürfen ukrainische Bürger nun wieder auf bessere Zeiten und ukrainische Journalisten auf bessere Arbeitsbedingungen und journalistische Freiheit hoffen.

Unabhängiger Journalismus hat es in der Ukraine schwer. Zur Zeit der Sowjetunion wurden die ukrainischen Medien 70 Jahre lang als Propagandamittel missbraucht und standen als Instrumente zur Legitimation der kommunistischen Partei unter ihrem absoluten Einfluss. Auch während der Präsidentschaft von Leonid Kutschma (1994–2004) war die Medienpolitik in der Ukraine von systematischen Lenkungsversuchen

Lange Zeit setzte die Politik ökonomischen Druck ein, um den Einfluss regierungskritischer Medien im Keim zu ersticken.

beherrscht. Dazu war eine formale staatliche Zensur nicht nötig. Vielmehr setzte die Politik ökonomischen Druck ein, um den Einfluss regierungskritischer Medien im Keim zu ersticken. Klagen von Staatsorganen wegen Rufschädigung oder Ehr-

verletzung waren ein weiteres Einflussmittel, um kommerzielle Medien in den finanziellen Ruin zu treiben. Da es in der ukrainischen Rechtsordnung keine Höchstbegrenzung der Klagesumme bei Zivilrechtsklagen

Marina Sverdel stammt aus der Ukraine, lebt seit 1998 in Deutschland und arbeitet nach dem Studium der Journalistik und Anglistik zur Zeit als Online Marketing Manager in Düsseldorf.

gibt, überstiegen die Schadenersatzsummen häufig das jährliche Bruttoinlandsprodukt in der Ukraine. Als Ergebnis solcher Maßnahmen mussten die betroffenen Medienbetriebe schließen.

Ein stark verbreitetes Mittel der indirekten Zensur waren „temnyky“, die täglichen anonymen Anweisungen, ob und in welcher Form Journalisten über bestimmte Ereignisse berichten sollten. Sie wurden auf Anweisung von Präsident Kutschma herausgegeben und an reichweitenstarke Medien versandt. Diese Methode erinnert an Versuche der inhaltlichen Medienlenkung in der NS-Zeit durch Presseanweisungen des „Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda“. Die ukrainischen „temnyky“ waren mit den Themen- und Terminlisten von Nachrichtenagenturen vergleichbar. Sie enthielten Pressemitteilungen mit offiziellen Stellungnahmen des Präsidenten, Nachrichten über Parteien, offizielle Besuche und andere politische Ereignisse. Jede Meldung wurde mit Empfehlungen für ihre Interpretation versehen und enthielt Hinweise über den erwünschten Tenor der Berichterstattung. Es gab auch Themen, zu denen eine Berichterstattung entweder ganz unerwünscht war oder kritisch ausfallen sollte.

Seit der „Revolution in Orange“ vor fünf Jahren lässt sich ein Übergang von Maßnahmen der *politischen* zur *ökonomischen Zensur* feststellen. Die Medien sind zwar nicht mehr direkt vom Staat, sondern nun von ihren Eigentümern abhängig. Die politische Färbung der Medieneigentümer führt zur Selbstzensur und schränkt die freie Meinungsäußerung vieler ukrainischer Journalisten ein. Strukturelle Defizite wie eine schlechte Honorargestaltung, wirkungslose Redaktionsstatute und eine insgesamt mangelnde finanzielle Ausstattung der Medien sind ebenfalls auf die Abhängigkeit von Medieneigentümern zurückzuführen. Auf diese Weise scheint die sowjetische Tradition in der Ukraine auch heute noch fest verankert zu sein. Die meisten Medien sind alles andere als privatwirtschaftliche gewinnorientierte Unternehmen. Sie sind vielmehr Zuschussgeschäfte, die der Kontrolle ihrer Eigentümer unterworfen sind. Ähnlich wie in der Sowjetunion sind der Staat oder die Interessengruppen politische Auftraggeber der Medien und nicht das Publikum oder die Anzeigenkunden.

Entstehung von Medienoligarchen

Die Entwicklung der ukrainischen Medien seit der Perestrojka und die Entstehung von oligarchischen Strukturen ist ein langer Prozess von der

Demokratisierung der Gesellschaft über Etablierung von Medienholdings bis hin zur vermeintlichen Lockerung des staatlichen Drucks auf die Medien. Dies zeigt die folgende Übersicht, die auf Recherchen der Autorin beruht.

Perioden im Prozess der Medienentwicklung

| <i>Periode</i> | <i>Medienentwicklung</i> |
|---|--|
| 1989-1990 Pluralisierung | Regulierung der Medien nach dem neuen Kurs Gorbatschows zur Demokratisierung der Gesellschaft |
| 1991-1993 Einführung der Marktwirtschaft, Anfänge der Medientransformation | Entstehung der ersten staatsunabhängigen Presse und von Nachrichtenagenturen, Umstrukturierung des staatlichen Fernsehens, Gründung der Pressestelle des Präsidenten, Verabschiedung der ersten Mediengesetze |
| 1994-1996 Entstehung von Medienholdings, Kommerzialisierung der Medien | Gründung kommerzieller Fernseh- und Radiosender, Verabschiedung der Verfassung und weiterer Mediengesetze nach dem Wahlsieg von Leonid Kutschma |
| 1996-1999 Kommerzialisierung und Medienkonzentration | Etablierung von Medienholdings, Funktion der Medien als Kanäle für politische Kommunikation |
| 1999-2004 Staatliche Kontrolle der Medien | Verschärfung des staatlichen Drucks auf die Massenmedien, Repressalien gegen Journalisten, Instrumentalisierung der Medien von zwei politischen Lagern (Janukowitsch versus Juschtschenko) aus Anlass der Präsidentschaftswahlen |
| 2004-2006 Postorangene Transformation | Lockerung des staatlichen Drucks auf die Medien, Einfluss von Finanzgruppen auf Gesetzesänderungen, Manipulation redaktioneller Beiträge im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen |

Die neuen Wirtschaftsakteure, die maßgeblich das politische Geschehen der Ukraine nach Zerfall der Sowjetunion mitbestimmten, waren Anfang der neunziger Jahre der so genannten neuen ukrainischen Wirt-

schaftselite entsprungen. Diese wiederum hatte ihre Ausgangsbasis im ausgehenden planwirtschaftlichen System der ukrainischen Sowjetrepublik. Neben Medieneigentümern gehören zu dieser Wirtschaftselite Unternehmerverbände, Manager, Führungsgruppen in Banken und Börsen. Aus diesen Machtgruppen bildeten sich die drei größten ukrainischen Oligarchie-Clans mit jeweils einer regionalen Basis in Kiew, Dnjepropetrowsk und Donezk aus. Zusammen mit der Politik stellen sie ein großes Hindernis für die Unabhängigkeit der ukrainischen Medien dar.

Struktur der ukrainischen Massenmedien

Der Medienmarkt in der Ukraine ist sowohl staatlich als auch privat organisiert, wobei ein wesentliches Segment in der Medienlandschaft kommerziell ist. 2005 waren rund 14.000 *Zeitungs-* und mehr als 6.000 *Zeitschriftentitel* offiziell registriert. 42 Prozent erschienen überregional, regional (in zwei oder mehr Gebieten) oder waren für das Ausland bestimmt. Die *elektronischen Medien* waren durch 1.268 Rundfunkunternehmen vertreten. Zwei Prozent davon waren nationalen Behörden unterstellt und 30 Prozent regionalen Kommunalbehörden. Kommerziell organisiert waren knapp 68 Prozent der Rundfunkbetriebe. Derzeit gibt es in der Ukraine drei Fernsehgesellschaften, die ihr Programm landesweit ausstrahlen: (1.) die Staatliche Nationale Fernsehgesellschaft der Ukraine „UT-1“ (96-prozentige Reichweite), (2.) die kommerzielle Fernsehgesellschaft „Studio 1+1“ (90-prozentige Reichweite), (3.) die kommerzielle unabhängige Fernsehgesellschaft „Inter“ (70-prozentige Reichweite).

Für die Tätigkeit der Online-Medien gibt es derzeit in der Ukraine keine rechtlichen Grundlagen. Die Entwicklung des *UAnet* begann Ende 1992, jedoch wird das Internet noch wenig genutzt. Schätzungen vom April 2006 gingen von ca. 2,8 Millionen Nutzern aus. Das entspricht einem Anteil von 5,4 Prozent an der Gesamtbevölkerung. In Deutschland waren es 2005 mehr als 55 Prozent der Bevölkerung.

Medien unter Kontrolle der Wirtschaftsakteure

Der ukrainische Medienmarkt scheint zwar vielfältig zu sein und die offensichtliche staatliche Kontrolle nicht auf den ersten Blick erkennbar. Allerdings unterstehen viele kommerzielle Massenmedien unterschiedli-

chen Konglomeraten aus dem Finanz-, Industrie- und Politiksektor. Da die meisten Medien nicht als marktwirtschaftliche Geschäftsmodelle funktionieren, sind sie auf Investitionen der Eigentümer angewiesen. Deshalb kann ein Privatmedium seine Existenz lediglich durch kontinuierliche Investitionen seines Eigentümers sichern. Der Eigentümer kann sich die Verluste seines Mediums auf Dauer „leisten“, da seine Investitionen in der Regel aus anderen Unternehmungen zustande kommen. Die Einnahmen, die der Oligarch mit seinem Mediengeschäft erzielen würde, sind im Vergleich zu seinen „Hauptgeschäften“ so gering, dass es sich nicht lohnt, das Medium als ein profitables Unternehmen zu gestalten. Mit seiner Hilfe schützt der Eigentümer lediglich seine Machtstellung auf dem anderen Marktsektor, indem er die Berichterstattung in Bezug auf die Interessen der ihm nahestehenden Politiker steuert. Die meisten Medieneigner engagieren sich politisch und nutzen Journalismus, um ihren politischen Einfluss zu stärken. Dafür gründen sie Holdinggesellschaften, eine in der Ukraine etablierte Organisationsform der Dachgesellschaften für Medien. Ökonomisch gesehen sind die Holdinggesellschaften Instrumente, um Steuervorteile auszunutzen und die Grenzen der Kapitalbeteiligung zu umgehen.

Mangelnde Transparenz des Medienmarktes

Aus diesen Gründen lässt sich weder ein aktueller noch vollständiger Überblick über die Besitzverhältnisse in den ukrainischen Massenmedien erstellen. Die Bestandsaufnahme kann aufgrund der mangelnden Transparenz des Medienmarktes lediglich Tendenzen aufzeigen. Beispielfhaft lässt sich das an der Unternehmensstruktur der Fernsehgesellschaft „Inter“ veranschaulichen. Ihre Anteile gehören der Gesellschaft

Mangelnde Transparenz zeichnet die Besitzverhältnisse im Medienmarkt der Ukraine aus.

„Delowoj mir“ (Geschäftswelt) mit 51 Prozent, der „Pegas TV“ GmbH mit 20 Prozent und der staatlichen Fernsehgesellschaft in Russland ORT mit 29 Prozent. Der Hauptanteilseigner der Fernsehgesellschaft besteht aus vier Gesellschaften mit begrenzter Haftung

und einer Anwaltskanzlei. Die Anteile an diesen Unternehmen gehören mehrheitlich der „Bursted Limited“ AG, die auf den Britischen Jungferninseln registriert wurde. Die „Pegas TV“ GmbH gehört zu 82,5 Prozent Ihor Plužnykow (Mitglied der Sozialdemokratischen Partei). Die restlichen 17,5 Prozent gehören dem Unternehmen „Pegas And Over-

seas Sales Limited“, das ebenfalls auf den Britischen Jungferninseln registriert ist. Zu der Herkunft von ORT-Anteilen gibt es keine Angaben. Nach inoffiziellen Informationen wird ORT von einer Bankgruppe in Russland finanziert, die dem Kreml nahesteht.

Eine solche Zusammensetzung von Unternehmen, die über Eigentumsrechte auf ein Medium verfügen, ist für die meisten Fernsehgesellschaften charakteristisch. Die folgende Übersicht geht auf Recherchen der Autorin zurück. Sie beruht auf offiziellen Einträgen im staatlichen Register für Unternehmen und Organisationen, die jedoch keine Rückschlüsse auf die Personen zulassen, die die redaktionelle Politik der jeweiligen Medien tatsächlich beeinflussen.

Fernsehgesellschaften und ihre Eigner

| <i>Medium</i> | <i>Rechtsform</i> | <i>Eigentümer</i> |
|-----------------------------|--------------------------------------|--|
| „Inter“ | Geschlossene Aktiengesellschaft (AG) | – Geschäftswelt AG – „Pegas TV“ GmbH – ORT, Staatsfernsehen in Russland |
| „1+1“ | GmbH | – „Inter Media“ GmbH – Oleksandr Rodnjanskyj |
| „ICTV“ | GmbH | – „Zentrale Depotbank Moskau GmbH, Russland – „Promedia“ GmbH – Agentur für Informations-technologien – „Interpipe“ GmbH |
| „5 Kanal“ | GmbH | – Der ukrainische industrielle Investitionskonzern, geschlossene AG – „Cacao and Sugar International“ (Belgien) – „Transat-Brok“ GmbH (Zypern) |
| „Novyj Kanal“ (Neuer Kanal) | Geschlossene Aktiengesellschaft (AG) | – „Innotex“ GmbH – „NK-Holding“ |
| „STB“ | Geschlossene Aktiengesellschaft (AG) | – Internationales Mediazentrum – „Shachar Enterprises Inc.“ (USA) – „Internews Netwarren k“ (USA) |

| <i>Medium</i> | <i>Rechtsform</i> | <i>Eigentümer</i> |
|---------------|--|---|
| „TET“ | Geschlossene Aktiengesellschaft (AG) | – Igor Surkis – „Investprojekt“ GmbH – „Sunifleon Holding Limited“ – „Shonest Investments Limited“ |
| „NTN“ | GmbH | – „Kapitalinvest“ GmbH |

Fehlender öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Im Widerspruch zum dargestellten Einfluss der Medienoligarchen auf die Berichterstattung steht die Garantie der Pressefreiheit, die in der Ukraine verfassungsrechtlich verankert ist. Untersagt sind Organe zur Informationskontrolle sowie die Einmischung in die journalistische Tätigkeit bis auf einige gesetzlich oder vertraglich vorgesehene Ausnahmen. Solche Einschränkungen gewähren dem Medieneigentümer das Recht, Medieninhalte zu kontrollieren. Bei genauerer Betrachtung der medienrechtlichen Grundlagen ist ein großer Bedarf für eine Reform erkennbar, was jedoch von der Politik bisher bewusst abgelehnt wird. Der immer noch ausstehende Übergang vom Staats- zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk verdeutlicht die Problematik der fehlenden Rechtsanwendung. Die Gründung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach deutschem und britischem Vorbild blieb bis heute aus, obwohl der Gesetzgeber dies bereits 1997 festgelegt hat. Es liegt die Vermutung nahe, dass die Politik auf den staatlichen Rundfunk als Einflussmittel nicht verzichten möchte.

Ukrainische Massenmedien – ein Ausblick

Um das ukrainische Massenmediensystem unabhängiger gestalten zu können, müssten Reformen auf verschiedenen Ebenen ansetzen. So muss die rechtliche Stellung der Journalisten durch Gesetze klar geregelt werden. Zu den notwendigen Maßnahmen gehören eine angemessene Honorargestaltung und eine landesweite Einführung von Redaktionsstatuten, die von Journalisten und Eigentümern unterschrieben werden. Diese Schritte würden zumindest eine Grundlage dafür schaffen, dass sich Journalisten gegen Medieneigentümer zur Wehr setzen könnten. Mit der Gründung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks ließe sich die

Abhängigkeit der Medien von Oligarchen und Politikern bis zu einem gewissen Grad abschwächen. Sichergestellt sein muss, dass sich Medienbetriebe ausschließlich aus Werbeeinnahmen finanzieren und von den Investitionen der Eigentümer unabhängig sind. Gerade auf diesem Gebiet lässt sich jedoch kaum politischer Wille erkennen.

Aufgrund einer großen Dynamik der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse lässt sich nicht genau vorhersehen, wie sich die Medienlandschaft in der Ukraine in Zukunft entwickeln wird. Seit der „Revolution in Orange“ waren zwar erste Schritte einer demokratischen Politikgestaltung erkennbar. Doch trotz Juschtschenkos Ankündigungen sind bis jetzt kaum Erfolge zu sehen. Mit dem neuen Präsidenten bleibt für die ukrainischen Journalisten wenigstens ein leichter Hoffnungsschimmer, dass er eine demokratischere Medienpolitik verfolgen wird.

Mit der Gründung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks ließe sich die Abhängigkeit der Medien von Oligarchen und Politikern bis zu einem gewissen Grad abschwächen.

Literaturhinweis:

Ausführliche Informationen zur ukrainischen Medienlandschaft finden sich in *Marina Sverdel: Medienoligarchen. Chancen und Grenzen für die Pressefreiheit in der Ukraine – eine Fallstudie. Köln 2008.*

Ethik der Medien – zwei Standpunkte

Immer wieder wird in den Beiträgen des vorliegenden Heftes deutlich, dass sich Journalismus an ethischen Maßstäben messen lassen muss. Ob dies immer erfolgt, erscheint eher fraglich. Michael Albus befragte dazu zwei Experten, die sich in ihrem Arbeitsfeld mit dieser Frage konfrontiert sehen, Zbigniew Nosowski und Prof. Dr. Eberhard Schockenhoff.

Stellungnahme von Zbigniew Nosowski:

Auf dem Sektor der Medien haben vor allem in Mittel- und Osteuropa große Veränderungen und Entwicklungen stattgefunden. Wie beurteilen Sie insgesamt die Lage?

Bedauerlicherweise hat die Qualität der Medien in unserer Region deutlich abgenommen. Einhergehend mit der traurigen Realität in den Medien von heute ist auch der alte Traum, die Medien als Schlüssel zur zwischenmenschlichen Kommunikation und als aktives Gestaltungsinstrument hin zu engagierten Bürgern zu sehen, geplatzt. Es gibt natürlich auch positive Beispiele. Dennoch beurteile ich die gesamte Situation als sehr kritisch. Unsere Medien – wie auch die gesamte Gesellschaft – wurden zwar befreit, doch sie wissen nichts mit dieser Freiheit anzufangen. Anders ausgedrückt: Die Art und Weise ihres Freiseins zeigt, dass viele von ihnen noch immer Geiseln politischer oder wirtschaftlicher Interessen, der Werbung, der niedersten gesellschaftlichen Triebe und von vielem mehr sind. Wenn irgendjemand Freiheit auf der Basis der Medienfreiheit definieren wollte, so würde eine realistische Definition sehr wenig über Verantwortung (und ähnliche Freiheitsmerkmale) aussagen ...

Welche Problemfelder fallen Ihnen besonders auf? Was sehen Sie kritisch in der Gesamtentwicklung?

Folgende Punkte sind entscheidend:

- *Die Zukunft der öffentlichen Medien:* In Polen wurden und werden

Zbigniew Nosowski ist Chefredakteur der in Warschau erscheinenden katholischen Monatszeitschrift „Więź“.

sie von einer Regierung nach der anderen zu deren jeweiligen Propagandazwecken politisiert. Nun befinden sie sich in einer großen Krise. Ohne das Zutun von Seiten der Politiker gibt keine Möglichkeit, diese Situation zu ändern. Zudem ist keine politische Partei bereit, sich wirklich diesem Problem zu stellen.

- *Die Einschaltquoten-Falle:* Die Medien von heute sind oft Sklaven ihrer Einschaltquoten. Der wichtigste Aspekt auf Seiten der Medien ist somit nicht mehr ihr Inhalt, sondern die Zahl ihrer Zuschauer, Zuhörer und Leser. Je mehr, desto besser! Dies zwingt die Entscheidungsträger in den jeweiligen Medien dazu, sich auf solche Themen, Gäste usw. zu konzentrieren, die ihre Bewertungsergebnisse verbessern.
- *Die Werbefalle:* Im Medienbereich werden Entscheidungen sehr häufig nicht zugunsten des Gemeinwohls, sondern um der Werbeträger willen getroffen, da sie es sind, die zahlen und fordern. Die Medien brauchen sie zwar, um überleben zu können, dennoch sollten sie diese nicht beherrschen.
- *Die „Dringlichkeit“ hat Vorrang vor der „Wichtigkeit“:* Neuartige Infokanäle im Bereich des Fernsehens gelangten in eine Sackgasse; um zu überleben, benötigen sie Nachrichten, nach denen sie entsprechend intensiv Ausschau halten. Doch was sie finden, sind grundsätzlich dringende Themen, die auf einfache Weise präsentiert, aber auch leicht vergessen werden. Die wirklich wichtigen Dinge verschwinden langsam, denn sie benötigen mehr Zeit und Anstrengung, um sie sachgemäß zu präsentieren. „Das Medium ist die Botschaft“, wie es Marshall McLuhan sagte ...
- *Machtkämpfe innerhalb des Mediensektors:* Verschiedene konkurrierende Medien sind in Machtkämpfe verstrickt, die ziemlich häufig zum Selbstzweck werden und nichts mehr mit dem Gemeinwohl zu tun haben.

Können Sie Grundsätze einer Ethik der Medien und des Umgangs mit ihnen für die kommende Zeit benennen?

Die gesamte Medienethik basiert auf dem Wahrheitsprinzip. Dies bedeutet, dass die Medien die Dinge wahrheitsgemäß, im geeigneten Kontext und objektiv abbilden sollten – sprich, die gegenwärtige Realität und nicht, wie jemand diese wahrnimmt. Die Grundprobleme in Verbindung mit der konkreten Realisierung dieses Prinzips in der heutigen Zeit lauten wie folgt:

- Was soll man mit einem engen Verständnis von Wahrheit anfangen, das den Anspruch erhebt, Realität aus unterschiedlichen Blickwinkeln darzustellen, wenn sich zwei rivalisierende Politiker in einem TV-Studio zanken (und wie steht es mit der Mehrheit der Gesellschaft, die sich durch keinen von beiden repräsentiert fühlt)? Hat die Realität wirklich nur zwei Seiten?
- Wie können Journalisten in der unübersichtlichen Welt von heute, in der es keinerlei allgemein gültige Kriterien für Objektivität gibt, noch objektiv sein? Kann man objektiv sein, wenn man die Sprache der politischen Korrektheit spricht?
- Was sind heute die Grenzen von Respekt und Toleranz (wenn es sie überhaupt gibt)? Gibt es irgendwelche Meinungen, Weltansichten usw., die von der öffentlichen Debatte auszuschließen sind?

Die andere entscheidende ethische Frage lautet: Wie geht man mit Abhängigkeiten der Medien von Besitzern, Entscheidungsträgern und Werbetreibenden um? Gibt es einen realistischen (und nicht idealistischen) Weg, ein angemessenes Gleichgewicht zwischen ihren Erwartungen und den Anforderungen an die Wahrheit zu finden?

Aus dem Englischen übersetzt von Thomas Hartl.

Stellungnahme von Prof. Dr. Eberhard Schockenhoff:

Auf dem Sektor der Medien haben vor allem in Mittel- und Osteuropa große Veränderungen und Entwicklungen stattgefunden. Wie beurteilen Sie insgesamt die Lage?

Die Einführung der modernen Medien, insbesondere auch der elektronischen und digitalen Medien, erfolgt weltweit mehr oder weniger gleichzeitig. Sie nimmt keine Rücksicht auf den politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Zustand einer Gesellschaft. Zudem ist es mit Hilfe der medialen Kommunikation möglich, Einblicke in andere Länder und Lebensgewohnheiten zu nehmen. Für jeden tut sich plötzlich das Fenster zu einer anderen Welt auf, die ihm bis dahin verschlossen war. Dies ist prinzipiell ein Gewinn an persönlicher Freiheit, der auch eine bessere Ausübung von Selbstbestimmung und Autonomie ermöglicht. Die Nachrichten aus anderen politischen Herrschaftsformen und Wirtschaftssystemen können aber auch verstärkend auf Transformationspro-

Prof. Dr. Eberhard Schockenhoff ist Ordinarius für Moralthologie an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau.

zesse der eigenen Gesellschaft zurückwirken. Gleiches gilt – und darin sehe ich die Ambivalenz der Entwicklung – auch für die Auflösung traditioneller Lebensformen und Familienstrukturen, die durch das Bild von Ehe und Familie, das in westlichen Medien häufig als selbstverständlich gezeichnet wird, noch verstärkt wird.

Welche Problemfelder fallen Ihnen besonders auf?

Die Medienlandschaft ist ja sehr vielfältig, sowohl was die Unterscheidung von Printmedien, klassischem Rundfunk- und Fernsehbereich und modernen elektronischen Medien anbelangt, als auch von der thematischen Breite her. Was die mittel- und osteuropäischen Gesellschaften im Übergang von einer jahrzehntelangen Diktatur zu einer funktionsfähigen Demokratie vor allem benötigen, sind Sendungen mit dem Schwerpunkt der politischen Bildungsarbeit. Wünschenswert wäre von den Erwartungen an die Kultur der politischen Meinungsbildung, die man in einer demokratischen Gesellschaft stellen muss, dass es unabhängige Berichterstattung über politische Vorgänge und auch die Möglichkeit eines eigenständigen journalistischen Kommentars dazu gibt. Dies ist nach meinem Eindruck in den einzelnen Ländern aber in unterschiedlicher Weise gegeben; diese haben auf dem Weg zur Demokratie und zur freiheitlichen Bürgergesellschaft teilweise noch eine große Wegstrecke vor sich. Dass die meisten Medien als Instrument der politischen Bildungsarbeit weithin ausfallen, weil sie reinen Unterhaltungsangeboten den Vorzug geben, erscheint von daher als besonderes Problem.

Was sehen Sie kritisch in der Gesamtentwicklung?

Wünschenswert ist ein gutes Mischungsverhältnis in der Mediennutzung. Es sollte die Kultur des Zeitungslesens neben den unterschiedlichen Angeboten der Radio- und Fernsehsender geben. Zudem sollte der Medienkonsum des Einzelnen nicht nur eine rein private Tätigkeit sein, die ihn vom Austausch mit anderen abhält. Idealerweise führen Berichte, Nachrichten und Filmereignisse im medialen Hintergrund auch zur Anschlusskommunikation am Arbeitsplatz, im Sportverein oder im privaten Freundeskreis. Jeder berichtet über das, was er gesehen und gehört hat, und so entsteht ein Kreislauf des Austausches mit anderen. Die modernen Medien können die Primärkommunikation unter den Menschen, also ihr Gespräch im Alltag, dadurch anregen, dass sie Themen vorgeben und fremde Erfahrungen als Spiegel für eigene Reflexionen anbieten. Insofern dienen sie der Horizonterweiterung, sie ermöglichen, sich in

andere Probleme, Lebenswelten und kulturelle Identitäten hineinzusetzen. Gleichzeitig können sie die Fähigkeit zur unmittelbaren Kontaktaufnahme mit anderen aber auch einschränken und den Einzelnen atomisieren. Dies ist immer dann der Fall, wenn Mediennutzung zu einem einsamen, autistischen Vergnügen wird. Dies ist keine zwangsläufige Fehlentwicklung, es bedarf jedoch der Einübung und der Befähigung, Medien als Instrument zu nutzen, das Anschlusskommunikation und intersubjektiven Austausch ermöglicht.

Können Sie Grundsätze einer Ethik der Medien und des Umgangs mit ihnen für die kommende Zeit benennen?

Grundsätzlich sollte Mediennutzung nicht als passives Konsumverhalten geschehen, sondern sich der autonomen Zeitgestaltung des Einzelnen unterordnen. Dazu bedarf es auch der Fähigkeit der Askese und des Verzichtes. Andere Tätigkeiten, z. B. der Besuch von Theater, Konzert und Kino oder gar das selbstständige Musizieren, sind oftmals anstrengender, als sich zuhause vor die Glotze zu setzen.

Die Ethik der Medien darf aber nicht nur Anforderungen an die Mediennutzer stellen. Gebote wie das Sorgfaltsgebot bei der eigenen Recherche, die Verpflichtung zur wahrheitsgemäßen Berichterstattung oder die Sorge um ein repräsentatives Meinungsspektrum in der Berichterstattung sind Grundgebote der Medienethik, die sich auch an die Produzenten richten.

Ein weiterer dringlicher Aspekt, dem gerade im Blick auf die osteuropäische Medienlandschaft hohe Bedeutung zukommt, ist die Sicherung journalistischer Freiheit gegenüber den Medienkonzernen und gegenüber den staatlichen Überwachungssystemen. Dabei geht es nicht nur um ein individuelles Freiheitsrecht des einzelnen Journalisten in der Ausübung seiner Profession, sondern auch um die gesellschaftliche Bedeutung, die einem freien Journalismus für die ungehinderte Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger und damit für das Funktionieren der Demokratie selbst zukommt. Freie Medien, die unabhängig von staatlicher Bevormundung sind, stellen insofern ein Grundrecht der Demokratie als solcher dar.

Schwerpunktthema des nächsten Heftes:

Umweltprobleme in Mittel- und Osteuropa

Editorial

Umweltschutz ist wahrscheinlich das Thema, das das 21. Jahrhundert entscheidend prägen wird. Angesichts immer knapper werdender Rohstoffe und des weltweit spürbaren Klimawandels steht die Menschheit an einem Wendepunkt: Ein „Weiter so“ ist nicht mehr möglich. Umdenken *und* verändertes Handeln sind zwingend erforderlich. Auch die Christen sind gefordert, auch die Kirchen müssen Stellung beziehen – sie tun es auf vielfältige und unterschiedliche Weise, in Wort *und* Tat.

Umweltschutz ist zugleich „angesagt“ – so erscheinen täglich Berichte zur Ölkatastrophe im Golf von Mexiko, deren Folgen noch nicht absehbar sind. Experten unterschiedlichster Fachrichtungen geben Stellungnahmen ab, die oft widersprüchlich sind und mehr zur Verwirrung als zur Klärung beitragen. Und nun auch noch ein Heft von OST-WEST. Europäische Perspektiven – warum? Die Redaktion hat lange überlegt, wie man sich dieser Thematik annähern kann. Ein Anlass für die Schwerpunktwahl ist die Erinnerung an das Reaktorunglück von Tschernobyl, das sich im April 2011 zum 25. Mal jährt und besonders Mittel- und Osteuropa schwer getroffen hat. Damit ist das Thema „Energie“ mit den Aspekten „Energieeffizienz“, „Energieeinsparung“ und „alternative Energien“ angeschnitten. Nicht minder wichtig sind die Bereiche „Wasser“ und „Holz“: Wie geht der Mensch damit um? Und überhaupt: Wo und wie ist der Mensch in der Umwelt „verortet“? Damit ist einmal mehr die theologische Frage gestellt: Ist sich der Mensch bewusst, dass er ein Teil der Umwelt, der Schöpfung, ist? Daraus fließen Rechte, aber auch Pflichten. Die ostkirchliche Tradition bietet hier wichtige Anknüpfungspunkte, die im Heft zur Sprache kommen.

Die Beiträge sind in Gestalt einer kleinen Reise angeordnet, die von Mittel- nach Ost- und Südosteuropa und schließlich nach Zentralasien führt. Manche Überraschung wartet am Wegesrand. Die Redaktion würde sich über Rückmeldungen sehr freuen.

Die Redaktion

Inhaltsverzeichnis

Markus Vogt

- Biblische und sozialetische Grundlagen für einen
verantwortungsbewussten Umgang mit der Schöpfung 163

Krzysztof A. Worobiec

- Masuren – ein bedrohtes Wunder der Natur in Polen 172

Astrid Sahm

- 25 Jahre nach Tschernobyl: Umweltbewusstsein und
Umweltpolitik im heutigen Weißrussland 181

Volodymyr Sheremeta

- Am Anfang eines „grünen Weges“. Kirchliche Umweltarbeit
in der Ukraine 190

Edgar Vulpe

- Praktizierter Umweltschutz in der Republik Moldau – die
„Casa Providenței“ in Chișinău 197

Sándor Győri-Nagy

- Das Karpatenbecken im Spiegel von Kulturökologie und
Umweltkommunikation 201

Bohdan Prots

- Europas unbekannte Urwälder in Transkarpatien 212

Bischof Porfirije

- Kloster Kovilj – ein orthodoxes Kloster in Serbien
mit ökologischer Prägung 219

Tim Graewert

- Die zivile Nutzung der Atomkraft aus bulgarischer
Perspektive 223

Martin Buschermöhle

- Nachhaltige Energiewirtschaft und Umwelterziehung
in Kasachstan 228

Porträt

- Yefim Shmidow und Elena Kirsnouskaya: Das Schicksal
zweier Tschernobyl-Liquidatoren 232

Dokumente

- Gottesdienstliche Texte aus der Orthodoxie zur Schöpfung 237
Auszug aus der Eröffnungsrede von Patriarch Bartholomaios I.
zum Symposium „Arktis: Der Spiegel des Lebens“ 239

Biblische und sozialetische Grundlagen für einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Schöpfung

Der Schöpfungsglaube als Tat-Sache

„Schöpfung“ meint nicht nur einen Akt am Anfang der Welt, sondern zugleich die ständige Gegenwart Gottes in seinen Geschöpfen, die Christen zur Liebe befähigt, zum Handeln verpflichtet und zur Hoffnung ermutigt. Der Schöpfungsglaube ist eine „Tat-Sache“, ein Handlungsauftrag: Denn es gehört zur Struktur des christlichen Glaubens, dass er seine lebendige Wahrheit im praktischen Zeugnis der Kirche und jedes einzelnen Christen gewinnt. Wer die Liebe Gottes zu allen Geschöpfen glaubwürdig verkündet, ist bereit, die Güter der Schöpfung zu schützen, zu pflegen und gerecht zu teilen.

Christinnen und Christen sind davon überzeugt, dass der gesamten Schöpfung Heil und Erlösung zugesagt ist.¹ Der biblische Schöpfungsglaube versteht die Natur als einen Lebensraum, zu dem Konflikt, Leid und Tod hinzugehören und der doch gleichzeitig eine „sehr gute“ Ordnung (Gen 1,31) und Ort des Heilsgeschehens ist. Diese Spannung ist nur auflösbar, wenn man Natur als Kulturaufgabe denkt und radikale Lebensbejahung mit demütigem Anerkennen der Grenzen geschöpflicher Existenz verbindet. Das Ethos einer solchen Schöpfungsspiritualität findet sich beispielsweise bei Franz von Assisi. Schöpfungsspiritualität erkennt die Gegenwart Gottes mitten im Leben, entdeckt die Natur als

¹ In Gen 9 sind auch die Tiere Bündnispartner Gottes, in Kol 1 und Röm 8 wird die Heilerwartung ausdrücklich auf die ganze Schöpfung bezogen. Zur schöpfungstheologischen und ethischen Deutung vgl. Karl Löning/Erich Zenger: Als Anfang schuf Gott. Biblische Schöpfungstheologien. Düsseldorf 1997; Die Deutschen Bischöfe: Handeln für die Zukunft der Schöpfung. Hrsg. v. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Erklärungen der Kommissionen 19). Bonn 1998; Markus Vogt: Prinzip Nachhaltigkeit. Ein Entwurf aus theologisch-ethischer Perspektive. München 2009, S. 263-304.

Prof. Dr. Markus Vogt ist Inhaber des Lehrstuhls für Christliche Sozialethik an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

„Symbolressource“ und verleiht dem Glauben so mit allen Sinnen lebendigen Ausdruck. Sie muss jedoch auch in den Kirchen selbst wieder entdeckt werden. Insbesondere in der westlichen Tradition wurde das Thema Schöpfung angesichts des damit scheinbar unvereinbaren darwinistischen Weltbildes als bloßer Mythos verharmlost und gegenüber der Erlösungslehre in den Hintergrund gedrängt.

Als Schöpfung sind die Dinge und Lebewesen transparent für ihren Ursprung und ihre Vollendung in Gott, dem sie ihr Dasein verdanken. Vor diesem Hintergrund ist der Herrschaftsauftrag des Menschen als

„verantwortete Haushalterschaft“ zu verstehen, wofür sich insbesondere in den alttestamentlichen Geboten eine Fülle sehr konkreter Regeln für ein ökologisch und sozial verantwortliches Haushalten findet. In diesen Regeln steckt ein erstaunliches biologisches und

Schöpfungsglaube ist die Rückbesinnung darauf, dass der Mensch nur dann den Weg zu Gott finden kann, wenn er sich als Teil der Schöpfung begreift.

hygienisches Wissen, das über Jahrhunderte gesammelt und tradiert wurde und es den Israeliten ermöglichte, ohne große Hungersnöte in einer ökologisch extrem sensiblen Region zu überleben.²

Will die Umweltethik mehr sein als ein von apokalyptischen Zukunftsängsten getriebener Diskurs über moralische Imperative, dann kann sie in der Schöpfungstheologie eine tiefe Horizonterweiterung finden. Der theologische Blick auf die Natur entdeckt ihre Dynamik, Vielfalt und Rhythmik als Basis von Lebensqualität. Schöpfungsglaube ist ein Koordinatensystem für kritische Rückfragen nach der Stellung des Menschen in der Natur. Er ist also mehr als der verlängerte Arm ökologischer Moral – er ist die Rückbesinnung darauf, dass der Mensch nur dann den Weg zu Gott finden kann, wenn er sich in Dankbarkeit, Freude, Demut und Solidarität als Teil der Schöpfung begreift. Christliche Schöpfungstheologie sieht Natur und Kultur stets als ein zusammengehörendes Spannungsgefüge.

Notwendige Lernprozesse in Europa

Die vielschichtigen Phänomene der Umweltkrise prägen die Lebenschancen der Menschen zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Große Wohl-

² Aloys P. Hüttermann/Aloys H. Hüttermann: Am Anfang war die Ökologie. Naturverständnis im Alten Testament. München 2002.

stands- und Freiheitschancen auf der einen Seite stehen einer ebenso großen Hilflosigkeit auf der anderen Seite gegenüber. Die sozialen und ökologischen „Nebenwirkungen“ der Globalisierung führen zur Verelendung ganzer Völker sowie zu einer tiefgreifenden Veränderung der Lebensbedingungen auf dem Planeten Erde. Die qualitativ neue Herausforderung besteht darin, dass die vielfältigen Phänomene der global beschleunigten Entwicklung von Armut und Umweltzerstörung in einem engen inneren Zusammenhang stehen und deshalb auch nur gemeinsam analysiert und bewältigt werden können. Wirtschaftlicher Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und ökologische Tragfähigkeit stehen heute aufgrund der engen Verflechtung weltweiter Wirkungszusammenhänge so sehr in einer wechselseitigen Abhängigkeit, dass sie nicht einzeln oder gar gegeneinander gesichert werden können. Ohne eine systematische Verknüpfung und weltweite Einbindung bleiben die Konzepte der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltethik nur kurzatmige Symptombehandlungen.

Man kann diese grundlegende Bedingung für eine zukunftsfähige Entwicklung unserer Zivilisation unter dem Begriff „Nachhaltigkeit“ zusammenfassen: Nachhaltigkeit wurde bei der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro als eine ökologisch tragfähige, sozial gerechte und wirtschaftlich effiziente Entwicklung definiert und von der Völkergemeinschaft als verbindliches Leitbild für die globale Entwicklung im 21. Jahrhundert anerkannt. In der Agenda 21 wurde ein konkreter „Fahrplan“ für diese Vision als Grundlage der Politik im 21. Jahrhundert von den obersten Vertretern von 179 Staaten anerkannt und unterschrieben.³ Europa ist der Ursprungsort des Nachhaltigkeitsprinzips: Der Begriff wurde 1713 in der deutschen Forstwirtschaft geprägt. Die Europäische Union ist mit den Umweltaktionsprogrammen seit 1973 starke Promotorin für die Übersetzung des Prinzips in die Politik; die norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland war 1987 die Impulsgeberin für die Verankerung von Nachhaltigkeit auf UN-Ebene („Brundtlandbericht“).

Nachhaltigkeit ist ein entscheidender Maßstab dafür, dass der Transformationsprozess der Länder in Mittel- und Osteuropa nicht zu einer

³ Zu den Dokumenten von Rio vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro – Dokumente (Agenda 21, Konventionen, Rio-Deklaration, Walderklärung). Bonn 1992; zur sozioethischen Deutung des Nachhaltigkeitskonzeptes vgl. Vogt (wie Anm. 1).

nachholenden Entwicklung auf Kosten der ökologischen und soziokulturellen Potenziale der Länder wird. „Nach der Wende (1989-1991) und dem Ende des Kommunismus kam es in den postkommunistischen Ländern zu einer Neuauflage des Kapitalismus, und zwar in seiner rücksichtslosen Form: dem liberalen Kapitalismus oder, wie man das dort gemeinhin nennt, einem wilden, ungezügelten ‚Turbokapitalismus‘.“⁴ Gerade in Mitteleuropa ist es aber für eine solide, dauerhaft stabile Wohlstandsentwicklung unabdingbar, dass das Gleichgewicht zwischen allen Dimensionen gesellschaftlicher Entwicklung, wie es das Konzept der Nachhaltigkeit postuliert, politisch gewollt und geschützt wird. Das Leitbild der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, für das sich die Kirchen in Deutschland bereits 1985 stark gemacht haben – damit vor allen politischen Parteien – und das in seiner Dreidimensionalität als konsequenter Ausdruck der Nachhaltigkeit gelten kann, ist ein notwendiger Rahmen für eine zukunftsfähige Entwicklung in Europa.

Herausforderungen für eine Erweiterung der Sozialprinzipien

Die Globalisierung der ökologischen und sozialen Frage lässt sich ethisch mit dem Aufstellen von Einzelnormen nicht hinreichend beantworten, sondern fordert ein Hinterfragen der Grundsätze, nach denen Politik und Wirtschaft organisiert werden. Es geht darum, die normativen Leitlinien für die Regelung der sozialen Konflikte sowie die Gestaltung der gesellschaftlichen Strukturen nach übergeordneten und allgemeinen Gesichtspunkten transparent zu machen, zu ordnen und zu gestalten. Genau dies ist die Ebene der *Sozialprinzipien*. Sozialprinzipien sind die ethische Grammatik für den Strukturaufbau der Gesellschaftsordnung. Theologisch betrachtet haben sie ihren Ort auf der grundsätzlichen Ebene der Übersetzung biblischer Imperative in ordnungsethische Kategorien, die der offenen Dynamik moderner Gesellschaft und Wirtschaft Rechnung tragen.

Bei den Prinzipien der *Personalität* und der *Solidarität* hat die Kirche ethische Impulse von außen aufgenommen. Die zunächst „säkularen“ Begriffe wurden mit der eigenen Tradition verknüpft und so ethisch und theologisch neu ausgedeutet. Eher umgekehrt verhielt es sich mit dem

⁴ Stjepan Baloban: Ökosoziale Marktwirtschaft für die Transformationsländer? In: Helmut Renöckl (u. a.): Umbrüche gestalten. Sozialethische Herausforderungen im neuen Europa. Wien, Würzburg 2008, S. 192-203, hier S. 192 f.

Subsidiaritätsprinzip. Dieses wurde 1931 in der Enzyklika „Quadragesimo anno“ definitiv eingeführt, doch gewann es erst im Rahmen der Erweiterung und Vertiefung Europas als Maßstab der ethisch-politischen Reflexion auf den Föderalismus eine zentrale Bedeutung. Von daher liegt es in der konzeptionellen Linie der Sozialprinzipien, dass sie erweitert werden, wenn sich qualitativ neue geschichtliche Herausforderungen stellen, und dass dabei auch ethische Begriffe und Reflexionen von außen in die kirchliche Tradition aufgenommen werden können. Genau dies schlage ich für den Begriff der *Nachhaltigkeit* vor. Er sollte als viertes Sozialprinzip christlicher Sozialethik definiert werden.

„Nachhaltigkeit“ sollte als viertes Sozialprinzip christlicher Sozialethik definiert werden.

Zwischen dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung und christlicher Schöpfungsverantwortung besteht ein wechselseitiges Ergänzungsverhältnis: Einerseits ist Schöpfungsverantwortung heute auf den Weg nachhaltiger Entwicklung verwiesen, um gesellschaftliche Wirksamkeit zu entfalten, andererseits kann die Begründung und Umsetzung des Leitbildes der Nachhaltigkeit vom christlichen Schöpfungsglauben und Menschenbild her wichtige Orientierungshilfen erhalten. Der Glaube bietet entscheidende Anstöße, um das Leitbild nachhaltiger Entwicklung in seiner kulturellen und ethischen Dimension zu vertiefen und so den notwendigen Kurswechsel zu einer nachhaltigen Entwicklung auf der Ebene des individuellen und gesellschaftlichen Wertewandels zu unterstützen.

Der ganzheitliche Anspruch der Nachhaltigkeit fordert, ihn entweder in der Mitte des eigenen Selbstverständnisses, der Organisationsstruktur und der eigenen Tradition zu verankern oder ihn abzulehnen. Trotz sehr früher kirchlicher Impulse und Rezeptionen des Leitbildes der Nachhaltigkeit sind die Kirchen jedoch noch weit entfernt von einer soliden Integration im christlichen Glaubensbewusstsein, in den ethischen Grundhaltungen des Alltags, in den politischen Optionen und den praktischen Organisationszielen kirchlicher Institutionen. Angesichts dieser Situation ist kritisch zu fragen, ob der Ansatz der Nachhaltigkeit ohne Widersprüche mit dem biblischen Schöpfungsglauben und der Tradition christlicher Ethik verbunden werden kann und wie diese ihrerseits zu einer vertieften Interpretation von Nachhaltigkeit beitragen können. Die genauere Analyse kirchlicher Dokumente und Praxis zeigt, dass hier noch ein schwieriger Lernprozess bevorsteht.

Die ökologischen Fragen in der Enzyklika „Caritas in veritate“

Die Umweltfrage ist bisher noch kein systematisches Grundelement christlicher Soziallehre.⁵ Diese Feststellung von Wilhelm Korff aus dem Jahr 1996 gilt – zumindest für die Ebene der päpstlichen Lehrverkündigung – nach wie vor. Zwar finden sich dort seit den 1960er Jahren durchaus starke ökologische Imperative, aber diese haben im Kern lediglich tugendethischen Charakter. Auf der Ebene der Sozialprinzipien wird Ökologie lediglich als impliziter Aspekt behandelt, aber nicht als eine Herausforderung eigener Art. Selbst in der jüngsten Sozialenzyklika „Caritas in veritate“, die den Anspruch erhebt, den Begriff der Entwicklung neu zu definieren und die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts in den Mittelpunkt zu stellen, kommen weder die Begriffe „Nachhaltigkeit“ noch „Klimawandel“ vor.⁶ Dies steht in eigenartigem Gegensatz zu den eindringlichen Analysen und Appellen zur Schöpfungsverantwortung, denen die Enzyklika fünf Abschnitte widmet (Nr. 48-52). Darin wird ein breiter Bogen von grundlegenden Reflexionen über die Grammatik der Schöpfung als Ausdruck eines Planes der Liebe und der Wahrheit bis zur Notwendigkeit eines neuen Bundes zwischen Mensch und Umwelt zum Schutz des Menschen gegen seine Selbstzerstörung geschlagen. Prägnante Postulate für einen veränderten Umgang mit Energie durch den Ausbau von Effizienztechnik und der Nutzung erneuerbarer Ressourcen sowie für einen verbesserten Zugang

„Caritas in veritate“ schweigt zum Thema „Klimawandel“.

armer Länder zu Energie stellen den Bezug zur aktuellen Umweltpolitik her. So ist der ökologische Abschnitt der Enzyklika in vieler Hinsicht sicherlich inhalts-

reich und innovativ. Es fehlt jedoch genau das, was von einer Enzyklika zu erwarten ist: die Verortung der neuen Herausforderungen auf der konzeptionellen Ebene der Ziele und Bedingungen für Fortschritt und Entwicklung.

Zum Klimawandel schweigt die Enzyklika. Nicht einmal der Begriff kommt vor, obwohl heute kaum zu übersehen ist, dass sich in ihm die

⁵ Wilhelm Korff: Verbindliche Handlungsprinzipien. Zum Anspruch einer Soziallehre. In: Zentralkomitee der deutschen Katholiken (Hrsg.): „Solidarität ist unteilbar“. Katholischer Kongress 1996 in Hildesheim. Kevelaer 1997, S. 441-446; vgl. auch Vogt (wie Anm. 1), S. 16-40.

⁶ Markus Vogt: Beredtes Schweigen. Ein Kommentar zu ökologischen Aspekten der Sozialenzyklika „Caritas in veritate“. In: Amos international 4/2009, S. 27-35.

ökologischen Probleme in ihrer ganzen Komplexität und Dramatik zuspitzen.⁷ Dieser ist im Wesentlichen durch Menschen verursacht (anthropogen). Damit ist er ethisch betrachtet nicht eine Frage des Schicksals, sondern der Gerechtigkeit. Da das Klima ein kollektives Gut ist, dessen Schädigung alle gemeinsam trifft und dessen Nutzen sich kaum individualisieren lässt, sind Investitionen für Klimaschutz leicht ausbeutbar. Daher braucht Nachhaltigkeit eine spezifische institutionelle Absicherung des Klimaschutzes. Viele Kirchen in Europa, insbesondere orthodoxe und protestantische Kirchen, aber auch nationale Bischofskonferenzen der katholischen Kirche sowie der Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) und die Kommission der europäischen Bischofskonferenzen (COMECE) setzen sich seit vielen Jahren intensiv mit dem Konzept der Nachhaltigkeit und den Fragen des Klimawandels auseinander.⁸ Nur wenn die kulturelle und konfessionelle Vielfalt Europas auch in diesen Fragen beachtet wird, wird die Kirche ihrer „ökologischen Berufung“ (Johannes Paul II.) gerecht werden können.

Kompetenzen der Kirche im ökologischen Diskurs

Die Umweltkrise ist eine ökologische und sozioökonomische Grenzerfahrung der Moderne. Das „schneller, höher, weiter“ ist kein hinreichendes Konzept für Fortschritt, aber auch die Idealisierung der Langsamkeit bietet keine tragfähigen Alternativen. Hier setzt die ethisch-politische Leitidee der Nachhaltigkeit an. Sie versteht sich als neue Definition der Voraussetzungen, Grenzen und Ziele von Fortschritt: Statt der ständigen

⁷ Vgl. Die Deutschen Bischöfe: Der Klimawandel. Brennpunkt globaler, intergenerationaler und ökologischer Gerechtigkeit. Hrsg. v. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Kommissionstexte 29). 2. Auf. Bonn 2007. – Man kann das eindringliche Plädoyer für Effizienzsteigerung im Umgang mit Energie, den Ausbau erneuerbarer Energien und den verbesserten Zugang armer Länder zu Energie (Nr. 49) als eine indirekte Auseinandersetzung der Enzyklika mit dem Klimawandel auffassen. Die Analyse bleibt in der Enzyklika jedoch höchst unvollständig, da das zentrale Problem heute nicht die Ressourcenverknappung ist, sondern die Veränderung der Biosphäre durch Treibhausgase. Zwar hat der Papst in der Botschaft zum Weltfriedenstag (1. Januar 2010) unter dem Titel „Wenn du den Frieden willst, bewahre die Schöpfung“ den Klimawandel als zentrale Herausforderung benannt, aber dies geschieht auf der Ebene eines moralischen Appells und nicht im Rahmen einer prinzipiellen und strukturethischen Reflexion. Die Chance und Aufgabe einer ökologischen Weiterentwicklung der Soziallehre ist damit verpasst.

⁸ Hinweise bei Vogt (wie Anm. 1), S. 180-214.

Steigerung von Gütermengen und Geschwindigkeiten wird die Sicherung der ökologischen, sozialen und ökonomischen Stabilität menschlicher Lebensräume zur zentralen Bezugsgröße gesellschaftlicher Entwicklung und politischer Planung. Nur ein ressourcenleichter Wohlstand, der möglichst vielen Menschen Teilhabechancen eröffnet, ist gerechtigkeitsfähig. Nachhaltigkeit ist eine Zukunftsvorsorge, deren motivierende Hoffnung nicht Fortschrittsoptimismus ist, sondern die *Vision eines gelungenen Lebens in den Grenzen der Natur*. Eine solche

Hoffnung jenseits von Fortschrittsoptimismus findet sich im christlichen Glauben: Sie basiert nicht auf der Vorstellung, dass alles immer besser werde und der Mensch eine vollkommene Gesellschaft schaffen könne, sondern im Gegenteil auf einem existenziellen Bewusstsein der

Die Herausforderung der Rückbesinnung auf ein tragfähiges Verhältnis zur Schöpfung betrifft die Fundamente unserer Kultur und unseres Selbstverständnisses.

Grenzen des Menschen, das dann zum Heil und zur Hoffnung werden kann, wenn der Mensch den Geschenkcharakter des Lebens und seine Angewiesenheit auf Gemeinschaft erkennt.

Die Kirchen tragen auch in der Praxis in vielfältiger Weise zu diesem Kurswechsel bei, z. B. durch Projekte zum kirchlichen Umweltmanagement nach der europäischen EMAS-Verordnung („Eco-Management and Audit Scheme“); hier sind in Deutschland und Österreich mehr als 500 kirchliche Einrichtungen aktiv.⁹ In der Ukraine wird derzeit ein ökologisches Informationszentrum an der Universität Użhorod aufgebaut, in dem die Kirchen in ökumenischer Partnerschaft Beamte zu Fragen der Umweltverantwortung ausbilden. Nach der Zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung 1997 in Graz hat sich das „Europäische Christliche Umweltnetzwerk“ (ECEN) gebildet, das in nahezu allen Themenbereichen ökologischer Verantwortung pastoral, praktisch und politisch tätig ist. Über die inhaltlichen Aspekte hinaus ist Schöpfungsverantwortung zugleich ein intensiver *Lernprozess* für ökumenische Gemeinschaft und gesellschaftliche Mitverantwortung der Kirchen unter den extrem unterschiedlichen und sich wandelnden Bedingungen im zusammenwachsenden Europa.

Dabei geht es keineswegs nur um rein praktische und technische Fragen. In den existenziellen Erfahrungen der ökologischen Krise stellt sich

⁹ Vgl. dazu aktuelle Informationen unter: www.kirchliches-umweltmanagement.de; außerdem: www.ecen.org; www.cefe.ch (Catholic Ecology Forum Europe).

heute auf vielfältige Weise die Gottesfrage selbst. Die Herausforderung der Rückbesinnung auf ein tragfähiges Verhältnis zur Schöpfung betrifft die Fundamente unserer Kultur und unseres Selbstverständnisses. Dabei liegen die spezifischen Kompetenzen der Kirchen für eine nachhaltig schöpferungsverträgliche Entwicklung auf der Hand:

- Es geht um langfristiges Denken, wofür die Kirche als auf die Ewigkeit Gottes ausgerichtete Institution von ihrer ganzen Existenz her prädestiniert ist.
- Die Kirche ist der älteste „global player“ und damit in besonderer Weise zu weltweiter Verantwortung befähigt, die heute Voraussetzung zur Bewältigung der ökologischen Krise ist.
- Das christliche Menschenbild bestimmt den Wert des Menschen nicht von der Menge der produzierten und konsumierten Güter her und kann damit zu einem maßvollen, gerechten und verantwortlichen Umgang mit ihnen befähigen.
- Der Schöpfungsglaube zielt nicht bloß auf moralische Appelle, sondern auf eine sinnstiftende Kommunikation, die ökologische Verantwortung als Teil der Selbstachtung des Menschen versteht.
- Das Spezifische des christlichen Blicks auf Umweltfragen ist ihre Einbettung in kulturelle und soziale Zusammenhänge. Naturschutz und Menschenschutz bilden für die christliche Ethik eine Einheit.

Dieser integrative, sozialetisch fundierte Ansatz, den sich die Kirchen nicht zuletzt im konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zum Programm gemacht haben, wäre eine solide Basis für eine zukunftsfähige Entwicklung in Europa und weltweit. Es ist jedoch ein weiter Weg für die Kirchen, sich ihr eigenes Erbe so anzueignen und zu transformieren, dass es heute zur gesellschaftlich prägenden Macht werden kann.

Masuren – ein bedrohtes Wunder der Natur in Polen



Land der Wälder und der Seen

„Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen“, schrieb Ernst Wiechert über Masuren, ein deutscher Schriftsteller, der in einem kleinen Forsthaus in der Johannisburger Heide/Puszcza Piska auf die Welt gekommen ist.¹ Der Süden des ehemaligen Ostpreußens ist tatsächlich ein Land mit hunderten von Seen und weitläufigen Wäldern – Resten der vorgeschichtlichen „Großen Wildnis“. Die Natur hat Masuren mit einer wunderschönen Landschaft gesegnet, die von sanften Hügeln, zahlreichen Seen und großen Wäldern geprägt ist. In diese natürliche Umgebung haben unsere Vorfahren Siedlungen eingefügt, wodurch eine harmonische Komposition entstand, die Masuren zu einer der reizvollsten Landschaften Polens und Europas macht. Die Abgelegenheit Ostpreußens mit dem fast völligen Fehlen von Industrie mit umweltschädlichen Anlagen, somit also seine „zivilisatorische Rückständigkeit“, für die man

Masuren wurden 2009 in Liste der „Neuen Wunder der Natur“ aufgenommen.

sich früher geschämt hat, ist heute größter Vorzug der Gegend, denn dadurch ist die Natur nicht zerstört worden und haben sich wertvolle natürliche Gebiete erhalten.

Besonders attraktiv ist das Land der Masurischen Seenplatte, teilweise auch die bewachsene Johannisburger Heide, mit rund 100.000 Hektar einer der größten Waldkomplexe Polens und Europas.

Ein Wunder der Natur

Im Jahre 2009 stellte die schweizerische Stiftung „New 7 Wonders“ eine Liste von 261 außergewöhnlichen Orten auf dem Globus zusammen, die

¹ Auch das „Ostpreußenlied“ weist in seiner Eingangszeile auf diese Besonderheit der Landschaft hin.

Krzysztof A. Worobiec ist Gründer und Vorsitzender des Vereins für den Schutz der masurischen Kulturlandschaft „Sadyba“ und hat viele Aktionen zum Schutz der Landschaft angeregt.

sich um den Titel eines „Neuen Wunders der Natur“ bewarben. Neben Attraktionen wie den Niagarafällen, dem Grand Canyon oder dem Gipfel des Kilimandscharo wurden hier auch die Masurische Seenplatte und die Johannisburger Heide aufgeführt. In einer weltweiten Internetabstimmung kam Masuren unter die 77 und anschließend sogar auf die Liste der 28 schönsten Flecken der Welt, von denen 2011 sieben den Titel „Neues Wunder der Natur“ erhalten werden! Diese prestigeträchtige Nominierung macht nachdenklich. Ein Wunder ist etwas Seltenes, Außergewöhnliches, Erstaunliches, es gilt als perfekt und sehr schön. Darum muss man es pflegen und ehren, vor allem wenn es ein Wunder der Natur ist, das auf äußere Einwirkungen so sensibel reagiert und so leicht zerstört werden kann. Wie aber kümmern wir uns um diese wundervolle Natur?

Die masurischen Seen und der ständig wachsende Tourismus

Markenzeichen Masurens sind die Binnengewässer, vor allem die Seen, deren große Zahl zur Bezeichnung „Land der tausend Seen“ geführt hat. Aus ökologischer Sicht sind jedoch nicht die Gewässer am wertvollsten, sondern die Grenzzone von Wasser und Land sowie die Feuchtgebiete und die daran angrenzenden Gebiete mit ihrer Artenvielfalt.

„Eine solche Kombination von Wäldern und Seen ist europaweit einzigartig“, sagt Dr. Jerzy Kruszelnicki. „Ähnliche Gebiete gibt es, wenn auch sehr viel stärker verändert, nur in Pommern und in Mecklenburg ... Das ist der Grund, warum die masurischen Seen und das Einzugsgebiet der Krutinna/Krutynia, die Waldgebiete und die Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren auf dem ganzen Kontinent nicht ihresgleichen haben.“²

Die Attraktivität Masurens, die gute Lage (nur rund 200 km von Warschau entfernt), die immer größere bemessene Freizeit und die sich vergrößernde Mobilität haben den Wochenend- und Sommertourismus stark zunehmen lassen. Im Sommer sind die masurischen Seen bis zu den Grenzen des Erträglichen überlaufen. Die Uferwälder werden zu großen Toilettenanlagen, die Seeufer zu Müllkippen. Dieses Problem kann man lösen, indem z. B. vorgeschrieben wird, dass Yachten Toiletten besitzen

² Jerzy Kruszelnicki ist Mitglied des Komitees für Umweltschutz der Polnischen Akademie der Wissenschaften, langjähriger Mitarbeiter des Masurischen Landschaftsparks; vgl. *Przyroda znakiem firmowym Mazur* (Die Natur ist das Markenzeichen Masurens). Mit Jerzy Kruszelnicki spricht M. Spiczak. In: *Gazeta Wyborcza*, Regionalausgabe Olsztyn, 11.12.2009.

müssen oder Müllsammelpunkte eingerichtet werden. Schlimmer und schwieriger zu beseitigen ist die dauerhafte Zerstörung der Ufergebiete durch die Ausweisung von Baugebieten und durch die anschließende Bebauung. Der Wunsch, eine Parzelle am Wasser zu besitzen, führt zu immer weniger freien Grundstücken und zu wachsenden Preisen. Dadurch wird ein hübsch gelegenes kleines Feld zu einem wahren Schatz, weshalb die Umwandlung von landwirtschaftlicher Nutzfläche zu Bauland blüht. Das wiederum führt zu einer immer schnelleren Zerstörung wertvoller Gebiete, vor allem an den Ufern der Binnengewässer.

„Aneignung schöner Aussichten“ mit katastrophalen Folgen

Es ist paradox, dass der große Reiz der Seen Menschen anzieht, die dort Grundstücke kaufen, Häuser bauen und sie mit hohen Zäunen umgeben, dadurch aber anderen die Aussicht nehmen, an denen sie sich selbst erfreut haben. An denjenigen Seen, wo es keine Genehmigung zum Bau dauerhafter Bauwerke gibt, werden die unterschiedlichsten Hütten, Buden und Wohnwagen aufgestellt. Alles ist vorgeblich provisorisch und chaotisch, gleichzeitig aber höchst dauerhaft (wie bei vielen Provisorien) und von Zäunen (oft mit Stacheldraht) umgeben, an denen Schilder mit der Aufschrift „Privatgelände“ hängen. An vielen Orten sieht man keinen See mehr, sondern nur noch Zäune, die weit ins Wasser hineinreichen, um zu verhindern, dass unerwünschte Besucher am See entlanggehen. Alle sehen das, manche protestieren, den meisten aber ist das gleichgültig, und die Beamten verschließen die Augen, um sich keine zusätzliche Arbeit aufzuhalsen.

Ein großes Problem ist auch die dauerhafte Zerstörung der Ufer, der Feucht- und Überschwemmungsgebiete, denn um ihre Grundstücke zu vergrößern, schütten die Investoren sumpfige Ufer und den Boden der Seen zu, womit sie die Uferflora und den Lebensraum der dort lebenden Tiere zerstören. Die lokalen Schutz- und Aufsichtsorgane (die Umweltabteilungen der Gemeinden und Kreise, die Bauaufsicht usw.) reagieren nur sehr selten auf mit bloßem Auge zu erkennende Gesetzesverstöße, was mit einer stillschweigenden Genehmigung gleichbedeutend ist.

Die Zerstörung der Seeufer

Beispiel 1

Johannisburg/Pisz wird das „Tor Masurens“ genannt, da hier durch die Verbindung des Rosch-Sees/Jezioro Roś mit dem Spirding-See/Jezioro

Śniardwy oft Bootsfahrten über die masurischen Seen beginnen. Der Rosch-See besteht aus drei fast parallel verlaufenden Rinnen, die durch sanfte Halbbögen miteinander verbunden sind, eine Gesamtlänge von 25 km aufweisen und eine vielfältige Uferlandschaft besitzen. Rundum erstrecken sich Wälder und Feuchtwiesen, im Röhricht nisten Wasservögel und über dem Wasser kreisen Raubvögel. Um die Vorzüge dieses Sees zu bewahren, wurde er Teil des Landschaftsschutzgebiets „Johannisburger Heide und Seen“ (Obszar Chroniony Krajobrazu Puszczy i Jezior Piskich). Theoretisch ist der See also geschützt, doch seit 2001 werden sein Ufer und sein Grund mit Abfällen, Schutt und Erde zugeschüttet. Ufer- und Wasserpflanzen werden zerstört – bis 2010 haben sich schon 4 Hektar mit Röhricht bewachsener Flachwassergebiete zu einer mit einem stabilen Zaun umgebenen Rasenfläche verwandelt!

Zerstörung der Uferzone am Rosch-See bei Johannisburg

Die beunruhigten Einwohner haben an verschiedene Institutionen geschrieben, doch was mit bloßem Auge zu sehen ist, ist für die Wächter von Umwelt und Recht gar nicht so offensichtlich (das Zuschütten von 4 Hektar See ist schließlich nichts anderes als der „Diebstahl“ eines Stücks See, der dem Fiskus gehört). Darum sind hierzu ganze Aktenordner mit Dokumenten entstanden, es wurden mehrere Gutachten in Auftrag gegeben, zweimal hat sich die Staatsanwaltschaft der Sache angenommen, einmal das Verwaltungsgericht der Woiwodschaft, mehrfach

auch das kommunale Berufungsgericht in Allenstein/Olsztyn. Der Papierkrieg dauert noch an: die Verteidiger der Natur (seit 2005 engagiert sich der Verein „Sadyba“ für den Fall) gegen die Beamten der Umweltschutzabteilungen. Derweil mäht der Investor seinen neuen Rasen und bringt sein „erworbenes“ Gelände in Ordnung.

Beispiel 2

Rudczanny/Ruciany war vor dem Zweiten Weltkrieg ein bekannter Kurort, das benachbarte Nieden/Nida ein touristisch erschlossenes Dorf. Nach dem Krieg wurden die beiden Dörfer zu einer Stadt zusammengelegt und am Ufer des Nieder-Sees/Jezioro Nidzkie entstand eine riesige Fabrik für Holzfaserplatten. Nach 1989 ging die Fabrik Pleite und das Firmengelände wurde verkauft. Die attraktivste Parzelle am Seeufer erwarb der Bruder des amtierenden Bürgermeisters. Seit 2008 ist Bauschutt und Abfall herangebracht worden, der in den See geschüttet wurde, um das Grundstück zu vergrößern. Nachdem die Einwohner intervenierten (die Umweltschutzbehörde hatte nichts gesehen), kam es im Februar 2009 zu einer amtlichen Begehung. Im Protokoll hieß es, dass im Zuge der Bauarbeiten der Uferstreifen des Nieder-Sees zugeschüttet worden sei, was zu einer Beeinträchtigung der natürlichen Umwelt auf einer Fläche von ca. 0,6 Hektar geführt habe, von denen ca. 0,4 Hektar auf den See selbst entfielen (das alles in einem Gebiet, das Teil des Programms „Natura 2000“ war und unter Landschaftsschutz stand). Obwohl der Investor zweimal aufgefordert wurde, die Umwelt in ihren ursprünglichen Zustand zurückzusetzen, hat er nichts getan und wird wohl warten, bis Gras über die Angelegenheit gewachsen ist.

Entwicklung?

Diese Beispiele könnten noch fortgesetzt werden. Es gibt auch andere Probleme, wie zum Beispiel den Standort der großen Mülldeponie in Masehnen/Mažany bei Rastenburg/Kętrzyn, gleich neben einem in den Mauer-See/Jezioro Mamry mündenden Flösschen, oder eine geplante 215 Hektar große Kiesgrube direkt neben einem Erholungsort und wertvollen Naturgebieten. All dies wird als „Entwicklung“ von Region und Unternehmertum toleriert. Anstatt die Naturschönheiten Masurens, seinen – im besten Wortsinn – kleinstädtischen und ländlichen Charakter zu nutzen, wird die schlechteste Variante unterstützt, nämlich die unkontrollierte Ausbeutung der Landschaft, wodurch das touristische Po-

tenzial der Region zerstört wird. Unter dem Vorwand des Fortschritts gleicht sich das Aussehen von Dörfern und Städten an, sie verlieren ihre Individualität. Oft ist zu hören: „Wir müssen uns entwickeln, um kein Freilichtmuseum zu bleiben.“ Aber ist eine Abkehr von Tradition und regionaler Identität überhaupt Entwicklung? Werden wir, indem wir dieselben Fehler begehen wie andere vor 30, 40 Jahren in der Zeit der intensiven Modernisierung, nicht ein „mentales Freilichtmuseum“ erzeugen?

Die Naturschönheiten Masurens werden unkontrolliert ausgebeutet, was das touristische Potenzial der Region zerstört.

Alleen

Eines der Opfer, die auf dem Altar der so genannten „Modernisierung“ dargebracht werden, sind die schönen Alleen. „Ich kenne keine Landschaft Europas, die so geprägt ist von Alleen wie Ostpreußen. Linden vor allem, aber auch Eschen, Eichen und sogar Birken begleiten die großen und kleinen Straßen. Das grüne Schattenband einer Lindenallee, das sich durch gelbe Getreidefelder zieht, im Hintergrund die roten Ziegeldächer eines bäuerlichen Anwesens, das wäre ein typisches Bild, das zu malen bliebe“, schreibt Arno Surminski, ein 1934 im Dorf Jäglack/Jeglawki bei Rastenburg geborener Schriftsteller.

Die Alleen sollten den Raum organisieren, den Reisenden bei schlechtem Wetter oder in der Nacht Orientierung im Gelände geben, sie vor Sonne, Regen, Wind oder Schnee schützen. Deshalb mussten die Bäume nahe der Straße wachsen, auf beiden Seiten der Fahrbahn. Die in die Landschaft eingebetteten Baumreihen waren (und sind noch) ihre besondere Zier. Die Alleen sind nicht nur ein Element der Kulturlandschaft, sondern auch Wanderungskorridore, die Waldgebiete miteinander verbinden und es Kleintieren und Vögeln ermöglichen, sich gut zu fortzubewegen. Sie haben auch einen ästhetischen Wert, der ihren ökonomischen Nutzen noch vergrößert – ihre Schönheit zieht polnische und ausländische Touristen an, vor allem Fahrradtouristen, die unter einem schattigen Laubbaldachin dahinradeln möchten. „Masuren ist mit für Radfahrer so attraktiven europäischen Regionen wie dem Bodensee, dem Donauweg oder dem Loiretal zu vergleichen“, sagt Gerd Hesje, der Chef einer deutschen Unternehmens für Fahrradtourismus, fügt aber hinzu: „Wenn ihr Masuren besuchen wollt, dann macht das schnell.“ Denn es fehle an sicheren Radwegen, die Zahl der Lkw nehme rapide zu und die

Alleen würden gefällt: „Wie kann man bloß diese Alleen fällen? ... Es war noch nie so schlimm wie heute.“³ Für alle, die sich auf den Straßen bewegen, sind die Alleen das einprägsamste Element der Landschaft, da sie ihrem Verkehrsmittel am nächsten liegen. Für die Chausseebäume ist diese Nähe jedoch ein Problem, denn was bei den einen Begeisterung hervorruft, wird von anderen als Gefahr gesehen, die sofort zu beseitigen ist. „Wir wollen alle Bäume an den Straßenrändern des Ermlands und Masurens fällen“, drohten die Straßenbehörden schon 2004, und sie verwirklichen diesen Plan.

Gefällte Alleeerbäume in Masuren

In ganz Polen werden in großem Maßstab Bäume an größeren und kleineren Straßen, ja sogar an Gemeindestraßen mit geringem Verkehrsaufkommen gefällt. Tatsächlich ist das Ausmaß der Fällungen unbekannt und schwer zu bestimmen, da je nach Zuständigkeit unterschiedliche Straßenbehörden dafür verantwortlich sind und niemand eine übergreifende Statistik führt. Die Zahl der gefällten Alleeerbäume geht aber jährlich in die zehntausende. Um die Vernichtung der Alleen aufzuhalten, hat der Verein für den Schutz der masurischen Kulturlandschaft „Sadyba“ 2004 die Aktion „Retten wir die Alleen“ ins Leben gerufen.

³ Szybko na Mazury (Schnell nach Masuren). In: Gazeta Wyborcza, Regionalausgabe Olsztyn, 19.02.2008.

Straßen aus EU-Mitteln

Gute Straßen sind notwendig, weshalb die Europäische Union die Modernisierung vernachlässigter Wege im Ermland und in Masuren bezuschusst. Doch da die neuen Straßen bestimmte technische Parameter erfüllen müssen, werden Chausseebäume massenhaft gefällt (in der nächsten Zeit sollen alleine an den Straßen des Ermlands und in Masuren 25.000 Bäume entfernt werden). Der Straßenausbau führt auch zu anderen Problemen. Große Bedenken ruft beispielsweise der Ausbau der Straße Nr. 16 hervor, die das Ermland und Masuren von Ost nach West durchschneidet und in das Netz transeuropäischer Transportkorridore integriert werden soll. Die Straße soll nicht nur wertvolle Naturgebiete berühren, sondern auch durch das landschaftlich und touristisch besonders wertvolle Zentrum Masurens verlaufen, was zur Zerstörung des Fremdenverkehrs, also der wichtigsten Erwerbsquelle für die Einwohner führen kann. Rund 1 km von Nikolaiken/Mikołajki, der „Hauptstadt Masurens“, entfernt soll eine 350 m lange Brücke entstehen, auf der vierspurig, 19 Meter über dem Talter Gewässer/Jezioro Tałty (dem wichtigsten Gewässer der masurischen „Segelstraße“), täglich viele tausend Lkw entlangdonnern werden! Gegen dieses Projekt protestieren Umweltschützer, die Tourismusbranche sowie die Einwohner und Behörden von Nikolaiken. Dennoch sind die Straßenbauämter und die Woiwodschaftsverwaltung der Ansicht, dass ihre Pläne die besten sind, und unterstützen sie vehement.

Ein Nationalpark, der seit 50 Jahren entsteht

Um die einzigartige masurische Natur erfolgreich zu schützen, schlug Prof. Dr. Władysław Szafer, ein Wissenschaftler, Naturschützer und Vater vieler Nationalparks (darunter der Nationalparks Białowieża und Tatra) schon in den 1960er Jahren vor, einen Nationalpark Masuren zu gründen. Diese Idee fand viele weitere Unterstützer, sodass 1977 ein provisorischer Landschaftspark Masuren eingerichtet werden konnte. Dieses Provisorium besteht nun seit über 30 Jahren, und die Aussichten auf ein weiteres Jubiläum stehen gut. Die Kommunalverwaltungen, die den bestehenden Landschaftspark ständig kritisieren und gegen ihn ankämpfen, wollen um nichts in der Welt einen Nationalpark! Sie fürchten ihn wie der Teufel das Weihwasser – eine Folge von Mythen, die über Jahre hin entstanden sind, von fehlendem Wissen über das Wesen von

Nationalparks sowie schlicht von Angst vor „Neuerungen“. In Polen gibt es 23 Nationalparks, ein Nationalpark Masuren wird aber so schnell nicht entstehen, selbst wenn er ein Wunder der Natur schützen würde.

Zum Schluss

Die beschriebenen Beispiele betreffen nur Nordostpolen, das man die „Grüne Lunge Polens“ nennt. Ähnlich aber behandelt man die Natur in

Noch werden die großen Möglichkeiten, die die Natur für die Entwicklung der Regionen bietet, in Polen nicht erkannt.

anderen Gegenden des Landes, da sowohl die Regierung als auch zahlreiche Kommunalverwaltungen durch Vermittlung der Massenmedien fälschlich glauben, die natürlichen Vorzüge Polens seien ein Ergebnis seiner Rückständigkeit

und ihr Schutz behindere die Möglichkeiten zur Entwicklung von Wirtschaft und Infrastruktur. Die großen Möglichkeiten, die die natürliche Umgebung für die Entwicklung der Regionen bietet, werden nicht erkannt. Die Politiker verschiedener Parteien vertreten hemmungslos die These, dass Polen zunächst eine Infrastruktur erhalten müsse, erst danach könne es sich um die Umwelt kümmern.

Aus dem Polnischen übersetzt von Zenona Choderny-Loew.

25 Jahre nach Tschernobyl: Umweltbewusstsein und Umweltpolitik im heutigen Weißrussland



Die Reformpolitik des sowjetischen Generalsekretärs Michail Gorbatschow lenkte in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in der gesamten Sowjetunion erstmals die öffentliche Aufmerksamkeit auf die verheerenden ökologischen Missstände, die durch die zentralistische Planwirtschaft mit ihrer intensiven Ressourcenausbeutung entstanden waren. In fast allen Unionsrepubliken bildeten sich Umweltbewegungen, die schwere Vorwürfe gegen die Moskauer Zentralregierung erhoben. Die Loslösung von Moskau erschien dementsprechend als der geeignete Ausweg, um eine adäquate Umweltpolitik einzuleiten und weitere schwerwiegende Gesundheitsschäden zu verhindern. Aus diesem Grunde verbanden sich Umweltfragen eng mit nationalen Forderungen und spielten eine wichtige Katalysatorenrolle bei der Auflösung der Sowjetunion.

Weißrussland bildete in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Umfassende Meliorationsmaßnahmen in der Landwirtschaft sowie ein intensiver Torfabbau bedrohten die Existenz der einzigartigen Sumpflandschaften. Große, vor allem petrochemische Betriebe belasteten Luft und Wasser. All diese Probleme wurden jedoch durch die Auswirkungen der Tschernobyl-Katastrophe in den Schatten gestellt. Denn 70 Prozent des Fallouts, der durch die Reaktorexpllosion im Atomkraftwerk (AKW) Tschernobyl am 26. April 1986 freigesetzt wurde, gingen auf Weißrussland nieder. Infolgedessen wurden 23 Prozent des weißrussischen Territoriums, auf dem 2,2 Millionen Menschen lebten, langfristig radioaktiv kontaminiert.¹ Der für 1986-2015 entstandene volkswirtschaft-

¹ Die Skizze zu Beginn des Beitrags verweist auf das betroffene Gebiet.

Dr. Astrid Sahn ist die Leiterin der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte (IBB) „Johannes Rau“ in Minsk.

liche Gesamtschaden wird auf 235 Milliarden Dollar geschätzt. Diese Wahrheit erfuhren die Weißrussen jedoch erst drei Jahre nach der Reaktorkatastrophe, da die Behörden die realen Katastrophenausmaße zunächst verschleierten. Es war vor allem diese Schweigepolitik, die das Vertrauen der meisten Weißrussen in das sowjetische System erschütterte. Ein Viertel der im März 1990 bei den ersten freien Wahlen in den Obersten Sowjet gewählten Abgeordneten gehörte nicht der Kommunistischen Partei an. Auf ihre Initiative erklärte das Parlament im

Weißrussland ist trotz aller Anstrengungen nicht in der Lage, die Folgen der Tschernobyl-Katastrophe alleine zu bewältigen.

Sommer 1990 das Territorium ihrer Republik zum ökologischen Notstandsgebiet. In der wenig später verabschiedeten Souveränitätserklärung heißt es u. a: „Ihre Freiheit und Souveränität verwendet die Weißrussische SSR vorrangig zur

Rettung des Volkes der Weißrussischen SSR vor den Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl.“

Die mit der Ende 1991 erfolgten Auflösung der Sowjetunion einhergehende dramatische Wirtschaftskrise stellte jedoch einen schweren Dämpfer für das neu entstandene Umweltbewusstsein dar. Das unabhängige Weißrussland war nicht in der Lage, die 1990-1991 verabschiedeten Tschernobyl-Programme mit ihren umfassenden Umsiedlungs- und Sozialmaßnahmen vollständig zu finanzieren. Viele Menschen verzichteten auf die angebotenen Umsiedlungsmaßnahmen, da die Perspektiven auf einen Arbeitsplatz am neuen Wohnort unsicher waren und es in vielen Fällen an einer angemessenen sozialen Infrastruktur fehlte. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurde daher die staatlich vorgeschriebene Umsiedlungspflicht für viele verstrahlte Orte aufgehoben. Hauptziel der staatlichen Tschernobyl-Politik wurde nun die „Wiedergeburt der kontaminierten Regionen“. Mit anderen Worten: Durch gezielte Investitionen sollen normale Lebensbedingungen in den Tschernobyl-Regionen geschaffen werden. Hierfür wurden in den letzten Jahren zwischen 1,5 und 5 Prozent des Staatshaushalts vorgesehen.

Einmalige Solidaritätsbewegung

Die Wende in der offiziellen weißrussischen Tschernobyl-Politik wurde auch dadurch befördert, dass die Hoffnung der weißrussischen Regierung auf eine umfassende finanzielle Unterstützung durch die internationale Staatengemeinschaft in Gestalt der UNO sich nicht erfüllte.

Stattdessen erfuhr Weißrussland eine bisher unbekannte Hilfe von privaten Initiativen aus zahlreichen europäischen und außereuropäischen Ländern. So gab die weißrussische Regierung 1993 an, bisher 82 Prozent der gesamten internationalen Hilfeleistungen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) erhalten zu haben. 40 bis 50 Prozent dieser Hilfe wurde dabei von deutschen Initiativen geleistet. Mitte der 1990er Jahre gab es in Deutschland etwa 1.000 private Initiativen, die überwiegend aus der Anti-AKW-Bewegung oder aus der kirchlichen Versöhnungsarbeit angesichts der während der nationalsozialistischen Besatzung von Weißrussland im Zweiten Weltkrieg begangenen Verbrechen entstanden waren. Zentraler Schwerpunkt der Arbeit dieser Initiativen in Deutschland und in anderen Ländern stellte die Einladung von Kindern aus den Tschernobyl-Regionen zu Erholungsaufenthalten dar. Weitere wichtige Formen waren Hilfstransporte mit Kleidern, Lebensmitteln usw. sowie medizinische Hilfe mit medizinischem Gerät, Medikamenten und die Fortbildung von Ärzten.

Obwohl diese Hilfe insbesondere angesichts der umfassenden Wirtschaftskrise für die Betroffenen zum Teil überlebenswichtig war, hatte sie auch ihre Kehrseiten. So trägt humanitäre Hilfe soziologischen Untersuchungen zufolge, wenn sie den Empfänger in Passivität belässt und eine Konsumentenhaltung bei ihm befördert, zur Entstehung eines Opferkomplexes bei. Allerdings gab es von Anfang an zahlreiche Tschernobyl-Projekte, die bewusst den Ansatz einer strukturellen partnerschaftlichen Hilfe wählten. Hierzu gehört beispielsweise das 1994 eröffnete Kinderzentrum NADESHDA (deutsch: Hoffnung), an dessen Aufbau sich die Partnervereine „Leben nach Tschernobyl“ in Frankfurt (Main) und Minsk gemeinsam mit der Männerarbeit der EKD und dem weißrussischen „Staatskomitee für die Bewältigung der Katastrophenfolgen von Tschernobyl“ beteiligt haben. In diesem in einem unbelasteten Naturschutzgebiet in Weißrussland gelegenen Rehabilitations- und Erholungszentrum können sich jährlich knapp 5.000 Kinder und Jugendliche aus den Tschernobyl-Regionen gemeinsam mit ihren Lehrkräften erholen. Sie erfahren dadurch nicht nur eine Stärkung ihrer Gesundheit, sondern werden auch zu aktivem gesellschaftlichen Handeln im Sinne von Nachhaltigkeitsprinzipien motiviert.

Zahlreiche Projekte zielen darauf, den Menschen eine lebenswerte Umwelt in Weißrussland zu schaffen und sie dadurch im Lande zu halten.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt die deutsche Initiative „Heim-statt-

Tschernobyl“, die gemeinsam mit ihrem weißrussischen Partner „Ökodom“ in zwei Regionen Lehmhäuser für Umsiedler aus den Tschernobyl-Regionen aufgebaut hat. Die Häuser werden dabei in internationalen Arbeitseinsätzen mit zahlreichen Freiwilligen unter Beteiligung der Umsiedlerfamilien errichtet. Zur Arbeitsbeschaffung unterstützt „Heim-statt-Tschernobyl“ außerdem die Entwicklung nachhaltiger regionaler Wirtschaftsstrukturen. So wurden in der Narotsch-Region mit privaten Spenden die ersten beiden Windkrafträder überhaupt in Weißrussland errichtet. Ein Gemeinschaftshaus und eine Ärztestation, die als Niedrigenergiehäuser konzipiert und mit Solaranlagen ausgestattet sind, ergänzen dieses einzigartige Projekt. Wie in NADESHDA erfahren hier die durch Tschernobyl betroffenen Menschen, dass sie eine Zukunft in ihrem eigenen Land als einem Teil Europas haben, indem sie neue Qualifikationen erwerben und sich durch internationalen Austausch weiterentwickeln.

Erinnern gegen Vergessen

Die in Reaktion auf die Tschernobyl-Katastrophe entstandene europäische Solidaritätsbewegung ist außergewöhnlich, da sich unzählige Menschen über einen erstaunlich langen Zeitraum ehrenamtlich engagierten. Obwohl heute immer noch mehrere hundert Initiativen aktiv sind, ist 25 Jahre nach Tschernobyl jedoch ein deutlicher Rückgang des Engagements zu verspüren. Dies erklärt sich zum einen durch den hohen bürokratischen Aufwand, den die weißrussischen Behörden von den Tschernobyl-Initiativen verlangen, um Missbrauch und die Lieferung von minderwertigen Hilfsgütern auszuschließen. Infolgedessen haben die meisten Initiativen beispielsweise die Hilfe mit Medikamenten vollständig eingestellt. Zum anderen erhalten die Initiativen jedoch auch weniger Spenden in ihren eigenen Ländern, da Tschernobyl zunehmend durch andere Katastrophen in den Medien verdrängt wurde. Die Mitglieder vieler Initiativen, die sich Anfang der 1990er Jahre gebildet haben, kommen zudem inzwischen in das Rentenalter, ohne dass sich jüngere Menschen in größerem Maße dieser Form der Hilfe anschließen würden. Parallel hierzu hat sich auch in Weißrussland der Anteil der NGOs, die sich mit der klassischen Tschernobyl-Hilfe beschäftigen, in den letzten 10 Jahren von 21 Prozent auf 4 Prozent verringert.

Diesen Tendenzen versucht im Vorfeld des 25. Jahrestages von Tschernobyl ein Projekt entgegenzuwirken, das derzeit vom Internatio-

nen Bildungs- und Begegnungswerk in Dortmund gemeinsam mit der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte „Johannes Rau“ in Minsk (IBB) und „EUStory“, einem europäischen Netzwerk von landesweiten Schülerwettbewerben, mit finanzieller Unterstützung der Mercator-Stiftung durchgeführt wird. Im Rahmen dieses Projektes sollen die in Reaktion auf Tschernobyl entstandene europäische Solidaritätsbewegung sowie das Schicksal der Umsiedler und „Liquidatoren“ dokumentiert werden. Als „Liquidatoren“ werden die über 600.000 Menschen bezeichnet, die zur Bekämpfung des Reaktorbrands, zur Errichtung der Schutzhülle um den zerstörten Reaktor sowie zur Durchführung der Umsiedlungsmaßnahmen und anderer Schutzmaßnahmen in den verstrahlten Gebieten eingesetzt wurden.² Sie werden daher zu Recht als die „Retter Europas“ bezeichnet, da sie eine größere radioaktive Belastung europaweit verhindert haben. Diese Menschen sollen im nächsten Jahr mit Hilfe von Zeitzeugenreisen, Wanderausstellungen und Publikationen wieder ins öffentliche Bewusstsein gerückt und letztlich zum festen Bestandteil der im Entstehen begriffenen europäischen Erinnerungskultur gemacht werden.

In Weißrussland selbst gibt es bisher nur wenige Erinnerungsorte, an denen der Tschernobyl-Katastrophe gedacht wird – im Unterschied zur Ukraine, die mit dem inzwischen stillgelegten Atomkraftwerk und der verlassenen Geisterstadt Pripjat sowie einem eindrucksvollen Museum in Kiew über zentrale Gedenkort verfügt. In der weißrussischen Hauptstadt Minsk gibt es hingegen lediglich eine kleine orthodoxe Gedenkkirche sowie Denkmäler in einzelnen kontaminierten Orten, die sich formal kaum von den Denkmälern für die im Zweiten Weltkrieg Gefallenen unterscheiden. Insgesamt nimmt die Erinnerung an Tschernobyl zwar einen festen Platz in der vielfältigen nationalen Leidensgeschichte von Weißrussland ein, doch dominiert in der offiziellen Erinnerungskultur eindeutig die Heroisierung des Sieges im Zweiten Weltkrieg. Dabei ist der Wunsch der Menschen, die unsichtbare, doch allgegenwärtige Gefahr zu verdrängen und nicht ständig in einer „Welt der Verbote“ leben zu wollen, ein wichtiger Grund für das allmähliche Vergessen der Katastrophenfolgen.

² Vgl. dazu die Porträts in diesem Heft unten S. 232-236.

Umstrittene AKW-Pläne

Ein weiterer Grund für die nachlassende Thematisierung von Tschernobyl dürften die AKW-Pläne der weißrussischen Regierung sein. Der Bau eines Atomkraftwerks soll aus ihrer Sicht helfen, die hohe Abhängigkeit des Landes von Energieimporten aus Russland zu verringern. Bereits zum Zeitpunkt der Reaktorexpllosion im AKW Tschernobyl befand sich ein Atomkraftwerk in der Nähe der Hauptstadt Minsk in Bau. Diese Pläne wurden jedoch unter dem Eindruck der wachsenden Umweltproteste 1988 geändert, und an der Stelle des AKW wurde ein traditionelles Wärmekraftwerk errichtet. In den ersten Jahren nach Erwerb der nationalen Eigenstaatlichkeit, als die Energiepreise drastisch stiegen und Weißrussland in eine Schuldenspirale gegenüber Russland zu geraten drohte, wurde die AKW-Option erstmals wieder von führenden Politikern ins Spiel gebracht. Nach eingehenden öffentlichen Debatten beschloss das weißrussische Parlament jedoch 1999 ein zehnjähriges Moratorium für den Bau eines Atomkraftwerks. Da Weißrussland dank der Verträge mit Russland über die Bildung eines Unionsstaats Gas und Öl zu äußerst günstigen Konditionen beziehen konnte, entschärfte sich die Energiefrage zwischenzeitlich.

Seit 2006 haben sich infolge der Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und Weißrussland die Energieimporte deutlich verteuert. So zahlt Weißrussland inzwischen über 150 US-Dollar pro 1.000 m³ Gas, während der Preis vor einigen Jahren noch unter 50 US-Dollar lag. Durch den Bau des Atomkraftwerks will die weißrussische Führung insbesondere ihre politische Erpressbarkeit reduzieren, da Russland bereits mehrmals kurzfristig seine Energielieferungen gedrosselt oder eingestellt hat. Da jedoch auch das neue Atomkraftwerk vor-

raussichtlich russischer Herstellung sein wird und mit russischen Krediten finanziert werden soll, wird es nicht wirklich zur Reduzierung der Energieabhängigkeit von Russland beitragen.

Neben dem AKW-Bau setzt die weißrussische Regierung aber auch auf Energieeinsparung und erneuer-



Einweihung einer Solaranlage auf dem IBB-Gelände in Minsk 2006 (Foto: E. Pomytkin)

bare Energien – und liegt damit ganz im Trend der Energiepolitik, die in vielen westlichen Staaten angesichts des Klimawandels propagiert wird. Wurden 2002 lediglich 91,3 Millionen US-Dollar für die Verbesserung der Energiebilanz ausgegeben, vervierfachte sich dieser Betrag bis 2005 auf 438,9 Millionen US-Dollar. Bis 2008 erfolgte eine weitere Steigerung auf 1,2 Milliarden US-Dollar. Infolgedessen hat sich die Energieintensität des Bruttoinlandsprodukts deutlich reduziert und der Anteil einheimischer Energiequellen, der 1992 noch bei 13 Prozent lag, wurde auf über 20 Prozent angehoben. Offiziellen Angaben zufolge lag der Anteil erneuerbarer Energien an der Primärenergiebilanz 2008 bei 7,3 Prozent. Dabei kamen vor allem Brennholz, Holzabfälle und sekundäre Wärmeenergieressourcen zum Einsatz (insgesamt 96,5 Prozent aller erneuerbaren Energieträger). Alle anderen erneuerbaren Energiearten spielen bisher eine geringfügige Rolle. So liegt beispielsweise der Anteil von Windkraft bei 0,01 Prozent und der von Wasserkraft bei 0,24 Prozent. Besonders problematisch ist, dass zur Steigerung des Anteils einheimischer Energieressourcen in den letzten Jahren auch der Torfabbau wieder intensiviert wird. Dies führt zu einer Erhöhung des CO₂-Ausstoßes, sodass Weißrussland seine im Rahmen des Kyoto-Protokolls zum Klimaschutz von 1997 eingegangenen Verpflichtungen verletzen könnte. Auch die Zahl der Autos hat in den letzten Jahren rasant zugenommen. Inzwischen besitzt fast jeder zweite Minsker Einwohner einen privaten PKW.

Neben Plänen für ein neues Atomkraftwerk setzt die weißrussische Regierung auch auf Energieeinsparung und erneuerbare Energien.

Wachsende Umweltsensibilität

Es gibt allerdings auch zahlreiche Anzeichen im Alltag für ein wachsendes Umwelt- und Gesundheitsbewusstsein der weißrussischen Bevölkerung. So werden Fahrradfahrer allmählich zu einem festen Bestandteil des Minsker Stadtbildes, und die Behörden legen erste Fahrradwege an. Außerdem sind konservierungsmittelfreie und nicht-genmodifizierte Lebensmittel seit einiger Zeit gekennzeichnet. Hingegen gibt es bisher keine Zertifizierung von ökologischen Landbauprodukten, obwohl es hierfür eine deutliche Nachfrage gibt und beispielsweise private Landurlaubanbieter mit „ökologischen Lebensmitteln“ aus eigenem Anbau werben. In zahlreichen Privatwohnungen sind zudem Energiesparlampen zu finden. Eine getrennte Müllsammlung findet jedoch erst in Ansät-

zen statt und beschränkt sich auf Papier, Glas und Plastikflaschen. Zahlreiche gefährliche Abfälle, wie beispielsweise Batterien, landen daher im normalen Müll.

Ein weiteres wichtiges Beispiel für das gestiegene Umweltbewusstsein ist der Aufbau von Umweltmanagementsystemen in nichtkommerziellen Einrichtungen. Von staatlicher Seite wird bereits seit einigen Jahren die Einführung von international anerkannten Umweltmanagementsystemen (ISO 14000) in Industriebetrieben gefördert, da dies für die internationale Wettbewerbsfähigkeit relevant ist. Entsprechende Angebote für nichtkommerzielle Organisationen gibt es jedoch nicht. Angeregt durch die Aktion „Grüner Hahn“ in Deutschland, in deren Rahmen bereits zahlreiche evangelische, aber auch katholische Kirchen sich am Aufbau von Umweltmanagementsystemen beteiligen, haben die IBB Minsk und das Kinderzentrum NADESHDA in 2008 als erste soziale und Bildungseinrichtungen ein Umweltmanagement eingeführt und entsprechend ISO 14000 zertifiziert. Beide Einrichtungen versuchen seitdem den Aufbau von Umweltmanagementsystemen in nichtkommerziellen Einrichtungen unter dem Zeichen „Weißer Storch“ zu unterstützen. Neben mehreren Rehabilitationszentren und Schulen haben sich bereits auch einzelne orthodoxe und katholische Gemeinden für diese Aktion interessiert.

Insgesamt kommt dem *Bildungswesen* eine zentrale Rolle bei der Entwicklung des Umweltbewusstseins zu. Weißrussland hat sich der UN-Dekade für Bildung im Interesse nachhaltiger Entwicklung angeschlossen. Derzeit gibt es über 50 lokale Agenda-Schulen in Weißrussland, die vielfältige Projekte durchführen. Hierzu gehören beispielsweise das Nähen von Stofftaschen, um den Verzicht auf Plastiktüten zu ermöglichen, Naturschutzaktionen usw. Auch auf kommunaler Ebene gibt es zahlreiche Lokale-Agenda-Initiativen, an denen sich auch orthodoxe, katholische oder protestantische Geistliche beteiligen. Diese vor allem im ländlichen Raum verbreiteten Initiativen versuchen, durch verstärkte Eigeninitiative neue Zukunftsperspektiven für ihre Regionen zu entwickeln. Denn auf dem Land gibt es bisher kaum Einkommensmöglichkeiten außerhalb der – schlecht bezahlten – Landwirtschaft. Um die Landflucht zu stoppen und den ländlichen Raum für junge Menschen attraktiv zu machen, unterstützt der weißrussische Staat beispielsweise die Entwicklung eines ländlichen ökologischen Tourismus. Um Touristen anzuziehen, beginnen die Menschen, ihre lokale Geschichte zu erforschen, alte Handwerkskünste wieder zu beleben, die heimische Fauna

und Flora zu erforschen sowie Wanderwege und Fahrradrouten anzulegen und vieles mehr.

Diese Entwicklung ist umso erstaunlicher, als die weißrussische Regierung zivilgesellschaftliche Aktivitäten in hohem Maße reguliert und die Bildung von Vereinen erschwert. So dürfen Vereine beispielsweise nicht in Privatwohnungen registriert werden und Aktivitäten von nicht registrierten Organisationen können strafrechtlich geahndet werden. Infolgedessen stagniert die Zahl der registrierten Vereine seit Jahren bei etwa 2.200 – dies entspricht 0,2 Vereinen pro 1.000 Einwohner und liegt weit unter dem europäischen Durchschnitt von 4. Dabei beschäftigen sich lediglich 3–4 Prozent der registrierten NGOs mit ökologischen Themen. Zu den wichtigsten Umwelt-NGOs gehören beispielsweise der Vogelschutzverband, der sich u. a. für den Erhalt und die Rekultivierung der Moorlandschaften einsetzt, oder der Verein „Eko-projekt-partnerstwo“, der Kommunen bei dem Aufbau eines Systems der getrennten Müllsammlung und -weiterverarbeitung oder – im ländlichen Raum, wo es noch zahlreiche Brunnen gibt – bei der Sicherung der Trinkwasserqualität berät und unterstützt. Im Rahmen des „Grünen Netzes“, einer Vereinigung von mehreren Umwelt-NGOs, gibt es zudem Arbeitsgruppen zum Klimawandel, zum ökologischen Landbau, zum umweltbewussten Konsum usw. Im Sommer 2009 führten diese Umwelt-NGOs erstmals gemeinsam ein öffentliches Umweltforum durch.

An Initiativen auf lokaler Ebene beteiligen sich auch orthodoxe, katholische oder protestantische Geistliche.

Insgesamt gibt es somit in Weißrussland trotz der beschränkten Entfaltungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure zahlreiche Umweltaktivitäten, wie sie auch in westeuropäischen Ländern zu finden sind. Auch wenn die mit Tschernobyl verbundenen Probleme heute vielfach verdrängt sind, haben doch die durch die humanitäre Hilfe entstandenen Kontakte viel zur Entstehung dieser neuen Aktivitäten, in denen auch zahlreiche junge Menschen aktiv sind, beigetragen. Eine größere Breitenwirkung können diese Initiativen allerdings erst dann entfalten, wenn sich die politischen Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement verbessern und beispielsweise ein Gemeinnützigkeitsrecht eingeführt wird. Bisher fehlt es u. a. noch an für alle Bürger zugänglichen Weiterbildungs- und Beratungsstellen, wie sie beispielsweise die Energieagenturen in Deutschland darstellen, sowie an der ausreichenden Verfügbarkeit von ökologischen Technologien.

Am Anfang eines „grünen Weges“. Kirchliche Umweltarbeit in der Ukraine



In der Enzyklika „Caritas in veritate“, Nr. 51, steht folgende Aussage: „Die Kirche hat eine Verantwortung für die Schöpfung und muss diese Verantwortung auch öffentlich geltend machen.“ Schöpfungsverantwortung ist ein wesentlicher Teil des christlichen Glaubens. Angesichts der fortschreitenden Umweltzerstörung und der ethischen Tragweite ihres Schöpfungsglaubens obliegt der Kirche die Pflicht, einen authentischen Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung zu leisten.

Gemäß der Botschaft von Papst Benedikt XVI. zur Feier des Weltfriedenstages am 1. Januar 2010 soll die praktische Schöpfungsverantwortung der Kirche dem Ziel dienen, „die Erde, das Wasser und die Luft als Gaben Gottes, des Schöpfers, für alle zu bewahren und vor allem um den Menschen vor der Gefahr der Selbstzerstörung zu schützen“.¹ In den folgenden Ausführungen möchte ich beschreiben, wie die Ukrainische griechisch-katholische Kirche (UGKK)² ihre Schöpfungsverantwortung begreift und wie sie sich bemüht, dieser gerecht zu werden.

Eine Umwelttradition

Die UGKK hat bereits eine lange Tradition des verantwortlichen Umgangs mit der Schöpfung. Noch vor den sichtbaren Zeichen der globalen

¹ Papst Benedikt XVI.: Botschaft zur Feier des Weltfriedenstages zum Thema „Willst du den Frieden fördern, so bewahre die Schöpfung“. Quelle: http://www.vatican.va/holy-father/benedict_xvi/messages/peace/documents/hf_ben-xvi_mes_20091208_xliiii-world-day-peace_ge.html.

² Die UGKK gehört zu den Kirchen des byzantinischen Ritus, die seit der Union von Brest (1596) in vollkommener Kommuniongemeinschaft mit dem Papst stehen und dessen geistliche und jurisdiktionelle Vollmacht anerkennen. Derzeit ist die UGKK die größte katholische Ostkirche in der Welt. Sie zählt über 5,5 Millionen Gläubige.

Prof. Dr. Volodymyr Sheremeta ist Dozent für Moralthologie an der Theologischen Akademie in Ivano-Frankivsk (Ukraine) und Leiter des Büros für Umweltfragen der UGKK.

Umweltkrise, insbesondere unter der Leitung von Metropolit Andrej Scheptyzkyj (1865-1944, Metropolit seit 1901) waren die Sorge für die natürliche Umwelt und ihre Bewahrung ein wichtiges Thema. Aus entsprechenden archivalischen Quellen geht hervor, dass die UGKK bereits am Anfang des 20. Jahrhunderts durchaus umweltbewusst handelte:

- Die Kirche verfügte über einen großen Besitz an Ackerboden und Wald, der entsprechend dem damaligen Stand der Forschung bereits nachhaltig bewirtschaftet wurde.
- In der Zwischenkriegszeit wies die UGKK in Galizien mehrere Naturschutzgebiete aus.
- Im zum Kirchenbesitz gehörenden Ort Perehinske entwickelte sie breitgefächerte touristische Aktivitäten, die eng mit dem Naturschutz verbunden waren.
- Auch förderte die Kirche die Umweltschutztätigkeit von naturwissenschaftlichen Institutionen, Nichtregierungsorganisationen und Verbänden.
- Nicht zuletzt warben Kirchenleitung, Klerus und Laien der UGKK in der Öffentlichkeit für den Naturschutzgedanken.

Diese Tradition wurde leider durch den Zweiten Weltkrieg gewaltsam unterbrochen, an dessen Ende der größte Teil Galiziens endgültig der Sowjetunion eingegliedert wurde.³

Bis heute zählt die Ukraine zu den größten Umweltverschmutzern der Erde.

Schlechtes Umwelterbe

Infolge der umweltausbeuterischen Kolonialpolitik der Sowjetunion, der großen Zahl übernommener Chemie-, Metallurgie-, Bergbau- und Militärbetriebe mit veralteten Technologien wie auch der Bodenvergiftung und -erschöpfung durch extensive Landwirtschaft gehört die Ukraine heute zu den größten Umweltverschmutzern der Erde.⁴

³ Dort wurde 1946 die UGKK vom sowjetischen Regime aufgelöst, die Kirchenleitung verhaftet und der ganze Besitz enteignet. Die Kirche blieb im Untergrund bestehen, ihre Tätigkeit war jedoch im Wesentlichen auf Sakramentenpastoral beschränkt. Im Dezember 1989 begann sie, auf ihre offizielle Legalisierung und Rehabilitierung hinzuwirken.

⁴ Der Anteil der Ukraine am Territorium der ehemaligen Sowjetunion umfasste nur 2,7 Prozent. Gleichzeitig betrug der Anteil der Ukraine an der Gesamtproduktion der Sowjetunion: Eisenverarbeitung 30 Prozent, Eisenerzgewinnung 50 Prozent, Kohleför-

Hinzu kommt die sozial-ökologische Tragödie in unserem Land durch den Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl (1986): Tausende Quadratkilometer von radioaktiv verseuchtem Land, hunderttausende Zwangsumsiedlungen aus den stark verseuchten Gebieten, ein enormer Kostenaufwand zur Beseitigung der unmittelbaren Folgen, durch die Radioaktivität verursachte Krankheiten und Behinderungen, zahllose frühzeitige Todesfälle – all das sind nur einige Stichworte im breiten Spektrum der Auswirkungen der Tschernobylkatastrophe.⁵ Und sie wird auch künftige Generationen noch belasten. Abgesehen vom radioaktiven Erbe von Tschernobyl stammt heute der Großteil der Umweltverschmutzung aus der Energie- und Wärmeproduktion, der metallverarbeitenden Industrie, den privaten Haushalten und den Emissionen des Kraftverkehrs.

Der gegenwärtige Beitrag der UGKK zur Bewahrung der Umwelt

In der ersten Zeit nach ihrer Legalisierung in der unabhängigen Ukraine war die UGKK mit dem Aufbau von lebensnotwendigen Strukturen für ihre eigentlichen Aufgaben und mit dem Bau von Kirchen beschäftigt. Das Thema „Umwelt“ war dabei kaum präsent. Bald erkannte man jedoch, dass es, wie es das Zweite Vatikanische Konzil formulierte, zu Sendung und Auftrag der Kirche gehört, „allzeit nach den Zeichen der Zeit zu forschen und sie im Licht des Evangeliums zu deuten“.⁶ Ein vorrangiges Zeichen unserer Zeit ist die ökologische Krise, die auf eine ungeheuerliche Weise das Leben des Menschen, die ökonomischen Grundlagen des Staates, die soziale Sicherheit und überhaupt die Zukunft der Ukraine bedroht. Dementsprechend ist die Verantwortung für die Umwelt zum Bestandteil der Soziallehre der UGKK geworden. Erste Umweltschutzstrukturen konnten errichtet werden, und es gibt bereits eine Anzahl durchaus ermutigender Beispiele für die Bewahrung der Umwelt.

derung 25 Prozent. Insgesamt produzierte die Ukraine 20 Prozent der Landwirtschaftsprodukte und 25 Prozent der Industrieprodukte der gesamten UdSSR.

⁵ Vgl. Volodymyr Sheremeta: Ethik nach Tschernobyl. Versuch einer ethischen Orientierung aus schöpfungstheologischer Sicht (Forum Interdisziplinäre Ethik, Bd. 28). Frankfurt (Main) 2001, S. 67-121; siehe außerdem den Beitrag von Astrid Sahm in vorliegendem Heft.

⁶ Gaudium et Spes, Nr. 4.

Die ökosoziale Lehre

In der Botschaft der Bischöfe der UGKK an die Gläubigen und alle Menschen guten Willens über „Die Aufgabe des Christentums in der modernen Gesellschaft“ wird die Sorge der Kirche um die Umwelt als „einer der edelsten Bereiche ihres Dienstes“ definiert. Das Dokument der Bischofssynode „Sozialer Wegweiser für den Gläubigen“, das den Grundstein für die moderne Soziallehre der Ukrainischen griechisch-katholischen Kirche in Form von „Zehn Sozialgeboten“ legt, verpflichtet ebenfalls dazu, „die natürlichen Ressourcen der Erde als Gottes Gabe zu achten und sinnvoll zu verwenden“.

Die Kommission für Katechese in der UGKK hat im Jahre 2004 den Moralkatechismus „Das Leben in Christus“ herausgegeben, in dem die Lehre der Kirche zu aktuellen ethischen Fragen dargelegt wird. In einem besonderen Teil unter dem Titel „Schöpfungsverantwortung“ werden die biblischen, theologischen und ethischen Grundlagen der ökologischen Verantwortung dargestellt und auf die Priorität ihrer Verwirklichung im Leben jedes Menschen, der Gesellschaft, des Staates und der Kirche hingewiesen. Die Verantwortung für die Umwelt wird im Moralkatechismus der UGKK als unverzichtbarer Teil des christlichen Schöpfungsglaubens dargestellt, mehr noch: Die Erziehung zu dieser Verantwortung wird als „eine der Hauptaufgaben der Kirche zu Beginn des 21. Jahrhunderts“ bezeichnet.

Inzwischen gibt es in der UGKK bereits eine Reihe von Botschaften ihres Oberhauptes, Lubomyr Kardinal Husar, sowie bischöfliche Briefe und Erklärungen der kirchlichen Kommissionen, die ökologisch orientiert sind.⁷ Diese Dokumente beziehen sich in erster Linie auf aktuelle konkrete Umweltprobleme, die von großer Bedeutung für das Leben der Menschen und die Sicherheit der Gesellschaft sind. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Botschaft vom Lubomyr Kardinal Husar an die Gläubigen der Ukrainischen griechisch-katholischen Kirche anlässlich der Einführung des christlichen Umwelttages „Der Tag Gottes des Schöpfers“. Um der Gefahr der Umweltzerstörung und sukzessiven Selbstvernichtung zu entgehen, müssen wir alle – so der Kardinal – unsere Lebensweise verändern, und zwar in zweifacher Hinsicht: Zuerst muss ein Bewusstseinswandel eintreten, dann konkret ein verantwort-

⁷ Belege unter <http://www.kyrios.org.ua/ecology/church-documents.html> (letzter Zugriff: 12.07.2010).

licheres Handeln gegenüber der natürlichen Umwelt und der ganzen Schöpfung folgen.⁸

Errichtung von Strukturen zum Umweltschutz

2002 hat die Bischofssynode der UGKK beschlossen, die ökologischen Fragen in den Kompetenzbereich der Synodalkommission „Soziale Gerechtigkeit und Wohltätigkeit“ einzugliedern. 2004 wurde das Ökozentrum der Diözese Ivano-Frankivsk der UGKK von Bischof Sofron

Mudryj ins Leben gerufen. Ende 2007 beschloss die Bischofssynode der UGKK, auf der Basis des Ökozentrums der Diözese Ivano-Frankivsk das Büro für Umweltfragen der UGKK zu gründen.

Mit der Gründung übernahm das Institut

Notwendig ist ein Bewusstseinswandel des Menschen, aus dem ein verantwortungsvoller Umgang mit der Schöpfung folgt.

die Aufgabe, das kirchliche Engagement im Bereich des Umweltschutzes in der Ukraine zu fördern und zu unterstützen. Die Tätigkeit des Umweltbüros der UGKK umfasst hauptsächlich folgende Punkte:

- Lenkung der Aufmerksamkeit auf die akuten sozial-ökologischen Probleme in der Ukraine und in der Welt;
- Verbreitung der sozial-ökologischen Lehre der Kirche in der ukrainischen Gesellschaft;
- Förderung der Erziehung zu einem verantwortungsvollen und umweltbewussten Verhalten;
- Förderung der umwelttheologischen Ausbildung der Priesteramtskandidaten, Theologiestudenten, der Seelsorger und Lehrer für christliche Ethik;
- Organisation von Konferenzen, Seminaren und „Runden Tischen“ zu aktuellen Umweltthemen;
- Übersetzung, Erstellung und Herausgabe wissenschaftlicher und anderer Publikationen zur Umweltthematik;
- Zusammenarbeit mit Bildungsanstalten im Bereich der Umweltbildung;
- Zusammenarbeit mit kirchlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen und Behörden, die im Bereich des Umweltschutzes tätig sind.

Außerdem hat die Bischofssynode der UGKK beschlossen, in allen Diözesen und Exarchaten eine Ökostelle zu errichten bzw. Verantwortliche für Umweltfragen zu ernennen.

Das praktische Zeugnis

Durch den praktischen Schutz und die Bewahrung der Umwelt bezeugt die Kirche ihren Schöpfungsglauben und leistet einen wichtigen Beitrag zum Aufbau einer menschengerechten und zukunftsfähigen Gesellschaft. Obwohl die UGKK erst am Anfang eines „grünen Weges“ steht, gibt es bereits eine Anzahl ermutigender Beispiele von praktiziertem Umweltschutz, von denen einige genannt sein sollen:

- Eine Reihe kirchlicher Einrichtungen, besonders Klöster und Bildungshäuser, haben auf erneuerbare Energie umgestellt bzw. Energie- und Wärmesparmaßnahmen vorgenommen. Als Beispiel kann das Wasserkraftwerk des Basilianerklosters in der Stadt Butschatsch (Bezirk Ternopil) erwähnt werden, das nicht nur zur eigenen Energiedeckung bestimmt ist, sondern auch Überschüsse erwirtschaftet, von denen die Kosten zur Verwirklichung pastoraler und sozialer Projekte gedeckt werden können.⁹
- Derzeit beteiligt sich die UGKK an einem Umweltschutzprojekt, das vom „Kiever Ökokulturellen Zentrum“ und von der „Staatlichen Behörde für Schutzgebiete der Ukraine“ gestartet wurde, um uralte Bäume zu inventarisieren, die für die Natur, Kultur und Geschichte von großer Bedeutung sind. Gerade in der Nähe von Kirchen blieb eine erhebliche Zahl dieser Baumriesen erhalten. Dementsprechend hat sich das Umweltbüro der UGKK durch die Verwaltungsorgane aller Diözesen und Exarchate an die Pfarrer gewandt mit der Bitte um eine Mitteilung, ob neben ihrer Kirche oder auf kirchlichem Gebiet alte Bäume (Eichen, Linden, Eschen oder andere Arten) wachsen. Durch diese Maßnahme sollen die alten Bäume gefunden und registriert werden, damit ihnen ein angemessener Schutz, notwendige Betreuung und professionelle Pflege zuteil wird.¹⁰
- Zahlreiche Umweltaktionen wie etwa Geländesäuberungen, Anpflanzen von Bäumen usw. werden durchgeführt. Als Beispiel sei unter anderem die Umweltaktion der Bischofssynode der UGKK zum Tag der Schöpfung 2009 erwähnt, bei der das Oberhaupt der Kirche zusammen mit den Mitgliedern der Bischofssynode und mit

⁸ Vgl. <http://ugcc.org.ua/853.0.html> (letzter Zugriff: 12.07.2010).

⁹ Vgl. <http://www.buchacheparchy.org.ua/home/1-novyny/189-posvjacheno-gidroelektrostantsiju-v-m-buchachi.html> (letzter Zugriff: 12.07.2010).

¹⁰ Ähnliche Maßnahmen wurden bereits in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts begonnen, jedoch durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs abrupt unterbrochen.

dem Bürgermeister der Stadt Lviv Bäume gepflanzt hat. Nach den Worten von Kardinal Husar sollte dieser symbolische Akt die Aufmerksamkeit der Gesellschaft für die Notwendigkeit einer respektvollen Haltung gegenüber der Umwelt und für die Sorge um die Menschen und die Bewahrung der Schöpfung wachrufen.

- Die Vorlesungsreihe „Ökologische Ethik“ für die Studenten des Priesterseminars und der Theologischen Akademie in Ivano-Frankivsk wie auch bei Priesterfortbildungskursen trägt dazu bei, die Seelsorger, kirch-

Die UGKK setzt Zeichen – in Wort und in Tat.

- lichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den verschiedenen Arbeitsfeldern für schöpfungsfreundliches Handeln zu qualifizieren.
- 2009 hat das Büro für Umweltfragen das Handbuch „Der ökologische Wegweiser: Kleine Ratschläge für große Veränderungen“ herausgegeben. Das Buch gibt Tipps, wie jeder Einzelne negative Wirkungen seines Tagesablaufs auf die Umwelt verringern kann, z. B. durch Abfallvermeidung und gezielte Energie- und Wärmeeinsparung.
- Die Kirche realisiert Hilfsprogramme für Opfer von Naturkatastrophen, die immer öfter infolge des globalen Klimawandels, aber auch wegen mangelnder Umweltschutzmaßnahmen (z. B. Abholzung in den Karpaten) eintreten. So wurden 1998, 1999, 2000 und 2008 Überschwemmungsoffer tatkräftig unterstützt. Im Sommer 2008 hat „Caritas Ukraine“ gemeinsam mit diözesanen Caritasorganisationen eine Hilfe im Betrag von 388.500 EUR für über 1.000 Familien geleistet, die ihren Besitz infolge von Überschwemmungen verloren hatten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Ukrainische griechisch-katholische Kirche sich ihrer Verantwortung für die Schöpfung, den Menschen und die Zukunft der Welt bewusst ist und sich bemüht, diese Verantwortung auch öffentlich geltend zu machen. In erster Linie versucht die Kirche, durch Lehre und Seelsorge den Menschen dabei helfen, eine ökologische Wende in Denken und Verhalten zu verwirklichen, damit sie ihre Lebensweise grundlegend ändern und ein neues, nachhaltigeres Leben beginnen. Außerdem besteht ihre strategische Aufgabe wesentlich darin, die Beispiele umweltverantwortlichen Handelns zum Vorbild und Ansporn für eine sukzessive und langfristige Verankerung des Umweltschutzes in die kirchlichen Strukturen einzubringen und zugleich in der Politik auf entsprechende Veränderungen zu drängen.

Praktizierter Umweltschutz in der Republik Moldau – die „Casa Providenței“ in Chișinău



Der Mensch ist Teil der Welt; intelligent, mächtig, vielleicht das wertvollste und edelste Geschöpf, aber dennoch – nur ein Teil der Welt. Alle menschlichen Aktivitäten sollten auf dem Naturgesetz basieren und von sinnvollen und für die Menschheit wichtigen Bedürfnissen ausgehen. Dies gilt ganz offensichtlich für eine religiöse ebenso wie für eine nichtreligiöse Argumentation. Denn jeder weiß um die Wechselwirkungen zwischen allen Teilen der Natur, ja allen ihren Gliedern, wie ich es bezeichnen möchte. Natürlich gibt es viel Raum für Diskussionen, Prioritäten, Methoden und andere praktische Aspekte, aber aus allen Fällen, aus allen sozialen und wirtschaftlichen Strukturen lässt sich eine klare Konsequenz herauslesen – die Verantwortung des Menschen gegenüber der natürlichen Welt. *„Als Krone der Schöpfung, die ‚sehr gut war‘ (Gen 1,31), schuf Gott den Menschen. Unter allen Geschöpfen gestaltete Gott nur Mann und Frau nach ‚seinem Ebenbild‘ (Gen 1,27). Der Herr vertraute seine gesamte Schöpfung ihrer eigenen Verantwortung an und beauftragte jedes Geschöpf, für seine Harmonie und Entwicklung Sorge zu tragen (vgl. Gen 1,26-30)“.*¹ Somit besteht der Unterschied letztendlich im Grad der Verantwortung, der persönlichen menschlichen Verantwortung.

Christliches Verhalten basiert auf dem Glauben und den Zehn Geboten. Der wichtigste christliche Wert ist die Möglichkeit, die tatsächliche Wahrheit zu suchen und zu finden. Sicherlich und natürlich betrifft dies alle Aktivitäten und sollte die Basis unserer ökonomischen Handlungen sein. Was das soziale Engagement und die christliche Nächstenliebe betrifft, die durch entsprechende kirchliche Institutionen wie beispielsweise die „Casa Providenței“ („Haus der Fürsorge“) in der Republik Mol-

¹ Kompendium der Soziallehre der Kirche. Freiburg, Basel, Wien 2006, Nr. 451.

Edgar Vulpe ist Direktor des Sozialzentrums „Casa Providenței“ in Chișinău.

dau verwirklicht wird, ist diese Verantwortung ein Teil des Managements und administrativer Aspekte. Man muss Zivilcourage haben. Und bevor sich der Mensch an das Handeln, Fortsetzen und Vollenden einer Arbeit macht, fragt er sich zuerst, auf welche konkrete Weise er vorangehen soll.

Das Zentrum „Casa Providenței“ ist eine große soziale Einrichtung in einem ca. 2.000 m² großen Haus, das auf verschiedene Weise tätig ist – Gemeinschaftsküche, Tageszentrum für Kinder und einsame alte Men-

Energiepolitisch ist die Republik Moldau völlig von Importen abhängig, sie verfügt weder über Kohle-, Erdgas- oder Erdölvorkommen.

schen, medizinische Versorgung, sanitäre und pharmazeutische Angebote, Aktivitäten im Bildungs- und Pastoralbereich.² Einige hundert Männer und Frauen suchen monatlich die Hilfe des Zentrums auf. Hierbei könnten wirtschaftli-

che Gründe dieselben Werte wie der Glauben haben – Unterstützung durch Nächstenliebe im Glauben, wahrhaftig „Caritas in veritate“. Dabei ist es wichtig, dass sozialer und caritativer Einsatz unter der Maßgabe ökonomischer Effizienz stehen sollten. Anders gesagt: Die Sorge um ökologische Aspekte und Natur erhaltende Maßnahmen hat auch ökonomische Aspekte.

Nun hat die Republik Moldau, ein kleines, wirtschaftlich schwaches und nur dünn besiedeltes Land im Südosten Europas,³ nicht nur mit großen sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, sondern auch mit enormen Umweltproblemen wie Wasserverschmutzung, Bodenerosion und Abholzung der Wälder (und das, obwohl nur noch 9 Prozent des Territoriums von Wald bedeckt sind). Energiepolitisch ist das Land völlig von Importen abhängig, es verfügt weder über Kohle-, Erdgas- oder Erdölvorkommen. Darüber hinaus ist die Stromproduktion völlig unzureichend, sodass Elektrizität von den Nachbarn (Rumä-

² Die „Casa Providenței“, eine Sozialeinrichtung der katholischen Kirche, wurde von der Regierung der Republik Moldau als Non-Profit-Organisation eingestuft; ihre Arbeit wird von Renovabis gefördert. Ziel ist es, besonders Menschen auf der Schattenseite der Gesellschaft zu unterstützen, vor allem alleinstehende ältere Menschen und Kinder. Die Einrichtung umfasst eine Suppenküche, ein Tageszentrum für ältere Menschen, in dem vielfältige Aktivitäten wie Konzerte, Tanz und Gymnastik angeboten werden, ein Kindertageszentrum mit Hausaufgabenbetreuung, Computerkursen und vielem mehr sowie ein medizinisches Zentrum, das kostenlose ärztliche und pharmazeutische Betreuung leistet.

³ Vgl. dazu auch den Beitrag von Stefan D. Tiron: Die Republik Moldau vor dem Umschwung. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 10 (2009), H. 1, S. 58-64.

nien und Ukraine) eingeführt werden muss. Die jährlichen Ausgaben für Energie belasten das Budget in hohem Maße, sodass alle Bemühungen zur Energieeinsparung oder Nutzung alternativer Energien in der nationalen Energiepolitik Priorität genießen müssen.

Unter Berücksichtigung dieser Argumente nutzt das Zentrum „Casa Providenței“ kostengünstige Wege in den Bereichen Elektrizität, Warmwasser und Gas dadurch, dass im Mai 2010 ein solar betriebenes Heizsystem installiert wurde. Trotz fehlender eigener Energiequellen und der Notwendigkeit, alternative Energien zu verwenden, findet die Solarenergie in der Republik Moldau bisher keinen nennenswerten Einsatz. Ausnahmen bilden nur sehr spezielle Bereiche der Landwirtschaft. So werden nach Auskunft des Landwirtschaftsministeriums jährlich ca. 80 Prozent der feldmäßig angebauten Heilpflanzen und der Tabakernnte mittels Solarenergie getrocknet, ungefähr 1.500 Tonnen an Pflanzenmaterial. Möglich wäre eine zehnfach höhere Nutzung der Solarenergie.



Anbringen von Solarzellen auf dem Gebäude der „Casa Providenței“

Im Laufe des Jahres 2009 hatte das Zentrum „Casa Providenței“ Ausgaben für Elektrizität in Höhe von fast 6.000 Euro und für Gas von

ca. 10.000 Euro. Für die Republik Moldau gilt theoretisch eine maximale Sonnenscheindauer von 4.450 Stunden pro Jahr. In Wirklichkeit beträgt der tatsächliche Wert 2.100 bis 2.300 Stunden pro Jahr, also ungefähr die Hälfte der maximalen theoretischen Periode. Die sonnenreichste Zeit liegt zwischen April und September, was 75 Prozent der gesamten Zeit mit Sonnenschein ausmacht. Die Sonneneinstrahlung ist in der Zentralregion, in der auch Chişinau liegt, um 3,5 Prozent höher. Wir erwarten eine Senkung der Betriebskosten für die erwähnten Anlagen von bis zu

Die „Casa Providenței“ kann die Sonnenenergie hervorragend ausnützen.

40 Prozent während der Frühjahrs- und Sommerzeit. Chişinau, die Hauptstadt der Republik Moldau, ist während des Frühjahrs und der Sommerzeit eine ziemlich heiße Stadt. Unser Zentrum liegt auf

einem Hügel in einem Vorort der Stadt. Das Dach des Gebäudes steht tagsüber im richtigen Winkel zur Sonne.

Zusammenfassend möchte ich betonen, dass jegliche Theorie, die nicht in die Praxis umgesetzt wird, „leblo“ ist und jedweder praktischer Gesichtspunkte entbehrt. Umweltschutz ist Teil der Verantwortung des Menschen, insbesondere jener, die Verantwortung auf verschiedenen Ebenen tragen – politisch, administrativ oder juristisch. In Bezug auf das Gemeinwohl sollten eine neue Mentalität und ein neuer Lebensstil als praktischer und effizienter Weg gefördert werden. Christlich getragene und gemeinnützige Institutionen könnten ein Beispiel für andere Organisationen sein. „Diese Lebensstile sollten sowohl auf individueller als auch auf sozialer Ebene von Ernsthaftigkeit, Mäßigung und Selbstdisziplin inspiriert sein.“⁴

Aus dem Englischen übersetzt von Thomas Hartl.

⁴ Kompendium (wie Anm. 1), Nr. 486.

Das Karpatenbecken im Spiegel von Kulturökologie und Umweltkommunikation

Geographische Grundlagen

Das Karpatenbecken ist die größte geschlossene Nasslandschaft Eurasiens. Es bildet selbst eine Doppelregion, und zwar auf dreifache Art:

- *Erstens* setzt es sich asymmetrisch aus einem größeren, vom Karpatenbogen umschlossenen Großbecken, dem eigentlichen Karpatenbecken, und einem kleineren Becken im südöstlichen Winkel des Karpatenbogens zusammen, so wie auch unser Doppelkontinent aus einem großen Asien und einem kleineren Europa besteht. Das Kleinbecken ist das in sich geschlossene Hochbecken Siebenbürgen, das nach außen wie auch zum Großbecken hin durch Berge abgeriegelt, doch mit letzterem hydrologisch, d. h. im Hinblick auf Quellen und Flussläufe engstens verbunden ist.
- *Zweitens* lässt sich eine Symmetrie in der Zusammensetzung der hydrologisch maßgebenden Landschaftskomponenten feststellen. Etwa die Hälfte der Reliefelemente der Großlandschaft besteht aus Bergen und Hügeln, die als Wasserspender für die andere Beckenhälfte, die wasserempfangenden Tieflandsgebiete – die Kleine und die Große Ungarische Tiefebene – dienen.
- *Drittens* gelten diese Symmetrie und Asymmetrie der Landschaftselemente in Natur- wie Kulturökologie der gesamten Großlandschaft Karpatenbecken auch umgekehrt. Wasserspender- wie auch Wasserempfängergebiete sind ja so aufgebaut, dass benachbarte Landschaftssegmente innerhalb beider Regionen als Wasserspender und Wasserempfänger in gegenseitiger Abhängigkeit aneinandergereiht sind.

Gebirge haben Hochleistungswasserbremsen und Binnenwasserempfänger in Form von reichgegliederten, sanft geneigten, humusbe-

Prof. DDr. Sándor Győri-Nagy ist Dozent im Ökosozialen Forum/Institut für Kommunikation in Kiskunmajsa (Ungarn).

deckten und bewaldeten Berghängen, breiten Tallandschaften und Binnenbecken, die über Vorgebirgs- und Hügellandschaften und harmonische Übergangsregionen in die Tiefebene sanft auslaufen. Ebenso bilden wasserempfangende Tiefebene eine Kette von Wasserspender- und Wasserempfängersegmenten, die das von höher liegenden Gebirgs- und Hügellandregionen erhaltene Wasser untereinander weitergeben.

Die Weitergabe ist in beiden Regionstypen zugleich *Wasserspeicherung* von einigen Tagen in Sickerzonen der Aufschüttungshochtäler bis

hin zu erdhistorischen Perioden in kilometertiefen Sicker- und Schwebewasserzonen sowie riesigen Thermalwasservorkommen der Ebenen. Wasserspeicherung bedeutet in beiden Fällen eine verzögerte Wasserweitergabe und als Folge davon

Im Vergleich zu anderen europäischen Regionen kann das Karpatenbecken als „Region der sanften Gewässer“ bezeichnet werden.

eine Verlangsamung der Fließgeschwindigkeiten der Wassermengen. Daher kann das Karpatenbecken im Vergleich zu anderen europäischen Regionen als „Region der sanften Gewässer“ bezeichnet werden. Dabei sind auch die Wasserspender- und Wasserempfängerrollen zwischen Gebirgs- und Tieflandshälften nicht einseitig. Gebirgsgegenden bekommen länger gespeicherte Wassermengen von den Tieflandsregionen in Form von ergiebigen Regenfällen zurück. Somit geht der Prozess in einem ewigen Kreislauf weiter, der jedoch infolge von Zu- und Durchfluss von bzw. nach außen auch teilweise geöffnet ist. Diese Öffnungsfunktion im Sinne von Zu- und Durchfluss üben im Falle des Großbeckens die Donau, im Falle des Kleinbeckens in Form eines einzigen Ausflusses über die Karpaten die Olt aus.

Der Forschungsansatz der Kulturökologie

Die Asymmetrie des Umfangs zwischen Groß- und Kleinbecken beinhaltet oft nur einen Scheinunterschied in der Bedeutung. Klein heißt im Ungarischen vielfach „stark“. Groß bedeutet nicht selten „schwach, schwerfällig, unbeholfen“. Die Kulturgeschichte des Karpatenbeckens weist eine Fülle von Beispielen dafür auf, dass Impulse für Ausgewogenheit, Ordnung und Selbstregeneration vom kleinen Siebenbürgen für den jeweiligen Karpatenbeckenstaat, oft für ganz Mittel-, sogar für ganz Europa ausgingen. All dies hilft uns, die wenig bekannte hydrogeographische Karte des Karpatenbeckens vor den großen Gewässerregulie-

rungen der letzten beiden Jahrhunderte in dieser eigenartigen Nasslandschaft besser zu verstehen.¹

Zum tieferen Einblick in Nachhaltigkeitsgrundlagen der historischen sowie aktuellen Ökologie von Natur und Kultur in dieser und nicht nur dieser Landschaft unseres Kontinents soll der Wissenschaftszweig der Kulturökologie verhelfen, der in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts entstand und, basierend auf den Forschungsergebnissen der Umweltkommunikation, mit dieser eine ganzheitliche Umweltwissenschaft bildet.²

In den 1990er Jahren wurde die Gödöllőer Kulturökologische Werkstatt an der Agraruniversität Gödöllő/Ungarn (GATE) gegründet. An der seit 2000 nach Sankt Stephan benannten Universität Gödöllő (SZIE) bestand 1999-2004 ein Lehrstuhl für Kulturökologie und Umweltkommunikation. Die ganzheitliche Umweltwissenschaft Kulturökologie fasst Kultur als Grundbegriff der Nachhaltigkeit auf und definiert sie als „... unmittelbar naturgesteuertes Verhältnis des in der Landschaft lebenden und sich ihr als Teil der Natur anpassenden Menschen zu seiner ernährenden Umwelt ...“. Für alle Kulturen sind eigene Wohnlandschaften, auch eigen(artig)e Formen der Umweltkommunikation charakteristisch. Während Zivilisation eine gewinnorientierte und eine einseitig auf den Menschen bezogene Kommunikation mit der Natur- und Gesellschaftsumwelt darstellt, ist Kulturen eine wechselseitige Umweltkommunikation eigen.

Grundlage der Umweltkommunikation ist die *Stoffkommunikation*.

¹ Der Autor bezieht sich auf die 1938 in Budapest veröffentlichte Karte mit der Darstellung der ständigen und zeitweiligen Wasserbedeckung im Karpatenbecken vor den Gewässerregulierungen im 18., 19. und 20. Jahrhundert. Auf der Karte lässt sich die ursprünglich große Ausbreitung von Feuchtgebieten im gesamten Karpatenbecken bzw. Donaauraum gut erkennen. – Ein Abdruck in vorliegendem Beitrag ist leider technisch nicht möglich; sie ist einsehbar unter <http://www.moef.eu/index.php?m=1&am=2&mp=108&mpf=26> (letzter Zugriff: 12.07.2010).

² Zum Folgenden vgl. Sándor Győri-Nagy: A fenntartó/kultúra. In: Kétnyelvűség, 1999/1. A sustainable and sustained culture. Towards a reestablished system of principles of organicism theory. KulturÖkologie, 1-23. Nr. 1; ders.: Kultúrókológia. (Cultural ecology). Tantárgyi foratókönyv (Ein Studienbehef). Környezet- és Tárgazdálkodás. Szent István Egyetem. Gödöllő 2001; ders.: Környezeti kommunikáció (Umweltkommunikation). Környezet- és Tárgazdálkodás. Szent István Egyetem. Gödöllő 2002; ders.: Kulturökologie und Umweltkommunikation. In: Á. Borgulya (Hrsg.): The Enlarged EU: Cross-Cultural and Communications Aspects. University of Pécs. Faculty of Business and Economics 2005, S. 205-223 (auch in: <http://www.moef.eu/index.php?m=1&am=2&mp=45&mpf=26> (letzter Zugriff: 12.07.2010).

Jedes Lebewesen, so auch der Mensch, ist über unzählige Wege physischer, chemischer und biologischer Art in die örtlichen Stoffkreisläufe des eigenen Lebensraumes eingebunden. Diese entwicklungsgeschichtliche Verbundenheit von Lebewesen mit dem eigenen Umweltsegment kann zivilisatorisch ignoriert, eingengt oder ausgeweitet werden, aber nie ohne Folgen für das Individuum, die Art selbst und die Artenvielfalt bzw. die Beziehungen unter den Arten.

Elemente der Stoffkommunikation

Wasser (griechisch: *Hydor*)

Innerhalb der Stoffkommunikation verdient *Hydrokommunikation* besondere Beachtung. Wasser ist nicht nur entscheidendes Konstruktionselement für den Körper der Organismen, ob Mensch, Tier oder Pflanze. Es ist ein lebenserhaltendes Zu- und Abfuhrmittel auch für alle anderen Stoffe, auch für den Größtorganismus Erde. Ohne Wasser hat es keinen Sinn, über fruchtbaren Boden zu reden.

Nach diesem Kulturwissen wurde die Bedeutung des lebenserhaltenden Nasselements Wasser sprachübergreifend mit der Bedeutung „fruchtbare Erde“ derselben sprachlichen Urwurzelgruppe zugewiesen:

- vīta* (Leben, lateinisch)
- vidám* (lebhaft, ungarisch)
- víz* (Wasser, ungarisch)
- Wissen* (lebenswichtige Kenntnisse, deutsch)
- Wiese* (nasses Grasland, deutsch)
- Wasser* (H₂O, deutsch)
- waten* (im seichten Wasser gehen, deutsch)
- water* (Wasser, englisch)
- voda* (Wasser, russisch)
- veder/vödör* (Eimer, ungarisch)
- bodon* (Brunnenschacht, ungarisch)
- Boden* (fruchtbare Erde, deutsch)
- föd* (Festland, fruchtbare Erde, ungarisch)

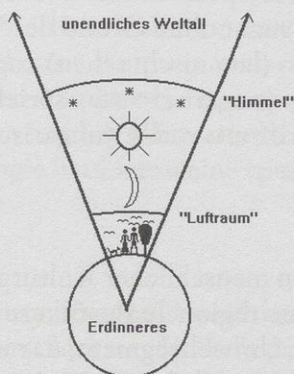
Landschaft

Die zweite Ebene der Umweltkommunikation des Menschen stellt die *Landschaftskommunikation* dar. Landschaft ist das lebenserhaltende Ganze, zu dem die Lebens Elemente für bestimmte Arten und Individuen lokal organisiert sind. Landschaft bezeichnet ein konkret-einzigartiges Ganzheitssegment mit einer Zusammensetzung aus allgemeinen Kon-

struktionselementen, die in dieser Form auf der Erde nicht noch einmal vorkommt. Die Landschaft umfasst Elementbereiche vom Tastbar-Materiellen über riechbare, hörbare und sichtbare Bereiche bis zum ein-sichtbar-denkbaren Bereich, die mit den *Sinnen* des lebenden Körpers (ung.: *test*) je nach Eigenart der Sinnesorgane erfasst und auf Lebensbe-deutung *getestet* werden können.

Alle Kulturen haben ein je nach land-schaftlicher Kulturgemeinschaft zusam-mengesetztes und ausgelegtes Wissen aus Begriffen und Bildern über alle Be-reiche des landschaftlichen Weltganzen, weil sie in ihrem scheinbar unendlichen und tatsächlich begrenzten Landschaftssegment doch mit der ganzen Welt nach folgender Skizze kommunizieren:

*Der Mensch formt die Landschaft –
er wird aber auch von ihr geprägt.*



Die Landschaft, mit der der Mensch als Individuum und Gemein-schaft kommuniziert, besteht aus konkret begrenzten und unbegrenzten Teilen. Dies festzuhalten ist für die Umweltkommunikation wichtig, weil der Mensch die Umweltimpulse von dieser Art Landschaft aus end-lichen und unendlichen Umweltbereichen erhält. Landschaftsimpulse aus der ganzheitlichen Landschaft sind bewusst-unbewusste Regula-toren für das menschliche Handeln in allen Umweltsegmenten der Welt. Von diesen hängen lokale ebenso wie allgemeine Züge der Kulturen ab. Wichtigste Empfangsform von Landschaftsimpulsen durch den Men-schen ist die körperliche Arbeit in der Landschaft. So kann der Bauer als Umweltsensor der Gesellschaft angesehen werden.

Menschliche Sinneswahrnehmung

Unter den Sinnesorganen sind wohl die *Augen* am meisten für die Wahrnehmung der ganzheitlichen Landschaft spezialisiert. Dies wird auch im ungarischen Namen *szem* (sprich: *ßämm*) festgehalten, der im Ungarischen auch Samen bedeutet. Das Wort gehört zur weitverzweigten Urwurzelgruppe mit der Bedeutung „zusammensammeln“. Augen und Samen sammeln wirklich zahlreiche – ungarisch heißt Zahl *szám* (sprich: *ßam*) – lebenswichtige Informationen zusammen. Bei „Samen“ geht es ja um eine *Ansammlung* genetischer Informationen fürs neue Leben und bei den Augen um lebenswichtige Sichtinformationen. Insofern ist es von Bedeutung, welche Sichtinformationen die Ahnengenerationen einzelner Kulturgemeinschaften von ihren Urwohnlandschaften hatten. Diese prägten nämlich dann als maßgebende Umweltimpulse ihre Landschaftsbegriffe im muttersprachlichen Zeichensystem. Die Umgebung, die den Urmenschen im Karpatenbecken auf seinem Wohnhügel umgab, wurde im Ungarischen nicht ohne Grund der Variantengruppe der Urwurzel *videō, vīdi, vīsus* (lateinisch: sehen) zugeordnet. Da diese Sichtumgebung von Wasser (ungarisch: *víz*, sprich: *wies*) beherrscht war, wurde der Gesamtbegriff mit *vidék* (ungarisch: Wohnumgebung) bezeichnet.

Wohnformen

Zu allen weiteren Stufen menschlicher Kulturgemeinschaft wie Ortsgemeinschaft, verschiedene regionale Bevölkerungsgrößen oder etwa ein ganzes Volk gehört ein Umweltsegment, das im Umfang ein passendes Ausmaß hat wie z. B. die Ortsflur, verschiedene Regionsgrößen oder ein Land (Staat). Alle ökologisch relevanten Größen von menschlichen Gemeinschaften bilden durch ihr lokal vernetztes, direktes Umweltver-

hältnis einen festen entwicklungs-geschichtlichen Bund mit belebt-unbelebten, sichtbar-unsichtbaren Umweltfaktoren innerhalb ihrer gemeinsamen Lebensräume. Diese Lebensordnung kann nicht ohne kettenreaktionsartige Umweltfol-

Alle menschlichen Gemeinschaften sind Teil einer komplexen Lebensordnung, die nicht willkürlich durchbrochen werden kann.

gen verändert werden. Zu jedem eingrenzbaren Umweltsegment gehört auch ein Stück Unendlichkeit an Raum und Zeit, aus deren Unkalkulierbarkeit jede Kultur Vorsicht und Landschaftsempathie als Teil vom lebenssichernden Umweltwissen ableitete.

Elemente der Umweltkommunikation

Die gesellschaftliche Umweltkommunikation jeder Kultur hat viele unterschiedliche Zeichensysteme und entsprechende Kodierungsweisen entwickelt. Durch Erwähnung von Zeichensystemen wie landschaftsge-rechte Feldbestellung, Grundstücks- und Ortsbildgestaltung, Hausbau-weise, Werkzeugausführung, Gegenstandsformung, Stickerei- und Schnitzereimotive wird jedoch nur der visuell-materielle Bereich angesprochen. Aus dem intellektuell-motorischen sei hier der Volkstanz, von vielen anderen stellvertretend noch Volksmusik, Glauben und Recht erwähnt. Im Rahmen des vorliegenden Beitrags soll auf Volkslied, Märchen und Brauchtum kurz eingegangen werden.

Das wichtigste Zeichensystem gesellschaftlicher Umweltkommuni-kation bildet die *Sprache* – nicht als Sprache allgemein, sondern als konkrete Sprachsysteme einzelner Kulturen. Jede Sprache beinhaltet im Normalfall die räumlich-zeitliche Volldimension des Kulturwissens aus der Geschichte der gegebenen Kulturgemeinschaft in Sprachzeichen. Eine Entschlüsselung dieses Kulturwissens ist möglich, positivistische Linguistik der Zivilisation ist aber alles andere, nur nicht das geeignete Mittel dazu. Kulturökologie hat hierzu eine spezielle Umweltlinguistik entwickelt.

Beispiel 1: Das Volkslied

Ein sehr wichtiges Zeichensystem der Umweltkommunikation von Kul-turen bildet das Lied, womit hier nur Volkslied als Gemeingut der Kul-turgemeinschaft gemeint ist. Für das Lied ist charakteristisch, dass es Sprachliches als Text mit Musikalischem als Melodie vereint und da-durch spezielle Liedcodes schafft. Die Liedmelodie als nichtinstrumen-telle Naturmusik öffnet für den Liedtext seelische, nichtbegriffliche Wis-sensdimensionen, weil sie selbst aus nichtbegrifflichen, sogar nicht-menschlichen Umweltbereichen stammt. Musik heißt im Ungarischen *zene* (sprich: *sännä*). Dieses Wort beinhaltet die Wurzel *zen*, die in fernöstlichen Kulturen *Seele* bedeutet und in europäischen Sprachen wie Latein durch Wurzeln wie *sen-*, *san-* mit „Empfinden“, „Heilen“ und „Alter“ assoziiert ist.

Melodische Naturtöne wie leises Rasseln von Blättern oder Wasser, vor allem aber Vogelgesang bezeichnen für die Menschen seit alters her die Melodie einer übermenschlichen Weltharmonie. Kein Zufall, dass eine Pentatonik, also die Fünftönenabfolge, des Menschenliedes in Ent-

sprechung der Umweltpentatonik des Vogelgesangs nur in singvogelartenreichsten Gebieten der Welt existiert; zu diesen gehört auch das Karpatenbecken. Liedtext als Sprache ist keine Sprache des Verstandes. Er ist durch Rhythmus und Reim von vornherein der Musik näherstehend. Auch stammt seine Materie weniger aus konkret-begrifflichen, vielmehr aus bildlich-synthetischen Codebereichen des Sprachzeichensystems der jeweiligen Kultur.

Zum Thema haben ungarische Volkslieder oft – kaum anders zu erwarten – das Wasser. Jedenfalls ist es nie „konkretes“, sondern symbolisches Wasser mit vielschichtiger Lebensbedeutung. Erstens geht es hier um das wichtigste Lebelement für jedes Lebewesen in der Schöpfung: die Liebe. Es ist vor allem die Liebe, die junge, zum Leben reife, zur verantwortungsvollen Fruchtbarkeit bereite Menschen zueinander bringt. Hierfür haben die Ungarn einen Begriff für sich: *szerelem*, wobei *szeretet* für Nächstenliebe steht. Beide sind durch ihren gleichen Stamm ins weitestverzweigte Wurzelsystem der ungarischen Sprache integriert, deren Varianten mit grundlegenden Menschenpflichten von Selbstbefleißigung über Kindergebären bis zur mathematischen Multiplikation weitläufige Bedeutungsfelder umfassen.

Symbolisches Wasser im ungarischen Volkslied hat oft auch einen Namen: den Namen eines Flusses, meist den Namen des Lieblingsflusses der Ungarn, der Theiß (ungarisch: Tisza). Der Grund dafür liegt darin, dass der Flussname *Tisza* wurzelgleich mit *tiszta* (= rein, sauber, ehrlich, aufrichtig) ist. Liebe muss nämlich opferbereit und rein sein, sonst kann sie nach der Schöpfungsordnung keine Früchte tragen. Flusswasser wird aber mal auch trübe und unrein. Da hat Liebe keine Chancen. Dabei ist wichtig, dass *víz* und Tisza nur Frauenliebe bedeuten. Der Mann im ungarischen Volkslied wird durch sein *Pferd* (ungarisch: *ló*) symbolisiert. Wenn man im Volkslied mit dem Pferd über die Theiß oder einen anderen Fluss übersetzen will oder das Pferd das trübe Wasser nicht trinkt, ist immer Liebe oder Unmöglichkeit der Liebe gemeint.

Die ungarische Kulturforschung rätselt heute noch darüber nach, wieso Herders europäische Volksliedersammlung³ kein einziges ungarisches Volkslied beinhaltet, obwohl das ungarische Volksliedergut nach

³ Johann Gottfried Herder: Stimmen der Völker in Liedern. Hrsg. von Werner Creutzinger. Vollständiger Text der letzten von Herder selbst stammenden Ausgabe, die unter dem Titel „Volkslieder“ 1778/79 erschien, sowie eine Auswahl aus der früheren Sammlung „Alte Volkslieder“ (1774) und dem Nachlass. Leipzig o. J.

Umfang und Variantenreichtum mit zu den bedeutendsten in Europa zählt. Meiner Meinung nach liegt die Ursache dafür darin, dass die außerordentlich komplizierte und komprimierte Umweltsymbolik, die heute das ungarische Volkslied ökologisch-hochmodern macht, die Übersetzer vor unlösbare Aufgaben gestellt haben mag.

Beispiel 2: Das Märchen

Ähnlich verhält es sich beim Zeichensystem der Märchenkommunikation. Der Grundstoff Sprache wird im Falle von Märchencodes wie beim Lied speziell ausgewählt und in ein überreales Relationssystem gestellt. Nimmt man nur typische Märchenwesen wie Hexen, Feen, Drachen und Teufel, so ist es klar, dass diese als Sprachelemente einen völlig anderen „Begriffscharakter“ haben als „normale“ Begriffswörter. Letztere bezeichnen Bezüge aus der objektiven Realität. Märchencodes bezeichnen auch Wirklichkeitselemente: Hexen, Feen, Drachen und Teufel sind *wirkliche* Wesen. Sie *wirken* in der Gegenwartsebene des Menschen nicht weniger als unsere verstorbenen Lieben, deren Werte in uns *nach*-wirken, oder wie unsere noch nicht geborenen Kinder *vor*wirken, zu deren Empfang und verantwortungsvoller Erziehung wir uns schon lange vor ihrer tatsächlichen Geburt in materieller wie seelisch-geistiger Hinsicht vorbereiten. Sie sind Teil einer überrealen, die Zeitgrenzen überspannenden Wirklichkeit. Genauso werden real Handelnde in Märchen wie Könige, Königssöhne, Königstöchter, Jäger, Diener, der arme Mann mit seinen Söhnen, Pflanzen, Tiere, Flüsse, Bäche, Gegenstände und Materialien Teil derselben Märchenwirklichkeit. Dadurch werden sie Teilhaber des ewigen Kampfes zwischen „Gut“ und „Böse“, der in der Gegenwart genauso geführt wird, wie er auch in der Vergangenheit nie aufhörte und auch in der Zukunft nicht aufhören wird.

Durch die überreale Märchenhandlung wird dem Gegenwartshörer gezeigt, was reale Lebewesen der ganzheitlichen Umwelt im Wesentlichen bedeuten. Im ungarischen Märchen können z. B. Tiere mit Menschen sprechen. Tiere, denen der

Wasser ist im ungarischen Märchen keine einfache „Flüssigkeit“, sondern entweder „Wasser des Lebens“ oder „Wasser des Todes“.

gutherzige Mensch Dienste erweist, schwören ihm Treue und stehen ihm mit ihren Fähigkeiten im Entscheidungskampf gegen den Bösen bei. Es ist ein gegenseitiger Verantwortungsbund, in dem der Mensch für das Tier Opfer zu bringen hat und nicht einseitiger Nutznießer des Opfers seiner „Nutztiere“ sein darf. So ist es auch mit den Elementen. Wasser ist

im ungarischen Märchen keine einfache „Flüssigkeit“, sondern entweder „Wasser des Lebens“ oder „Wasser des Todes“.

Beispiel 3: Brauchtum – das Ostergießen

Ebenso hat der seltsamste Wasserbrauch Europas, das *Ostergießen* der Ungarn, seine Umweltwurzeln und seinen Schöpfungszweck in der eigenartigen Nasslandschaft des Karpatenbeckens. Ostergießen ist ein zusammengesetzter Fruchtbarkeitsbrauch am Ostermontag, dessen Zeremonie nach Originalriten am frühen Morgen im eigenen Haus beginnt. Die Männer schleichen sich bei Morgendämmerung aus dem Schlafgemach und „gießen Frau und Töchter aus dem Bett“, wie es heißt, „damit sie fleißig werden“. Dass es jedoch gleichzeitig auch eine uralte Mahnung an die Frau zu ihrer unersetzlichen Pflicht zur Fruchtbarkeit ist, zeigt sich daran, dass man dabei bemüht ist, den Ritus im Bett zu vollziehen und dabei Frau und Bett mit möglichst viel Wasser nass zu machen. Nach alledem wird feierlich gefrühstückt und der ganze Ritus nochmals, aber nun „auf ordentliche Art“ wiederholt: Die Frauen der Familie stellen sich nebeneinander, sie lassen sich die „Gießverschen“ der Männer einzeln vorsagen und sich einzeln begießen. Da darf aber nur noch ein „Gießfläschchen“ mit klarem Wasser benutzt werden. Häufig ist es ein Duftwasser, das aber Frauen zu Ostern „nicht mögen“.

In den oft individuell gestalteten Gießversuchen der Männer gibt es wiederkehrende Berufungen darauf, dass die Blume nicht verwelken darf und sie daher begossen werden soll. Allerdings wird auch der Preis fürs Begießen genannt. Dann wird um Erlaubnis zum Gießen gebeten. Der symbolische Hauptpreis fürs Begießen ist das „rote Ei“, das oft auch „hímes tojás“ (Zierei) genannt wird, weil die Schale von den Frauen sorgfältig mit kosmischen Lebensmotiven verziert wird. Neben Fruchtbarkeitsrot kann das Osterei aber auch blau oder gelb sein – zwei schlechte Farben der ungarischen Farbensymbolik, die an der Schale der Lebenszelle Ei (von Frauen den Gießern als Dank und Fruchtbarkeitsversprechen geschenkt) eine „schlechte Botschaft“ – eine feine Abweisung – an den Mann bedeuten. Gelb heißt ungarisch *sárga* (Sprich: schaarga), das wurzelgleich mit *sár* (= Schlamm, sprich: Schaar) ist und auch in der Volksliedersymbolik als schlechtes Nass-Symbol die Unmöglichkeit der Liebe bedeutet. Nachdem die Männer von den eigenen Frauen auf diese Weise „geprüft“ wurden, darf jung und alt aufbrechen, um einzeln oder in Gruppen die weiblichen Bekannten von jung bis alt im Ort zu begießen.

Nach dem Ostergießen werden die Gießer an den Familientisch gebeten und normal mit Pálinka (Obstbrand) aus eigenem Obst und Hauswein, die Kinder mit Obstsäften aus dem eigenen Garten bewirtet. Die begossenen Töchter reichen eigens gebackene Kuchen herum. Auf dem Tisch steht auch Essen mit Osterschinken, gekochten Eiern und eigens gebackenem Brot aus Weizen vom eigenen Feld bereit. Es wird nicht umsonst erwartet, dass die Gießer von all diesen Opfern kosten. Auch eine symbolische Geldgabe von der Hausfrau an die Buben gehört zum Gießpreis.

Insgesamt sollen damit uralte bäuerliche Werte⁴ wie Fleiß, Einteilungsgabe über Winter und Fastenzeit, verdienter Wohlstand und Freigiebigkeit der mit der Schöpfung verbundenen Menschheitsfamilie zur eigenen Bestätigung durch und zur Bestärkung für alle Angehörigen der Kulturgemeinschaft in ihrem zugewiesenen Schöpfungssegment als zu erhaltende Heimat zum Ausdruck kommen.

⁴ Edit Fél/Tamás Hofer: Bäuerliche Denkweise in Wirtschaft und Haushalt. Eine ethnographische Untersuchung über das ungarische Dorf Átány. Göttingen 1972.

Europas unbekannte Urwälder in Transkarpatien



Einführung

Die Flusswälder Transkarpatiens (Zakarpatska Oblast/Westukraine) stellen eines der größten noch erhaltenen Rückzugsgebiete der historischen zentraleuropäischen Flusswälder dar, die im CORINE-Handbuch der Lebensräume als „das in Bezug auf Strukturen, Pflanzen- und Tierwelt vielfältigste aller europäischen Ökosysteme“ bezeichnet werden, wobei „die von Flüssen durchzogenen Wälder Europas sich auf einige wenige, höchst gefährdete Beispiele verringert“ haben.¹

In fast allen großen zentraleuropäischen Tälern wurden die Flüsse seit Beginn des 18. Jahrhunderts begradigt (z. B. der Rhein). Dies zog folgende Konsequenzen nach sich:

- die Fluss-Morphologie hat sich vollständig verändert,
- die hydrologische Verbindung zwischen dem Fluss und den Feuchtgebieten der Schwemmlandebene hat sich auf wenige Bereiche verringert,
- die Vielfalt der Vegetation wurde erheblich reduziert.

Die zunehmende Entkopplung von Altwässern und ehemaligen Seitenarmen führte zu einem fortschreitenden Zustand der Verlandung (z. B. beim Rhein, bei der Donau östlich von Wien oder am Oberlauf der Drau in Kärnten). Auch am Unterlauf der Flüsse zeigen sich ähnliche Veränderungen, die der Unterbrechung von Mäandern und der Abdämmung zuzuschreiben sind (beispielsweise an March/Morava in Österreich und Tschechien).

1 D. Moss (u. a.): CORINE Biotopes Manual. Methodology. Data Specifications. 2 Bände. Office for Official Publications of the European Communities. Luxemburg 1991. – Die Region liegt ganz im Westen der Ukraine (Schraffur auf der Skizze).

Dr. Bohdan Prots ist Mitarbeiter des Staatlichen Museums für Naturgeschichte in Lwiv und der Akademie der Wissenschaften der Ukraine.

Diese seit mehr als hundert Jahren anhaltende Entwicklung führte zu (a) fortschreitendem Einschneiden von Kanälen, (b) zu sinkenden Grundwasserspiegeln und (c) zu einem Mangel grober Sedimente in den Schwemmlandebenen nach Überschwemmungen. Diese mehr oder weniger stabilen Standortbedingungen entlang ursprünglich miteinander verbundener Flusslandschaften haben die Vegetation wesentlich verändert: An die Stelle urtümlicher Auenwälder sind bewirtschaftete Wälder getreten, oft mit einer eintönigen Monokultur aus Pappeln.

Zahlreiche ineinander verflochtene Flussläufe bestimmen die Auenwaldregion Transkarpatiens.

Das Untersuchungsgebiet

Das im folgenden Bericht untersuchte Gebiet befindet sich in der Westukraine (historisch auch „Karpato-Ukraine“ genannt), unweit der Grenzen zur Slowakei, zu Ungarn und Rumänien. Die Flüsse Theiß, Borzhava, Latorytsya, Uzh und andere, die an den transkarpatischen Hängen entspringen, formen den nordöstlichen Teil der Pannonischen Tiefebene. Die Überschwemmungsebenen dieser Flüsse schaffen die Lebenswelt für Eichen-, Eschen-, Pappel-, Weiden- und Erlenwälder. Der urtümliche Baumbestand, der ca. 150-250 Jahre alt ist und ca. 2.500 Hektar umfasst, bildet den wertvollsten Teil dieser Auenwaldregion.

Transkarpatien stellt ein gutes Beispiel für eine Region mit ineinander verflochtenen Flussläufen dar. Alte Entwässerungskanäle, die bereits unter der Österreich-Ungarischen Monarchie angelegt wurden, haben zur Erhaltung einer gut entwickelten Wasser- und Sumpflvegetation beigetragen. Sie dienen als



Alter Baumbestand in den Auenwäldern

Schutzort für seltene und gefährdete Pflanzenarten der Altwasserseen wie beispielsweise *Trapa natans* (Wasernuss), *Nymphoides peltata* (Europäische Seekanne) und *Stratiotes aloides* (Krebsschere). Die Böden

haben einen hohen Grundwasserstand und werden regelmäßig aufgrund der Schneeschmelze im Frühling oder infolge ganzjähriger Regenperioden überflutet.

Das Jahrhundert der Zerstörung

Die geographische Lage des transkarpatischen Überschwemmungswaldes, der nahe der westlichen Grenze zur ehemaligen Sowjetunion liegt, beschränkte in der Vergangenheit jede Art von groß angelegter Nachforschung bezüglich seiner biologischen Vielfalt und seiner nachhaltigen Nutzung. Allerdings veränderte die intensive Land- und Forstwirtschaft während der letzten zwei Jahrhunderte, insbesondere in den letzten Jahrzehnten, den gesamten Waldbestand erheblich. Allein innerhalb der Ebenen wurden im letzten Jahrhundert Überschwemmungswälder auf einer Fläche von ca. 13.000 Hektar zerstört. Ähnliches wurde für die benachbarte Slowakei festgestellt. Der Rückgang der Fläche von Flusswäldern im nordöstlichen Teil der ungarischen Tiefebene während des letzten Jahrhunderts wird auf 41 Prozent (Slowakei) bzw. 44 Prozent (Transkarpatien) geschätzt.

Das zunehmende Auftreten verheerender Überschwemmungen innerhalb der Region und flussabwärts an der Theiß und im Donaubecken wird mit der Abholzung der Auenwälder und der Entwässerung von Torfmooren, Sümpfen und Altwasserseen in Verbindung gebracht. Im Laufe des letzten Jahrzehnts litten ca. 90 Prozent der Region unter den Auswirkungen dieser Überschwemmungen. Dreimal wurde die Region sogar von der ukrainischen Regierung zum nationalen Katastrophengebiet erklärt². Die Folgen der Überschwemmungen werden durch die wachsende Umweltverschmutzung der Gesamtregion verstärkt, die weite Flächen betreffen kann.

All diese Faktoren führen dazu, dass die ökologische Bedeutung der Flusswälder erst seit Kurzem von der breiten Öffentlichkeit gewürdigt wird. Zudem gibt es keinen wirkungsvollen Naturschutz. Weiterhin verstärkt die derzeitige wirtschaftliche Stagnation den Druck, der auf diesen Wäldern lastet. Illegales Abholzen, Misswirtschaft, Armut und

² Anton Drescher/Bohdan Prots/Owen Mountford: Project Transcarpathian Riverine Forests, Ukraine, at the Start Point. In: Jozsef Benedek/E. Schulz (Hrsg.): Südosteuropa. Geographische Entwicklungen im Karpatenraum (Würzburger Geographische Manuskripte, Nr. 63). Würzburg 2003, S. 139-144.

sogar rechtliche Unsicherheiten stellen auch weiterhin ernstzunehmende Wirtschafts- und Umweltprobleme für die Region dar.

Brennpunkte der biologischen Vielfalt

In der Vergangenheit wurde das Untersuchungsgebiet mit Ausnahme des oberen Teils des Theißbeckens nur unzureichend erforscht. Eine Vorstudie, die von Anton Drescher und Bohdan Prots 1997/1998 durchgeführt wurde, mündete in die Wiederentdeckung der einzigartigen urzeitlichen Flusswälder in Transkarpatien ein – eine bedrohte europäische Vegetationsform. Entdeckt wurden u. a. mehrere neue Pflanzengemeinschaften und eine bisher in der Ukraine unbekannte Orchideenart, *Epipactis albensis* (Elbe-Stendelwurz).

Weiterführende Studien kamen zu dem Schluss, dass diese Feuchtgebiete eine große Zahl national und international gefährdeter Pflanzenarten, Lebensgemeinschaften und eine einzigartige Vielfalt von Lebensräumen umfassen. In diesem Zusammenhang ist der Altbaumbestand (Alter: 150-250 Jahre alt, umfasst 3-15 Prozent der Fläche) von besonderem Interesse. Die Besonderheiten dieses Baumbestandes ähneln jenen von urwüchsigen Pflanzenbeständen wie z. B. Witterungsunempfindlichkeit, natürliche Regeneration und hochgradige Widerstandsfähigkeit. Heutzutage beschränken sich diese Flusswälder auf einige wenige hochgefährdete Beispiele, die hauptsächlich innerhalb des ukrainischen Teils des Theißbeckens anzutreffen sind.

Die Ausbreitung seltener Pflanzen- und Tierarten in feuchten Lebensräumen in Transkarpatien zeigt eine starke Beziehung zwischen Brennpunkten der biologischen Vielfalt und der Ausbreitung von Flusswäldern, insbesondere alten Pflanzenbeständen.

So sind beispielsweise 60-90 Prozent des Territoriums in Anhang I der EU-Lebensraumrichtlinie aufgelistet. Es finden sich darin achtzehn Arten von Gefäßpflanzen, die auch in der ukrainischen „Roten Liste für Pflanzenarten“ von 1996 aufgelistet sind. Ein weiteres Beispiel aus der Tierwelt bildet die Fledermausfauna: In der Ukraine leben 27 Arten – die Lebensbedingungen von 23 Fledermausarten sind mit den alten transkarpatischen Flusswäldern verbunden.

Trotz dieser ausgewählten Fakten genießen die Wälder zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen wirkungsvollen Naturschutz. Dabei gilt es festzuhalten:

Trotz der vielfältigen Flora und Fauna genießen die Wälder bisher keinerlei Schutz.

- In ihnen spielen sich zahlreiche natürliche Prozesse ab.
- Die Bedeutung für den natürlichen Wasserhaushalt ist enorm.
- Sie beinhalten genetische Ressourcen von hohem Wert.
- Ihre kulturelle Bedeutung darf nicht unterschätzt werden.
- Sie sind von gesamteuropäischer Bedeutung.

Überschwemmungswälder und Überschwemmungen

Das zunehmende Auftreten von verheerenden Überschwemmungen in der transkarpatischen Region und flussabwärts im Gebiet der Theiß und des Donaubeckens wird mit der Abholzung der Auenwälder und der Entwässerung von Torfmooren, Sümpfen und Marschgebieten in Verbindung gebracht. Die Bedeutung dieser Auen für den natürlichen Wasserkreislauf wurde bisher weitgehend unterschätzt und bis zu den jüngsten katastrophalen Überschwemmungen 1998 und 2001 weder für die Karpatenregion noch für das gesamte Theißbecken erkannt. Die Zerstörung dieses Lebensraumes führt außerdem zu einem Rückgang von Pflanzen- und Tierarten. Schließlich darf auch die Umweltverschmutzung mit ihren verheerenden Folgen nicht unterschätzt werden.

Andererseits besteht das Aktivpotenzial dieser Täler aus sehr dynamischen und komplexen biophysikalischen Lebensräumen, deren Evo-



Plastikmüll in den Auenwäldern als Beispiel für Umweltzerstörung

lutions- und Anpassungsgeschichte weit in die Vergangenheit zurück reicht. Pflanzengesellschaften in den Überschwemmungsebenen setzen sich aus Gattungen zusammen, die entsprechend spezialisiert und an Beeinträchtigungen angepasst sind. Fast jedes Jahr sind die meisten Pflanzen in den Talauen und an Flussufern Über-

schwemmungen, Erosionen, Eisschäden und Dürren ausgesetzt. Saisonbedingte Schwankungen im Hinblick auf Verunreinigungen schaffen

Umweltbedingungen, die sogar für die duldsamste Gattung eine Herausforderung darstellen³. Diese Prozesse sondern natürliche Vegetationsarten aus, die unter solchen Bedingungen überleben können und widerstandsfähig sind. Sie verlangsamen den Wasserfluss während Überschwemmungen, füllen die Grundwasserreservoir auf, übernehmen die Rolle ökologischer Korridore, bilden Nährstofffilter und wirken schließlich als physische und biologische Zwischenspeicher. Diese Eigenschaften gelten auch für Hochgebirgsmoore, Torfmoore und Sümpfe, die entscheidend für die Speicherung von Wasser sind und dazu beitragen, das Risiko von Überschwemmungen zu verringern.

Wichtig ist es, dass den Verwaltungsorganen vor Ort klare Richtlinien wie beispielsweise der Rückbau von Dämmen in ausgewählten Bereichen eines Flusslaufs und die Erneuerung des Vegetationsbestandes im Rahmen eines „grenzüberschreitenden Managements“ an die Hand gegeben werden. Viele einzelne Maßnahmen tragen dazu bei, die natürlichen Prozesse des Wasserkreislaufs zu verbessern, sodass die Zahl katastrophaler Überschwemmungen im Einzugsgebiet der Theiß verringert wird.

Unter den derzeitigen sozio-ökonomischen Bedingungen ist die Einrichtung einer Schutzzone in Ländern im wirtschaftlichen Umbruch wie beispielsweise der Ukraine der einzige kostengünstige Weg, das langfristige Überleben gefährdeter Gattungen und Lebensräume zu gewährleisten. Jede Einrichtung einer Schutzzone fördert neue Investitionen in die Tourismusentwicklung der Region „Obere Theiß“. Zudem dürfte dies auch dazu beitragen, das Risiko schwerer Überschwemmungen in den Siedlungsgebieten zu verringern und folglich die Armut in der Region zu lindern. Ebenso eröffnet es neue Möglichkeiten grenzüberschreitender Umweltzusammenarbeit.

In der Region „Obere Theiß“ eröffnen sich neue Möglichkeiten grenzüberschreitender Umweltzusammenarbeit.

Implikationen für den Naturschutz

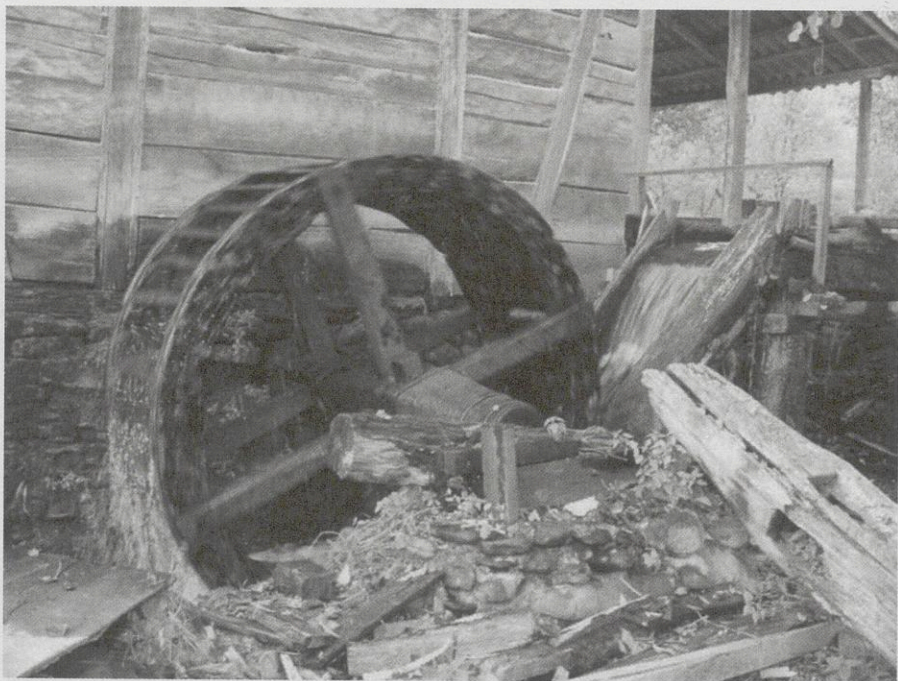
Nach langfristigen Vorbehalten mit Behörden und örtlichen Gemeinden wurde der regionale Landschaftspark „Prytysianskyi“ (ca. 10.000

³ J. P. Grime: Plant Strategies and Vegetation Processes. New York 1979; R. J. Naiman/R. E. Bilby (Hrsg.): River Ecology and Management. Lessons from the Pacific Coastal Ecoregion. New York 1997.

Hektar Fläche) nach der Genehmigung des Regionalparlaments eröffnet. Dennoch reicht diese Errungenschaft als alleinige Maßnahme nicht aus, den tatsächlichen Schutz dieser Lebensräume zu gewährleisten, vielmehr bedarf es einer Menge weiterer Arbeit im Bereich des Naturschutzes.

Der neu eingerichtete Landschaftspark wird Investoren ermutigen, sich in der Transkarpatenregion zu engagieren. Dies wird auch zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen, etwa durch Förderung einheimischer Wirtschaftszweige wie der Holzverarbeitung (z. B. Anfertigung von Möbeln und Weinfässern). Natürlich wird durch den Rückbau von Dämmen auch die Überflutungsgefahr sinken, womit die Bedrohung für die menschlichen Siedlungen insgesamt abnimmt. All das trägt insgesamt dazu bei, dass sich zwischen der Europäischen Union und der Ukraine wirtschaftliche und kulturelle Brücken bilden, die Anstoß für weitere Programme zur Verbesserung des menschlichen Lebens auf der Basis „grüner Wirtschaft“ sein könnten.

Aus dem Englischen übersetzt von Thomas Hartl.



Alte Wassermühle am Fluss Tereblya – mögliches Objekt im Ökotourismus?

Kloster Kovilj – ein orthodoxes Kloster in Serbien mit ökologischer Prägung



Am Rande der unübersehbaren Ebene der Bačka, in der Nähe der Stadt Novi Sad, erheben sich die Kreuze und Kuppeln eines der größten serbischen Heiligtümer – des Klosters Kovilj. In der turbulenten Leidensgeschichte dieser Kirche, die den Heiligen Erzengeln Gabriel und Michael gewidmet ist, sind lebensspendende Perioden des Friedens mit harten Schlägen der Eroberer verwoben, in denen das Kloster Opfer grausamer Zerstörung war.

Nach der Volksüberlieferung beginnt die Geschichte des Klosters Kovilj mit dem größten Heiligen und christlichen Aufklärer des serbischen Volkes, dem Heiligen Sava. Genau an dem Ort, an dem sich das Kloster heute befindet, versöhnte der Heilige Sava durch seine geistige Autorität die Herrscher zweier verfeindeter Staaten und Völker – seinen Bruder Stefan den Erstgekrönten, König von Serbien, und den ungarischen König Andreas II. Als Symbol und Denkmal dieser Versöhnung gründete der Heilige Sava das Heiligtum von Kovilj. Seitdem war das Kloster vielen Veränderungen ausgesetzt, und sein ursprüngliches Aussehen ist nicht erhalten geblieben.¹

Bis zum Abschluss des Friedens von Karlovac am Ende des 17. Jahrhunderts sieht sich das Kloster von Kovilj den ständigen Attacken türkischer Angreifer und Plünderer ausgeliefert. Jeder dieser zerstörerischen Feldzüge hinterließ große Schäden am Kloster. Deshalb wurde zu Beginn des 18. Jahrhunderts (genauer im Jahre 1707) die Erneuerung der alten Kirche abgeschlossen. Doch schon 30 Jahre später war die Kirche kaum noch zu gebrauchen. Infolgedessen wurde 1741 neben der

¹ Zum Hintergrund vgl. auch Radomir Kolundžić: Geschichte und Selbstverständnis der Serbischen Orthodoxen Kirche. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 9 (2008), H. 4, S. 292-297, bes. 292 f.

Bischof Porfirije (Perić) ist Vikarbischof des Serbischen Orthodoxen Bistums der Bačka und Abt des Klosters Kovilj.

alten Kirche eine neue nach dem Vorbild des Klosters Manasija gebaut, das sich im damals von den Türken beherrschten Serbien befand. In dieser neuen Kirche wurden das Alte und das Neue sehr erfolgreich miteinander verbunden, sodass sich serbische mittelalterliche mit barocken Elementen verflechten.

Die Leidensgeschichte dieses Heiligtums setzte sich auch in den folgenden Jahrhunderten fort. Im 19. Jahrhundert war es Opfer der ser-

Kloster Kovilj spielt in der serbischen Geistesgeschichte eine große Rolle.

bisch-ungarischen Auseinandersetzungen, während des Befreiungsaufstandes 1848, als die Serben der Vojvodina mutig für ihre Unabhängigkeit und ihren Fort-

bestand kämpften. Die Bruderschaft des Klosters bot den serbischen Führern, dem Metropoliten Stefan Stratimirović und dem Heerführer Knićanin wie auch allen furchtlosen serbischen Soldaten Unterkunft, Nahrung und geistigen Beistand. Infolge dieser Ereignisse wurde das Kloster ernsthaft beschädigt. Diese schweren Zerstörungen führten dazu, dass die alte Kirche bis auf die Grundmauern abgerissen werden musste, auf denen mit der Zeit eine neue Kirche gebaut wurde. Für die alte Ikonostase, die durch Feuer vernichtet worden war, wurde eine neue hergestellt, die im Geiste der italienischen Renaissance durch die Hand des begabten serbischen Malers Aksentije Marodić angefertigt wurde und auch heute noch die Seelen vieler Gläubiger im Gebet vereint.

Das Kloster besitzt eine wertvolle Bibliothek, in der sich unter den umfangreichen theologischen, philosophischen und historischen Texten auch Originalhandschriften sowie viele alte gedruckte Bücher befinden. Das größte Reichtum des Klosters Kovilj stellt jedoch die lebendige Gemeinschaft von Menschen dar – Mönche, Künstler, Wissenschaftler und alle Gläubigen, die in der gesamten Zeit seines Bestehens ihre eigene Existenz dort, unter dem himmlischen Schutz des Klosters, bestätigt gesehen haben. Einer von diesen vielen ist der große serbische Historiker und Verfasser der berühmten „Geschichte der slawischen Völker“, Archimandrit Jovan Rajić, der im Kloster Kovilj Mönch wurde, später zum Abt ernannt und schließlich dort beigesetzt wurde. Ihm zu Ehren und zum Gedächtnis wurde in den Räumlichkeiten des Klosters ein Museum eingerichtet.

Zur Bruderschaft des Klosters gehörte auch der Mönch, Märtyrer und große Maler des 20. Jahrhunderts, der Heilige Rafailo Momčilović, der wegen seines gottesfürchtigen Lebens und seines Märtyrertodes zum Heiligen und Märtyrer der Orthodoxen Kirche erklärt wurde. Der Hei-

lige Rafailo verweilte oft im Kloster von Kovilj und hinterließ diesem Heiligtum zahlreiche Bilder von hohem Wert. Đorđe Branković, der später serbischer Patriarch werden sollte, legte ebenfalls in Kovilj sein Mönchsgelübde ab. Künstler, Schriftsteller, Denker wie z. B. Dobrica Milutinović, Veljko Petrović, Milutin Kašanin, Vojislav Matić, Laza Kostić und andere fanden geistigen Frieden oder Inspiration in der geweihten Ruhe von Kovilj.

So ist es auch heute. Die Flügel der göttlichen Erzengel unterstützen auch in heutiger Zeit insbesondere junge Seelen in ihrem furchtlosen und unbarmherzigen Kampf gegen eine Heimsuchung der Neuzeit – die Drogenabhängigkeit. Die Mönche des Klosters Kovilj bieten mit viel aufopfernder Liebe und großem Engagement diesen unglücklichen Menschen die Möglichkeit, ein neues Leben zu beginnen. Hier wird nämlich seit Jahren systematisch und gewissenhaft an der Heilung von schwerer Drogenabhängigkeit gearbeitet. Das ganze Programm wurde „Land der Lebenden“ genannt und nahm seine Tätigkeit am 28. Januar 2006 auf. Bis jetzt wurden vier stationäre Wohngemeinschaften bzw. Häuser eröffnet: Čenej, Vilovo, Brajkovac sowie ein Frauenhaus im Kloster der Himmelfahrt der Heiligen Maria in Bačko Petrovo Selo.

Blick auf Kloster Kovilj

Weitere therapeutische Wohngemeinschaften sind geplant, weil der Bedarf bedauerlicherweise groß ist. Dafür sind allerdings erhebliche Mittel notwendig, über die das Kloster leider nicht verfügt. Dies ist ein erster Versuch des Bistums der Bačka, dass die Serbische Orthodoxe Kirche bei

der Lösung dieses Problems hilft. Wie in der Vergangenheit, so verrichtet das Kloster auch heute seine komplexe und vielseitige Mission mit der Unterstützung gutherziger Menschen, die selbstlos Hilfe leisten, sei es durch materielle oder auch moralische Unterstützung. Unter diesen gebührt dem deutschen Hilfswerk Renovabis ein besonderer Platz, denn bis heute unterstützt es nicht nur das Programm „Land der Lebenden“,

Das landwirtschaftliche Programm umfasst u. a. die Nachzucht einheimischer Nutztierassen und die Gewinnung ökologisch reinen Bienenhonigs.

sondern auch eine ganze Reihe von Aktivitäten, mit denen sich das Kloster Kovilj heutzutage befasst. Die Hilfe dieser renommierten Organisation blieb auch während der Verwirklichung des Programms zur Erhaltung und Zucht einheimischer Tierarten nicht aus: wie bei

der Schweineart „Mangulitza“ und bei Rindern, so auch bei der Kultivierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Die besondere Aufmerksamkeit der Mönche des Klosters gilt der Bienenzucht und der Herstellung hochqualitativen und ökologisch reinen Honigs. Das Kloster verfügt über mehr als zweihundert Bienenstöcke sowie über die vollständige Ausrüstung zur Herstellung von Honig. Durch das systematische Aufstellen von Bienenstöcken in den sauberen und blütenreichen Ebenen der Bačka bekommen die Mönche verschiedene Sorten von Honig. Die Einkünfte aus dem Verkauf des Honigs decken die grundlegenden Kosten des Klosters und fließen in die Entwicklung vieler anspruchsvoller Projekte, mit denen sich das Kloster beschäftigt.

Darüber hinaus steht das Etikett des Klosters Kovilj auf den Flaschen verschiedener Spirituosen wie z. B. Pflaumenbrand, Aprikosenbrand und Quittenbrand sowie auf den Packungen verschiedener handgemachter Käsesorten wie z. B. Trappistenkäse, Edamer und Gouda als ein in Serbien schon gut bekanntes Zeichen allerhöchster Qualität. Mithilfe von Ratschlägen der besten Fachleute produzieren die Mönche Käse und Spirituosen nach traditionellen Rezepten, wobei sie ständig das Herzensgebet praktizieren. Durch den Genuss dieser Früchte sowie der Früchte des starken und weitverzweigten Stammes der klösterlichen Spiritualität lassen sich der wohltuende Segen und die Präsenz Gottes spüren; ein Vorgeschmack dessen, worauf jeder Christ hofft: das Reich Gottes.

Aus dem Serbischen übersetzt von Rade Kisić.

Die zivile Nutzung der Atomkraft aus bulgarischer Perspektive



Atomkraft zu Zeiten des Sozialismus

1970 begann man in Kosloduj im Nordosten Bulgariens mit dem Bau des ersten bulgarischen Atomkraftwerks (AKW). Bis zum Jahr 1991 wurden an gleicher Stelle vier sowjetische WWER 440-230 Reaktoren¹ mit einer Leistung von ca. 400 Megawatt und zwei WWER 1000-320 Reaktorblöcke mit einer Leistung von ca. 1.000 Megawatt konstruiert.

Anfang des Jahres 2010 wählten die Bulgaren in einer vom Staatsfernsehen durchgeführten Umfrage die Katastrophe von Tschernobyl zum seltsamsten Ereignis des vergangenen Jahrhunderts. Dies ist vor dem Hintergrund der Desinformationspolitik der kommunistischen Staatsführung zu sehen, die für sich und ihre Angehörigen unverstrahlte Agrarprodukte importierte, die Bevölkerung jedoch nicht über die Reaktorkatastrophe informierte. Heute ist bekannt, dass die Radioaktivität in Teilen Bulgariens als Folge des Reaktorunfalls im 1.500 Kilometer entfernten Tschernobyl teilweise das 31.000fache der sonst üblichen Grenzwerte betrug.² „Wir wussten nichts von der radioaktiven Wolke und haben die ganze Zeit das Obst und Gemüse unseres Gartens gegessen“, erinnert sich eine Bulgarin.

Das Projekt Belene – eine unendliche Geschichte

In Belene begann in den achtziger Jahren der Baubetrieb für ein zweites Atomkraftwerk. Im Jahr 1991 wurde der Bau jedoch wegen Geldmangel

¹ WWER (Wasser-Wasser-Energie-Reaktor) ist die übergreifende Bezeichnung für eine Reihe von Atomkraftwerken sowjetischer Bauart. Die Zahlenkombinationen verweisen auf Bautyp und Leistung (Anm. d. Redaktion).

² Matthew Tejada: Bulgaria's Democratic Consolidation and the Kozloduy Nuclear Power Plant. Stuttgart 2005, S. 26.

Tim Graewert hat Politik- und Rechtswissenschaften in Osnabrück und Sofia studiert.

eingestellt. 2005 beschloss das bulgarische Parlament, das Projekt zu reaktivieren. Die beiden 1.060 Megawatt-Reaktoren sollten von der russischen Firma Atomstroieexport gebaut werden. Am Betreiberkonsortium war auch RWE mit 49 Prozent beteiligt, stieg aber Ende 2009 wegen ungesicherter Finanzierung aus dem Projekt aus. Trotz des Angebots der russischen Seite, für RWE als Investor einzuspringen, entschied die neue Regierung Bulgariens, der gute Beziehungen zur EU und den USA nachgesagt werden, das Bauprojekt auf Eis zu legen, bis ein europäischer Investor gefunden wird. Außerdem einigten sich der bulgarische Premierminister Bojko Borisov und EU-Energiekommissar Günther Oettinger dahingehend, dass Bulgarien zukünftig jede energiepolitische Entscheidung mit der EU abstimmen wird. Auffälligerweise wurde diese freiwillige Selbstaufgabe eines wichtigen Teils nationaler Souveränität in der Presse kaum kommentiert oder kritisiert.

Die vorzeitige Stilllegung von vier Reaktoren als Folge des EU-Beitritts

Im Jahr 1993 wurde auf Initiative der Ländergruppe G 7 das Programm „Nuclear Safety Account“ (NSA) von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ins Leben gerufen. Dieses Programm zur Reaktorsicherheit in Mittel- und Osteuropa sollte die Stilllegung von Sowjetreaktoren der ersten Generation durch Finanzhilfen fördern. Am 16. Juni 1993 wurde ein Abkommen zwischen dem NSA und Bulgarien geschlossen, das die Abschaltung der ersten vier Reaktorblöcke des AKWs Kosloduj bis Ende 1998 vorsah. Die Stilllegung der Reaktorblöcke wurde aber unter den Vorbehalt der Modernisierung des fünften und sechsten Blocks des Atomkraftwerks und der Inbetriebnahme modernisierter bzw. neuer Kohle- und Wasserkraftwerke gestellt. Das Abkommen ist allerdings vom bulgarischen Parlament nicht ratifiziert worden, die vereinbarten Kompensierungsmaßnahmen wurden nicht umgesetzt.

Reaktorsicherheit fällt vollständig unter die Kompetenz der EU-Mitgliedsstaaten – dennoch sah die Agenda 2000 die Abschaltung aller sowjetischen Reaktoren der ersten Generation in den EU-Beitrittskandidatenländern vor. Die Vorbeitrittsstrategie der EU berief sich hierbei auch auf die durch das NSA getroffenen Abkommen. Allerdings enthält die Agenda 2000 keine rechtlich bindenden Beschlüsse, sondern lediglich politische Leitlinien für den Vorbeitrittsprozess. Bulgarien verpflichtete

sich schließlich, in Kosloduj Reaktor 1 und 2 Ende 2002 stillzulegen und Reaktor 3 und 4 zum EU-Beitritt am 1. Januar 2007 vom Netzbetrieb abzukoppeln. Die Slowakei, das andere EU-Beitrittsland mit Reaktoren desselben Typs, musste die Blöcke 1 und 2 des AKWs Bohunice erst zweieinhalb (Ende 2006) bzw. viereinhalb Jahre (Ende 2008) nach dem EU-Beitritt abschalten³, obwohl diese Reaktoren zwei Jahre älter sind als der dritte und vierte Block in Kosloduj.

Die öffentliche Meinung zur Atomkraft in Bulgarien

Laut einer Umfrage des Jahres 1990 war vor 20 Jahren die Mehrheit der Bulgaren für den Atomausstieg. 2004 sprachen sich aber in einer Meinungsumfrage 75 Prozent der Befragten gegen die vorzeitige Schließung des dritten und vierten Blocks des AKWs Kosloduj aus.⁴ Ein Jahr zuvor hatten in einer Befragung 76 Prozent den Bau eines neuen AKWs in Belene befürwortet. Die Verbesserung des Images der Kerntechnologie beim bulgarischen Volk hat im Wesentlichen zwei Gründe. Erstens sitzt der Schock über die Katastrophe in Tschernobyl nicht mehr ganz so tief wie in den Jahren unmittelbar nach dem Ereignis. Zweitens wurde die durch die EU erwirkte vorzeitige Abschaltung der ersten vier Reaktoren in Kosloduj im öffentlichen Bewusstsein als ungerecht empfunden, was zu einem verletzten Nationalstolz führte und einen Solidarisierungseffekt zur Folge hatte.

Die Argumente der bulgarischen Atomkraftgegner

Auf der bulgarischen Version des Internetauftritts der Deutschen Welle ist zu lesen, dass „es zum Streit für oder gegen Atomkraft“ (in Bulgarien) selten kommt, da dieser mindestens zwei Seiten erfordere.⁵ Die Kernkraftgegner in Bulgarien stellen sicherlich eine kleine Minderheit dar. Albena Simeonova ist ein lebendes Beispiel dafür, dass bulgarische Kernkraftgegner dennoch existieren. Dass die Ökobäuerin und Gründerin der bulgarischen Grünen noch am Leben ist, liegt Medienberichten zufolge auch daran, dass ein Leibwächter sie im Jahr 2005 rechtzeitig von der Straße zog, bevor ein Auto sie überfahren konnte. Trotz wiederholter Anschläge kämpft Simeonova seit 20 Jahren gegen den Bau des AKWs

³ www.world-nuclear.org/info/inf44.html (letzter Zugriff: 18.07.2010).

⁴ www.world-nuclear.org/info/inf87.html (letzter Zugriff: 18.07.2010)

⁵ www.dw-world.de/dw/article/0,,4198095,00.html (letzter Zugriff: 19.07.2010).

Belene und wurde für ihr Engagement 1996 mit dem „Goldman Environmental Prize“ ausgezeichnet, der als weltweit wichtigste Ehrung im Umweltschutz gilt. Wichtigstes Argument der Kernkraftgegner sind die seismischen Risiken in der Region. 1977 kamen in einer Stadt 25 Kilometer nordöstlich von Belene bei einem Erdbeben 120 Einwohner ums Leben. Außerdem vertreten Kritiker des AKW-Baus die Auffassung, dass sich dieser wirtschaftlich nicht lohnen würde, da in den nächsten Jahren eine verbesserte Energieeffizienz zu erwarten sei und der verstärkte Einsatz erneuerbarer Technologien gefördert werden sollte.

Die neue bulgarische Regierung ist gegenüber dem „Projekt Belene“ kritischer eingestellt als alle Vorgängerregierungen. Ministerpräsident Borisov kritisierte bei einer Pressekonferenz auf der Baustelle in Belene, der geplante Reaktorbau stehe vor allem für Misswirtschaft und Veruntreuung öffentlicher Gelder. Das verdeutlichte der ehemalige Bodyguard mit der Aussage „Ej, dieser Tümpel kostet 800 Millionen Euro“.⁶ Diese rustikale und grammatikalisch nicht immer völlig korrekte Ausdrucksweise ist inzwischen zu einem Markenzeichen des bulgarischen Regierungschefs geworden. Auch der ehemalige Leiter der bulgarischen Atomenergieaufsicht Georgi Kastchiew, der heute als leitender Atomexperte am Institut für Risikoforschung der Universität Wien arbeitet, spricht sich gegen den Bau des AKWs Belene aus; er kritisierte schon das Sicherheitsmanagement bei Störfällen in Kosloduj.

Die Argumente der bulgarischen Kernkraftbefürworter

Kernkraftbefürworter weisen darauf hin, dass die Stromerzeugung eine der Haupteinnahmequellen des ärmsten EU-Landes darstelle. Der Betreiber des Atomkraftwerks, die Nationale Energiegesellschaft, ist eines der drei umsatzstärksten bulgarischen Unternehmen. Die bulgarische Atomlobby vertritt die Auffassung, dass sicherheitstechnische Fortschritte bei der Entscheidung über die vorzeitige Reaktorstilllegung nicht ausreichend berücksichtigt worden seien. Vertreter der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) beurteilten bei einem Besuch in Kosloduj Anfang der neunziger Jahre die vorherrschenden Sicherheitsstandards als ungenügend. Nach intensiven Modernisierungsarbeiten galten der 3. und 4. Reaktor des AKWs jedoch als die „modernsten V 230 Reaktoren“ überhaupt, die fast schon die Standards der Nachfolgege-

⁶ www.mediapool.bg/show/?storyid=163044 (letzter Zugriff: 18.07.2010).

ration erreichten. Auch die IAEA honorierte die Fortschritte und bewertete im Jahr 2002 die Sicherheitsstandards des 3. und 4. Blocks sehr positiv.⁷ Dass die EU-Kommission dennoch auf der Agenda 2000 beharrte, ließ auf bulgarischer Seite den Verdacht erhärten, das Urteil über Kosloduj werde in erster Linie aufgrund von sicherheitsfernen politischen Interessen gefällt.

Um während der EU-Beitrittsverhandlungen die bulgarische Regierung dazu zu bewegen, in der „Angelegenheit Kosloduj“ nicht nachzugeben, bildete sich eine Bürgerinitiative zur „Verteidigung von Kosloduj“. Zentrales Anliegen der Initiative war es, die Frage der Reaktorstilllegung per Referendum zu entscheiden, wofür über 500.000 Unterschriften gesammelt wurden. Die Bürgerinitiative wies auf einen Beschluss des Europäischen Gerichtshofs von 2002 (T-178/02) hin, in dem indirekt bestätigt wird, dass es keinen Rechtsakt der EU-Kommission gab, der die Stilllegung der Reaktoren in Kosloduj verlangte. Dieser Sachverhalt sollte als Vorlage dienen, um die bulgarische Verhandlungsposition zu stärken. Zum Zeitpunkt des Urteils hatte sich Bulgarien jedoch schon in mehreren Vereinbarungen zur vorzeitigen Stilllegung verpflichtet. Davon abgesehen scheint es unrealistisch, dass Bulgarien ohne verbindliche Zusage einer Abschaltung der Blöcke 1-4 von Kosloduj Mitglied der EU hätte werden können. Auch die anderen Neumitglieder der EU, die sowjetische Reaktoren der zweiten Generation betrieben (Litauen und die Slowakei), verpflichteten sich dazu. Diese Tatsache fand in den bulgarischen Medien allerdings nur wenig Beachtung.

Fazit

Atompolitik in Bulgarien ist mehr als eine umweltpolitische Frage. Im öffentlichen Bewusstsein wurde die vorzeitige Reaktorstilllegung in Kosloduj in erster Linie mit Fragen wirtschaftlicher Macht und politischer Interessen Westeuropas assoziiert. Dass die EU-Kommission im Beitrittsprozess ihre Kompetenzen überschritt, warf aus bulgarischer Sicht einen Schatten auf die rechtsstaatliche Praxis der EU. Die Entwicklungen der „Causa Belene“ verdeutlichen, dass die energiepolitische Strategie Bulgariens wesentlich vom Ringen der EU und Russlands um energiewirtschaftlichen Einfluss auf dem Balkan bestimmt wird.

⁷ www.world-nuclear.org/info/inf87.html (letzter Zugriff: 18.07.2010).

Nachhaltige Energiewirtschaft und Umwelterziehung in Kasachstan



Kasachstan ist ein Land ungeheurer Gegensätze. Dank gigantischer Bodenschätze schwingt es sich gerade vom Schwellenland zur Industrienation auf. Um Kohle, Gas und Öl wetteifern Europa, Russland und China. Überall im Land sind in den vergangenen Jahren neue repräsentative Gebäude entstanden, eindrucksvoll umschmeichelt die neue Hauptstadt Astana ihre Besucher mit großzügigen wie gewagten architektonischen Monumenten. Auf dem Lande indes dominieren einfache Häuser ohne Wasser und Kanalisation, die Toilette am anderen Ende des Gartens. Die Dächer sind aus Eternit, die Wände aus Holz und Stein, ohne jegliche Wärmedämmung, und die Fensterscheiben im Winter von prächtigen Eisblumensträußen verziert – kaum vorstellbar für uns in Deutschland, wie man unter solchen Bedingungen die geradezu sibirische Kälte mit Tiefsttemperaturen unter -40°C auszuhalten vermag.

Energie aus Stroh

Ende April 2010 fuhr ich mit dem Auto durch Kasachstan. Mein Beratungsauftrag lautete, einerseits herauszufinden, was man gegen den Müll in der Steppe tun kann, andererseits wollte ich die Partner von Renovabis, also vor allem katholische Pfarrgemeinden, dabei unterstützen, durch Wärmedämmung und effizientere Heizungssysteme Heizkosten zu sparen. Seit vielen Jahren gewährt Renovabis Klöstern, Pfarrgemeinden und diözesanen Einrichtungen Heizkostenzuschüsse. Im Einvernehmen mit der kasachischen Bischofskonferenz wird Renovabis ab 2012 diese Zuschüsse abschmelzen und stattdessen Energiesparmaßnahmen fördern.

Martin Buschermöhle ist als Berater für Renovabis in Weißrussland, der Ukraine und den Staaten Zentralasiens tätig.

Bei jener Autofahrt sah ich, wie fast 500 km rechts und links der Straße von Astana Richtung Norden die Felder brannten. Wegen der langen Frostperiode im Winter und der Trockenheit im Sommer verrottet das Getreidestroh und wird von den Bauern auf tausenden Quadratkilometern Ackerfläche verbrannt. In der Vergangenheit scheiterten Versuche, das Stroh zu Heizzwecken zu nutzen daran, dass das ballenweise verbrennende Stroh eine zu große Hitze entfachte und die Öfen zerstört wurden; vor allem aber schmilzt die Asche des Strohs bei über 700°C zu Schlacke und verklebt die Öfen. Der Reinigungsaufwand war enorm; man brauchte immer zwei Öfen, der eine wurde beheizt, während der andere gereinigt werden musste. Zudem stellten die riesigen Wassertanks, die die Wärme speichern sollten, beim strengen kasachischen Frost ein zu großes Risiko dar. Erst seit wenigen Jahren gibt es ein Verfahren, welches es ermöglicht, das Stroh unter Überdruck so kontrolliert zu verbrennen, dass die Betriebstemperatur konstant unter 700°C gehalten werden kann. Eine Tonne Getreidestroh entspricht der Heizkapazität von 400 Litern Heizöl. Oder anders formuliert, eine größere Kolchose in Nordkasachstan, die auf 150.000 Hektar Getreide anbaut, erzeugt dabei 150.000 Tonnen Stroh, also das Äquivalent von 60.000 Tonnen Heizöl. Auch ohne Umweltbewusstsein oder steuerliche Anreize lohnt es sich wirtschaftlich, die vor Ort vorhandene Biomasse zu verheizen, statt Kohle 1.000 km weit mit dem LKW aus Karaganda anzuliefern.



Brennendes Stroh in der kasachischen Steppe, ein bisher ungenutzter Rohstoff

Die Schule in Korneejwka – ein Modell für Umwelterziehung

In Korneejwka hat P. Peter Eichenhüller SJM vor über zehn Jahren eine Schule gegründet. Es ist keine katholische Schule, aber das Konzept des an dieser Schule durchgeführten Ethik- und Religionskundeunterrichts wurde vom kasachischen Erziehungsministerium inzwischen landesweit übernommen. Die Absolventen der Schule können das deutsche Sprach-

diplom erwerben, also ohne weitere Sprachprüfung in Deutschland studieren.

Mit Unterstützung von Renovabis wird derzeit ein Bildungsprogramm zur Umwelterziehung eingeführt, bei dem die Schüler lernen, Müll zu trennen und biologische Abfälle zu kompostieren. Bei mehreren Müllsammelaktionen sollen sie außerdem mithelfen, die kilometerweit in die Steppe gewehten Plastikflaschen und -tüten einzusammeln und einer Verwertung zuzuführen. Größere Mengen kann man gewinnbringend nach China verkaufen. Das eigentliche Problem der Dörfer in der Steppe ist, dass sich der Transport des Mülls über weite Strecken nicht lohnt. Da aber 85 Prozent kompostierbar sind und weitere 10 Prozent Metall-, Glas- und Plastik-

Technische Probleme bei der Wartung der Anlagen ebenso wie Lieferengpässe beim Heizmaterial können die Entwicklung des Projekts beeinträchtigen.

abfälle, also Wertstoffe darstellen, müssten nur 5 Prozent an Ort und Stelle deponiert oder auf eine zentrale Deponie in die Kreisstadt gebracht werden. Im Moment wird an einer Modelllösung für die Steppe gearbeitet. In den Städten wird Müll bereits getrennt gesammelt. Außerdem erhält die Schule die erste Strohheizung Kasachstans, die mit dem Stroh der umliegenden Felder betrieben wird. Damit können über 700 Tonnen Kohle pro Jahr eingespart werden.

Risiken

- Die Technik ist *noch nicht ausgereift*: Die ersten Heizungsanlagen dieses Typs laufen in Deutschland erst seit drei Jahren; der Hersteller heizt inzwischen seinen eigenen Betrieb in Thüringen mit Stroh. Zwei kasachische Facharbeiter sollen für die Montagephase nach Deutschland kommen, um die Anlage von Grund auf kennenzulernen. Montage und Inbetriebnahme erfolgen durch den deutschen Hersteller, der seinerseits für zwei Monate einen Techniker nach Kasachstan entsendet, der den Betrieb überwacht. Auch behält die Schule ihren Kohleofen bei und kann innerhalb weniger Stunden von Stroh auf Kohle umschalten, ohne dass es zu Unterbrechungen des Schulbetriebs kommt. In Kasachstan hat sowieso jedes Gebäude zwei Heizungssysteme, damit bei Störungen die Anlage nicht einfrieren kann.
- *Lieferengpässe beim Stroh*: Bislang zahlen die Bauern empfindliche Strafen für das Verbrennen des Strohs. Sie fahren es möglichst weit

in die Steppe, damit die Polizei es dort nicht findet. Für die Bauern ist es schon ein Geschäft, wenn sie das Stroh kostenlos abgeben können. Mittelfristig werden sie aber einen angemessenen Preis für das Pressen der Ballen und den Transport verlangen – dies ist nur fair. Wenn sie zudem die Asche zurückerhalten, um dem Boden nicht seine Mineralien zu entziehen, werden sie sich sicherlich gerne beteiligen, zumal ihnen langfristige Verträge Einkommenssicherheit bieten.

- *Politische Unwägbarkeiten:* In Kasachstan sind Umweltschutz und Energieeffizienz bislang neue Themen. Die Regierung ist aber grundsätzlich für Neuerungen aufgeschlossen. Der zuständige Kreisakim (Landrat) sieht in dem Projekt eine Chance, sich politisch zu profilieren und für höhere Ämter im Umweltschutz-, Landwirtschafts- oder Energiesektor zu profilieren. Er ist auch bereit, sich in Deutschland über entsprechende Techniken zu informieren.

Fazit

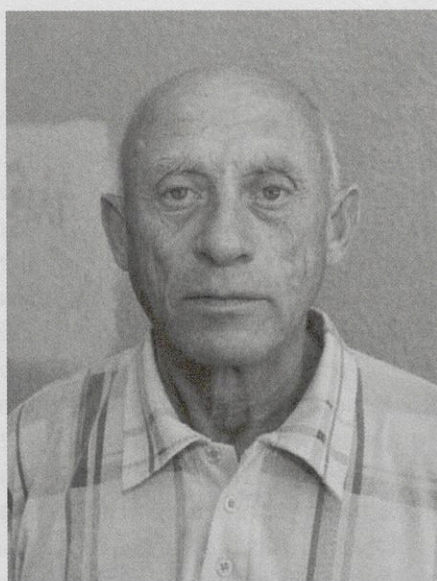
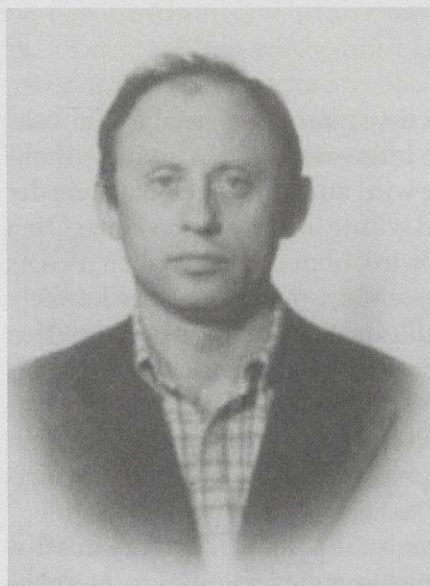
Der Traum, Stroh zu Gold zu spinnen, liegt zum Greifen nahe. Umweltschutz ist nicht länger Luxus für reiche Industrienationen, sondern rechnet sich sogar in Kasachstan. Biomasse wird zum wichtigen Baustein der globalen Energieversorgung. Niemand würde in Kasachstan einen Ofen erwerben, der mit Strohpellets beheizt wird, ohne die Gewissheit, Pellets in ausreichender Menge und Qualität preisgünstig erwerben zu können. Andererseits kauft niemand eine Produktionslinie, solange es keine Öfen gibt. Die katholische Kirche könnte diese Schwelle überwinden und für die Beheizung ihrer Kirchen, Pfarrhäuser, Klöster und sonstiger Einrichtungen sowohl Öfen als auch eine Pelletspresse erwerben und damit in einem mehrheitlich islamischen Land postsowjetischer Prägung ein Zeichen ihrer Schöpfungsverantwortung setzen.

Die katholische Kirche in Kasachstan wäre personell und organisatorisch derzeit allerdings überfordert, ein Energieversorgungsunternehmen kommerziell zu betreiben. Erkennbar ist aber das Potenzial, über Umweltschutz und Biomasse langfristig Einnahmen zu erzielen, die es der Kirche möglich macht, sich aus der Abhängigkeit ihrer europäischen Unterstützer zu lösen. Die Auswahl und Qualifizierung geeigneten Personals wird dabei die größte Herausforderung sein.

Yefim Shmidow und Elena Kirsnouskaya: Das Schicksal zweier Tschernobyl-Liquidatoren

Die folgenden Berichte sind leicht überarbeitete und gekürzte Fassungen von Interviews, die Mitarbeiter der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte „Johannes Rau“ in Minsk 2009/2010 mit Personen geführt haben, die 1986 bei den Aufräumarbeiten nach der Katastrophe von Tschernobyl beteiligt waren. Diese werden als „Liquidatoren“ bezeichnet; vgl. dazu auch oben S. 185. Auf ihr Schicksal soll in den nächsten Jahren in Ausstellungen und Veröffentlichungen hingewiesen werden. Die OWEP-Redaktion dankt Dr. Astrid Sahn für die Möglichkeit, die Texte vorab abzudrucken, deren Veröffentlichung in einer größeren Publikation 2011 vorgesehen ist. Die älteren Fotografien aus den achtziger Jahren stammen aus dem Besitz der vorgestellten Personen und werden durch Fotos ergänzt, die Rüdiger Lubricht im Frühjahr 2010 angefertigt hat.

Yefim Shmidow ¹



¹ Yefim Shmidow wurde am 10. Juli 1947 in Wetka, Gebiet Gomel, geboren. Ausbildung: neun Jahre Schule, drei Jahre als Rundfunk- und Fernsehtechniker. Seit 1972 als Experte für Kühltruhen in der Konsumgenossenschaft des Gebiets Gomel tätig.

Ende April 1986 war ich mit meiner Brigade auf Dienstreise in der Stadt Kalinkowitschi. Wir haben die Kühlausstattung in einer neuen Mehrzwecklagerhalle montiert. Am Freitag, am Wochenende, wollten wir

nach Hause, nach Gomel fahren. Unser Objekt befand sich nicht weit vom Bahnhof, deshalb brauchten wir uns nicht zu beeilen. Plötzlich kam der „Wolga“ unseres staatlichen Unternehmens herangefahren. Aus dem Wagen stieg der Bauleiter und teilte uns mit, dass sich im AKW Tschernobyl ein Störfall ereignet hatte. Der Direktor schickte ihn, um uns auszurichten, dass wir uns in Gruppen teilen und nach Bragin und Narowlja fahren sollten, um Kühlanlagen mit Ammoniak der Verbrauchergenossenschaft in Ordnung zu halten, denn es wurde geplant, alle Bewohner dieser Landkreise auszusiedeln.

So kam ich mit meinem Schweißer nach Narowlja. Wir wurden im Hotel in einem Doppelzimmer untergebracht, obwohl es voll belegt war. Es wurde neue Kühlausstattung geliefert, und wir haben zu zweit 10-12 Stunden täglich an ihrer Montage gearbeitet. Die Stadt Narowlja liegt am Ufer des Pripjat, die Landschaft dort ist wunderschön, aber wegen der Radioaktivität durften wir nicht ins Wasser, obwohl das Wetter heiß war. Wir haben dort ein paar Monate gearbeitet, Kühlanlagen auf Vordermann gebracht. Unsere Chefs in Gomel waren mit der Arbeit zufrieden.

Nach der Arbeit in Narowlja wurde ich mit meinem Kollegen nach Bragin geschickt. Die Kühlanlage in Bragin war verwahrlost, deshalb arbeiteten dort noch einige Kollegen mit. Es gab keine Probleme mit Unterbringung und Ernährung, denn wir arbeiteten bei der Verbrauchergenossenschaft – wie man so sagt, eine Hand wäscht die andere. In Bragin ging es

uns gesundheitlich schlechter, wir hatten ständig Kopfschmerzen. Es wurde uns empfohlen, Wodka mit Jod zu trinken. Davon wurde uns nicht besser. Ich habe auf das Trinken verzichtet, aber die anderen Kumpel nahmen täglich diesen Drink ein. Wir hatten einen Dienstwagen zur Verfügung, am Wochenende fuhren wir nach Hause nach Gomel. In den Dekontaminationspunkten wurden wir kontrolliert, ich hatte immer die größte Belastung im Vergleich zu den Trinkenden, aber weigerte mich, mitzutrinken.

Dann wurde ich mit meinem Kumpel nach Tschetschersk geschickt. Das Hotel war von Dienstreisenden belegt, wir wurden im Arbeiterwohnheim untergebracht. In einem der Räume wurde das Messlabor eingerichtet. Ich habe mich mit dem Laboranten angefreundet und mich mit ihm über Strahlenwerte unterhalten. Er erzählte mir ausführlich über Normstrahlenwerte von Lebensmitteln und darüber, wie sie von „oben“ verändert werden. Wir bekamen alle Strahlenmessgeräte. Ich konnte mir drei davon besorgen. Einmal habe ich alle drei nach einem Regenschauer in den Abfluss gelegt – alle zeigten verschiedene Strahlenwerte.

Danach wurde ich nach Wetka geschickt: Routinearbeit, Totalüberholung der Ammoniakkühlanlage. Damals reparierten wir ganz intensiv verschiedene Kühlanlagen, denn aus Moskau kam die Information darüber, dass in stark gefrorenen Lebensmitteln die Radioaktivität angeblich abnimmt und dann endgültig verschwindet.

Das war meine Tätigkeit als Liquidator. Ich holte mir die Zuckerkrank-

heit, drei Kumpel aus meiner Brigade erkrankten an Krebs.

* * *

Elena Kirsnouskaya²



1986 war ich 26 und arbeitete als OP-Schwester in der 4. Klinik in Minsk. In der Nacht vom 3. auf den 4. Mai wurde ich durch den Boten des Kriegskommissariats geweckt. Im Einberufungsbefehl stand geschrieben, dass ich am 4. Mai 1986 um 9.00 Uhr ins Kriegskommissariat des Moskauer Stadtbezirkes der Stadt Minsk kommen sollte. Ich hatte keinen Wunsch, hinzugehen, aber als Wehrpflichtige nach dem Abschluss der medizini-

schen Fachschule durfte ich diese Verordnung nicht ignorieren.

Als ich dorthin kam, sah ich viele junge Frauen. Wir wurden alle in einen Raum gebeten, und hier teilte man uns mit, dass wir als Reservistinnen an einer Militärübung teilnehmen sollten. Wir wurden darüber nicht informiert, wo die Übung stattfinden und wie lange sie dauern würde. Im Kriegskommissariat wurde gefragt, ob unter uns schwangere Frauen und stillende Mütter waren. Die durften nach Hause. Ich war damals noch ledig, hatte keine Kinder. Aber ich und mein Freund hatten vor, bald zu heiraten. Ich war sehr sportlich und vorher nie ernsthaft krank.

² Elena Kirsnouskaya wurde am 16. Dezember 1959 in Minsk geboren. Ausbildung zur Krankenschwester, dann Weiterbildung zur Krankengymnastin an der Sportakademie.

Militärautos und Militärbusse warteten schon auf uns. Wir wurden in die Garnison Uretschje gebracht. Dort musste ich mich wie andere ausziehen und bekam Militärkleidung: eine Feldbluse mit Rock, Stiefel Größe 41. Meine Schuhgröße war 34. Keine Strumpfhose, nichts, nur Fußlappen. Dann fuhren wir weiter nach Choiniki. Diese Stadt steht noch jetzt vor meinen Augen.

Alle Straßen waren leer, wie ausgestorben, keine Menschen, keine Kinder. Läden, Post – alles war zu, wie im Krieg. Es hat geregnet, und wir sahen Pfützen mit gelben Rändern. Aber wir haben uns damals nichts dabei gedacht.

Unser Feldlazarett wurde im großen Lehrgebäude einer Fachschule eingerichtet. Wir sollten die nicht evakuierten Bewohner aus Choiniki und den umliegenden Dörfern medizinisch versorgen.

Jeden Morgen sollten wir zum Appell. Wir mussten auf dem Platz marschieren, der Staub stand in der Luft. Die Feldküche, wo wir verköstigt wurden, war auch draußen. Nach einer Woche wurden endlich Zelte aufgeschlagen, dort konnten wir unsere Mahlzeiten nehmen. Meistens gab es nur Brei. An Fleisch, Fisch oder anderes Essen kann ich mich nicht erinnern. Die Ärzte und wir Krankenschwestern aßen zusammen.

Die Strahlenwerte unserer Messgeräte bewegten sich um die Norm. Damals wussten wir so gut wie nichts über die Folgen der radioaktiven Verstrahlung. Man hat uns eingeredet, dass alles in Ordnung ist. Ich kann mich nicht genau erinnern, wie viele

wir waren, etwa 50, alles junge Frauen, im Alter von 18 Jahren und mehr.

Wir hatten täglich Dienst, fuhren in die Dörfer der 30-Kilometer-Zone, maßen die Radioaktivität, behandelten Kranke. Ich vergesse die Menschen mit unheilbaren Wunden niemals. Wir wussten nicht, woher sie kamen. Auch die Ärzte hatten wenig Ahnung darüber. Jetzt verstehe ich, warum wir diese Wunden nicht heilen konnten.

Die Bevölkerung von Choiniki wurde evakuiert, nur ältere Leute blieben dort.

Es war kalt morgens, und wir mussten Marschschritt üben, ohne Strumpfhose. Ich wurde nach zwei Wochen krank (Entzündung der Harnblase mit Bluterguss) und konnte kein Wasser ohne Schmerzen lassen. Ich bat um Erlaubnis, zur Behandlung nach Minsk zu fahren, aber zuerst hat man es mir untersagt. Ich war für sie unentbehrlich, d. h. mich sollte jemand vertreten. Erst danach bekam ich die Genehmigung, in die Klinik nach Minsk zu fahren. Mit einem Militärauto gelangte ich dann nach Uretschje, dort bekam ich wieder meine Zivilkleidung und privaten Sachen zurück, übernachtete und fuhr nach Minsk.

Ich war lange Zeit krank, meine Krankheit wurde aber in keinen Zusammenhang mit meinem Einsatz in der Region Tschernobyl gebracht. Meine Kolleginnen, die dort länger als drei Monate blieben, hatten große Veränderungen im Blutbild.

Dann heiratete ich meinen Freund, ein halbes Jahr später wurde ich schwanger, aber nach 12 Wochen hat-

te ich eine Fehlgeburt mit starker Blutung. Die Ärzte sagten, dass es für mich besser so war, weil ich nach der Explosion in einer sehr verstrahlten Gegend gewesen bin. Mein Sohn Aljoscha wurde erst Ende 1989 geboren, er ist jetzt schon 20. Er darf nicht zum Militär einberufen werden, denn er hat Herzprobleme. Die Ärzte haben mir abgeraten, noch mehr Kinder zur Welt zu bringen.

1996 bekam ich große Knoten in der Schilddrüse; die Ärzte haben mir

angeboten, sie herauszunehmen. Damals wurde dieser Schilddrüsentumor mit Tschernobyl verbunden. Seit jener Zeit gelte ich als behindert.

Ich kann nicht begreifen, warum so junge Frauen nach Tschernobyl geschickt wurden. Sie wurden doch alle kontaminiert, was nicht nur für ihre Gesundheit, sondern auch für die ihrer Kinder negative Folgen hat und haben wird.

Gottesdienstliche Texte aus der Orthodoxie zur Schöpfung

Beim 2. Ökumenischen Kirchentag in München (12.-16. Mai 2010) haben die Mitgliedskirchen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland beschlossen, in Zukunft jeden ersten Freitag im September ökumenisch als „Tag der Schöpfung“ zu begehen. Damit wurde eine orthodoxe Tradition übernommen, wo seit einigen Jahren der 1. September, der Beginn des orthodoxen Kirchenjahres, als Tag der Schöpfung begangen wird. Wir dokumentieren im Folgenden einige liturgische Texte aus dem orthodoxen „Bittgottesdienst zu unserem menschenliebenden Gott und Retter Jesus Christus für unsere Umwelt und den Wohlbestand der ganzen Schöpfung“, die in ihrer spirituellen Dichte für sich sprechen mögen.¹

Der Du, Christus, alles aus dem Nichtsein ins Dasein gerufen und einem jeglichen in nicht beschreibbarer Weisheit gabst unbeirrt das Ziel zu erreichen, das Du im Anfang gesetzt, Menschenliebender, segne Du als Mächtiger die ganze Schöpfung, die Du, Retter, geformt hast.

Allmächtiger Gott, der Du alles in Weisheit erschaffen, behütest und lenkst mit Deiner mächtigen Hand, gewähre Wohlbestand, dass die ganze Schöpfung gedeihe und ohne Gefährdung bleibe durch schädliche Stoffe. Denn Du, Herr, hast geboten, dass unerschüttert bleibe das Werk Deiner Hände bis an das Ende der Welt, weil Du sprachst und es ward. Den Deinen schenkst Du Erbarmen zur Abwehr jeglichen Übels und die Rettung des Menschengeschlechts, das rühmt Deinen über alles gepriesenen Namen.

Gefahren, Plagen und Untergang schweben über uns, Herr, wegen unserer vielen Vergehen, denn wir haben gesündigt, gefehlt und uns von Dir entfernt und wir sind betroffen und belastet von schlimmen Übeln; rette uns doch, Herr, vor drohenden Gefahren, und der Erde Gefüge behüte ohne Schaden, lass gleichmäßig die Winde wehen und stetig fließen der Wasser Quellen zu unserer Obhut und Rettung, Menschenliebender.

Du erbarmender Gott, schau auf das Werk Deiner Hände mit Augen des Mitleids, Menschenliebender, und bewahre die Weite der Lufthülle vor der gefürchteten Zerstörung, vor todbringenden Emissionen und jeglicher giftiger Verschmutzung, durch welche drohen Tod und Gefahr. Erbarme dich nun Deines Gebildes und gib Besonnenheit allen, nicht unvernünftig zu tun, was Verderben nach sich zieht, und schenk allen Verzeihung und Rettung und Dein göttliches Erbarmen.

Nimm an, o Retter, Deiner Mutter Flehen, das sie Dir für die ganze Schöpfung darbringt, und aller Deiner

¹ Ausführliche Hinweise unter http://www.oekumene-ack.de/uploads/tx_wbpublica/Schoepfung_feiern_02.pdf (letzter Zugriff: 14.07.2010).

Heiligen Bitten. Gewähre uns Dein Erbarmen, erhalte des Himmels Gewölbe ohn' Schaden, das Du zu Anfang ausgebreitet in Weisheit und hervorgebracht zu der Sterblichen Nutzen. Bewahre ohn' Schaden, o Logos, die ganze Umwelt, die die Erde umgürtet, vor schädlichen Einflüssen, und schenke allen Verzeihung und Rettung und Dein großes Erbarmen.

In der Demut unserer Seelen flehen wir alle Dich an, Herr, und fallen nieder vor Dir: befrei' die Erde, die wir bewohnen, von jeglichem Schaden und raschem Verderben und schnell wende ab von ihr und vertreibe durch Deinen Willen schädliche Strahlen und verströme den erquickenden Tau des lebenerhaltenden Lufthauchs. Umzäune den ganzen Garten der Umwelt, Gebieter und Retter, durch Deine Macht, und

schenke allen Verzeihung und Rettung und Dein göttliches Erbarmen.

Durch Dein mitfühlendes Erbarmen hast Du, o Logos, fremde Gestalt angenommen, die verderbte Natur neu geformt und zur Unverderblichkeit hinaufgeführt; nun bitten wir Dich eindringlich, beuge Dich dem Flehen Deiner allreinen Mutter und schenke Beständigkeit der bewohnten Welt, der ganzen Schöpfung Wohlergehen und Befreiung von den Schrecken, zur Rettung unserer Seelen.

Herr und Retter, der Du als Gott das All durch Dein Wort ins Dasein gerufen, die Ordnungen gesetzt und unbeirrt zu Deiner Ehre, Herr, lenkst, erhalte, auf die Fürbitten der Gottesgebälerin, sicher und ohn' Schaden, aller Elemente der Erde Zusammenhalt, und rette das Weltall.

Auszug aus der Eröffnungsrede von Patriarch Bartholomaios I. zum Symposium „Arktis: Der Spiegel des Lebens“

Das Symposium fand vom 6.-12. September 2007 in Grönland statt und wurde von der Bewegung „Religion, Science and the Environment“ organisiert, die 1998 auf Initiative des Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I. ins Leben gerufen worden ist. Es war das siebte Symposium, ein achttes ist für 2010 vorgesehen. Ausführliche Informationen zur Bewegung und zum Engagement des Ökumenischen Patriarchen finden sich unter <http://www.rsesymposia.org>. – Der vorliegende Text wurde vom Presseamt des Ökumenischen Patriarchen vorgeschlagen, weil er eindrucksvoll den Einsatz des „grünen Patriarchen“ für die Umwelt dokumentiert. Der Text findet sich unter <http://www.patriarchate.org/documents/opening-address-arctic>; übersetzt wurde er von Christof Dahm.

Vor mehr als einem Jahrzehnt begannen wir, Symposien über Religion, Wissenschaft und Umwelt zu veranstalten, mit einer besonderen Betonung des Wassers. Zu Beginn unserer Bemühungen waren viele Menschen verwundert über die Verbindungen, die wir herzustellen suchten. Religiöse Menschen sind vergleichsweise indifferent, manchmal sogar feindselig gegenüber der Wissenschaft, und viele Wissenschaftler und Umweltfachleute sehen kaum Verbindungen zwischen ihrer Welt und der Welt des Glaubens. Nun, da diese Verbindungen immer offensichtlicher werden, gibt es kaum einen Religionsführer in der Welt, der sich nicht mit den Problemen von Umweltverschmutzung und Klimawandel beschäftigt. Das ist der Grund, weshalb wir uns heute hier als Vertreter unterschiedlicher Glaubensrichtungen versammelt haben. Immer mehr Menschen gelangen zu der Erkenntnis, dass beide, Religion und Umweltwissenschaften, sich mit

den letzten Dingen befassen, mit dem Schicksal der Menschheit, der Erde und der gesamten Schöpfung.

Wir sind auf Grönland zusammengekommen, weil wir glauben, dass es eine Möglichkeit zur Rettung der Erde gibt und damit auch zur Wiederherstellung des Bundes zwischen Mensch und Gott. Wir sind hierher gereist in einem Geist der Buße, der Pilgerschaft und der Dankbarkeit gegenüber unseren Gastgeber.

Dieses Symposium haben wir den „Spiegel des Lebens“ genannt, denn die Wissenschaftler versichern uns, dass die Arktis ein starker und lebendiger Spiegel ist, der den Zustand unseres Planeten als Ganzes reflektiert. Die ökologischen Missetaten, die von den Gesellschaften weiter im Süden verursacht worden sind, etwa chemische Verunreinigung oder nukleare Verseuchung der Umwelt, sind klar erkennbar in Teilen der arktischen Umwelt. Darüber hinaus hat der dramatische Anstieg der weltweiten

Temperaturen unmittelbar erkennbare Auswirkungen auf die Landfläche von Grönland, ohne dass die Bewohner Grönlands selbst etwas dazu beigetragen hätten. Die Gesellschaften, deren industrielle Aktivitäten und Extravaganzen den Klimawandel verursachen, sind oft blind für die Folgen ihres Verhaltens. Hier jedoch, in der Polarregion, ist es möglich, alle denkbaren Folgen umso klarer zu erkennen.

Die Idee eines Spiegels als eine Reflexion der Wirklichkeit – gleichgültig, ob exakt oder nur ungefähr – ist den Christen sehr vertraut. Kein menschlicher Einfall ist perfekt, und in den frühesten Tagen der Christenheit waren handgemachte Spiegel wesentlich grober als heutzutage. Aus diesem Grund weist uns der heilige Paulus eindringlich darauf hin, dass wir in unserem gegenwärtigen Zustand unter der Sünde die Welt nur „in einem Spiegel, in einem Rätsel“ sehen oder, wie es eine berühmte Übersetzung ausdrückt, „durch ein Glas und dunkel“ sehen (1 Kor 13,12). Im gleichen Vers macht uns der heilige Paulus aber die Hoffnung, dass wir eines Tages wesentlich klarer sehen werden: Wir werden „von Angesicht zu Angesicht“ vor der Heiligkeit Gottes stehen, und dann wird alles verständlich sein. Wir werden endgültig begreifen, in welcher Beziehung wir zu unserem Schöpfer stehen.

Die Worte des Heiligen Paulus beziehen sich auf die geistige Hoffnung für einen Christen, dass die Herrlichkeit Gottes für den Menschen voll sichtbar werden wird. Aber sie haben daneben auch eine neue Bedeutung für jegliches menschliche Wesen, das nach Grönland kommt. Die Arktis ist kein roher, von Hand gemachter Spiegel, vielmehr ist sie ein prächtiger und von Gott gegebener Spiegel. Ihre schweigende Schönheit bietet ein wundervolles Bild der Herrlichkeit Gottes – während der Überfluss des Lebens im brasilianischen Regenwald, den wir im vergangenen Jahr bewundern durften, ein anderes Beispiel für die Herrlichkeit Gottes bietet. Gleichzeitig aber vollzieht sich der Klimawandel in der Arktis, große Teile der Nahrungskette sind bereits verseucht – deutliche Zeichen der menschlichen Gedankenlosigkeit. Wenn wir diese Insel besichtigen oder an ihren Küsten entlang segeln, können wir unsere Augen nicht verschließen, weder vor der Schönheit der Schöpfung Gottes noch vor den Veränderungen, die menschliche Dummheit verursacht hat und wohl auch in Zukunft dieser wunderbaren Landschaft antun wird. Ebenso müssen wir über die schrecklichen Folgen für den Fortbestand der Welt nachdenken, wenn die Gletscher weiter schmelzen und die Meeresspiegel weiter steigen.

Schwerpunktthema des nächsten Heftes:

Albanien

Editorial

Albanien – welche Bilder und Begriffe verbindet der Mitteleuropäer mit diesem Land? Viele Deutsche werden an „Durch das Land der Skipetaren“ von Karl May denken, worin wildromantische Landschaften mit stolzen, oft verwegen gezeichneten Bewohnern auftreten. Zu einem ähnlichen Urteil kommt Joseph Roth, der das Land 1927 bereiste: Gastfreundschaft und Offenheit sind ebenso anzutreffen wie Gesetzlosigkeit und sogar Blutrache – der Leser wähnt sich fernab von der Zivilisation Europas irgendwo in einer fast schon orientalischen Atmosphäre zwischen viel Licht und noch mehr Schatten. Dann fällt vielleicht noch das Wort „Steinzeitkommunismus“ für die Zeit zwischen 1945 und 1990, in der sich Albanien vom übrigen Europa nach und nach völlig abgeschottet hat. Und was kam danach: Massenflucht, politisches und gesellschaftliches Chaos und trotz aller Erfolge der letzten Jahre immer noch ein Land im äußersten Hinterhof Europas?

Viele Albaner werden einräumen, dass die oben angeführten Klischees trotz aller Pauschalität viel Wahres enthalten. Dennoch tut man dem Land und seinen Menschen unrecht, bliebe man dabei stehen. Albanien ist ein faszinierendes Land im Aufbruch mit einer der jüngsten Bevölkerungen Europas. Gerade die Jugend versucht, in schnellen, gelegentlich sicher auch übereilten Schritten nachzuholen, was über Jahrzehnte in diesem ehemals verschlossensten Land Europas nicht möglich war. Das vorliegende Heft lädt ein, sich mit Geschichte und Kultur Albaniens auseinanderzusetzen und damit dem „Land der Skipetaren“ ein wenig gerechter zu werden.

Die Redaktion der Zeitschrift OST-WEST. Europäische Perspektiven möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Zeitschrift ab Beginn des kommenden Jahres im Verlag Friedrich Pustet, Regensburg, erscheinen wird. Verbunden damit ist der Dank an den Matthias-Grünwald Verlag der Schwabenverlag AG, Ostfildern, dem bisherigen Partner der Zeitschrift, für die langjährige gute Zusammenarbeit.

Die Redaktion

Inhaltsverzeichnis

Michael Schmidt-Neke

Albaniens Geschichte in acht Leitfragen 243

Fabian Schmidt

Außenpolitik im demokratischen Albanien 252

Lindita Arapi

Ein normales und ein anormales Albanien – zwanzig Jahre
nach Ende der letzten stalinistischen Diktatur 262

Robert Elsie

Albanische Literatur: Erforschung und aktuelle Situation 267

Stephanie Schwandner-Sievers

Religion und Nation in Albanien 276

Hildegard Sühling

Zum Hintergrund der albanischen Blutrache 286

Erfahrungen

Maria Christina Färber

„Unheilbar ist deine Wunde, tödlich deine Verletzung“.
Wenn das Blut im neuen Europa zum Himmel schreit 288

Johann Beger

Von Gastfreundschaft, Raki, Bunkern und Skorpionen – ein
Jahr im Land der Skipetaren 297

Länderinfo

Albanien (*Herbert Schedler*) 304

Interview

Wir haben etwas getan. Interview mit Luigj Mila 306

Reiseimpressionen

Joseph Roth

Reise nach Albanien (1927) 311

Lindita Arapi

Albanien: Sommeraufnahme 2009. Eine literarische
Collage über Gegensatz und Aufbruch 316

Bücher 320

Albaniens Geschichte in acht Leitfragen

1. Die Albaner: Nachkommen der Illyrer oder der Thraker?

Die Albaner sind stolz darauf, von den Illyrern abstammen, einem antiken indogermanischen Volk, das zwischen dem 9. und 2. Jahrhundert v. Chr. zahlreiche kleine Staatsgebilde (u. a. der „Albanoi“) gründete. Manches spricht dafür, dass diese Theorie richtig ist, anderes dagegen. Leider haben die Illyrer zwar eine Reihe von Orts- und Personennamen hinterlassen, aber keine Texte, nicht einmal eine gesicherte Inschrift, was die Voraussetzung für einen systematischen Sprachvergleich wäre. Sicher ist, dass die albanische Sprache – ein selbstständiger Zweig der indogermanischen Sprachfamilie – auf eine antike Balkansprache zurückgeht und dass diese Sprache nicht das Griechische ist, das wir seit dem späten 2. Jahrtausend v. Chr. fast lückenlos kennen. Als Vorfahren der Albaner wurden außerdem die ostbalkanischen Thraker (Stamm der Bessen) ins Gespräch gebracht.

Im 3. und 2. Jahrhundert v. Chr. wurde der Siedlungsbereich der Illyrer von den Römern erobert, nicht ohne Gegenwehr. Die „illyrischen Piraten“ waren Anlass, Gnaeus Pompeius den Oberbefehl zu übertragen; Gaius Iulius Caesar wurde von ihnen sogar als Geisel genommen. Aufstände wie der unter Bato in den Jahren 6-9 n. Chr. waren keine Seltenheit. Daneben machten aber auch viele Offiziere aus dem Illyricum steile Karrieren. In der zweiten Hälfte des 3. Jahrhunderts wurden mehrere von ihnen Kaiser (Claudius Gothicus, Aurelian, Probus, Diocletian) und leisteten wichtige Beiträge zur militärischen und politischen Stabilisierung des Imperiums. Auch sie werden noch heute in einem nationalistischen Verständnis in die Geschichte der albanischen Nation integriert.

Dr. Michael Schmidt-Neke, Kiel, ist Historiker und Autor zahlreicher Veröffentlichungen zur Geschichte und Gegenwart Albaniens; er arbeitet als Wissenschaftlicher Referent bei der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

2. Skanderbeg: Gründer eines Nationalstaats oder Condottiere?

Nach der Reichsteilung 395 gehörten die albanischen Gebiete zum Oströmischen (Byzantinischen) Reich. Bei dessen Zerfall wurde die Region Durchmarsch- und Besatzungsgebiet der Bulgaren, Normannen, Venezianer und Serben. Als einer der Nachfolgestaaten des von den Kreuzfahrern eroberten Byzanz etablierte sich von 1276 bis 1479 das

Skanderbeg wurde in weiten Teilen Westeuropas als Verteidiger des christlichen Abendlandes zur Legende.

Despotat Epirus, zu dem Südalbanien gehörte. Erst im 11. Jahrhundert wurden hier auch die „Alvanoï“ oder „Arvanitai“ erwähnt. Albanisch-slawische Familien wie die Balsha gründeten seit dem 12.

Jahrhundert kleine Fürstentümer in Abhängigkeit von Byzanz oder anderen Mächten. Das Vordringen der Osmanen auf dem Balkan zwang die albanischen Fürsten dann zu einer Schaukelpolitik zwischen den Mächten; viele von ihnen wechselten mehrmals die Konfession und sogar die Religion.

Gjergj Kastrioti, einer der Söhne des Fürsten von Kruja, machte am Sultanshof eine glänzende Militärkarriere als Iskender Bey (albanisch „Skëndërbeu“, deutsch „Skanderbeg“), wandte sich aber gegen den Sultan, als seine Ansprüche auf den väterlichen Besitz in Frage gestellt wurden. Er besetzte Kruja, kehrte vom Islam zum Katholizismus zurück und gründete unter venezianischer Schirmherrschaft 1444 in Lezhë eine Liga mittel- und nordalbanischer sowie slawischer Fürsten, ohne jedoch damit einen Staat zu begründen. Bis zu seinem Tod 1468 wehrte er mehrere osmanische Angriffe ab und griff auch in einen Erbfolgekrieg im Königreich Neapel ein.

Skanderbeg wurde in weiten Teilen Westeuropas als Verteidiger des christlichen Abendlandes zur Legende. Seine kurz nach 1500 in Rom veröffentlichte Biographie aus der Feder des Priesters Marinus Barletius ist eines der großen Werke im Humanistenlatein und hat, immer wieder neu aufgelegt und in viele europäische Sprachen übersetzt, sein Bild als eines unbesiegbaren Helden bis ins 19. Jahrhundert geprägt, das auch in einer Unzahl von literarischen Werken fortlebte. In Albanien geriet er in den folgenden Jahrhunderten weitgehend in Vergessenheit. Die Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts, die von den Albanern Südtaliens ausging, fand in ihm einen Anknüpfungspunkt zur europäischen Kultur. Mehr und mehr wurde der Nationalheld als Gründer eines ersten albanischen

schen Staates verstanden, als dessen Erben sich alle späteren albanischen Regimes sahen. So verwundert es nicht, dass die Veröffentlichung einer quellenkritischen Biographie durch den Wiener Historiker Oliver Jens Schmitt 2008/09 heftigste Polemiken zwischen Schmitts Gegnern und Unterstützern in der albanischen Publizistik auslöste, besonders weil er persönliche Motive im Handeln Skanderbegs sieht.

3. Die türkische Herrschaft: Joch oder Überlebensgarantie?

Ab 1502 standen alle albanischen Gebiete unter osmanischer Herrschaft. Die Osmanen waren tolerantere Eroberer als die christlichen Herrscher. Sie zwangen – von Ausnahmen abgesehen – die Besiegten nicht, ihre Religion zu wechseln; wer allerdings nicht zum Islam übertrat, hatte keine großen Karrieremöglichkeiten und musste zudem Sondersteuern zahlen. Viele Albaner nutzten Skanderbegs Hilfe für den neapolitanischen König und wanderten dorthin aus; noch heute lebt eine albanischsprachige Minderheit, die Arbëresh, in Süditalien. Andere Familien zogen es vor, zum Islam zu konvertieren; neben den Bosniern waren die Albaner nach einigen Jahrhunderten das einzige mehrheitlich muslimische Volk Europas. Im Verständnis der Balkanvölker gilt die Osmanenherrschaft als das „Türkenjoch“, als Periode der Eroberung und Unterdrückung, in der die Ursache für die sozialökonomische Rückständigkeit Südosteuropas gegenüber Westeuropa zu suchen ist. Aber es gibt auch die These, dass das albanische Volk und seine Sprache nur unter den Bedingungen des muslimischen Großreiches, das es nicht auf ethnischsprachliche Assimilation abgesehen hatte, der Assimilierung durch die orthodoxen Nachbarvölker – Griechen und Serben – entgehen konnte.

Aufstände richteten sich eher gegen wirtschaftliche Missstände als gegen das osmanische Herrschaftssystem. Im nördlichen Bergland (und in Montenegro) setzte sich der osmanische Herrschaftsmechanismus übrigens nie ganz durch; die dortige albanische Gesellschaft organisierte sich in Großfamilien und „Stämmen“ nach ihrem eigenen Gewohnheitsrecht, dem Kanun.

Möglicherweise entgingen die Albaner unter der Osmanenherrschaft der Assimilation durch die orthodoxen Nachbarvölker.

Ab dem 18. Jahrhundert wurde die osmanische Zentralgewalt schwächer; Kommandeure und Statthalter der Randprovinzen versuchten, ihre Gebiete faktisch selbstständig zu beherrschen. Gegen Ende des

Jahrhunderts wurden Nordalbanien (Sandschak Shkodër)¹ unter der Familie Bushatli, der Süden (Sandschak Janina) unter Ali Pascha Tepelena (1741-1822) auch international über Jahrzehnte hinweg als politische Einheiten behandelt. Auch wenn beide Gebiete schließlich wieder unter die Kontrolle der osmanischen Regierung kamen, wirkten ihre Separationsbestrebungen doch katalysierend auf die Unabhängigkeitsbestrebungen der Griechen.

4. Entstehung der Nation oder „Nationale Wiedergeburt“?

Später als die meisten anderen Balkanvölker entwickelte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert auch bei den Albanern eine Nationalbewegung, die in der albanischen Historiographie nach dem Vorbild anderer Völker als „Nationale Wiedergeburt“ (Rilindja Kombëtare) bezeichnet wird, zunächst als kulturelle Identitätsfindung, dann als Forderung nach administrativer Zusammenfassung der von Albanern besiedelten Gebiete in einer Verwaltungseinheit. Die ersten Vertreter dieser Bewegung waren Italo-Albaner, besonders Girolamo (alban. Jeronim) de Rada (1814-1903), der die in der europäischen Literatur lebendige Skanderbeg-Thematik für die albanische Kultur entdeckte. In Albanien waren es nach Versuchen von Naum Bredhi Veqilharxhi (1767-1846), albanische Fibeln und Schulbücher mit einer eigenen Schrift zu konzipieren, besonders die Brüder Naim (1846-1900) und Sami Frashëri (1850-1904), die mit Lyrik, Epen, Dramen und Programmschriften die im südalbanischen Dialekt (Toskisch) geschriebene Literatur weiterentwickelten.²

Als nach dem Russisch-Osmanischen Krieg 1877/78 die Abtretung albanischer Gebiete an die Nachbarstaaten drohte, bildete sich mit Billigung durch die Behörden eine muslimische Allianz, die Liga von Prizren (1878-1881), zur Verteidigung des Status quo; sie richtete sich erst dann gegen die osmanische Regierung, als diese die Beschlüsse des Berliner Kongresses von 1878 durchsetzen wollte. Ihr Ziel war Autonomie innerhalb des Osmanischen Reichs. Im Ersten Balkankrieg (1912/13) verlor das Osmanische Reich fast alle europäischen Gebiete. Als Antwort auf das Vorrücken der serbischen, montenegrinischen und griechischen Ar-

¹ Sandschak (türkisch „Sancak“) ist der Begriff für einen Verwaltungsbezirk im Osmanischen Reich.

² Zur Bedeutung der Literatur vgl. auch den Beitrag von Robert Elsie in diesem Heft. – Zur Aussprache der albanischen Begriffe ein Hinweis: „xh“ spricht sich wie „dsch“, so auch bei „Enver Hoxha“ (daher deutsch meist „Enver Hodscha“ geschrieben).

meen proklamierte eine Versammlung von Grundbesitzern, Stammesführern, Kaufleuten und anderen Vertretern der sozialen Elite in Vlorë am 28. November 1912 die Unabhängigkeit Albaniens, die von der Botschafterkonferenz in London im Juli 1913 bestätigt wurde. Fast die Hälfte des albanisch besiedelten Gebiets, besonders Kosovo, fiel allerdings an die Nachbarstaaten. Diese nach dem Ersten Weltkrieg bis 1925 im Detail fixierten Grenzen haben bis heute Gültigkeit.

5. Das Königreich Zogus: Entwicklungsdiktatur oder autokratisches Satrapenregime?

Die europäischen Großmächte verständigten sich auf den deutschen Prinzen Wilhelm zu Wied als Staatsoberhaupt, der sich wegen des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs jedoch nur vom 7. März bis zum 3. September 1914 halten konnte. Die Staatlichkeit Albaniens war bis 1920 ausgesetzt, das Land wurde Besatzungs- und Durchmarschgebiet von sieben Krieg führenden Mächten, die z. T. Regierungen mit lokalem oder regionalem Wirkungsbereich einsetzten. Erst am 31. Januar 1920 wurde durch einen Kongress in Lushnja die staatliche Kontinuität durch die Bildung einer gesamtstaatlichen Regierung wieder aufgenommen. Die kurze Phase eines instabilen Elitenpluralismus brachte – anders als in den anderen Balkanstaaten – kein ausdifferenziertes Parteiensystem, sondern nur Gruppierungen innerhalb des Parlaments, lokale Wählergruppen und politische Gesellschaften hervor. Fragen nach grundsätzlichen politischen und sozialen Reformen sowie nach einer aktiven Kosovo-Politik beherrschten die Auseinandersetzungen, die von dem westlich orientierten orthodoxen Bischof Fan Noli und Ahmet Bej Zogu dominiert wurden. Das Experiment einer Reformregierung, die Noli 1924 nach der „Juni-Revolution“ bildete, scheiterte nach einem halben Jahr an Widerständen der sozialen Eliten, die mit jugoslawischer Hilfe Zogu zur Macht verhalfen.

Zogus Herrschaft, die diktatorische Züge trug, dauerte vom 24. Dezember 1924 bis zum 7. April 1939. Zunächst regierte er als Präsident, ging aber bereits am 1. September 1928 zur Monarchie über. Albanien wurde damit zur ersten der für den Balkan der Zwischenkriegszeit typischen Königsdiktaturen. Die von Jugoslawien erwartete Bindung gab er binnen Kurzem zu Gunsten einer engen Allianz mit Mussolinis Italien auf, bekämpfte aber weiterhin jede Form von Irredentismus gegenüber dem Kosovo. Durch mehrere politische, militärische und wirtschaftliche

Abkommen sicherte er seinem Regime Stabilität und Kredite, schränkte aber seinen Handlungsspielraum fast völlig ein. Versuche in den dreißiger Jahren, Mussolinis Griff zu lockern und gleichzeitig soziale Reformen durchzuführen, scheiterten; Zogu blieb zu sehr der Vertreter der alten Eliten, besonders der Großgrundbesitzer, deren Interessen er nicht

grundsätzlich schaden konnte, ohne seine Position zu gefährden. Ein aufwändiger Hofstaat und höhere Ausgaben für den Repressionsapparat als für Schulen und Gesundheitswesen verschafften Zogus Albanien das Image einer Operettenmonarchie. Schließlich besetzte Italien

Die Herrschaft Zogus bedeutete für Albanien einerseits eine Zeit innerer Konsolidierung, andererseits führte sie letztlich zum Verlust der Unabhängigkeit.

das Land am Karfreitag 1939, gliederte es in Personalunion an und nutzte es als Aufmarschgebiet gegen Griechenland. König Zogu ging mit seiner Familie ins Exil, er starb 1961 in Frankreich.

6. Albanien im Zweiten Weltkrieg: Befreiungskampf oder Bürgerkrieg?

Die Annexion durch Italien stieß zunächst auf wenig Widerstand. Die Italiener investierten viel in die Infrastruktur, jedoch nur, soweit es ihren militärischen Plänen diente. Nach der Besetzung und Zerschlagung Jugoslawiens wurden 1941 ein großer Teil von Kosovo sowie die albanisch besiedelten Teile Westmakedoniens Albanien angegliedert. Am 8. November 1941 schlossen sich lokale kommunistische Zirkel zu einer kommunistischen Partei (KP) zusammen; unter ihren Führern setzte sich bis 1943 Enver Hoxha endgültig durch. Unter Anleitung jugoslawischer Kommunisten gründete sie im September 1942 eine „Nationale Befreiungsfront“ unter Einschluss nichtkommunistischer Gruppen, aus der eine von den Kommunisten geführte Partisanenarmee hervorging.

Nach Mussolinis Sturz besetzten im September 1943 deutsche Truppen Albanien und stellten seine Souveränität pro forma wieder her, doch blieb die Kollaborationsregierung von der deutschen Militärverwaltung abhängig. Angesichts der sich abzeichnenden deutschen Niederlage nahmen die Auseinandersetzungen zwischen den Kommunisten und konservativen Widerstandsbewegungen – der republikanischen „Nationalen Front“ (Balli Kombëtar) und der monarchistischen Legalitätsbewegung (Lëvizja e Legalitetit) – um die Fragen des künftigen Systems und der Staatsgrenzen zu. Die Konservativen wollten kein kommunistisches Al-

banien, lehnten einen Verzicht auf Kosovo ab und versuchten, im Rahmen einer begrenzten Kollaboration die Besatzer für sich zu instrumentalisieren. Damit gaben sie den Kommunisten das Argument in die Hand, nur sie seien noch Träger des Widerstandes. Die Schlussphase des Widerstandes artete in einen Bürgerkrieg aus, dessen Folgen bis heute spürbar sind.

Der Abzug der Deutschen im November 1944 überließ der KP die Macht im Land und brachte dem Land den ersten echten Elitenwechsel, da die alten Eliten ins Exil gingen, den Säuberungen der Nachkriegsjahre zum Opfer fielen oder zumindest enteignet und „deklassiert“ wurden. Wie in Jugoslawien wurde von vornherein ein Einparteiensystem durchgesetzt; bei den ersten Wahlen am 2. Dezember 1945 standen nur Einheitskandidaten der Front zur Wahl. Danach trennten sich die Kommunisten bald von ihren nichtkommunistischen Verbündeten, und wer sich ihren Regeln nicht unterwarf, riskierte Freiheit und Leben.

7. Das kommunistische Albanien: Terrorregime oder Entwicklungsdiktatur?

In den Nachkriegsjahren konnten die jugoslawischen Kommunisten, zunächst mit Stalins Segen, ihren Einfluss auf Politik und Wirtschaft Albaniens stärken; auch Teile der albanischen Führung sahen die Zukunft ihres Landes in einer Föderation mit Jugoslawien. Diese Entwicklung wurde 1948 durch den Bruch zwischen Stalin und dem jugoslawischen Parteichef Tito abrupt gestoppt. Parteichef Hoxha steuerte die KP, die sich auf ihrem I. Parteitag 1948 wegen der geringen proletarischen Durchdringung der albanischen Gesellschaft in „Partei der Arbeit Albaniens“ (PPSH) umbenannte, auf einen strikt prosowjetischen und stalinistischen Kurs. 1954 wurden auch in Albanien die Ämter von Parteigeneralsekretär und Ministerratsvorsitzendem getrennt; letzteres Amt übernahm Mehmet Shehu von Hoxha. Albanien vollzog als Mitglied von RGW (1949-1962)³ und Warschauer Pakt (1955-1968) die Reformen nach dem XX. Parteitag der KPdSU, die in der Sowjetunion zum Abbau des Stalinismus führten, nur ansatzweise nach. Die anhaltende Verherrlichung Stalins in Albanien beschränkte sich nicht auf die Ideologie; bis in die achtziger Jahre wurde an der Praxis ständiger innerparteilicher Säuberungen und rücksichtsloser Verfolgung ganzer Familien fest gehalten.

³ RGW: „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Organisation der sozialistischen Staaten, bestand 1949-1991).

ten. Über 5.000 Menschen wurden zwischen 1944 und 1990 hingerichtet oder kamen im Gefängnis um; die Zahl der Verfolgten dürfte sechstellig sein.

Das kommunistische Regime kontrollierte sämtliche Bereiche des öffentlichen Lebens, insbesondere den kulturellen Sektor und die Medien. Aufbauend auf literarischen Versuchen in der Widerstandspresse setzte die PPSH die Errichtung eines Bildungswesens für die gesamte Bevölkerung einschließlich Alphabetisierungskampagnen durch, setzte

allerdings der Literatur und Kunst inhaltlich und organisatorisch einen sehr engen Spielraum. Auch ein Sozial- und Gesundheitswesen wurde aufgebaut; 1944 war

Unter dem Regime Enver Hoxhas stand das gesamte öffentliche Leben unter strikter Kontrolle der Partei.

Albanien mit 1 Million Einwohnern der am dünnsten besiedelte Balkanstaat, bis 1990 hatte sich die Einwohnerzahl auf ca. 3,3 Millionen erhöht; Albanien wurde damit zum am dichtesten besiedelten Staat des Balkans.

Albanien näherte sich Anfang der sechziger Jahre immer stärker dem maoistischen China an. Die Partnerschaft mit China verschaffte dem Balkanland nochmals den Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen, jedoch wurde es von diesem kulturell fremden Partner weit weniger geprägt und beeinflusst als von Jugoslawien oder der UdSSR. Hoxha widersetzte sich den Bestrebungen Pekings, einen antisowjetischen Block mit Jugoslawien und Rumänien zu bilden. Schließlich kam es 1978 zum Bruch, an den sich eine Phase des Isolationismus anschloss, in der Albanien den Sozialismus ohne Wirtschaftshilfe und Kredite aufbauen wollte, letztlich aber in Stagnation und Rezession endete. Hohe Summen wurden in die Landesverteidigung, besonders in Hunderttausende von Bunkern investiert, um eine Invasion stoppen zu können, die nie kam. Nach dem angeblichen Selbstmord Mehmet Shehus 1981 und einer letzten großen Säuberung 1981/82 setzte sich Ramiz Alia (*1925) als Nachfolgekandidat Hoxhas durch, der am 11. April 1985 starb. Die Ära Alia war von zurückhaltenden Reformen geprägt, die die Nähe zu Gorbatschows Perestroika bewusst vermied, sich aber deren Sogwirkung nicht entziehen konnte.

8. Das postkommunistische Albanien: marktwirtschaftliches Erfolgsmodell oder defekte Demokratie?

Im Dezember 1989 gab es eine erste regierungsfeindliche Demonstration in Shkodrë, Anfang Juli 1990 flohen Tausende in die westlichen Bot-

schaften, und im Dezember 1990 setzte eine Studentenbewegung die Legalisierung von Oppositionsparteien durch. Der Zerfall des kommunistischen Systems verlief chaotisch und unter schweren Unruhen. Die PPSH (die sich kurz darauf als Sozialistische Partei – PS – umgründete) gewann zwar die ersten pluralistischen Wahlen am 31. März 1991, konnte aber ihre Macht nicht mehr stabilisieren. Ein Streik erzwang die Bildung einer Allparteienregierung; nach deren Scheitern führte eine Expertenregierung das Land in Neuwahlen am 22. März 1992, bei denen die Demokratische Partei (PD) siegte. Ihr Vorsitzender Sali Berisha wurde vom Parlament zum Präsidenten gewählt.

Die erhoffte schnelle Verbesserung des Lebensstandards stellte sich trotz massiver Auslandshilfen nicht ein; weiterhin versuchten Hunderttausende, das Land zu verlassen. Die verheerend schlechte Infrastruktur, Massenkriminalität und die Nähe zu Jugoslawien wirkten abschreckend auf Investoren. Über Wahlfälschungen sicherte sich Berisha 1996 eine erdrückende Parlamentsmehrheit, konnte aber 1997 den Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung nach dem Kollaps betrügerischer Anlagengelds („Pyramidengesellschaften“) nicht verhindern, die große Teile der Bevölkerung um ihre Ersparnisse brachten. Erst durch eine internationale Intervention konnte die Lage wieder einigermaßen stabilisiert werden. Die PS siegte bei den im Juni 1997 abgehaltenen Neuwahlen und bildete eine Koalition mit mehreren Mitte-Links-Parteien. Der Koalition gelang eine Stabilisierung der Lage, doch konnte sie die während des Bürgerkriegs gestohlenen Waffen der Armee und Polizei nur zu einem kleinen Teil konfiszieren. Einem neuen wirtschaftlichen Aufschwung stand weiterhin umfassende Korruption auf allen Ebenen gegenüber.

Berisha und seine PD kehrten bei den Parlamentswahlen 2005 an die Macht zurück; auch nach den Wahlen von 2009, die zu einem Patt zwischen dem Regierungslager und zwei linken Listenverbindungen geführt hatten, blieb er Regierungschef in einer Koalition mit der von der PS abgespaltenen Sozialistischen Integrationsbewegung (LSI). Das politische System ist gegenwärtig vom Dauerkonflikt zwischen den beherrschenden Persönlichkeiten Berishas und seines sozialistischen Kontrahenten Fatos Nano (bis 2005), nunmehr Edi Rama, dem PS-Vorsitzenden und Bürgermeister von Tirana, geprägt. Wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen boykottiert die Opposition derzeit die Parlamentsarbeit. 2009 wurde Albanien Vollmitglied der NATO und stellte einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU, doch wird die nach wie vor instabile Gesamtlage der Region den Weg in die EU eher verlangsamen.

Außenpolitik im demokratischen Albanien

Der Sturz des kommunistischen Regimes 1991 eröffnete Albanien völlig neue Horizonte in der Außenpolitik. Nach der Erfahrung der totalen Isolation des Landes standen die Diplomaten und Politiker unvermittelt vor einer Fülle von außenpolitischen Herausforderungen, konnten aber nur auf wenig Erfahrung im Umgang mit den neu zu gewinnenden Partnern zurückgreifen.

Albanien musste zunächst Vertrauen zu westlichen und regionalen Partnern aufbauen, und das in einer Zeit, in der das Land selbst innenpolitisch instabil war und zahlreiche schwerwiegende Krisen durchlief. Besonders der Massenexodus und die Hungersnot von 1991/92 sowie die „Pyramiden-Krise“ von 1997¹ brachten das Land an den Rand der Anarchie. Deshalb war Albanien, allein um seine eigene Staatlichkeit zu sichern, bereits auf massive Hilfe westlicher Partner angewiesen. Parallel dazu musste die Regierung eine neue Generation von Diplomaten ausbilden, die das Land verantwortungsvoll und versiert vertreten sollten.

Vor diesem Hintergrund hing Albaniens Außenpolitik der letzten zwanzig Jahre vor allem von äußeren Akteuren ab; sie orientierte sich an den Vorstellungen und Vorgaben der wichtigsten westlichen Partner. Als unterentwickeltes und verhältnismäßig armes Land besaß Albanien gar nicht die Fähigkeit, starke eigene Akzente zu setzen. Vielmehr war Albaniens Diplomatie gefordert, gute politische und wirtschaftliche Beziehungen zu allen Nachbarn aufzubauen, ohne dabei einzelne zu vergrätzen. Dies fiel der Diplomatie des Landes jedoch nicht immer leicht. Insbesondere der Streit zwischen Griechenland und Makedonien² erforderte von Tirana einen besonders geschickten diplomatischen Balanceakt. Auch die Kriege in den Nachfolgestaaten des ehemaligen

¹ Vgl. dazu die Hinweise oben S. 251.

² Griechenland weigert sich bis heute, die ehemalige jugoslawische Teilrepublik Makedonien unter diesem Namen anzuerkennen, und blockiert damit auch den Beitritt des Landes zur NATO und zur EU. Griechenland fürchtet territoriale Ansprüche Makedoniens auf Teile der gleichnamigen Regionen in Nordgriechenland (Anm. d. Redaktion).

Fabian Schmidt ist Redakteur bei der Deutschen Welle in Bonn.

Jugoslawien führten dazu, dass Albanien sich am Rande eines Krisengebietes und damit in einer ungünstigen geopolitischen Lage wiederfand.

Unter diesen Rahmenbedingungen war Albanien gefordert, unter Beweis zu stellen, dass es trotz der eigenen institutionellen Defizite und politischen Brüche einen regionalen Stabilitätsfaktor darstellte. In Anbetracht der bewaffneten Konflikte im Kosovo 1998/99 und in Makedonien 2001 sah sich Tirana immer wieder genötigt, gegenüber der Weltöffentlichkeit glaubhaft zu machen, dass es nicht nur keine territorialen Absichten gegen Nachbarstaaten hegte, sondern vielmehr sogar eine stabilisierende Rolle durch eine aktive und konstruktive Partnerschaftspolitik spielen konnte.

Zugleich konnte keine albanische Regierung die Nöte der ethnischen Albaner in den Nachbarstaaten ignorieren. Jede Regierung, ob rechts oder links, musste gegenüber den eigenen Wählern unter Beweis stellen, dass ihre diplomatischen Bemühungen zur Verbesserung der Lebenssituation im Land ebenso wie zur Erleichterung des politischen Status der Albaner außerhalb des eigenen Staates Erfolg zeigten. Auch war das Land gezwungen, gemeinsam mit westlichen Partnern und internationalen Organisationen 1999 eine internationale humanitäre Hilfsoperation aufzubauen, die für das kleine Land eine Mammutaufgabe darstellte. Dafür war es zentral, die neue militärische Partnerschaft mit der NATO zu pflegen und zu vertiefen, die letztlich essenziell für die erfolgreiche Lösung des Kosovokonfliktes und damit verbunden der Flüchtlingskrise war.³

EU- und NATO-Integration als Konstante der Politik

Die zentrale Ausrichtung der Außenpolitik des postkommunistischen Albaniens lässt sich unter dem Oberbegriff „Euro-Atlantische Integration“ subsumieren

Einen Meilenstein im Rahmen der Zusammenarbeit markierte die Unterzeichnung der U.S.-Adriatic Charter, eines Zusammenschlusses zwischen Albanien, Makedonien und Kroatien unter Vermittlung der USA am 20. Januar 1999, mit dem die beteiligten Länder ihren Willen bekräftigten, die Mitgliedschaft in der NATO anzustreben und innere

³ Zur Außenpolitik Albaniens vor Beginn des Kosovokrieges siehe auch Remzi Lani/Fabian Schmidt: Albanian Foreign Policy between Geography and History. In: *The International Spectator. Italian Journal of International Affairs* 33 (1998), Nr. 2, S. 79-103.

Reformen der demokratischen Institutionen voranzutreiben. Dies beinhaltete auch eine ausdrückliche Absichtsbekundung zur EU-Integration. Die Unterzeichnung des Dokuments setzte eine regelmäßige Kooperation der Partner in Gang, die allen Beteiligten half, zehn Jahre später die Bedingungen für eine Aufnahme als Vollmitglied in das westliche Verteidigungsbündnis zu erfüllen.

Neben dem Streben nach dem EU-Beitritt und der bereits vollzogenen NATO-Mitgliedschaft war Albaniens Diplomatie in diesen zwei Jahrzehnten auf eine enge Abstimmung mit Partnern in den Hauptstädten der EU und in Washington angewiesen. Auch das Wahrnehmen von verschiedenartigen Ausbildungsprogrammen westlicher Partner im Rahmen institutioneller Reformen ist seit 1991 eine Konstante der albanischen Außenpolitik, genauso wie die Nutzung von Beratungsangeboten anderer internationaler Organisationen wie der OSZE oder des Europarats, insbesondere im Bereich der Gesetzgebung und bei der Organisation von Wahlen.

Der Erfolg dieser Bemühungen manifestiert sich nicht zuletzt in der Tatsache, dass Albanien mittlerweile Mitglied der NATO und der mitteleuropäischen Freihandelszone CEFTA ist. Nach Aufnahme in die NATO auf dem Bukarester Gipfel im Frühjahr 2009 stellte Tirana auch einen formellen Beitrittsantrag bei der EU. Allerdings hat die EU-Kommission dem Rat noch keine Empfehlung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erteilt. Diese Zurückhaltung erklärt sich vor allem durch die andauernde innenpolitische Krise Albaniens. Seit den Wahlen vom 28. Juni 2009 nimmt die sozialistische Opposition praktisch nicht mehr am parlamentarischen Prozess teil, weil es beim Urnengang Unregelmäßigkeiten gegeben habe. 2010 organisierte sie regelmäßig Protestaktionen, um eine Neuauszählung der Stimmen durchzusetzen. Die Regierung verwies jedoch darauf, dass in Fällen von Unregelmäßigkeiten bereits der vorgesehene Rechtsweg beschritten worden sei. Die Weigerung der Opposition, diesen zu achten, bewiese vielmehr, dass es Sozialistenführer Edi Rama darum gehe, mit Druck von der Straße Neuwahlen durchzusetzen.

Paradigmenwechsel im Kosovokonflikt

Zweifelloos war der Kosovokonflikt in den vergangenen zwanzig Jahren eines der Themen, welches die albanische Außenpolitik mit am stärksten gebunden hat. Die Konstante dabei war eine enge Abstimmung der Re-

gierung in Tirana mit westlichen Partnern. Allerdings war die Kosovo-Politik Albaniens von Anfang an von der Ambivalenz überschattet, einerseits gegenüber den Albanern im Kosovo in der Pflicht zu stehen, ihren Kampf für staatliche Unabhängigkeit verbal und auch tatkräftig zu unterstützen, andererseits die politischen Bemühungen der westlichen Verbündeten nicht zu untergraben, deren Diplomatie noch bis weit nach der Jahrhundertwende auf die Vermittlung eines Kompromisses zwischen Belgrad und Prishtina abzielte.

Gegenüber den Unabhängigkeitsbestrebungen des Kosovo verhielt sich Albanien zunächst sehr zurückhaltend.

Bemerkenswert ist, dass die postkommunistische Neuausrichtung der albanischen Außenpolitik auch zeitlich genau parallel zur Zuspitzung des Kosovokonflikts verlief und dadurch mehrmals Paradigmenwechsel nötig wurden. Bereits 1991, nur wenige Monate nach der Zulassung eines Mehrparteiensystems, verabschiedete das Parlament in Tirana eine Resolution, welche die Unabhängigkeit des Kosovo begrüßte. Es war eine politische Stellungnahme, die einer Anerkennung der Verfassung von Kaçanik gleichkam. In dieser ostkosovarischen Stadt hatten die Abgeordneten des zuvor von Serbien aufgelösten Parlaments der Autonomen Region Kosovo sich eine neue Verfassung gegeben und Kosovo nach einem Referendum zur unabhängigen Republik erklärt. Dies war die Geburtsstunde des kosovarischen Schattenstaates, der bis zum Krieg von 1999 unter seinem Präsidenten Ibrahim Rugova eine Strategie des gewaltfreien Widerstandes verfolgte.

Brisant an der Parlamentserklärung aus Tirana war, dass kein anderer und damit auch kein westlicher Staat die Verfassung von Kaçanik anerkannte. Dies stellte die albanische Außenpolitik vor ein Dilemma, denn wäre die Regierung der Parlamentsresolution gefolgt und hätte sie volle diplomatische Beziehungen zu Kosovo aufgenommen, hätte Albanien einen Konflikt mit seinen westlichen Partnern riskiert. Die Lösung war pragmatisch: Die Regierung nahm keine offiziellen diplomatischen Beziehungen zu Kosovo auf. Stattdessen eröffnete der Schattenstaat in Tirana ein „Büro der Republik Kosovo“ mit einem ständigen Vertreter. Rechtlich blieb damit die Resolution des albanischen Parlaments nicht mehr als eine politische Absichtsbekundung. Zu einer völkerrechtlichen Anerkennung kam es hingegen nicht, da es der Regierung und nicht dem Parlament oblegen hätte, eine solche auszusprechen.

Kommunikationsprobleme zwischen Tirana und Prishtina

In den folgenden Jahren waren die Beziehungen zwischen Tirana und Prishtina alles andere als reibungslos, wobei Albanien selbst oft orientierungslos erschien.

Erste Brüche zwischen Tirana und dem kosovarischen Schattenstaat wurden sichtbar, als der damalige Präsident und spätere Premierminister Sali Berisha im Winter 1996 eine Initiative des kosovarischen Dissidenten Adem Demaçi befürwortete, derzufolge sich die Jugend des Kosovo den Belgrader Studentenprotesten gegen das Milošević-Regime anschließen sollte. Dies werteten Beobachter als ein erstes Zeichen einer wachsenden Unzufriedenheit in Tirana mit der vermeintlichen Erfolglosigkeit der pazifistischen Strategie von Rugova. Als nach internationaler Vermittlung und Neuwahlen die Sozialistische Partei (die zu einer sozialdemokratischen Partei konvertierten Nachfolger der Kommunistischen Partei der Arbeit Albaniens) die Parlamentsmehrheit gewonnen hatte, lancierte die neue Regierung auch eine neue Außenpolitik.

Außenminister Paskal Milo von der Sozialdemokratischen Partei, einem kleineren Koalitionspartner der Sozialisten, verkündete, dass Tirana sich um eine Verbesserung der Beziehungen zu Belgrad bemühen werde. Dies rief in Prishtina Besorgnis hervor. Hinzu kam, dass Berisha sich als ausgesprochener Unterstützer des Kosovo einen Namen gemacht hatte und dort auf eine starke Beliebtheit zählen konnte. Den neuen Premierminister Fatos Nano betrachteten viele Kosovaren im Gegensatz zu Berisha hingegen mit Misstrauen. Das lag nicht zuletzt daran, dass infolge der Wirtschaftskrise von 1997 eine Spaltung zwischen der öffentlichen Wahrnehmung politischer Entwicklungen in Kosovo einerseits und Albanien andererseits deutlich geworden war. So berichteten die kosovarischen Medien über Entwicklungen in Albanien fast ausschließlich durch die Brille der Medien, die der Demokratischen Partei von Sali Berisha nahestanden (d. h. einer national-konservativen politischen Orientierung). Sie nahmen die Unruhen in Albanien von 1997 als von Exkommunisten organisierte Konterrevolution wahr, nicht jedoch als Aufstand aufgrund wachsenden Unmuts über einen zunehmend autoritären Führungsstil des damaligen Präsidenten.

Im Gegenzug wuchs unter denjenigen, die in Albanien die Absetzung der Regierung unter Präsident Berisha vorangetrieben hatten, der Eindruck, die Kosovo-Albaner verstünden die innenpolitischen Probleme Albaniens nicht und hätten auch kein Gespür für die Auswirkungen der

Demokratiedefizite der ersten Jahre des Postkommunismus. Hinter diesen Konflikten verbarg sich ein weit tiefer sitzender kultureller Bruch zwischen den Menschen in Albanien und Kosovo, dessen Ursache sich in den Entwicklungsunterschieden beider Länder finden lässt:

- Während Albanien 1991 ein völlig verarmtes und infrastrukturell unterentwickeltes Land ohne Tradition eines Unternehmertums war, hatte Kosovo bis in die achtziger Jahre vom Wirtschaftsmodell der „sozialistischen Selbstverwaltung“, die ein gewisses Maß an unternehmerischer Freiheit in Tito-Jugoslawien bot, profitiert. Nicht zuletzt die Tatsache, dass viele Kosovo-Albaner im westlichen Ausland gearbeitet hatten, führte dazu, dass noch Mitte der neunziger Jahre aus albanischer Sicht der Lebensstandard im Kosovo geradezu westlich erschien.
- Im Kosovo hingegen herrschte angesichts der eigenen misslichen Lage unter serbischer Besetzung völliges Unverständnis für die innenpolitischen Ränkespiele in Tirana.

Andererseits war die politische Elite der Sozialisten in Tirana besonders unsensibel für die Anliegen der Kosovaren. Sie war vorrangig daran interessiert, gute Beziehungen zu westlichen Partnern aufzubauen, und wollte sich als Stabilitätsfaktor in der Region profilieren. Ihr eigentliches Interesse war wirtschaftlich, denn sie vertrat diejenigen, denen es gelungen war, im Laufe des Umbruchs ihre gute Startposition in erfolgreiches Unternehmertum umzumünzen. Zwar konnte kein Politiker diese Position so öffentlich postulieren; jedoch stieß Premierminister Nano die gesamte Öffentlichkeit in Prishtina vor den Kopf, als er auf einem Gipfel von Staats- und Regierungschefs am 3. November 1997 auf Kreta mit Präsident Slobodan Milošević zusammentraf und eine engere Kooperation zwischen Tirana und Belgrad anregte. Dies wog umso schwerer, als Nano nachgesagt wurde, er habe auch persönliche Wirtschaftsinteressen in Griechenland, einem Land, das Serbien auch inmitten der Kriege in Bosnien und Kosovo noch freundschaftlich verbunden war.

1997 deutete sich zeitweise eine engere Kooperation zwischen Tirana und Belgrad an.

Der Kosovokrieg als Wendepunkt

Das albanisch-serbische Tauwetter währte jedoch nur kurz. Als sich 1998 die bewaffneten Konflikte im Kosovo zuspitzten, vertiefte sich vor allem auf der operativen Ebene die Zusammenarbeit Albaniens und des

kosovarischen Schattenstaates, wenn auch von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt. Ab diesem Jahr kamen zu der diplomatischen Vertretung des Kosovo auch militärische Vertretungen der Kosovobefreiungsarmee (UÇK) hinzu, die jedoch Anfangs streng konspirativ arbeiteten. Diesen kam infolge der Wirtschaftskrise von 1997 zugute, dass sie aufgrund der noch immer schwach entwickelten staatlichen Institutionen und eines vielerorts fehlenden staatlichen Gewaltmonopols einen großen Entfaltungsspielraum hatten, besonders im als gesetzlos berichtigten Norden Albaniens, der an Kosovo grenzt.⁴

Albanien hatte in den Augen der Kosovoflüchtlinge einen niedrigeren Lebensstandard als ihre Heimat.

Auch die Verfügbarkeit von leichten Kriegswaffen auf dem albanischen Schwarzmarkt begünstigte die Aktivitäten

der UÇK. Somit wurde die nordalbanische Grenzregion zu einem entscheidenden Ausgangspunkt für die Versorgung der UÇK mit Nachschub und Kämpfern über die Grenze. Journalisten, die im Sommer 1998 aus dem Norden nach Tirana zurückkehrten, berichteten, dass die UÇK offen ihre Transporte zusammenstellte und trainierte – offensichtlich mit Kenntnis und Duldung lokaler Behörden.

Die Ambivalenz im albanisch-kosovarischen Verhältnis wurde durch die Folgen des Krieges noch deutlicher. So brach einerseits durch die Flüchtlingskrise 1999 eine Welle der Hilfsbereitschaft in Albanien aus und die Flüchtlinge aus Kosovo wurden warmherzig aufgenommen. Andererseits wurde vielen Kosovo-Albanern durch ihre Flucht erstmals bewusst, welche Spätfolgen die kommunistische Herrschaft in Albanien hinterlassen hatte. Viele waren geschockt, als sie mit eigenen Augen die Armut und primitiven Lebensumstände auf der anderen Seite der Grenze sahen.

Während diese Erfahrung dem gegenseitigen Verständnis der Menschen auf beiden Seiten zugute kam, blieben die politischen Kränkungen der Spitzenpolitiker jedoch weiter sichtbar. Am deutlichsten zeigte sich dies am Verhalten des Schattenstaatspräsidenten Ibrahim Rugova. Dieser war während des Krieges von der serbischen Polizei unter Hausarrest gestellt worden und durfte erst nach massiven diplomatischen Bemühungen Italiens nach Rom ausreisen. Auf den Weg nach Albanien machte er sich nicht, obwohl dort im Laufe des Krieges weit über eine halbe Million seiner Landsleute Unterkunft gefunden hatte. Kommentatoren

⁴ Vgl. auch die Kartenskizze unten S. 304.

von beiden Seiten der Grenze drückten Unverständnis aus, dass Rugova sich weigerte, Tirana einen Besuch abzustatten, erkannten darin jedoch ein deutliches Indiz für die latenten Spannungen zwischen der kosovo-albanischen Führung und der Parteispitze der Sozialisten in Tirana.

Mit Ende des Kosovokrieges unterstützte die albanische Diplomatie weiterhin rückhaltlos die westlichen Stabilisierungsbemühungen. Über Albanien liefen neben Makedonien die Hauptversorgungsrouten der KFOR-Soldaten, d. h. der von der NATO gestellten Kosovo-Schutztruppen. Auch den Plan zur Lösung des Kosovo-Status von UN-Unterhändler Martti Ahtisaari und die daraus folgende Unabhängigkeitserklärung des Kosovo begrüßte Albanien. Tirana sprach am 18. Februar 2008, einen Tag nach der Verabschiedung der Unabhängigkeitserklärung durch das Parlament des Kosovo, seine Anerkennung aus und nahm diplomatische Beziehungen zum Kosovo auf.

Neben einem intensiven Austausch im Bereich der Universitäten bemüht sich Tirana seitdem auch um eine verbesserte infrastrukturelle Anbindung an Kosovo. Das herausragendste Projekt in diesem Bereich ist zweifellos die Autobahnverbindung zwischen Durrës und Kosovo, die im Jahre 2010 durch ein amerikanisch-türkisches Konsortium weitgehend fertiggestellt wurde und die Reisezeit zwischen beiden Staaten von etwa acht auf drei Stunden verkürzt.

Schwieriger Aufbruch zu regionaler Kooperation

Auch wenn die neunziger Jahre durch den Kosovokonflikt und die Kriege im ehemaligen Jugoslawien überschattet waren, bemühte sich die albanische Diplomatie doch kontinuierlich um die Vertiefung der regionalen Kooperation mit den Nachbarländern. So erkannte Tirana den jungen Staat *Makedonien* bereits 1993 an, trotz Befürchtungen, dass dies die Beziehungen zum nicht minder wichtigen Nachbarn *Griechenland* belasten könnte. Albanien öffnete makedonischen Unternehmen in der Zeit der griechischen Blockade aufgrund des Namensstreits den Hafen von Durrës. Allerdings blieb das über Albanien abgewinkelte Warenvolumen aufgrund der schlechten Straßenverbindungen noch gering.

Dennoch war die postsozialistische Transformationsphase nicht frei von Konflikten mit Makedonien; insbesondere das Anwachsen ethnischer Spannungen innerhalb Makedoniens nach der Eröffnung einer albanischsprachigen Universität in Tetovo bis hin zur Eskalation bewaffneter Konflikte im Frühjahr 2001 belastete die Beziehungen zu Alba-

nien. Hervorzuheben ist dabei, dass die Diplomatie des Landes sich stets erfolgreich bemüht hat, dem Eindruck entgegenzuwirken, sie unterstütze radikalere Kreise unter den makedonischen Albanern. So machte Tirana klar, dass es die selbsternannte Universität von Tetovo ablehne, aber von Skopje die Schaffung universitärer Einrichtungen in albanischer Sprache einfordere. Dieser Forderung wurde 2001 durch die Errichtung der Südosteuropäischen Universität in Tetovo unter Schirmherrschaft des Hohen Kommissars der OSZE für Nationale Minderheiten, Max Van der Stoep, Rechnung getragen. Bereits im Vorfeld des Kosovokriegs hatte Premierminister Fatos Nano 1998 zweimal Makedonien mit hochrangigen politischen und Wirtschaftsdelegationen besucht. Damit war der Grundstein für eine Verbesserung der Beziehungen gelegt, die in den Folgejahren durch eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der infrastrukturellen Anbindung, aber auch durch eine bessere Vernetzung im polizeilichen und militärischen Bereich vertieft wurde. Entscheidende Infrastrukturprojekte zwischen Albanien und Makedonien waren der Ausbau der bestehenden Straßenverbindung zwischen beiden Ländern über den Pass Qafë e Thanë in der Nähe des Ohrid-Sees auf das Niveau einer modernen zweispurigen Fernstraße sowie der noch nicht abgeschlossene Bau der albanisch-bulgarisch-makedonischen Ölpipeline AMBO vom Schwarzmeerhafen Burgas nach Vlorë an der Adria. Beide Projekte gehören zum paneuropäischen Verkehrskorridor 8.

Neben Korridor 8 und der Kosovo-Autobahn gibt es eine dritte wichtige Verkehrsachse, die Albanien prioritär mit seinen Nachbarn entwickelt. Es handelt sich um die Adria-Straßenverbindung, die von Kroatien über Montenegro nach Igoumentisa in Griechenland führen soll. Während allerdings die Bauarbeiten an der Schnellstraßenverbindung im Süden nach Griechenland bereits weitgehend abgeschlossen sind, unter-

In den vergangenen Jahren hat Albanien zahlreiche Verkehrsprojekte mit Makedonien und Montenegro in Angriff genommen.

zeichneten Präsident Bamir Topi und sein montenegrinischer Amtskollege Filip Vujanović am 18. September 2009 in Podgorica nur eine Absichtserklärung zum Bau einer Schnellstraße zwischen beiden Ländern.

Diese Pläne sind auch ein Indiz für die deutliche Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen zu *Montenegro* seit dessen Unabhängigkeitserklärung am 3. Juni 2006. Albanien erkannte den Staat umgehend an. Dies war nicht überraschend, da Tirana bereits nach dem Ende des Kosovokriegs zaghaft begonnen hatte, direkte bilaterale Beziehun-

gen zu Montenegro zu knüpfen, die nicht über Belgrad liefen. Die Wahl des späteren Premierministers Milo Djukanović zum Präsidenten Montenegros 1998 hatte der albanischen Diplomatie diese Annäherung deutlich erleichtert, da Djukanović ein erklärter Verfechter der Unabhängigkeit seines Landes von Serbien war und damit auch dem Anliegen einer Staatlichkeit des Kosovo grundsätzlich aufgeschlossener gegenüberstand. Diese Politik konnte auf eine gewisse Tradition zurückblicken. Die Beziehungen zwischen Albanien und Montenegro waren bereits in der ersten Hälfte der neunziger Jahre durch ein hohes Maß an nachbarschaftlichem Pragmatismus geprägt. Obwohl Montenegro als Teil Jugoslawiens unter einem UN-Embargo stand und Albanien die nationalistische Kriegspolitik des Milošević-Regimes scharf verurteilte, war es bis zum Ende des Bosnienkrieges Ende 1995 ein offenes Geheimnis, dass mit Duldung der Regierung in Tirana Treibstoffe über den Skutari-See nach Montenegro geschmuggelt wurden.

Somit hat es Albanien in den letzten zwanzig Jahren trotz einer Vielzahl innen- und außenpolitischer Widrigkeiten geschafft, Kurs hin zu einer konstruktiven Nachbarschaftspolitik zu halten und vor allem die Integration nach Europa und einer Anbindung an den Westen voranzutreiben. Den nächsten großen Schritt dorthin soll die Aufhebung des Visumszwanges der EU für Albaner markieren. Ende Mai 2010 sprach sich EU-Innenkommissarin Cecilia Malström dafür aus. Angesichts der verzweifelten Situation des Landes nach dem Zusammenbruch des Kommunismus 1991 kann das Land trotz aller Höhen und Tiefen insgesamt auf eine erfolgreiche postkommunistische Diplomatie verweisen.

Ein normales und anormales Albanien – zwanzig Jahre nach Ende der letzten stalinistischen Diktatur

Das Erwachen eines Volkes

„Wir wollen Albanien wie Europa! Wir wollen Albanien wie Europa!“ Dieser lautstarke Ausruf tausender Albaner vor zwanzig Jahren brachte das plötzlich erwachte Bewusstsein eines Volkes zum Ausdruck, den Wunsch nach dem ersehnten Europa – einem Europa, das es nur aus Büchern und Bildern kannte. Es war ein emotionsgeladener Wunsch. Er klang damals dramatisch, leidenschaftlich, hoffnungsvoll, ungeduldig, ja sogar naiv für all diejenigen, die ihre Augen vor der Realität nicht verschlossen. Dennoch sollte er zum politischen Programm aller Parteien und zum Leitgedanken einer neuen Epoche werden.

Dieser Ausruf erweckte eine ganze Gesellschaft aus fast einem halben Jahrhundert der Lähmung – einer gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, psychischen, am Ende auch politischen Lähmung. Die dramatischen Folgen einer jahrzehntelangen systematisch paranoiden, selbstisolierenden und ausrottenden Politik kulminierten in den nicht vergessenen Bildern von Schiffen eines Massenexodus nach Italien im Jahr 1990.

Das, was danach kam, war nicht der goldene Löffel, den der Westen jedem Albaner bot. Es war kein leichter Prozess, sich auf das eigene Trauma zu besinnen, es zu überwinden und ein würdiges, freies und sicheres Leben im eigenen Land aufzubauen, ganz ohne Fluchtgedanken. Die folgenden turbulenten Jahre offenbarten es. Sie waren von Tiefen geprägt, Tiefen eines in allen Winkeln der Gesellschaft durchgreifenden, notwendigen Wandels, dem aber die albanische Gesellschaft nicht gewachsen war. Erst nachdem diese Schmerzensjahre überstanden waren – damit ist das erste Jahrzehnt der Wende gemeint –, zeichnete sich allmählich eine Besserung ab, wohlgemerkt: noch keine Höhe.

Dr. Lindita Arapi ist eine albanische Schriftstellerin. Sie arbeitet für die „Deutsche Welle“ und lebt in Bonn.

Bezeichnungen für Normalität

Zwanzig Jahre nach der Wende fällt die Bilanz positiv aus. Die Transformation gestaltete sich erfolgreich. Was am Ende der neunziger Jahre schwer zu glauben schien, ist heute Realität. Das Land Albanien ist zur Normalität zurückgekehrt, und wer das verwahrloste Land 1990 kannte oder sich das dunkle Jahr 1997, in dem bürgerkriegsähnliche Zustände herrschten, in Erinnerung ruft, versteht, dass das Wort Normalität eine besondere Bedeutung für Albanien erhalten hat und dass es erwähnenswert ist, sie erreicht zu haben. Gewiss heißt das nicht, dass für jeden Albaner gute Zeiten angebrochen sind, nein. Aber die Hoffnung, die in der Stabilität aufkeimte, ist da.

Ein Stück Normalität ist es, wenn die Bürger wieder Vertrauen in das eigene Land gewinnen.

Aber was bedeutet Normalität in einem Land, in dem immer noch Armut und Korruption grassieren, niedrige Löhne und Arbeitslosigkeit an der Tagesordnung sind und obendrein die Politik sich selbst boykottiert und oft in Kämpfe um die Beseitigung des politischen Gegners verwickelt ist, statt sich um eine konstruktive Gestaltung der Politik für das Land zu kümmern?

In einem Staat, der vor dem Abgrund stand, zählt zur Normalität, wenn die Bürger wieder Vertrauen in das eigene Land gewinnen, Vertrauen, dass es sich in diesem Armenhaus Europas weiterzuleben lohnt trotz des harten Überlebenskampfes. Die Schwelle wurde überwunden, längst sind die Nachrichten über Bootsflüchtlinge Richtung Italien aus den Schlagzeilen verschwunden. Was sich innerhalb der Normalität bewegt, wird nicht mehr erwähnt und ist keine sensationelle Nachricht mehr wert. Für das Land Albanien ist „nicht mehr erwähnt zu werden“ eine gute Nachricht.

Gehört es nicht zur Normalität, Häuser zu bauen, Wohnungen zu kaufen, kleine Geschäfte zu eröffnen, auch wenn es nur darum geht, sich selbst zu beschäftigen, oder kleine Firmen zu gründen und Serviceleistungen anzubieten, auch wenn die Einkünfte vielleicht gerade reichen, dass die Familie über die Runden kommt?

Ein Schritt zurück zur Normalität ist es auch, wenn die letzten Wahlen, die in der Vergangenheit die Achillesferse dieses Landes darstellten, zwar noch in Spannungen verliefen, aber nicht mehr in Gewalt ausarteten. Die Bürger sind ihren Politikern vorausgegangen, sind klüger und verhaltener geworden. Die Straße ist nicht mehr der Hauptschauplatz

der politischen Kämpfe. Diese haben sich in die inflationären Polittalkshows verlagert, in denen alle ihren Frust kundtun, und die Zuschauer an einer Kakophonie mit typisch albanischen Klängen teilhaben lassen.

Normalität ist es auch, wenn man ein eigenartiges albanisches Lebensgefühl wie die Kaffeemanie entwickelt und stilisiert hat. Cafés und kleine Lokale ringsumher vermitteln die Leichtigkeit des sonnigen Albaniens, von morgens bis abends mit Menschen gefüllt, die den Tag angenehm mit einem kleinen Mokka zu starten wissen und dann den Alltagspflichten nachgehen, oder anderen, die ihre Geschäftstermine nur in Cafés erledigen, oder wieder anderen, die einfach deshalb in Cafés sitzen, weil draußen unter Freunden die Arbeitslosigkeit leichter zu ertragen ist.

Endlich eingekehrte Normalität für dieses Land bedeutet auch, wenn der Strom nicht mehr stundenlang ausbleibt, die Städte nicht mehr in einer hoffnungslosen Tristesse versinken und die Kinder nicht mehr gezwungen sind, Kerzenlicht zum Lernen zu benutzen. Wenn die Frauen, sich selbst feiernd, auf hohen Schuhen tänzelnd, in den späten Stunden auch alleine auszugehen wagen und nicht mehr von der ansteckenden Angst der neunziger Jahre bedrückt werden, Opfer von kaum zu zählenden Männern zu werden. Ein gutes Zeichen ist es auch, wenn Kleinverdiener ihre Ersparnisse zusammentun, um dem Kind eine gute Schule ermöglichen, sei es um dazuzugehören, oder einfach, um dem Sprössling mehr Chancen zu verschaffen oder sich mit ihm einen Urlaub in Montenegro oder in der Türkei zu gönnen.

Der neueste und vielleicht wichtigste Beweis der Normalität könnte im Herbst dieses Jahres das erhoffte visumfreie Reisen nach Europa werden.¹ Die Europäer offenbaren damit auch ihr Vertrauen in dieses Sorgenkind Europas, das früher nur Flüchtlinge produzierte – ihre Zustimmung dafür, dass der vieldiskutierte Integrationsweg gut geebnet ist trotz der Steine, die das zügige Vorwärtskommen noch behindern.

Die Kehrseite der guten Nachrichten

So entsteht fast ein Katalog von guten Nachrichten über ein neues Albanien! Diese gibt es tatsächlich, das neue Albanien ist keine Täuschung. Doch ist dies nur die halbe Wahrheit. Schält man die guten Nachrichten,

¹ Das EU-Parlament hat sich am 7. Oktober 2010 mit breiter Mehrheit für die Aufhebung der Visumpflicht ausgesprochen. Da mit der Zustimmung der EU-Innenminister im November 2010 zu rechnen ist, wird die Neuregelung zum 1. Januar 2011 in Kraft treten (Anm. d. Redaktion).

eine nach der anderen heraus, kommen andere Wahrheiten ans Tageslicht und die Einsicht, dass das ganze Land zwar im Aufbruch ist, aber dennoch nur halbfertig.

Immer noch produziert die Politik zu viele Konflikte und besetzt herrisch das öffentliche Leben. Sie ist die einzig große Show des Landes, in der die Politiker sich wie berühmte Popstars verhalten. Sie sind in ihre medialen Selbstdarstellungen geradezu verliebt. Vor ihren zahllosen Reden kann man sich kaum retten. Morgens, mittags, abends, in Cafés, bei der Arbeit, im Familienleben, überall wird über ihre Politmetaphern gesprochen. Zeitgemäß lesen sie furchtlos ihre Reden ab vor einem statischen Parteiplakat, live, Reden, die in demagogische, manchmal in populistische Rhetorik ausarten, was aber keinem auffällt. Albaner lieben das Spektakel, Inhalte sind zweitrangig. Der Gegner im anderen politischen Lager wird verdammt, mit bildhaftesten Beschimpfungen belegt, die Erlösung und die Lösung aller Probleme wird versprochen. Die Aussagen der Gegner unterscheiden sich wie Tag und Nacht. Während einer vom ökonomischen Aufstieg berichtet, beklagt der andere den ökonomischen Ruin. Wenn einer immer in Weiß malt, kontert der andere mit regelmäßigem Schwarz. Alle üben fleißig das Zauberwort „Kompromiss“, aber keiner ist bereit, seinen Kampf aufzugeben, weil Politik ja bekanntlich nicht Zusammenarbeit zum Wohle des Bürgers sei, sondern Kampf um Gewinnung der Macht.

Hinter den allgegenwärtigen Politstars stehen die neuen albanischen Wirtschaftsoligarchen, die ihre Interessen mit allen Mitteln durchsetzen wollen, egal, ob durch Korruption oder drohende Destabilisierung. Diesen Stars leisten unsichtbar die Medien Beistand, geteilt in politische Lager, je nach Interessen ihrer Bosse polarisiert. Nun wollen sie sich wenigstens raffinierter zeigen, und das erlauben die Bosse, denn vom Ausland wird man beobachtet, und auf den guten Ruf legt der Albaner wert. Sie tarnen nun die Parteinahme, und das, was die Politik nicht tut, tun jetzt die Medien: Sie lassen auch mal Andersdenkende zu Wort kommen oder konfrontieren die politischen Gegner in Medienshows.

Die Politik dient nur der Gewinnung der Macht; die Medien versagen als Kontrollinstanz.

Die Medien haben sich weiter entwickelt, sie bieten nicht nur HD-Qualität, sondern haben auch einen neuen Beruf geschaffen, den des unabhängigen Analysten. Rührend ist er in seinem Versuch, den Eindruck des Unabhängigen zu hinterlassen, und gleichzeitig seine Mission,

den politischen Gegner zu schwächen – wofür der Chef ihn ja bezahlt – zu erfüllen. Der neue Typus des Analysten, der traumatisiert seine Journalistenzeit durch monatelanges unbezahltes Arbeiten absolviert hat, ist aufgestiegen. Er ist finanziell besser gestellt, aber dennoch schwach, ungeschützt und käuflich. Er behandelt ein Phänomen nicht im Namen seiner Berufsethik, sondern weil er in unmittelbarem Auftrag eines Verbands agiert. Und wenn doch ein Korruptionsfall aufgedeckt wird, dient das nicht zur Bekämpfung der Korruption, sondern als Waffe, um den politischen Gegner zu schwächen.

Und so wütet alltäglich die Regellosigkeit, die die Eliten des Landes – wer auch immer sie sein mögen – befallen hat. Sie ist die Regel geworden. In anderen Schichten herrscht die Überzeugung, dass es einen nicht weiter bringt, ehrlich zu leben, tüchtig zu sein, sondern man versucht nach Kräften und Möglichkeiten, ein bisschen korrupt zu spielen, um ein Ziel zu erreichen. Sei es, indem man den Arzt für eine bessere Behandlung unter dem Tisch bezahlt, einen Stadtbeamten mit Trinkgeld korrumpiert, um schnell einen Bescheid zu erhalten, dem Straßenpolizisten Geld in die Hand drückt, um der Geldstrafe zu entkommen, oder den Professor bezahlt, um die Prüfung zu bestehen. Egal wie, wichtig ist es, das erwünschte Ziel zu erreichen, darin liegt das Motto der Zeit.

Und die, die auf dieser Skala ganz unten sind, müssen mit ca. 30 € Sozialleistung im Monat ihr Leben fristen, sich als Rechenkünstler erweisen, um im Monat genug zum Essen zu haben. Wenn das nicht klappt, kennt man zum Glück die Nachbarn, oder der Brotverkäufer um die Ecke gibt weiterhin unbezahlt Brot zum Leben, setzt ihren Namen auf eine lange Liste, die meterlang aus dem Geschäft herauslaufen würde, wenn nicht regelmäßig Wahlen stattfinden würden und ein gütiger Politiker sich fände, diese Liste wettzumachen und die Kosten zu übernehmen, freilich ohne eine Gegenleistung ...

Albanische Literatur: Erforschung und aktuelle Situation

I.

Als 1983 in Tirana die amtlich genehmigte „Geschichte der albanischen Literatur“ erschien, konnte dies sowohl als bedeutender Erfolg wie auch als eine nationale Tragödie gewertet werden. Der 629-seitige Band, genannt *Historia e letërsisë shqiptare: që nga fillimet deri te lufta antifashiste nacionalçlirimtare* (Geschichte der albanischen Literatur: von den Anfängen bis zum antifaschistischen nationalen Befreiungskampf), wurde – mit dem Segen der albanischen Arbeiterpartei – von der Albanischen Akademie für Wissenschaften unter der Führung des Dhimitër Shuteriqi (1915–2003) veröffentlicht. Wie der Titel vermuten lässt, behandelt er die Geschichte und Entwicklung der Belletristik in Albanien von den frühesten Texten bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs. Die führenden Mitarbeiter waren allesamt anerkannte Forscher des Instituts für Sprache und Literatur der Akademie für Wissenschaften in Tirana: Ali Xhiku für die frühe islamische Literatur, Klara Kodra (geb. 1944) für italo-albanische Literatur, Razi Brahimi (geb. 1931) für die Rilindja-Literatur (d. h. Literatur der nationalen Wiedergeburt) des späten 19. Jahrhunderts, Dhimitër Fullani für die Literatur des frühen 20. Jahrhunderts und Vehbi Bala (1923–1990) für den politisch sensiblen Zeitraum bis 1939. Weitere wichtige Beiträge stammten von Jorgo Bullo (geb. 1939) und Mahir Domi (1915–2000). Dieser Band sollte die zweibändige Ausgabe, die 1959 von der Akademie veröffentlicht wurde, ersetzen.

Die Literaturgeschichte von 1983 behandelte die kulturellen Teilgebiete, Strömungen und Bewegungen der albanischen Literatur bis zum Jahre 1939 und tat dies in umfassender Weise und mit größerer Sorgfalt als die schwache Ausgabe des Jahres 1959. Ihre vorrangige Bedeutung liegt darin, dass sie als Anleitung und Nachschlagewerk für eine ganze

Dr. Robert Elsie ist Autor von ca. 60 Büchern und Verfasser zahlreicher Artikel vorwiegend albanischer Thematik (vgl. auch www.elsie.de).

Generation von Albanern sowohl in Albanien als auch im Kosovo diente und für den Unterricht in allen Schulen und Universitäten Verwendung fand. Somit brachte sie den Albanern bei, was sie wissen mussten und, was noch wichtiger ist, was sie über die Literatur ihres Landes denken sollten. Dabei wertet sie die albanische Literatur und Kultur von einem streng konservativen Standpunkt aus und hält an verschiedenen – leider heute noch gängigen – Vorurteilen fest. Aus der Perspektive der zeitgenössischen Forschung stellt sie eine schwache, eher schädliche Leistung dar. Es wäre jedoch ungerecht, alle

Die Literaturgeschichte von 1983 brachte den Albanern bei, was sie wissen mussten und, was noch wichtiger ist, was sie über die Literatur ihres Landes denken sollten.

Autoren und Mitarbeiter des Werkes zu verdammen. Die meisten von ihnen haben unter extrem schwierigen Bedingungen ihr Bestes gegeben.

Man darf in diesem Zusammenhang nicht außer Acht lassen, dass die Albaner

nach mehreren politisch motivierten Säuberungswellen seit Mitte der siebziger Jahre von der Außenwelt abgeschlossen lebten. Hinzu kommt, dass die meisten Autoren der neuen Generation nicht alt genug waren, um etwas anderes als das kommunistische Regime zu kennen, dem sie bedingungslos dienten. Die große Ausnahme war Dhimitër Shuteriqi, Chefredakteur der Ausgabe von 1983, der in den dreißiger Jahren im Ausland studiert hatte, sich dann aber den kommunistischen Partisanen anschloss. Was auch immer man über die politischen und persönlichen Kompromisse denken mag, die er im Laufe seines Lebens machte, eines steht fest: Shuteriqi war ein leidenschaftlich engagierter Erforscher albanischer Literatur und Kultur und darf auf seinem Gebiet durchaus als Bahnbrecher bezeichnet werden.

Weitere literarische Studien, die während der Diktatur in Tirana veröffentlicht wurden, beispielsweise die im Jahre 1978 von Koço Bihiku herausgegebene *Historia e letërsisë shqiptare të realizmit socialist* (Geschichte der albanischen Literatur im sozialistischen Realismus) oder die vom selben Autor herausgegebene „Geschichte der albanischen Literatur“ (für ein ausländisches Lesepublikum 1980 auf Englisch und Französisch, 1981 auf Italienisch und 1983 in russischer Übersetzung erschienen) sind ohne Bedeutung.

II.

Wie kam es dazu, dass die „Geschichte der albanischen Literatur“ des Jahres 1983 zur „nationalen Tragödie“ wurde, wie ich es oben behauptet habe? Im Wesentlichen, weil sie von Anfang bis zum Ende von zwei extremistischen Ideologien durchdrungen ist, die sie als objektives Instrument der Wissenschaft gewissermaßen nutzlos machen.

Zum einen unterwirft sie die von ihr behandelten Werke einer *primitiven stalinistischen Interpretation des Sozialismus* und interpretiert 500 Jahre Schrifttum aus dem Blickwinkel des Klassenkampfes. Sie scheint fast alle Autoren, sogar jene aus früheren Jahrhunderten, in künstliche Kategorien von „progressiv“ und „reaktionär“ einordnen zu wollen. Die so genannten Reaktionäre werden meistens knapp und negativ bzw. überhaupt nicht behandelt. Bestes Beispiel hierfür ist die dürftige und zum Teil ungerechte Darstellung des Gjergj Fishta, der nach dem Erscheinen der vollständigen Ausgabe seines 15.000-zeiligen Nationalepos „Die Laute des Hochlandes“ (*Lahuta e Malcís*) als „albanischer Homer“ gepriesen und vor dem Zweiten Weltkrieg als der albanische Nationaldichter schlechthin angesehen wurde. 1983 wird er wie folgt vorgestellt:

„Der Hauptvertreter dieses Klerus, Gjergj Fishta (1871-1940), Dichter, Publizist, Lehrer und Politiker, betrieb den Verlag des Franziskanerordens und leitete die kulturellen und pädagogischen Aktivitäten dieses Ordens über eine lange Zeit hinweg. Die Interessen der Kirche und der Religion waren für ihn wichtiger als jene der Nation und der Bevölkerung, was er auch offen kundtat und mit all seiner Demagogie und all seinem Zynismus verteidigte; dieses Verhalten lag auch seiner literarischen Arbeit zugrunde. Sein Hauptwerk, das epische Gedicht „*Lahuta e Malcís*“ (Die Laute des Hochlandes) greift den Chauvinismus unserer Nachbarn im Norden an, propagiert antislawische Gefühle und betrachtet den Kampf gegen die osmanischen Besetzer als zweitrangig. Er erhob eine Hymne zu Ehren des Patriarchalismus und des Feudalismus, des religiösen Obskurantismus und Klerikalismus und spielte mit patriotischen Empfindungen, wo immer es darum ging, Ereignisse der nationalen Geschichte unserer Wiedergeburt darzustellen. Seine anderen Arbeiten, wie beispielsweise das satirische Gedicht „*Gomari i Babatasit*“ (Babatas Esel), in dem die laizistische Schulausbildung und demokratische Ideen erbittert angegriffen wurden, waren charakteristisch für den grausamen Kampf, den die katholische Kirche führte, um ihren Einfluss auf

das intellektuelle Leben des Landes aufrechtzuerhalten und zu stärken. Mit seiner Kunst erstrebte er, einer dicht bei der Folklore liegenden Form seinen Dienst zu erweisen. Dies ging oft einher mit Weitschweifigkeit, weit hergeholten Effekten, Rhetorik, Brutalität der Ausdrucksweise bis hin zur Vulgarität, falschen Argumenten, die er absichtlich einbezog, um zu beeindrucken, und einer außerordentlich konservativen Haltung auf dem Gebiet der Sprache. Fishta war am Ende seines Lebens Mitglied der Akademie des faschistischen Italiens.“

Zum anderen ist die Literaturgeschichte von 1983 von der *Ideologie des albanischen Nationalismus* durchdrungen. Das kreative Schrifttum

Gute Literatur musste patriotische Literatur sein, alles andere war entbehrlich.

in Albanien wurde vom Anfang bis zum Ende als Ausdruck des albanischen Patriotismus gesehen. Obwohl dies in manchen Fällen zutreffen mag und es zugebenermaßen starke Beziehungen zwi-

schen dem Aufstieg der albanischen Literatur und jenem der nationalistischen Bewegung gibt, hofft man bei der Lektüre, dass man zur Abwechslung einmal auf einen albanischen Schriftsteller stößt, der kein „Patriot“ ist und nicht gegen ausländische Unterdrücker und inländische Verräter kämpft. Vorgabe war, dass gute Literatur patriotische Literatur sein müsste, alles andere war entbehrlich.

Die „Geschichte“ von 1983 wagte sich nicht über das Jahr 1939 hinaus, wenngleich sie mühelos die Entwicklung der albanischen Literatur bis in die ersten Jahrzehnte der sozialistischen Literatur, also bis 1970, hätte skizzieren können. Ebensovienig berichtete sie viel über die Literatur der anderen Hälfte der albanischen Nation – die des Kosovo und anderer von Albanern besiedelten Teile des ehemaligen Jugoslawien. Trotz dieser Schwächen erschien die „Geschichte“ des Jahres 1983 in großen Auflagen und wurde auch zahlreich nachgedruckt – zuletzt in Prishtina im Jahre 1990. In albanischen Schulen und Universitäten findet sie als grundlegendes Handbuch zur albanischen Literatur und Schriftkultur bis zum heutigen Tag Verwendung.

III.

Es mag einigen polemisch wirken, wenn ich die Ausgabe des Jahres 1983 als „nationale Tragödie“ bezeichne. Dies tue ich nicht, um für meine spätere Arbeit „*Albanian Literature: a short History*“ (London 2005) zu werben, die albanisch unter dem Titel *Letërsia shqipe: një histori e*

shkurtër (Tirana 2006) erschienen ist, sondern um den Einfluss solcher Standardwerke aus der stalinistischen Zeit anzuprangern, die sich immer noch auf das zeitgenössische Denken in der albanischen Welt auswirken. Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, dass zeitgenössische albanische Forscher und Gelehrte sich nach den guten alten Zeiten des Kommunismus sehnen. Dies ist eindeutig nicht der Fall. Der Kommunismus als Ideologie verabschiedete sich aus dem Denken beinahe aller Albaner lange vor dem Fall der Diktatur 1990/91. Es gibt keine Nostalgie in der Bevölkerung, jedoch sehr wohl Überreste einer veralteten ethnozentrischen Ideologie, die mit übertriebenen Behauptungen weiterhin die Forschung im Bereich der albanischen Literatur und Kultur verzerrt und verfälscht. Die gleichen Überreste findet man im Bereich der Geschichtswissenschaften, wo man sich heute noch gern auf veraltete Denkweisen – im Sinne eines Kampfes zwischen Gut, d. h. die Sache der Nation – und Böse, d. h. alles andere – stützt.

Kurz gesagt, was wir brauchen, sind neue, verlässliche Texte zur Literatur, Geschichte und Kultur des Landes, die von einheimischen Forschern und Fachleuten verfasst und veröffentlicht werden, Texte, die sorgfältig entpolitisiert und soweit wie möglich von allen Ideologien bereinigt werden. Solange die Situation bleibt, wie sie ist, werden Schulen und Universitäten weiterhin irrtümliche Behauptungen und naive Ansichten verbreiten und verewigen.

Seit dem Fall der Diktatur hat es die albanische Wissenschaft und Forschung nicht einfach gehabt. Der Zusammenbruch der Staatsstrukturen in Albanien und im Kosovo führte zu einem eklatanten Mangel an Mitteln für die Forscher. Daher suchten sie meistens nach alternativen Einkommensquellen, um ihre Familien zu ernähren. Noch bedenklicher ist die Tatsache, dass keine neue Generation von Experten nachgewachsen ist, um die jetzigen, alt gewordenen Gelehrten in der Albanienforschung zu ersetzen. Ehrlich gesagt, wird in der albanischen Welt seit Jahren kaum Forschung betrieben. Die meisten neuen Publikationen sind Neudrucke älterer Arbeiten oder Übersetzungen fremdsprachiger Klassiker im Bereich der Albanienforschung. Die Zukunft auf diesem Gebiet sieht leider nicht sehr vielversprechend aus.

IV.

Wenden wir nun den Blick von der Forschung ab und kehren wir zur Literatur und zum Verlagswesen zurück. Auf diesem Gebiet sieht es

erfreulicher aus, denn heute gibt es mehr Verlage und mehr Bücher als je zuvor in Albanien. Die Buchhandlungen quellen über vor Büchern, und angesichts des winzigen albanischsprachigen Marktes wundert man sich, wer dies alles liest! Im Bereich der Belletristik haben neue Bücher die Einzelhandelsgeschäfte überflutet, und es werden von Jahr zu Jahr mehr.

Nach Jahrzehnten der Isolation interessieren sich die Albaner verständlicherweise mehr für ausländische Literatur als für Werke ihrer eigenen Schriftsteller. Daher stellen ausländische, ins Albanische übersetzte Werke einen zunehmenden Anteil neuer literarischer Veröffentlichungen dar. In Albanisch geschriebene Literatur hat somit auf dem Markt einen verringerten Stellenwert erhalten, obwohl dies nicht bedeutet, dass die Produktion gesunken ist.

Albanische Schriftsteller haben von ihren neuen Kontakten mit der Welt und mit der Weltliteratur gelernt und profitiert. Doch die Statistiken zeigen, dass sie gleichzeitig auch große Probleme damit haben, im internationalen Wettbewerb mitzuhalten. Nach Jahren herber Erfahrungen haben viele albanische Leser der albanischen Literatur den Rücken zugekehrt und richten trotz der häufig schäbigen Übersetzungen ihre Aufmerksamkeit nun ausschließlich auf ins Albanische übersetzte Weltliteratur. Mitte der neunziger Jahre wurden mit Ausnahme der Werke von Ismail Kadare nur von wenigen in Tirana veröffentlichten Autoren mehr als 100 Exemplare verkauft. Gleichwohl haben albanische Prosa und Poesie trotz der heftigen Konkurrenz durch Übersetzungen überlebt und florieren im bescheidenen Rahmen des albanischen Marktes. Auf jeden Fall gibt es in Albanien eine ausreichende Anzahl lesbarer Prosaschriftsteller, von denen viele zu jung sind, um von den Schrecken der politischen Vergangenheit Albaniens beeinflusst worden zu sein. Sie wuchsen in einer neuen, offeneren Umgebung auf und tragen dazu bei,

frischen Wind in die einst schale und erdrückende Atmosphäre der albanischen Literaturkultur zu bringen.

Junge Autoren bringen frischen Wind in die einst schale und erdrückende Atmosphäre der albanischen Literaturkultur.

Leider verfügt Albanien über keine Tradition der *Literaturkritik*. Neue Veröffentlichungen werden selbstverständlich

in Zeitungen und Zeitschriften erwähnt und präsentiert. Es gibt immer noch keinen professionellen und angesehenen Literaturkritiker in Tirana und es ist zu bezweifeln, dass ein solcher in den kommenden Jahren auftauchen wird. Ebensowenig gibt es in Tirana fundierte und verlässliche Studien über die zeitgenössische albanische Literatur. Dem-

zufolge ist der albanische Leser generell misstrauisch und desorientiert, und es herrscht zunehmend der Verdacht, albanische Schriftsteller produzierten lediglich mangelhafte Werke ohne bleibenden Wert. Man würde es niemandem übel nehmen, der den Zustand von fast allem in Albanien gesehen hat – die Infrastruktur des Landes, wie beispielsweise die Straßen, das Bildungssystem, die Krankenhäuser, die Elektrizitäts- und Wasserversorgung usw. –, wenn er vermuten würde, dass die albanische Literatur sich in einem ähnlichen Zustand der Unterentwicklung befände. Glücklicherweise gibt es Ausnahmen, gewissermaßen noch ungeschliffene Diamanten unter Tage.

Ein weiteres Phänomen, das sich negativ auf die albanische Literatur und Kultur der vergangenen Jahre auswirkte und, so könnte man sagen, auch die albanische Gesellschaft in ihrer Ganzheit in diesem negativen Sinn beeinflusste, ist die Massenauswanderung. Nach dem Zusammenbruch des albanischen Staates im März 1997 infolge der verheerenden Wirtschaftskrise und mit der Plünderung von Militäranlagen und Waffenlagern im ganzen Land glaubten viele Menschen, keine Zukunft mehr in ihrem Heimatland zu haben. Not und Entbehrung gehörten von jeher zum Leben in Albanien, doch die Geduld, die bis zu diesem Zeitpunkt vorherrschte, fand nun ein Ende. Am Ende des 20. Jahrhunderts hatte die überwiegende Mehrheit von Schriftstellern und Intellektuellen, jungen wie alten, Albanien tatsächlich verlassen, um ein besseres Leben im Ausland zu suchen. Nur wenige werden jemals zurückkehren.

V.

Die frühen neunziger Jahre bildeten auch einen Wendepunkt für die Albaner im *Kosovo* und in *Makedonien*. Das kommunistische Regime in Jugoslawien war, ebenso wie Jugoslawien selbst, zusammengebrochen. Die Kosovo-Albaner, die unter der rücksichtslosen Vorherrschaft der Serben standen, wurden mit einer entsetzlichen Form der Diskriminierung konfrontiert: eine fast systematische ethnische Verfolgung und letztendlich ethnische Säuberung. Politisch befand sich das Land in einer Abwärtsspirale, aus der sich zwangsläufig sowohl der Krieg von 1999 als auch die endgültige Befreiung nach so vielen Jahren der Qual ergab.

Schriftsteller im Kosovo hatten im Vergleich zu ihren Kollegen in Albanien selbst kein Bedürfnis bzw. keine Absicht, ihr Land zu verlassen. Sie fühlten sich verpflichtet, eine neue Nation aufzubauen. Bis zur zweiten Hälfte der neunziger Jahre wurde die politische und wirtschaft-

liche Situation im Kosovo jedoch so unhaltbar, dass viele Autoren keine andere Wahl hatten, als aus dem Land – und somit vor einer Haftstrafe oder gar Ermordung – zu fliehen. Dennoch pflegten die Kosovo-Albaner selbst in den dunkelsten Stunden der serbischen Herrschaft in Prishtina nach wie vor ihre Kultur. Für diese Menschen waren Bücher Zeichen des Widerstandes gegenüber der serbischen Kulturhegemonie. Die Serben selbst, die gelernt hatten, die Albaner als „Unterrasse“ zu betrachten, empfanden allein den Gedanken an kreative Literatur auf

Albanisch als lächerlich. Von daher hatte Belgrad, sobald es seine politische Kontrolle über die Kosovo-Albaner verloren hatte, keine Möglichkeit und sicherlich

*Der Büchermarkt des Kosovo ist weit
weniger entwickelt als der Albaniens.*

auch kein besonderes Interesse mehr, albanische Bücher zu verbieten oder zu zensieren. Einhergehend mit Belgrads illegaler Übernahme und Auflösung des staatseigenen Rilindja-Verlags verschwanden jedoch die Qualitätskontrollen in der Herausgabe, so wie es auch in Albanien geschah. Verteilt auf Motorhauben wurden Bücher im gesamten Kosovo nun an Straßenecken verhökert. All ihre Spuren konnten augenblicklich beseitigt werden, falls die serbische Polizei sich doch einzuschreiten entschloss. Die Kosovo-Albaner waren auf jedes dieser Bücher stolz, obwohl nur wenige davon tatsächlich gelesen wurden.

Seit der Befreiung im Juni 1999 entwickelte sich der Büchermarkt zwar langsam, jedoch unbehindert. Was die Belletristik anbelangt, stellt der Kosovo umsatzmäßig nur 10 bis 15 Prozent des gesamtalbanischen Marktes dar. Somit hinkt er proportional gesehen weit hinter Albanien her.

VI.

Wenn man nach der Haupterrungenschaft der Schriftkultur Albaniens in den letzten Jahrzehnten fragen würde, könnte die Antwort sicherlich wie folgt lauten: „Poesie, hier, dort und überall!“ Im Gegensatz zur westlichen Literatur stellen Lyrikbände immer noch den größten Anteil der literarischen Produktion dar. Dies gilt für alle großen Zentren des albanischsprachigen Verlagswesens: Tirana, Prishtina, Skopje, Shkodrë und Tetovo. Sogar unter den schweren Bedingungen einer freien Marktwirtschaft in einer unterentwickelten Region gelang es der albanischen Dichtung, zu überleben und ihren Schwung zu bewahren.

Wenn sich ärmliche und schlecht gebildete albanische Emigranten

und Asylanten in Westeuropa oder in Nordamerika in ihren oft schäbigen und immer raucherfüllten Vereinen treffen, kommen sie häufig zu einer Dichterlesung zusammen. Hier drückt sich am besten die Seele der albanischen Nation aus.

Sowohl in Albanien als auch im Kosovo steht es der modernen albanischen Literatur heute erstmals frei, sich zu entwickeln und ihren eigenen Weg zu gehen. Jahrzehntlang während der kommunistischen Diktatur, ja bis hin zu den letzten Monaten der Serbenherrschaft im Kosovo, hielten die jeweiligen Herrscher die Grenze zwischen beiden Hälften der Nation geschlossen. Nur wenige überquerten sie ohne schmerzhaftes Folgen. Im Vergleich dazu war die Berliner Mauer zwischen den beiden Teilen Deutschlands ein Sieb. Die auferlegte Trennung ist auch Ursache für die Entstehung zweier völlig verschiedener albanischer Kulturen und zweier verschiedener albanischer Literaturen. Seit 1999 lernen sich die beiden Länder nun kennen und gewöhnen sich allmählich aneinander. Diese behutsame Annäherung war für beide Teile ein oft schmerzhafter Prozess und für die jeweils Betroffenen nicht immer leicht; es entstanden viele Missverständnisse. Dennoch erwies sich der Austausch an Erfahrungen als fruchtbar und bewusstseinsweiternd für Schriftsteller auf beiden Seiten der Grenze. Zum ersten Mal sind sie zu Mitgliedern einer gemeinsamen Literaturkultur geworden, einer Kultur, die nun doppelt so groß und um ein Vielfaches mannigfaltiger ist als die der beiden kleineren, die sie bisher kannten. Die albanische Literatur ist bereichert worden. Ihr zartes Pflänzchen, dessen Stiele und Wurzeln im Laufe der Geschichte so häufig aus dem dürftigen Boden der Balkanhalbinsel herausgerissen wurden, erblüht aufs Neue.

Religion und Nation in Albanien

Seit dem Ende des vormalig totalitären kommunistischen Regimes, das 1967 den Staatsatheismus deklariert und Moscheen, Kirchen und die Tekken (Konvente) der Derwischorden in Sporthallen, Ställe und Lagerhäuser verwandelt hatte, ist die Religionsfreiheit in Albanien wieder garantiert. Das Land ist traditionell multikonfessionell, jedoch mehrheitlich islamisch, der Staat per Verfassung laizistisch. Die Albaner, vom einfachen Bauern bis zum obersten Regierungsvertreter, betonen gerne die Tradition der interreligiösen Toleranz und Harmonie der Glaubensgemeinschaften in ihrem Lande und spielen dabei mögliche interne Konflikte herunter.

Doch schon in der Vergangenheit wurden die verschiedenen Religionen der Bevölkerung immer wieder machtpolitisch von innen oder außen instrumentalisiert und dabei oft die nationale Einheit in Frage gestellt. Diese Erfahrungen, die im Folgenden nur kurz angedeutet werden können, bedingten die Herausbildung von integrationsstiftenden Nationalmythen¹, die die Grundlage des so genannten „Albanismus“ bilden. Unter anderem zeichnet sich laut dieser Ideologie der albanische Volkscharakter vor allem durch eine nur oberflächliche und pragmatische Religiosität aus, die Religion der Albaner sei allein das Albanertum. Ist das Selbstbild der Albaner also lediglich ein Produkt ihres Nationsbildungsprozesses oder entspricht es der gesellschaftlichen

Gemäß der Lehre des „Albanismus“ ist die Religion der Albaner das Albanertum.

Wirklichkeit in Vergangenheit und Gegenwart?

Im Folgenden soll die Geschichte dieser Mythen kurz erläutert werden. Eventuelle Wechselwirkungen zwischen Mythos und Realität sol-

¹ Die Wortwahl „Mythos“ soll hier, wie in den Kulturwissenschaften üblich, nicht generell Aussagen über Wahrheit oder Fälschung der sozialen Realität gestatten, sondern auf die sozialpolitische Funktion und symbolische Kodierung von Identitätserzählungen hinweisen.

Stephanie Schwandner-Sievers ist Ethnologin mit dem Spezialgebiet Balkan und lebt in London.

len nachgezeichnet und historische wie ethnographische Beschreibungen der Religiosität der Albaner in Vergangenheit und Gegenwart den Mythen gegenübergestellt werden. Schon eingangs sei erwähnt, dass das vorhandene Material ein viel differenzierteres und komplizierteres Bild ergibt, als es die homogenisierenden Mythen des Albanismus vermuten lassen. Sie entbehren jedoch auch nicht jeglicher Grundlage in der gesellschaftlichen Realität und haben dazu ein unvermutetes neues Eigenleben im postkommunistischen Albanien entfaltet.

Multikonfessionalität gestern und heute

Zur Zeit der albanischen Staatsgründung (1912) galten etwa 50 Prozent der Bevölkerung, vor allem in den Städten des Landes, dem Sunni-Islam der vergleichbar liberalen Hanafi-Schule, die den Islam des Osmanischen Reiches dominierte, zugehörig. 20 Prozent waren Anhänger verschiedener mit dem schiitischen und alevitischen Islam verwandten heterodoxer islamischer Mystikergruppen, die auch Sufi- oder Derwischorden genannt werden, als besonders volksnah galten und bis heute besonders in ländlichen Regionen vornehmlich Südalbaniens vertreten sind. Am bekanntesten davon ist der Orden (Tariqah) der Bektashi. Ferner galten 20 Prozent der Bevölkerung als orthodox (vornehmlich an der Grenze zu Griechenland in Südalbanien beheimatet) und 10 Prozent als katholisch (in Nordalbanien).

Für das postkommunistische Albanien werden mangels umfassender neuerer Statistiken noch heute meist die gleichen Zahlenverhältnisse bemüht. Nach amtlichen Berichten praktiziert jedoch nur etwa ein Drittel der Bevölkerung ihre Religion oder messen ihr irgendeine Bedeutung im Alltag bei. Einige Albaner haben sich auch von US-evangelikalen Sekten (z. B. Mormonen und Adventisten) und anderen moderaten bis radikalen protestantischen, aber auch islamischen und katholischen Missionaren bekehren lassen. 2009 waren laut offiziellen Angaben neben den traditionellen Religionsgruppen 245 religiöse Organisationen, Gruppen oder Stiftungen registriert, davon 34 verschiedener islamischer und 189 protestantisch/evangelikaler Ausrichtung. Kein afrikanisches Land hat jemals so viele Missionare wie das ehemals atheistische postkommunistische Albanien angezogen!

In den vergangenen Jahren ist das Land gelegentlich mit dem fundamentalistischen Islamismus in Verbindung gebracht worden. Besonders der Einfluss der Salafi-Schule, einer strengeren arabischen Form des Is-

lams, der aus dem Ausland zurückkehrenden albanischen Studenten und saudi-arabischer Finanzierung angelastet wird, soll die einheimischen muslimischen Gemeinden unter Druck gesetzt und interne Macht- und Generationskonflikte provoziert haben. Nationale und internationale Besorgnis erregte 2005 auch die Entdeckung einer Dschihad-Gruppe im nordalbanischen Kukës, die zur sofortigen Strafverfolgung führte. Seit 1992, unter Führung des aus dem Norden stammenden ersten nachkommunistischen Präsidenten (1992-1997) und heutigen Ministerpräsidenten (seit September 2005) Sali Berisha, eines Muslims, ist das Land Mitglied der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC). Diese Mitgliedschaft wird allerdings von vielen Albanern vehement abgelehnt, nicht zuletzt weil sie arabisch-islamischen Hilfsorganisationen, Banken und Geldgebern Tür und Tor öffnete. In den Jahren der sozialistischen Regierung unter Fatos Nano (1997-2005), der wie vordem die kommunistische Regierung vornehmlich aus dem orthodoxen und liberal-muslimischen Süden des Landes stammt, wurden die arabischen Anbindungen geschmälert, sodass sich viele albanische Muslime wieder gesellschaftlich ausgegrenzt oder sogar politisch verfolgt fühlten.

Prominente Vertreter der politischen und kulturellen Eliten, zum Beispiel der Schriftsteller Ismail Kadare, sorgen sich ob der globalen islamischen Verbindungen um den nationalen Zusammenhalt und das internationale Image. Sie beschwören immer wieder den oben erwähnten Toleranzmythos als ein nationales Volksmerkmal. Daneben betonen sie gerne auch ein rein abendländisch-christliches Kulturerbe Albaniens und die Annahme, dass die Albaner ursprünglich als Christen zum Übertritt zum Islam gezwungen worden seien. So lässt sich auch die offizielle nationale Verehrung von Mutter Teresa unter orthodoxen (Nano) und muslimischen postkommunistischen Regierungschefs (Berisha) erklären. Doch einige islamische Organisationen haben sowohl den Mythos der historisch erzwungenen Konversionen als auch jenen einer islamischen Radikalisierung als Ausdruck von Islamophobie und ungerechtfertigten Verallgemeinerungen zurückgewiesen. Dabei stimmen viele albanische Muslime dem Mythos des christlichen Ursprungs zu. Die gegenwärtige albanische Religionslandschaft Albaniens ist also durchaus nicht spannungsfrei.

Zu den Ursprüngen der albanischen Nationalmythen

Im ausgehenden Osmanischen Reich bestimmte die Zugehörigkeit zu einer autonomen Religionsgemeinschaft, *millet* genannt, politische Rechte, sozialen Status und individuelle Gruppenzugehörigkeit. Zum Beispiel gehörten die Serben und Griechen, aber auch viele Südalbaner, dem orthodoxen *millet* an. Mit Ausnahme der Albaner ist die nationale Identität in Südosteuropa eng mit der Religion des jeweiligen Volkes verknüpft. Die Katholiken zum Beispiel werden auch unter den Albanern im Kosovo noch heute

Mit Ausnahme der Albaner ist die nationale Identität in Südosteuropa eng mit der Religion des jeweiligen Volkes verknüpft.

„die Kroaten“ genannt. Im Osmanischen Reich trugen die Christen die Hauptlast der Steuern, die Muslime genossen privilegierte Aufstiegschancen im Staatssystem, die besonders für die vormaligen Eliten des Landes attraktiv waren. Neben Missständen im katholischen, später auch im orthodoxen Klerus und einer zu geringen Zahl an Geistlichen nennt die heutige Forschung diese Tatsachen als Hauptgründe der ab dem späten 14. Jahrhundert einsetzenden Islamisierung der Albaner (zuerst allein der landbesitzenden Adligen). Sie erklärt auch, warum eine Vielzahl von Albanern hohe Positionen im Osmanischen Reich innehatte. Erst nach den von Venedig (1649) und Österreich (1689) provozierten und fehlgeschlagenen katholischen Aufständen in Nordalbanien und nach den Aufständen orthodoxer Südalbaner (Himarioten und Sulioten) während der Russisch-Türkischen Kriege des späten 18. Jahrhunderts kam es zu Zwangsislamisierungen.

Die religiöse Heterogenität der zudem über vier *Vilâyet*s (Großprovinzen) des Osmanischen Reiches verteilt siedelnden albanischsprechenden Bevölkerung stellte für die albanischen Nationalideologen des späten 19. Jahrhunderts, die so genannten *Rilindas*², ein ideologisches Problem dar. Zudem waren die Bildungsmöglichkeiten des Volkes eng an die Religionsgemeinschaften gekoppelt und kaum auf Albanisch möglich (Griechisch, Türkisch oder Arabisch und Italienisch waren die

² Von albanisch *rilindja*, „Wiedergeburt“, Bezeichnung der Nationalbewegung, die auf der Annahme einer seit Urzeiten vorhandenen, jedoch unterdrückten Nation beruht, die im späten 19. Jahrhundert „wiedergeboren“ wurde. Vgl. dazu und zum folgenden historischen Exkurs auch die Ausführungen von Michael Schmidt-Neke in vorliegendem Heft, besonders S. 245-247.

entsprechenden Unterrichts- und Schriftsprachen). Das weitere Sprachgebiet war zudem in viele Dialekte unterteilt, von denen die Unterscheidung in nordalbanisches Gegisch und südalbanisches Toskisch allenfalls eine Grobeinteilung darstellt. Neben der Überwindung religiöser Differenzen bildeten die Vereinheitlichung der albanischen Sprache und Schrift und albanische Schulgründungen für die Nationalideologen grundlegende Voraussetzungen zur albanischen Nationsbildung.

Die albanische Nationalbewegung setzte in Reaktion auf den Berliner Kongress im Jahre 1878 ein. Dieser bestätigte die nördlichen Nachbarn Serbien und Montenegro als Nationen, die dort, wie auch das bereits seit 1830 anerkannte Griechenland im Süden, Gebietsansprüche an albanische Siedlungsgebiete geltend machten. In Reaktion darauf vereinigten sich prominente Vertreter der albanischen Eliten (hohe osmanische Verwaltungsoffiziere und muslimische Großgrundbesitzer), katholische Stammesführer und orthodoxe Gemeindeführer in der so genannten Liga von Prizren (1878-1881). Vorerst als Teil des noch bestehenden Osmanischen Reiches, doch gleichzeitig von nationalen Autonomiewünschen geleitet, sollte die Liga den drohenden territorialen Übergriffen der Nachbarstaaten sowohl ideologisch als auch militärisch entgegenwirken. Prominente Ideologen der Liga wie die Nationaldichter Pashko Vasa (auch „Vaso Pasha“ oder „Wassa Effendi“), Sami und Naim Frashëri veröffentlichten die Grundlagen der bis heute fortwirkenden Nationalmythen. Der Ausspruch „der Glaube des Albaners ist das Albanertum“ stammt zum Beispiel aus einem Gedicht von Pashko Vasa, „Oh Albanien, armes Albanien!“ (1880, „O moj Shqypni“), in dem er die Albaner beschwört, sich nicht von Priestern und Hodschas spalten zu lassen. Neben diesem Religionsmythos wurden damals auch die Mythen des illyrischen Ursprungs des Volkes, seiner ethnischen Autochthonie, Kontinuität und Reinheit und des permanenten Widerstandes der Albaner gegen feindliche, äußere Kräfte (so besonders im Skanderbeg-Mythos verkörpert) in den nationalen Geschichtskanon integriert.

Der ideologische Nationsbildungsprozess setzte sich nach der gewaltsamen Zerschlagung der Liga 1881 auch in der Diaspora fort. In den USA ließ sich Bischof Fan Noli vom russisch-orthodoxen Bischof von New York 1908 zum Oberhaupt einer autokephalen (d. h. selbstständigen) orthodoxen Kirche der albanischen Gemeinde ordinieren. Damit wehrten sich die Südalbaner gegen griechische Vereinnahmungen ihrer Kirche sowohl im Heimatland als auch im Migrationskontext. Albanische Nationalpatrioten aller Konfessionen aus der gesamten Region

und der Diaspora einigten sich ferner 1908 auf dem Kongress von Monastir (heute Bitola in Makedonien) auf die alleinige Verwendung der lateinischen Schrift im Albanischen und auf eine phonetische Orthographie, die einen einheitlichen Schulunterricht in albanischer Sprache ermöglichte. Patriotische Geheimgesellschaften im In- und Ausland entwickelten und verbreiteten die Ideen der *Rilindas* über Zeitschriften und Bücher. Die Werteorientierung des Albanismus erreichte so zunehmend weitere Schichten der albanischen Gesellschaft.

Patriotische Geheimgesellschaften im In- und Ausland verbreiteten die Ideen der Rilindas über Zeitschriften und Bücher.

Während der Balkankriege 1912 und 1913 und dem Ersten Weltkrieg (1914-1918) und danach wurde das Land trotz seiner Unabhängigkeitserklärung (1912) von wechselnden Staaten besetzt. Geschichten religiönsübergreifender Treue, Hilfe und Solidarität in Zeiten der Not und Gewalt, von der diese Jahre geprägt waren, verbreiteten sich sowohl in der mündlichen Erzählkultur als auch in Text und Bild. Bis heute findet sich vor allem der Topos von gegenseitig geleisteter Hilfe zwischen Bektashi und orthodoxen Christen Südalbanians auch in der einflussreichen albanischen Diaspora in den USA, die sich damit einer überkonfessionellen, gemeinsamen patriotischen Identität vor allem während der Zeit des erklärten Atheismus und der Religionsverfolgung im Heimatland versichern konnte. Mehr noch: Die albanische Bektashi-Gemeinde in den USA wurde aufgrund derartiger Erzählungen überhaupt erst gegründet – mit politischer Unterstützung des orthodoxen Bischofs Fan Noli. Der von Religionsführern dokumentierte Albanismus diente hierbei als Argument, die Anhänger des kommunistischen Atheismus innerhalb der Diaspora in ihre Schranken zu verweisen.³

Unter dem autoritären Regime des aus Nordalbanien stammenden muslimischen König Zogu in der Zwischenkriegszeit konnten die Albaner erstmals ihre unabhängige Staatlichkeit im Frieden erleben. Die Ideologie des Albanismus wurde nun von staatlicher Seite forciert und implementiert, um die zentrifugalen Kräfte in der Gesellschaft zu zähmen. Obschon nicht verboten, mussten sich die verschiedenen Religionsgemeinschaften und ihre Prediger dem vereinheitlichenden Natio-

³ Vgl. dazu Frances Trix: „When Christians became Dervishes“. Affirming Albanian Muslim-Christian Unity through Discourse. In: *The Muslim World* 85 (1995), Nr. 3/4, S. 280-294.

nalismus unterordnen. Der Albanismus diene als Zivilreligion und es entstand ein sakral-nationaler Führerkult. Laut dem Baptistenmissionar und Zeitzeugen Edwin E. Jacques pries die neue Nationalhymne den König als den Retter des Vaterlands in symbolischer Konkurrenz zu Jesus und Mohammed und in Nachfolge von Skanderbeg; die für das Vaterland gefallenen Soldaten wurden als „Heilige“ bezeichnet. Beamte und Lehrer mussten als „Apostel“ und „Missionare“ angesprochen werden. Die Slogans des Albanismus waren plötzlich überall: „Religion teilt

– Patriotismus eint!“; „Unsere Religion ist der Albanismus!“ Eltern gaben ihren Kindern nun keine Vornamen mehr, die auf die Glaubenszugehörigkeit hätten schließen lassen können, sondern der albanischen Mythologie entlehnte Namen,

Unter König Zogu bildete sich ein sakral-nationaler Führerkult heraus, an den die Kommunisten unter Enver Hoxha nahtlos anknüpfen konnten.

die bis heute üblich sind.

Zu Ende des Zweiten Weltkriegs fand sich Albanien unter der Herrschaft der hauptsächlich aus Südalbanien stammenden, aus dem Bürgerkrieg erfolgreich hervorgegangenen kommunistischen Partisanenkämpfer mit muslimischem und orthodoxem Hintergrund. Albanismus als Zivilreligion und Führerkult wurden bekanntermaßen unter der stalinistisch-marxistischen Diktatur von Enver Hoxha (1908-1985) fortgesetzt und kulminierten schließlich im Staatsatheismus. Neuere ethnographische und historische Forschungen zeigen, dass unter Hoxha, der selbst aus einer südalbanischen Bektashi-Familie stammte, Vertreter der orthodoxen Gemeinden Südalbanien privilegiert an der Macht, Urbanisierung und Modernisierung des Landes teilnehmen durften. Die vordem privilegierten Eliten islamischer Sunni-Identität erlitten dagegen besonders massive Verluste an Eigentum und sozialem Status, die sich in lokalen Statuszuschreibungen bis heute widerspiegeln. Besonders grausam wurden die Katholiken und Muslime Nordalbanien verfolgt. Trotz der Atheismuskonzeption wissen wir jedoch heute, dass vor allem außerhalb der Städte religiöse Praktiken oft unter größter Gefahr im Verborgenen fortgesetzt wurden. Noch nach 1967 kam es zu Hinrichtungen einzelner katholischer Priester, die in Nordalbanien heimlich Taufen vorgenommen hatten.

Interreligiöse Alltagsbeobachtungen vor und nach dem Kommunismus

Die Religionshistorikerin Nathalie Clayer behauptet mit gutem Grund, dass die Albaner – im Widerspruch zu dem etablierten Nationalmythos – nicht mehr oder weniger religiös seien als andere Völker. Sie betont allerdings, dass religiöse Identität, genau wie auch familiäre und lokale Herkunft, immer eine sozial ausdifferenzierende Wirkung hatte und immer noch hat. Im Osmanischen Reich stellten die Muslime vor allem in den Städten die kosmopolitischen Eliten, und ein daraus abgeleitetes Selbstbewusstsein kann in mehrheitlich muslimischen Regionen, so vor allem im Kosovo, bis heute auf diesen erhöhten sozialen Status zurückgeführt werden.⁴

Wie bereits oben angedeutet, hat sich in Albanien diese Statuszuschreibung mittlerweile weitgehend umgedreht. Nach Beobachtungen des Ethnologen Gilles de Rapper wurde in Südalbanien in den neunziger Jahren die orthodoxe Identität mit am idealisierten Westen gemessener „Kultiviertheit“ assoziiert und damit eine erhöhte Statuszuschreibung mit umgekehrten Vorzeichen begründet. Dörfler unterschiedlicher Konfession bezeichneten sich hier gegenseitig auch im Postkommunismus noch als Mitglieder verschiedener „Völker“ oder sogar „Rassen“, vor allem wenn sie soziale Klassenunterschiede herauszustellen suchen. Bis heute gibt es in Südalbanien besonders auf dem Lande eine auffällig konstante Heiratspräferenz für Partner aus der gleichen Religionsgemeinschaft, die sich nicht leicht mit dem Mythos einer zutiefst im Volk verankerten Religionstoleranz vereinbaren lässt.⁵ Nur die Bektashi, vielfach Opfer der Intoleranz der sunnitischen Muslime, standen historisch den orthodoxen Christen oft näher als den islamischen Brüdern: Sie tranken Wein und Raki, die eine rituelle Bedeutung hatten; Frauen mussten sich nicht verschleiern und nahmen an den religiösen Riten teil, sie betrachteten nicht die Tabus des Korans für Schweinefleisch, und interreligiöse Heiraten waren nicht verpönt. Gerade dieser Mittelweg prädesti-

⁴ Vgl. dazu Nathalie Clayer: *God in the „Land of the Mercedes“*. The Religious Communities in Albania since 1990. In: *Albanien: Geographie – Historische Anthropologie – Geschichte – Kultur – Postkommunistische Transformation*, hrsg. v. Peter Jordan u. a. (Österreichische Osthefte 45, 1/2). Wien 2003, S. 277-314.

⁵ Vgl. dazu Gilles de Rapper: *Religion in Post-Communist Albania: Muslims, Christians and the Idea of „Culture“ in Devoll, Southern Albania*. In: *Anthropological Notebooks* 14/2 (2008), S. 31-45.

nierte viele ihrer Anhänger für die Nationalbewegung und die Ideale des Albanismus, die auch den Kommunismus unter Enver Hoxha prägten.

Im katholischen und muslimischen Bergland Nordalbaniens war die Situation anders als im Süden. Wo Stammeszugehörigkeit und nicht religiöse Identitäten, synkretistischer Ahnenkult, Wunderglaube und strenge blutsverwandtschaftliche Regeln das Heiratsverhalten bestimmten, waren interreligiöse Heiratsverbindungen zwischen den verschiedenen Stämmen allgemein üblicher. Historische Quellen zeichnen das Bild

In Nordalbanien waren die Übergänge zwischen Religionszugehörigkeit und Glaubensalltag oft fließend, dennoch kommt es bis heute immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen.

eines religiösen Synkretismus, etwa beim gemeinsamen Begehen christlicher Feste, bei Heiligenverehrung und Wunderglauben. Bis ins frühe 20. Jahrhundert war das Kryptochristentum (d. h. eine nur äußerliche Konversion zum Islam durch Annahme eines für die Außenwelt bestimmten

muslimischen Namens, oft nur vom Haushaltsvorstand, und unter Beibehaltung der katholischen Riten und Festgebräuche in der Familie) in Nordalbanien weit verbreitet. Auf dem Lande verschleierten sich muslimische Frauen wie auch die Christinnen nicht. Paten- und Blutsbrüderschaften wurden oft über die Religionsgrenzen hinweg geschlossen.⁶

Ebenso jedoch beschreiben Reiseberichte der vorkommunistischen Zeit Konflikte zwischen Muslimen und Katholiken auf Dorfebene, die auf die Nationalisierung der Religionszugehörigkeit und die entsprechende gegensätzliche Instrumentalisierung der Albaner für und gegen die Türken, Österreicher, Italiener oder Serben zurückgeführt wurden. Der Religionsunterschied heizte sogar lokale Blutfehden an. Symbole des konfessionellen Unterschieds, so das christliche Kreuz und das Schwein (von Christen verzehrt, aber ein Tabu für Muslime), wurden als lokale Kriegserklärung benutzt und interpretiert. Verschiedene Reisechriftsteller beschreiben, wie zum Beispiel ein Wegekreuz zerschossen oder ein totes Schwein in einer Moschee gefunden wurde und Auslöser blutiger Rachefeldzüge der beleidigten Dorfbewohner katholischen oder muslimischen Glaubens wurde.⁷ Erst vor wenigen Jahren führte die

⁶ Vgl. dazu Peter Bartl: Die albanischen Muslime zur Zeit der nationalen Unabhängigkeitsbewegung (1878-1912). Wiesbaden 1968.

⁷ Diese Motive historischer Auseinandersetzungen dürfen nicht mit der besonders in Nordalbanien noch immer praktizierten Blutrache verwechselt werden; vgl. dazu die Beiträge von Hildegard Sühling und Maria Christina Färber in diesem Heft.

Errichtung von Kreuzen auf Bergkuppen in der Umgebung von Shkodrë und der Plan, eine Statue für Mutter Teresa in einem mehrheitlich muslimischen Viertel zu errichten, zu vehementen Protesten der lokalen muslimischen Gemeinde, die sich in der Stadt auch politisch unterrepräsentiert fühlt. Auch kam es in Albanien zu einigen unaufgeklärten Fällen von Kirchenschändungen in nachkommunistischer Zeit. Diese werden gerne pauschal eingereisten Fundamentalisten unterstellt, da die Albaner aufgrund ihrer ethnischen Religionstoleranz sich nicht zu solchen kulturellen Verbrechen hinreißen lassen würden.⁸

Anerkennungsstress im Postkommunismus?

Seit dem Ende des vormaligen Regimes und seiner eindeutigen Ideologievorgaben konnte auch in Albanien eine pluralistische, diversifizierte und individualistische Gesellschaft entstehen, in der verschiedene religiöse Interessensgruppen ihren sozialen Status und politischen Einfluss neu aushandeln mussten. Im Rahmen der politisch angestrebten EU-Integration und vor allem seit dem 11. September 2001 mussten die albanischen Muslime (Sunnis und Sufis) einen weiteren Statusverlust hinnehmen, während die albanischen Christen (Katholiken und Orthodoxe) einen Statusgewinn verzeichnen können. Dies hat neue Konflikte provoziert. Doch die vielfältigen Identitäten einer postmodernen, pluralistischen Gesellschaft und ihre widersprüchlichen Geschichtserfahrungen und -deutungen stellen jedwede homogene nationale Selbstbeschreibung in Frage.

Trotzdem wird der Mythos der interreligiösen Toleranz weiterhin so erfolgreich propagiert, dass er bis heute selbst in der Entwicklungs- und Demokratisierungspolitik als universales Modell dient. Interne Spannungen, soziale Differenzen und heterogene Alltagswirklichkeiten werden dabei gerne heruntergespielt. Besonders das kulturelle Erbe der osmanischen Zeit wird meist vernachlässigt und oft sogar negiert. Zu bedenken bleibt, dass es sich beim Albanismus und seinen Mythen um den Ausdruck eines nationalen Identitätsbildungsprozesses handelt, der mit der albanischen Nationalbewegung des späten 19. Jahrhunderts begann und durch den isolierten und totalitären Kommunismus Albaniens hindurch bis heute fortwirkt. Interreligiöse Toleranz in diesem Sinne ist Ausdruck nationalistischer und nicht pluralistischer Identitätspolitik.

⁸ Dazu Bartl, Muslime (wie Anm. 6).

Zum Hintergrund der albanischen Blutrache

Blutrache ist ein Grundprinzip des albanischen nicht-staatlichen Gewohnheitsrechts „Kanun“. Seine Entstehung hängt eng mit den Lebensumständen der albanisch-patriarchalischen Gesellschaften in den unzugänglichen nordalbanischen Bergen zusammen. Die auf sich gestellten Sippen mussten selber für Recht und Ordnung sorgen. Diese Sammlung mündlichen Gewohnheitsrechts entstand vermutlich schon in vorosmanischer Zeit, wurde aber erst spät niedergeschrieben. Es gibt regional unterschiedliche Kanuns; doch finden sich Grundprinzipien, die überregional gelten. Der bekannteste ist der so genannte Kanun des Lekë Dukagjini, der in den nordalbanischen Bergen und im Kosovo verbreitet war und ist. Er wurde vom Franziskaner Shtjefën Gjeçovi (1874-1929) vor etwa 100 Jahren schriftlich niedergelegt. Dieser Kanun regelt die alltäglichen wie auch die außergewöhnlichen Dinge des Lebens. In 1.263 Paragraphen werden Regeln, Normen und Werte abgehandelt. Grundpfeiler des Gewohnheitsrechts sind die Gastfreundschaft, die Bësa (eine Art Waffenstillstands-Schwur), die männliche Ehre und die Blutrache.

Bei der Blutrache gilt folgender Ablauf: Jemand begeht eine Mordtat oder Totschlag; auch Grundstückskonflikte, Ehrverletzungen oder Eifersucht sind klassische Ausgangslagen. Nach dem Prinzip „Blut wird mit Blut vergolten“ verlangt ein Toter der einen Familie einen Toten der anderen Familie. Blutrache gilt als ethische Handlung, um das Gleichgewicht innerhalb einer Gesellschaft wieder herzustellen. Das Instrument dazu ist die Rache. Die Familie, die einen Toten zu beklagen hat, wählt ein männliches Familienmitglied aus, das den Rachemord begehen muss. Er steht unter hohem gesellschaftlichen und familiären Druck. Dabei werden er und seine Familie von der Gemeinschaft privilegiert und dürfen von der Täterseite nicht beleidigt oder provoziert werden. Die Täterfamilie wird gemieden, ihre Männer müssen sich nur im eigenen Haus vor dem Rachemord sicher. Dieses ist für den Rächer tabu. Frauen

Hildegard Sühling ist Theologin und hat 2002 bis 2007 bei einer europäischen Organisation im Kosovo und in Albanien gearbeitet.

und Minderjährige sind von Racheakten nicht betroffen. Sie übernehmen außerhäusliche Arbeiten wie die Feldarbeit.

Die Familie des Täters versucht in der Regel, den Gegenmord zu verhindern. Sie schickt schnellstmöglich einen Vermittler zur Familie des Opfers, um eine Friedenszeit bzw. einen Waffenstillstand (Besa) zu erbitten. Diese gewährt entweder keine Besa oder nur für kurze Zeit. In der Zeit der Besa müssen die männlichen Familienmitglieder keine Rache fürchten. Sie können sich frei bewegen, meiden aber die andere Familie, um sie gütig zu stimmen. Die Besa wird unter allen Umständen eingehalten. Läuft sie ab, werden wieder Vermittler geschickt, die eine weitere Besa-Zeit erbitten, die gewährt werden kann. Das kann oft Jahre dauern. Vermittler sind Autoritätspersonen mit viel Erfahrung und ohne eigenes Interesse. Nach erfolgreichem Erbitten einer Reihe von Besa-Zeiten erfassen die Vermittler eine günstige Stimmung für den Vorschlag zur Versöhnung (pajtim) oder zur Verzeihung (falje). Versöhnung geschieht unter Bedingungen. Die Opferfamilie verlangt etwa Kompensation oder fordert, dass die Gegenseite aus der Dorfgemeinschaft ziehen muss. Wird keine Besa gewährt, muss jederzeit mit einem Rachemord gerechnet werden. Er wird nicht geheim ausgeübt. Der Rächer muss sein Opfer vorher warnen und darf es auf keinen Fall von hinten überfallen. Der Rächer braucht die Öffentlichkeit, um zu beweisen, dass er seine familiäre und gesellschaftliche Pflicht erfüllt hat. Nach der Tat lässt er die Familie verständigen und den Toten zu ihr bringen. Nach dem Mord gilt die Tat als ausgeglichen und erledigt.

Der Kanun natürlich steht in Konkurrenz zum jeweiligen staatlichen Rechtssystem. Blutrache verträgt sich auch nicht mit der Rechts- und Wertauffassung der Religionsgemeinschaften. Trotzdem gab man im katholisch geprägten albanischen Norden der Blutrache Vorrang vor dem Tötungsverbot der Kirche. Nur dem jahrzehntelangen kommunistischen Regime ist es gelungen, die Blutrache in Albanien fast völlig zu beseitigen. Nach der Wende der neunziger Jahre drang der Kanun wieder an die Oberfläche, jedoch spielen seine Regeln oft keine Rolle mehr. Daher sollte man nicht von Kanun und Blutrache sprechen, sondern eher von Kriminalität, um die albanische Gesellschaft nicht unnötig zu archaisieren. Die alte Ordnung passt nicht mehr zu einer Gesellschaft, die sich nach Europa hin orientiert. Ein albanischer Wertediskurs hat bereits begonnen.

„Unheilbar ist deine Wunde, tödlich deine Verletzung“

Wenn das Blut im neuen Europa zum Himmel schreit

Wieder einmal sitze ich in unserer Kapelle und denke an den Propheten Jeremia (30,12): „Unheilbar ist die Wunde meines Volkes, tödlich die Verletzung.“

Ich lese Jeremia und habe Angst um Sokol, um Ardit, um Viktor, um Zef, um Visardi ... Ich sehe Irena in Angst um ihren Mann; Besiana, die nicht sterben kann, die Frauen in Blutrache, die bei uns jeden Tag mit am Tisch sitzen. Unheilbare Wunden! In mir wehrt sich etwas. Ich bin wild entschlossen, mich mit meinem ganzen Dasein hier im Norden Albaniens durchzuwühlen – durch all die Verwundeten, mit all den durch die Blutrache Verletzten, Getöteten hindurch zu dem, was Jeremia verheißt (30,17): „Aber ICH bringe dir wieder Genesung und heile dich von deinen Wunden“, spricht JAHWE.

Wie? Was weiß ich! – Ich weiß nur eines wirklich und sicher: HIERHER zu IHM, hierher müssen die von der Herzenswunde der Blutrache Betroffenen. Vielleicht ich, wir Schwestern, zuerst stellvertretend, 100 Jahre lang, 500 Jahre lang, zwei Jahre kurz ...

So bete ich, so weine ich und gehe von der Kapelle zu Irena, der zweiten Frau von Sokol. Seit 25 Jahren lebt Sokol in Blutrache. Irena ist seine zweite Frau. Die erste hat sich erschossen; sie konnte die Vorstellung nicht ertragen, dass sie eines Tages ihren Mann mit der Kugel im Schädel beklagen muss und ihre zwei kleinen Kinder die durchlöchernte, kalte Stirne ihres toten Vaters vor aller Augen küssen müssen. Sie hat das Gan-

Maria Christina Färber gehört zu einer Gemeinschaft von katholischen Schwestern in der Schweiz, die sich „Spirituelle Weggemeinschaft“ nennen. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, einfach, arm und konkret das Leben der Menschen zu teilen und ihnen wirklich eine Hilfe zu sein. Wie konkret das zum Beispiel in Albanien werden kann, zeigt dieser Erfahrungsbericht in einer seltenen und anrührenden Eindringlichkeit. Es ist im tiefsten Sinn ein geistlicher Text, der vom christlichen Leben ganz klar und ohne Schnörkel spricht.

ze einfach umgedreht und sich selbst die Kugel gegeben. Ich denke oft, wenn ich in Torrovice an dem Grab vorbeifahre, ob ihr stummer Protestschrei noch durch das Tal hallt. Irena ist die zweite Frau. Sie hat Sokol noch zwei Söhne geboren. Edi und Josef, zwei nette Schulkinder. Das Malzeichen der Rache liegt auch auf ihnen – von Geburt an. Edi steht förmlich die Angst ins Gesicht geschrieben, als ihn ein deutscher Besucher fragt: „Weißt Du, was Blutrache ist?“ Er nickt und nickt und wird blass und die Erklärung bleibt ihm im Halse stecken.

Ich nehme den Kleinen, ruhigen, zu ruhigen Edi in den Arm, schlucke ganz trocken und sage: „Edi, möchtest Du es malen?“ Er nickt und sein Papa holt ihm Papier und Farbstifte. Er ist froh, dass er kurz aus dem Raum kann. Ich sehe, wie Sokol ins Taschentuch schnäuzt. Dann malt Edi den Rächer, der seinem Papa die tödliche Kugel in die Stirne schießt. Wortlos übergibt er das Bild. Mir schnürt es wieder einmal die Kehle zu. Die Kinder – ich kenne so viele Blutrachekinder und ihre Angst, ihre Todesangst um die Väter, Brüder, ihre Verlassenheit, weil die Erwachsenen nicht mit ihnen sprechen und sie doch alles mitkriegen, ihre Versuche, die Väter zu schützen, ihre großen dunklen Augen mit der Angst, die immer wieder hochkriecht. Ich schaue mit Edi das Bild an und frage ihn nach seiner Angst um den Papa. Da fällt er mir in den Arm und weint bitterlich. Heilt je die tödliche Seelenwunde, die Edi kein Kinderleben leben lässt? Und die Frage bohrt in mir: Edi, was kann ich für dich tun, wenn die Versöhnung aussichtslos bleibt, wie bisher? Ich fühle mich ganz elend in diesen Sekunden.

Wenn Irena bei uns arbeitet, ruft sie oft ihren Mann an, ob er noch lebt. Vor kurzem hat Sokol das Handy nicht geöffnet und Irena ist kreihebleich zu mir gekommen: „Jetzt ist er tot!“ Er war noch nicht tot – doch keiner weiß, wann, wo und ob es passiert. Sicher ist nur, dass es keine Versöhnung gibt.

Ich war mit Mutter Andrea, unserer Oberin, beim Rächer. Ihr Wort hat in der Regel größeres Gewicht. Das Ergebnis des Besuches war katastrophal. Der Rächer sagte uns, mit der Knarre in der Hand: „Ich werde mich nicht versöhnen und wenn der Papst persönlich kommt, haut jetzt ab!“ Wir zogen es vor, ihn nicht weiter zu provozieren.

Das jahrelange Warten auf die Kugel ist eine besonders brutale Form der Rache. Ganze Familien werden regelrecht ausgehungert, finanziell ruiniert, die eingeschlossenen Kinder und Männer nervlich an den Rand des Wahnsinns gebracht, lebendig und stumm im eigenen Haus begraben.

Der Klammergriff der Angst ist die unsichtbare Mauer. Den Rächern werden magische Kräfte zugeschrieben, sie werden als allmächtig und allwissend, als böse Götter irgendwie auch verehrt. Auf keinen Fall darf man den Rächer beleidigen, provozieren, in seiner Ehre verletzen. Es gehört zum Ehrenkodex, dass man dem Rächer die Ehre gibt durch ein Verhalten, das dem Blutnehmer gefällt.

Sokol und Irena haben ein Sakrileg begangen: Sie haben den Mythos der Blutrache, der aus dem Kanun, dem alten, mündlich überlieferten albanischen Gewohnheitsrecht¹ stammt, ins Wanken gebracht. Sie waren die ersten, die ich im Norden Albaniens vor etwa zehn Jahren kennengelernt habe. Sie sind jetzt unsere besten Freunde. Der Ausstieg aus den Gesetzen des Kanun – auch was das Verhältnis des Mannes zur Frau betrifft – hat sich schrittweise vollzogen und ist noch lange nicht beendet. Sokol sagt selbst: „Der Kanun ist das Gift in uns, das nur durch viele, viele Transfusionen eliminiert werden kann.“

Dazu sind viele, viele Ausstiege nötig, viele, viele Gespräche, Verständnis für das, was nicht verstanden werden kann. Durchwachte und durchredete Nächte, durchbetete Leiden, Stunden durchlöcherter Gedanken, tränennasser Taschentücher, das Gewehr von Sokol zur Verwahrung unter meinem Bett, vorsichtshalber. Daran erinnere ich mich, wenn ich an die letzten zehn Jahre unserer Freundschaft denke. Blutrachefreundschaften fordern auch unser Herzblut, wenn wir es ernst nehmen. Blutrachefreundschaften fordern unseren Glauben, unsere eigene Versöhnungsbereitschaft heraus. Der Kampf gegen die Blutrache ist für mich ein spiritueller Kampf geworden, ist ein Ringen Tag und Nacht mit Menschen, um Menschen, für Menschen, für die Kultur des Lebens gegen den Dämon des Bösen, des Hasses und des Todes.

Wo stehe ich? – Mittendrin! Mal mit mehr Distanz, mal mit zuwenig Distanz, mittendrin, seit ich eine unsichtbare Grenze übersprungen habe. „Ich habe sie übersprungen, die Grenze des Nicht-beteiligt-seins“. Dies sage ich laut: „Ich bin beteiligt, einmal mehr, seit wir unser Pflegekind Abraham haben. Seit dem vierten Tag seines Lebens ist er bei uns. Er ist Albaner, hineingeboren in das Gesetz der Berge, hineingeboren als männliches Glied der Sippe, in den ihr ins Herz geschriebenen Kreislauf der Blutrache.“ Es gehört zum Erbe des Lebens nach dem Kanun, dass die Väter ihren Söhnen das ungeschriebene Gesetz ungeschrieben wei-

¹ Vgl. dazu den Beitrag von Hildegard Sühling in diesem Heft.

tergeben, ins Herz schreiben – mit dem eigenen Blut, wenn es das Gesetz der Ehre verlangt.

An der Totenbahre seines Onkels begreift es auch der kleine siebenjährige Pellumb, um was es bei diesem Gesetz der Ehre geht. Sein Onkel war der letzte erwachsene Mann seiner Sippe, gerade verheiratet und Vater eines kleinen, zweijährigen Sohnes. Alle anderen Männer waren bereits getötet – auch der Vater von Pellumb: lange, verheerende Blutfehden; keiner wusste mehr so genau, wie es war. Pellumb war in der Gruppe der Blutrachekinder. Wir haben mit ihnen viel, viel gearbeitet. Pellumb hatte Angst vor Blutrache und hat immer Bilder von Häusern mit offenen Gärten und fliegenden Vögeln und einer Schaukel auf der Wiese gemalt. Dann geschah es: Sein Onkel wurde erschossen. Ich kam im Moment der Totenklage dort an, als der Held der Berge, Marc Gjoki, mit ausgebreiteten Händen und dunkler klagender Stimme den Bluthelden besang und dann fordernd und beschwörend die Blutrache ausrief: „Finger um Finger, Tropfen für Tropfen deines Blutes.“ Der kleine Pellumb, der an der Bahre stand, wurde von dem großen, dunklen Mann der Berge straff und kalt bei der Kinderhand genommen, an den Kopf des toten Onkels geführt, und die Pranke des großen Mannes aus den Bergen führte die kleine Hand zielsicher zu der von der Kugel durchlöchernten kalten Stirne und zitternd vor Angst vor der Leiche sagte der Kleine tonlos den Racheschwur nach. Ich werde nie vergessen, wie sich dann plötzlich der Körper des zitternden Kindes straffte, das blasse Gesichtchen hart wurde wie der Stein der Berge und die Augen feurig. Es war mir, als hätte ich in diesem Moment einen großen Kampf verloren: Die Blutrache in einer Kinderseele war besiegelt. Pellumb kam danach nie mehr in die Kindergruppe. Seine Mutter war stolz auf ihren Sohn, der den Onkel rächte. Dieser hatte vorher den Vater von Pellumb gerächt. – Ich weinte einfach. Ich fragte mich, wie ich denn hätte eingreifen können. Diese Frage bleibt für immer offen. – Solange Mütter stolz sind auf ihr Söhne, wenn sie rächen, solange Mütter ihre Blut gebenden Söhne als Helden feiern, wenn sie erschossen in ihrem Schoße liegen, um den Schmerz überhaupt aushalten zu können, solange die Mütter sich nicht wirklich weigern, ihre Söhne für die Ehre zu opfern, solange wird ein Marc Gjoki mit seinem Blutrachegeplärre noch viele auf die Seite des Blutdämons rufen.

Da ist wieder Irena, die mutige Frau von Sokol, die trotz und vielleicht wegen ihrer Angst ihren Finger auf die tiefe Wunde ihres Volkes legt. Sie kommt kreidebleich aus Tirana zurück. Sie hatte eine Patientin in die

Klinik gebracht. Irena sagt, sie wäre beinahe aus dem Kleinbus auf die Straße geworfen worden. Und erzählt dann Folgendes: Die Patientin musste in der Klinik bleiben und sie ist alleine nach Shkodrë zurückgefahren. Dies ist nach dem Kanun unmöglich für eine Frau. Es waren nur Männer im Bus und der Chauffeur hatte ein Heldenlied über Blutrache von Marc Gjoki über CD spielen lassen. Alle Männer haben das Loblied auf die Blutrache und ihre toten Helden mitgesungen.

Irgendwann hat es Irena nicht mehr ausgehalten. Sie ist zum Chauffeur, hat die CD gestoppt und ihr Wort erhoben. Da es so etwas noch nie gegeben hat, dass eine Frau so etwas wagt, waren alle wie in einer paradoxen Situation erst einmal sehr ruhig. Irena, mit dem Mut der Verzweifelten, hat dann wohl losgelegt. Sie sagte zu mir: „Ich habe sie angeschrien, habe ihnen gesagt, dass sie nur Schwächlinge sind, dass sie den Müttern ihre Söhne wegschießen, dass dieses Gesetz der Berge tot ist wie seine toten Männer; ich habe ihnen gesagt, dass ich es satt habe, in Blutrache zu leben und ihre Kinder zum Mord zu erziehen.“ Beim Wort „Mord“, sagte sie, wären die Männer aus ihrer Lähmung erwacht und hätten sie gepackt und wollten sie aus dem fahrenden Bus schmeißen. Das hat der Chauffeur verhindert. Dann wollten sie den Namen ihres Mannes wissen. Sie verlangten von ihm ihre Erschießung wegen dieser massiven Ehrverletzung. Irena sagte den Namen ihres Mannes und gleichzeitig, dass er genauso denke wie sie. Das hat schallendes Gelächter ausgelöst, war dann doch zu viel für die Anhänger des Gesetzes der Berge, und sie ließen Irena als Verrückte in Ruhe.

Als Irena dies erzählt hatte, bekam sie plötzlich Angst um Sokol: „Wenn er mich nicht erschießt, dann erschießen sie ihn.“ Ich kam zuerst nicht auf diese Logik. Jedoch nach dem Kanun ist es klar: Der Mann muss für solch eine Ehrverletzung seine Frau erschießen, wenn er nicht selber Racheopfer werden möchte.

Ich nehme Irena in den Arm und gratuliere ihr erstmal für ihren unsagbaren Mut. Ich sage – es felsenfest selbst auch glaubend: „Irena, Du bist auf der Seite Gottes, es wird Euch beiden nichts geschehen. Sie halten Dich nämlich für verrückt.“

Dann kam Sokol und wir besprachen das Geschehene. „Sokol, Du kannst nur stolz sein auf Deine mutige, tolle Frau“, sagte ich. Und er: „Ja, das bin ich.“ Ich atmete erst einmal tief durch. Irena wurde nicht von ihm bestraft. Ich gebe zu, dass ich schon im Zweifel war, ob Sokol diese Schande seiner Frau verkraftet oder zurückfällt. Sokol hat es nicht getan und die Männer kamen nie, um die verletzte Ehre zu rächen, jedenfalls

bis jetzt nicht. Aber Blutrache verfällt erst nach hundert Jahren. Und Sokol muss die Blutracheschuld seines Onkels bezahlen – 25 Jahre wartet er schon auf die Kugel.

Irgendwann hielt er es nicht mehr aus, eingesperrt zu sein. Durch den Kontakt mit uns, der vor zehn Jahren begann, hat Sokol sich auch mehr und tiefer mit dem Glauben, mit der Bibel beschäftigt. Eines Morgens hat er seiner Frau gesagt, dass er jetzt rausgehen wird. Er könne nicht ein ganzes Leben eingesperrt leben und dann irgendwann durchdrehen und seine Kinder verhauen. Sokol hat uns nach Arbeit gefragt. Seitdem haben wir ihn als Mitarbeiter: Er macht alles, er hat nie ganz eine Schule besucht. In der Zone, in der er mit seiner Familie wohnt, hat er inzwischen den Stand eines Ältesten. Sokol wird bei Konflikten gerufen und hat schon etliche Blutrachefehden verhindert, er bringt Patienten in der Nacht ins Krankenhaus oder zu uns, er repariert Dächer, Öfen, hat die Hochwasserkatastrophe mit uns vor Ort gedeichselt, er baut Sandkästen und Kinderschaukeln für unser Zentrum, wäscht dreckige Kinderfüße in Wasserpfützen und ist so ziemlich der einzige Mann, der seine Frau und seine Kinder nicht schlägt. Wenn jedoch sein Gerechtigkeitsgefühl durchbricht und er loslegt, ist er zum Fürchten. Demütig wie ein Kind kniet er aber dann in der Kapelle und arbeitet seine Wildheit und seinen hilflosen Zorn über die auf, die uns in der Frühe am Tor verflucht und angegriffen haben.

Sokol ist seit seinem Ausbruch aus der Isolation ein Abtrünniger seiner Sippe. Seine fünf Brüder haben ihm als Verrückten jegliche „kanunische“ Männerehre genommen. Sein ältester Bruder wollte ihn zuerst erschießen. Ihn als schwächlichen, nicht zurechnungsfähigen Verrückten zu erklären, war dann die elegantere Lösung. Manche Stunde habe ich mit Sokol über diese vermeintliche Schande geredet. Er leidet immer noch darunter, dass er seinem ältesten Bruder als dem Sippenverantwortlichen diese Schande antun muss. Wir wissen über eine Verbündete aus der Sippe des Rächers, dass vor kurzem beschlossen wurde, Sokol nun zu töten. – Das ist die augenblickliche Situation.

Ja, wir haben Angst, seit die Verbündete Irena aufgesucht hat und ihr sagte: „Ich habe vor einem Jahr Schwester Christina und Dir versprochen, dass ich ein Zeichen gebe, wenn es ernst wird für Sokol. Irena, passt jetzt bitte auf, seid vorsichtig mit dem Rausgehen. Sage niemandem, dass ich da war, sonst werde ich von meiner Familie getötet.“ Dann war sie wieder weg, diese mutige Frau aus der gegnerischen Sippe, die ihr Leben riskiert hat. Jahrelang haben wir den Kontakt zu ihr gehalten, heimlich,

an verschiedenen Plätzen, am Sonntag nach der Kirche. Beginn der Heilung der großen Blutwunde des Volkes durch eine Frau, die im Kanun keine Ehre hat, gar nicht existiert. Aber die Angst um Sokol bleibt.

Ich kann es kaum aushalten. Ich sehe meine Grenzen. Umso klarer ist mir, dass nur einzig und allein der Herr über Leben und Tod Sokol Schutz geben kann. Ich kralle mich fest am Wort des Herrn: „Ohne mein Wissen wird euch kein Haar des Hauptes gekrümmt.“

Und dennoch kommt mir der Blutrachemord im vorletzten Frühsommer in die Erinnerung, mitten in der Stadt. Ein Vater – trotz Isolation – war mit seiner Frau und seinen fünfjährigen Zwillingssöhnen in die Stadt gefahren, um ihnen ein Spielzeugauto zu kaufen. Zu knabbern hatten sie eh nichts. Der Vater wartete mit dem Taxichauffeur und einem Jungen auf dem Schoß im Taxi auf seine Frau und den anderen Sohn. Da ging die Autotüre auf, der Rächer stand vor ihm, sagte lapidar: „Setz deinen Sohn auf die Seite!“ Dies konnte er noch tun, dann erschoss ihn der Rächer vor den Augen seines Fünfjährigen. Die drei Kinder kamen mit der Mutter nach vier Wochen zu uns. Der fünfjährige Manuel legte mir plötzlich Möllerschuhe in den Schoß. Ich ahnte etwas und nahm die Schuhe achtsam in die Hand, schaute Manuel an. Er sagte: „Die waren ganz voller Blut, weißt Du.“ Dann schwieg er. Irgendwann fragte ich die Mutter, ob sie ihre Söhne zur Rache am Vater erzieht. Sie schwieg. Ich sagte: „Tu’s nicht, im Namen Gottes, tu’s nicht!“ Dann schwieg auch ich und umarmte sie. Ich lud sie ein, die Kinder in die Kindergruppe zu bringen. Sie kamen nicht. Eines Tages tauchte sie wieder auf. Sie weinte und sagte, sie wolle keine Rache für ihren Mann. Sie wolle nicht, dass ihre Söhne einmal töten. Aber sie wisse, dass der Bruder ihres Mannes im Ausland die Rache vorbereite. Ich konnte nur sagen: „Bete viel, bete für deine Kinder, erziehe sie so, dass sie nicht töten! Durchbrich Du so diesen Kreislauf des Tötens!“ Sie ging weg. Ich befürchte, dass der Einfluss auf ihre Söhne von der Sippe des Vaters sehr, sehr stark ist. Ihre Söhne gehören ja nicht ihr, sie gehören der Sippe des erschossenen Mannes. Und sie muss froh sein, wenn ihr die Zwillinge nicht genommen werden.

Die albanischen Berge sind getränkt mit Blut von Rachemorden. Es ist in den Herzen tief eingepägt, dass die Seele eines Getöteten nur erlöst ist, wenn sie gerächt ist mit Blut. Ein dunkler zerstörerischer Blutmythos, ein Seelenkult, der tiefer in ihnen verwurzelt ist als die Erlösertat Christi. Die Wahrnehmung der Blutrache durch Justiz und Staat zu dieser Realität ist vernebelt. Es gibt öffentliche Aussagen, dass es keine Blut-

rache mehr gibt – höchstens ein paar seltene Ausnahmefälle. Wir machen die gegenteilige Erfahrung.

Blutrache erstreckt sich auch auf die Verwandtschaft. Da ist die Familie von Zef. Ein Verwandter hat getötet und ist im Gefängnis. Zef war Schuldirektor in Tropojë. Sie hatten ein großes Haus, vier Kinder mit guter Schulbildung. Über Nacht waren alle völlig isoliert, samt den Mädchen. Nach drei Monaten völliger Isolation haben sie bei Nacht das Gebiet verlassen und sind auf die Flucht ins Binnenland gegangen. Da und dort waren sie, bis sie wieder aufgespürt wurden. So sind sie vor einem Jahr finanziell völlig ruiniert bei uns vor dem Tor gestanden. Sie fanden in Shkodrë Unterschlupf. Zef, der Schuldirektor, ist ein wunderbarer Mensch, aber er ist gebrochen. Sein jüngster Sohn ist 14 Jahre und ist erstarrt. Seit der Tat vor zwei Jahren spricht er eigentlich nicht mehr, sagt seine größere Schwester Elsa. Wir holen beide zur Jugendgruppe mit dem Auto ab. Schwester Michaela ist beim Transport vorsichtig, eine Sicherheitsgarantie haben wir nicht übernommen. Elsa artikuliert sich klar, sie hat noch die Möglichkeit, ihre Angst und ihre Not um Vater und Brüder auszusprechen. Ardit hat die Sprache verloren. Vor einigen Tagen fragte ich ihn beim Anschauen von Abrahams Tieren, welches Tier denn er sein wolle. Ardit wählte den Braunbären und ich fragte ihn: „Warum bist du ein Bär?“ Für einige Sekunden fand er die Sprache wieder und sagte: „Keiner kann ihn angreifen.“ Dann schluckte er und schluckte er – das Weinen verbot er sich. Jetzt ist er wieder stumm und jeden Abend baut er ans Fenster eine Barrikade, damit ihn der Rächer nicht im Schlaf erschießen kann.

Pavlini, der siebzehnjährige Blutgeber für seinen Cousin, ist schon das zweite Jahr lebendig begraben. Er ist von Angst beherrscht. Wenn Schwester Michaela ihn zur Jugendgruppe abholt, dann kauert er sich auf den Hintersitz, hat eine schwarze Mädchenperücke auf und einen Schnauzbart angeklebt. Seine Ausbildung als Automechaniker musste er aufgeben, jetzt wartet er auf ein Wunder, das vermutlich nicht stattfindet. Wir verhandeln mit der Rächerfamilie. Der siebzehnjährige ehemalige Schulkamerad Lazer will an Pavlini Rache üben. Lazer ist jeden Sonntag in der Kirche, bezeichnet sich als fromm und katholisch. Ich treffe Lazer in einer Kneipe, um mit ihm darüber zu reden. Es dauert eine Zeit lang, bis er mit mir Blickkontakt aufnimmt, wenigstens flüchtig. „Lazer, machen wir's klar“, sage ich. „Wirst Du an Pavlini Rache üben?“ Nervös schaut er weg. Ich sage: „Lazer, schau mich an, ich möchte es wissen!“ Da schaut er mich klar und frei und mit entschlossenem Blick an und sagt:

„Ja, ich werde es tun!“ Ich spreche mit Lazer lange – auch darüber, was Jesus dazu sagt. Er sagt klar, dass dies zwei verschiedene Dinge sind und das eine mit dem anderen nichts zu tun habe, denn mit der Rache habe er den Kanun zu erfüllen und ich verstehe das sowieso nicht. Ich lasse nicht locker, verlange eine Erklärung, bis ich es verstehen könne.

Auf dieser Ebene sind Lazer und ich immer noch, jedoch mit dem Phänomen, dass Lazer nun erblindet ist, ohne dass ein organischer Befund vorliegt. Ich habe ihm gesagt: „Lazer, der Engel Gottes hat Dir das Augenlicht genommen, damit Du keinen Mord begehen kannst“.

„Eine unheilbare Wunde?“ – Es steht geschrieben beim Propheten Jeremia (30,17): „Ich bringe dir wieder Genesung und heile dich von deinen Wunden.“ Wie lange wird es dauern? Wie viel Blut wird noch fließen? Diese Frage dürfen wir nicht stellen, sage ich. Wir sind hier in dieses Land gerufen, um die andere Botschaft zu leben – bis zum letzten Tropfen Herzensblut.

Von Gastfreundschaft, Raki, Bunkern und Skorpionen – ein Jahr im Land der Skipetaren

Mein Name ist Johann Beger, ich bin 19 Jahre alt und habe meinen Zivildienst für ein ganzes Jahr in einem kleinen Land Europas geleistet, von dem nur wenige Menschen wissen, wo es liegt.

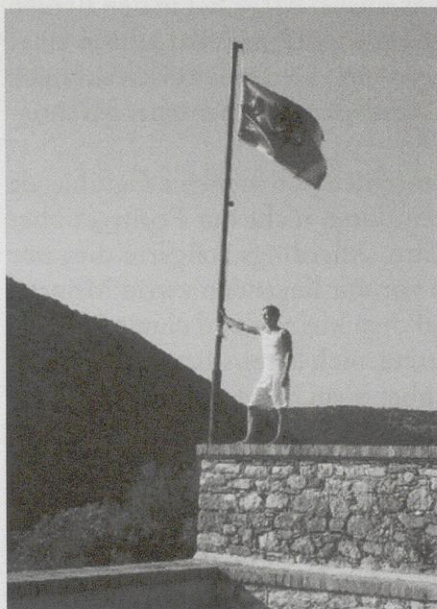
Als ich im September letzten Jahres ins Flugzeug mit dem Zielpunkt Tirana stieg, wusste ich nur, dass ich für ein Jahr zu zwei Franziskanerschwestern in einen kleinen Ort namens Fushë-Arrëz tief in den Bergen im Norden Albaniens kommen sollte. Ich wusste, dass ein Jahr in einer anderen Kultur und somit andere Lebens- und Denkweisen auf mich zukommen würden, was Spannung, Erlebnisse und Abenteuer garantieren sollte.

Großer Respekt und etwas Angst mischten sich in meine Gefühle, da ich, durch Medien und Vorurteile beeinflusst, nicht nur Positives über Albanien und dessen Volk gehört hatte. Allerdings steigerte dies nur meine Neugier und Spannung auf die vor mir liegenden zwölf Monate. Und so landete ich um Mitternacht auf dem kleinen und einzigen Flughafen Albaniens in Tirana. Dort erwartete mich bereits Bruder Andreas, ein deutscher Kapuziner, der das Jahr über mein Mentor und meine Vertrauensperson sein würde. Wir fuhren etwa drei Stunden mit einem Landrover durch die Nacht. Leider konnte ich im Dunkeln nicht viel sehen. Trotzdem bekam ich erste Eindrücke, wie den Geruch von verbranntem Müll – die albanische Art diesen zu beseitigen, oder unzählige schrottreife verrostete Autos und Lastwagen, die sich am Straßenrand in regelrechten Friedhöfen horteten, sowie ab und an ein toter Hund auf der Fahrbahn.

Als wir in die Bergregion gelangten, begannen unendliche Kurven, bis

Johann Beger lebte und arbeitete als Freiwilliger der Friedensorganisation „Initiative Christen für Europa“ von September 2009 bis August 2010 in Albanien. Er hat auch die Bilder im Beitrag zur Verfügung gestellt. – Renovabis ist Kooperationspartner der „Initiative Christen für Europa“. Weitere Hinweise finden sich unter <http://www.renovabis.de/engagiert/goeast-ideen-fuer-jugendliche/freiwilligendienst-in-osteuropa>.

wir schließlich Fushë-Arrëz erreichten. Ein albanischer Nachtwächter öffnete das Tor, dann wurde ich erst einmal von einer ganzen Hundemeute beschnüffelt. Bruder Andreas zeigte mir mein Zimmer unter dem Dach eines kleinen Häuschens, in dem ich das Jahr über gemeinsam mit ihm wohnen würde. Müde fiel ich ins Bett. Am nächsten Tag lernte ich die beiden mir auf Anhieb sympathischen Franziskanerinnen Gratias und Bernadette kennen. Mir wurde das große Gelände der Missionsstation gezeigt, das, von einer großen Mauer und Stacheldraht umgrenzt, ein beeindruckendes Territorium darstellt. Mit einem großen Lager, einem Kindergarten, einem Laden, einer Nähwerkstatt und einem kleinen Bauernhof mit ungefähr 35 Angestellten übertraf diese Anlage meine Vorstellungen bei weitem.



So groß und lebendig hatte ich mir meine Zivildienststelle wirklich nicht vorgestellt. Ich war sehr erleichtert und aufgeregt. Außerdem war der Blick auf die Landschaft und die umgebenden Berge überwältigend, auch wenn mir die Stadt Fushë-Arrëz mit ihren heruntergekommenen grauen Plattenbauten und kaputten Straßen eher hässlich erschien.

In den darauffolgenden Tagen und Wochen lernte ich sehr viele Menschen kennen, die mich mit Neugier und Freude willkommen hießen. Bereits vom ersten Tag an fiel mir an den Albanern eine große Offenheit und Freundlichkeit

auf. Die Menschen waren herzlich zu mir, drückten mich, fragten viel und luden mich manchmal sogar nach Hause ein, ohne mich überhaupt zu kennen. Natürlich war die Kommunikation anfangs mühsam, doch nach und nach lernte ich die ersten albanischen Wörter und Sätze.

Die Leute freuten sich sehr über meine anfänglichen Bemühungen, die Sprache zu lernen, halfen mir und lobten mich für jedes neu gelernte Wort. Albanisch gehört einer eigenen Sprachfamilie an und ist nur sehr weitläufig mit dem Deutschen verwandt. Sowohl Grammatik als auch Vokabular lassen sich nur selten von einer anderen Sprache ableiten, al-

lerdings hat die albanische Sprache viele Begriffe aus dem Italienischen und Türkischen übernommen. Das Sprechen bereitete mir, obwohl ich es keinesfalls perfekt beherrschte, immer wieder großen Spaß.

Hausbesuche

Interessante Erfahrungen machte ich immer bei Besuchen von Familien in den zum Teil weit entlegenen einsamen Bergdörfern. Gemeinsam mit Bruder Andreas sah ich nach dem Rechten und beaufsichtigte Bauprojekte. Oft kaum vorstellbare Wohnsituationen ergeben sich durch eingefallene oder zerstörte Häuser. So musste zum Beispiel eine sechsköpfige Familie in einem kleinen Lkw-Container ohne Fenster leben, bis für sie mit Hilfe von Spendengeldern ein neues Haus gebaut werden konnte.

Die Dorfbewohner leben meist von der eigenen Ernte, von Mais, Tomaten, Gurken, Früchten und Nüssen, die sie auf ihren kleinen Stücken Land anbauen. Außerdem betreiben viele eine kleine Viehwirtschaft mit einer Kuh, ein paar Ziegen oder Schweinen. Eine große Rolle im Leben der Albaner spielt auch der Raki, den jede Familie nach eigener Tradition und mit imposanten Destillen über dem Feuer brennt. Dieser hochprozentige Schnaps brennt aufgrund seiner Stärke meist auch ganz schön im Hals.

Wenn wir Hausbesuche auf den Dörfern machten, wurden wir jederzeit freudig willkommen geheißen. Je nach Jahreszeit kamen selbstgemachter Käse, Gurken, Tomaten und Nüsse auf den Tisch, obwohl wir eigentlich gar nicht zum Essen gekommen waren. Wir wurden regelrecht gedrängt, von allem zu essen und zu probieren. Männlichen Besuchern wird Raki kredenzt und immer wieder nachgeschenkt, sobald das Glas auch nur halb leer ist. Dies führte mich anfangs oft in etwas schwierige Situationen, weil ich nur sehr schwer ablehnen konnte. Im Laufe der Zeit lernte ich: Entweder hält man das Glas zu oder man lässt es einfach bis zum Ende voll stehen und trinkt dann vor dem Gehen. Die Albaner sind unglaublich freigiebig und geben von dem, was sie haben, und das meist nicht zu knapp. So bekommt man, wenn man schließlich aufbricht, noch eine Flasche Raki, Käse oder Früchte einfach in die Hand gedrückt.

Jedoch findet sich nicht immer eine solche Fülle an Nahrung, und der oft sehr kalte und lange Winter ist für die meisten Menschen sehr schwer zu ertragen. Manche Dörfer sind aufgrund des vielen Schnees bis zu drei Monate von der Zivilisation abgeschnitten und haben bisweilen nicht

einmal Strom. Zum Glück werden die armen Familien, die in einer speziellen Lebensmittelliste registriert sind, von den Franziskanerinnen mit dem Nötigsten wie Mehl, Zucker, Salz und Öl versorgt. Dies trägt gerade in den kalten Monaten durchaus zum Überleben der Menschen bei.

Meine Aufgaben

Die Arbeit, die ich im Laufe des Jahres verrichten durfte, war sehr abwechslungsreich und oft spannend. So half ich beim Ausladen und Verteilen von Hilfstransporten und Lagerarbeiten oder erledigte Computer- und Büroarbeiten. Ich war sehr froh darüber, dass mir bereits von Anfang an viel zugetraut wurde, auch sehr verantwortungsvolle Aufgaben wie Altarwandgestaltungen in einigen kleinen Kirchen der Bergdörfer oder Fahrdienste auf den recht gefährlichen und riskanten Bergstrecken der Umgebung. Die Arbeit mit der Jugend bereitete mir ebenfalls viel Spaß und half mir sehr beim Erlernen der Sprache. Ich durfte einen kleinen Deutschkurs für Interessierte ins Leben rufen oder bei Katechesen und Jugendentagen mithelfen. Natürlich fielen auch gewöhnliche Arbeiten wie Hausarbeiten oder Holzhacken im Winter an. Besonders interessant war das Erlebnis, bei einem Sommerstrandcamp für arme Kinder und Roma als Betreuer helfen zu dürfen.

Alles in allem war meine Tätigkeit nicht nur abwechslungsreich und spannend, sondern brachte mir zusätzlich auch eine Vielzahl von Fertigkeiten und Erfahrungen auf unterschiedlichen Gebieten, gerade weil Albanien immer wieder für Überraschungen und somit neue Herausforderungen sorgt.

Probleme

Natürlich kam es im Laufe des Jahres auch zu Konflikten und Problemen. So war es nicht immer angenehm, Deutscher zu sein, und in manchen Situationen war mir dieser Sonderstatus eher lästig – wie zum Beispiel beim Einkaufen von kleinsten Dingen, bei denen der Preis ganz gerne mal um einiges anstieg, sobald der Verkäufer erfuhr, dass ich Deutscher bin.

Man muss dazu erwähnen, dass Deutsche in ganz Albanien einen sehr guten Ruf genießen, respektiert und bewundert werden. Das kommt nicht zuletzt durch den deutschen Fußball, die geschätzte Qualität deutscher Artikel und vor allem durch die Autos. Die wohl meist gefahrenen

Automarke in Albanien ist „Mercedes“. Egal ob uralte Modelle oder neue Luxuslimousinen – Albaner schwören auf ihren „Benz“. Und so kam es unter anderem vor, dass mich die sonst sehr strenge Polizei trotz meines versehentlich vergessenen Anschnallgurts freundlich weiterfahren ließ, nachdem ich erwähnte, Deutscher zu sein. Allerdings musste ich auch als Deutscher aufpassen, was ich gegenüber Albanern sagte und tat. Albaner sind zwar sehr herzlich und offen, aber auch sehr stolz und leicht zu verletzen.

Die Konfliktbewältigung stellt meiner Meinung nach sowieso ein großes Problem dar, da das Aggressionspotenzial sehr hoch ist. Albaner bezeichnen sich auch selbst gern als „gjak i nxehtë“ (heißblütig) und übertreiben dabei nicht im Geringsten. Vor allem im Norden Albaniens sind noch sehr viele Familien im Besitz von Waffen, was die Gefährlichkeit und das Risiko des schlechten Ausgangs eines Konfliktes erheblich steigert. Das kommt jedoch zum Glück immer seltener vor. Es gibt auch immer noch Familien, die nach dem Kanun, dem traditionellen Gewohnheitsrecht Albaniens, leben und handeln; die Blutrache ist der wohl bekannteste Teil dieser Tradition und leider ein passendes Beispiel für schlechte Konfliktklärung.

Allgemein herrscht in Albanien eine Spannung zwischen Tradition und Moderne in vielen Bereichen. Bei Mode, Musik und Kunst treffen oft Welten aufeinander. So kann man in der Hauptstadt Tirana im Straßenverkehr beobachten, wie ein glänzender „Hummer“, ein amerikanischer Geländewagen, mit einem jungen, aufgestylten Fahrer einen alten Eselskarren überholt, in dem ein alter Mann in traditioneller Kleidung und Filzhut sitzt.

Ein weiteres, vielleicht das größte Problem stellt meiner Ansicht nach die Korruption dar. Sie beeinflusst fast die gesamte Arbeitswelt negativ und macht vor allem das Leben derer schwer, die arm sind oder nicht von der Korruption profitieren können. Besonders nachteilig wirkt sich dies bei grundlegenden Institutionen wie dem Gesundheits- und Rechtswesen aus, was für die Menschen katastrophale Folgen hat.

Schließlich stecken auch die Auswirkungen des Kommunismus noch in vielen Köpfen. Er fand zwar 1990 sein Ende, bestimmt aber bis heute noch das Handeln mancher Menschen auch bei Alltäglichkeiten. So musste ich einmal bei ca. 35° Grad Celsius knapp eine Stunde bei der Post in Tirana anstehen, schwitzen und drängelnde Frauen abwehren. Als ich endlich an der Reihe war, wurde mir gesagt, ich solle mich doch an der Schlange für die Männer anstellen. Anfangs musste ich mich auch daran

gewöhnen, dass öfters einfach der Strom ausfiel und es mit einem Schlag dunkel wurde oder der Computer ausging. So kamen im Winter ungeplante gemütliche Abende bei Kerzenschein zustande. Meist kam der Strom nach einiger Zeit wieder, jedoch gab es auch Wochen, in denen der Strom täglich über mehrere Stunden abgeschaltet wurde, was mich manchmal wütend machte, denn niemand hatte eine Erklärung für den Stromausfall.

Insgesamt überwiegen jedoch die schönen Erlebnisse, die mir aus Albanien in Erinnerung bleiben. Vor allem die Natur und die herzlichen Menschen haben mich beeindruckt. In mancher Hinsicht befinden sich Mensch und Natur in Albanien im Einklang miteinander. Beide lassen sich mit den Attributen Offenheit, Liebenswürdigkeit und Treue, aber auch Unberührtheit, Ursprünglichkeit und Melancholie charakterisieren. Bizarre, romantische und äußerst verschiedene Bilder prägen die geheimnisvolle Landschaft Albaniens. Für mich als Deutscher machte sie auf meinen kleineren Reisen einen exotischen Eindruck, da Vegetation und Tierwelt innerhalb Albaniens sehr unterschiedlich sind. So dominieren im Norden Kiefern- und Laubwälder, es gibt Hasen, Wölfe und in manchen Gebieten Bären; in südlicheren Gebieten wachsen Palmen, Orangenbäume und Melonen, dort leben Schildkröten und Schlangen. Aber Schlangen und Skorpione gibt es auch im Norden. Mit letzteren durfte ich in meinem Zimmer Bekanntschaft machen.



Eine Besonderheit im Landschaftsbild sind die kleinen Betonbunker, die unter dem kommunistischen Regime zu Hunderttausenden in ganz Albanien errichtet wurden und auch heute noch überall wie Pilze in der Natur stehen. Manchmal entstehen sehr ausgefallene und interessante Bilder nur durch diese Betonpilze, wenn diese bunt angemalt oder als Getreide- und Maiskammer umfunktioniert werden.



Alles in allem sind Albanien und seine Bewohner zum einen geheimnisvoll, nicht immer auf den ersten Blick durchschaubar, zum anderen aber liebenswürdig, reizend und beeindruckend schön. In meinem Jahr lernte ich es zu lieben – und manchmal auch zu hassen. Ich bin zwar froh, wieder in gewohnte und geordnete Verhältnisse zu kommen, lasse jedoch eine Menge lieber und treuherziger Menschen und ein wunderschönes Land zurück. Ich habe viel über ein fremdes Land, seine Sprache und Kultur gelernt und bin stolz darauf und dankbar dafür, eine solch abenteuerliche, spannende und interessante Zeit erlebt zu haben. Sie wird mir immer in guter Erinnerung bleiben.

Länderinfo Albanien¹

Fläche: 28.748 km²
Einwohner: ca. 3,2 Millionen²
Hauptstadt: Tirana (Tiranë)

Ethnische Gruppen:

| | |
|------|----------------------------|
| 95 % | Albaner |
| 3 % | Griechen |
| 2 % | Andere (Serben, Roma usw.) |

Geschichtlicher Überblick:

In der Antike war das Territorium des heutigen Albanien von illyrischen Stämmen besiedelt, gehörte dann zum Römischen, seit 395 zum Oströmischen (byzantinischen) Reich. Im Frühmittelalter bildeten sich zahlreiche kleinere Herrschaftsgebiete, die seit dem 14. Jahrhundert nach und nach von den osmanischen Türken erobert wurden. Die Mehrheit der Bevölkerung trat im Laufe der nächsten Jahrhunderte zum Islam über. Im 19. Jahrhundert entwickelte unter den Albanern wie unter den anderen Balkanvölkern das Nationalbewusstsein, das mit einer Rückbesinnung auf Geschichte und Kultur verbunden war. Bis zur Unabhängigkeitserklärung 1912 blieb Albanien jedoch Teil des Osmanischen Reiches.

Die heutigen Staatsgrenzen Albanien wurden erst nach dem Ersten Weltkrieg gezogen. In den zwanziger und dreißiger Jahren wurde die wirtschaftliche Infrastruktur allmählich ausgebaut; Versuche zur Entwicklung einer parlamentarischen Demokratie scheiterten jedoch, da die Regierung von Präsident Ahmet Bej Zogu (1924-1939, ab 1928 König Zogu) in eine Diktatur überging. Während des Zweiten Weltkriegs war das Land zunächst von italienischen, später von deutschen Truppen besetzt. Seit 1944 beherrschten kommunistische Kräfte das Land. Enver Hoxha stand bis zu seinem Tod 1985 unangefochten an der Spitze des Staates, den er zunächst in Anlehnung an die Sowjetunion, seit den sechziger Jahren im Bündnis mit der Volksrepublik China führte. Seit Mitte der siebziger Jahre schloss sich Albanien nahezu völlig von der Außenwelt ab. Erst 1989/90 kam es im Zusammenhang mit der „Wende“ in Mittel- und Osteuropa zum Sturz des Regimes, der anfangs mit einem Massensexodus einher ging. Seither ist in Albanien ein gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Transformationsprozess im Gang, dessen Erfolge durch häufige innenpolitische Krisen bedroht sind.



¹ Offizieller Landesname: Republika e Shqipërisë = Republik Albanien (Shqipëria = Albanien; von hier leitet sich die deutsche Bezeichnung „Skipetar“ für „Albaner“ ab).

² Viele statistische Angaben über Albanien sind unsicher. Für die Einwohnerzahl finden sich auch niedrigere Angaben wie 2,8 Millionen oder ca. 3. Millionen. Außerdem leben mehrere hunderttausend Albaner vorübergehend oder ständig im Ausland.

Politisches System:

Einkammerparlament mit 140 Mitgliedern (letzte Wahl: 28. Juni 2009)

Staatsoberhaupt: Bamir Topi (seit 24. Juli 2007)

Premierminister: Sali Berisha (seit 10. September 2005)

Verwaltungsstruktur: Albanien ist in 12 Regionen (qarqe) mit 36 Kreisen (rrethe) eingeteilt.

Ökonomische und soziale Rahmendaten:

Das Bruttoinlandsprodukt wuchs von 14 Milliarden US-Dollar (2003) auf 23,1 Milliarden US-Dollar (2009). Die Inflationsrate lag 2009 bei 2,2 %, die Arbeitslosenquote bei 12,8 % (2009). Diese Zahlen sind allerdings nur begrenzt aussagekräftig, da Experten von einem extrem hohen Anteil (bis zu 50 %) von Schattenwirtschaft in Albanien ausgehen. Starken Einfluss auf die Finanzkraft des Landes nehmen auch Transfersummen albanischer Migranten. Die Wirtschaft wächst wegen der wiederholten innenpolitischen Krisen nur langsam. Rund ein Drittel der Bevölkerung ist noch immer im Agrarsektor tätig. – Zwischen 1960 und 1990 hat sich die Bevölkerung Albaniens verdoppelt, das Durchschnittsalter liegt bei 30 Jahren. Fast die Hälfte der Bevölkerung lebt heute in den Städten, zahlreiche Dörfer sind inzwischen verödet. – Große Hoffnungen setzt man auf den Tourismus, dessen Entwicklung jedoch durch Umweltverschmutzung und schlechte Verkehrswege gehemmt wird.

Kirchliche Strukturen:

Nach einigermaßen zuverlässigen Schätzungen gehören ca. 10 % der Albaner, also etwa 300.000 Menschen, der *römisch-katholischen Kirche* an; Schwerpunkt ist der Norden Albaniens. Etwa 20 % sind orthodoxe Christen, die übrige Bevölkerung in der Mehrzahl Muslime. – Die römisch-katholische Kirche umfasst die Erzdiözese Shkodër-Pult mit den Suffraganbistümern Sapë und Lezhë und die Erzdiözese Tirana-Durrës mit dem Suffraganbistum Rrëshen und der Apostolischen Administratur Südalbanien (Sitz: Vlorë).

Renovabis-Projekte und Schwerpunkte der Förderung:

Besonders zu nennen sind der Ausbau von Sozial- und Begegnungszentren, die auch der Entwicklung einer Zivilgesellschaft dienen sollen, und Projekte der schulischen und beruflichen Bildung. Wichtig war und ist weiterhin die Unterstützung bei der Heranbildung eines einheimischen Klerus.

Interessante Internetadressen:

<http://www.keshilliministrave.al> (website der albanischen Regierung)

<http://www.albanien-dafg.de> (Deutsch-albanische Freundschaftsgesellschaft)



Wir haben etwas erreicht – Interview mit Luigj Mila

Angesichts der Probleme, mit der die Gesellschaft Albaniens trotz aller Fortschritte immer noch zu kämpfen hat, kommt Organisationen wie Justitia et Pax, die sich gemeinsam mit ihren Partnern in anderen Ländern für Frieden und Gerechtigkeit engagieren, eine große Bedeutung zu. Zu Schwerpunkten der Arbeit in Albanien befragte Christof Dahm den Generalsekretär von Justitia et Pax Albanien, Luigj Mila.

Bitte schildern Sie kurz die Entstehung von Justitia et Pax Albanien (JuPax). Wo liegen die Arbeitsschwerpunkte? Wie war überhaupt die Ausgangssituation der Kirche Ende der achtziger Jahre?

Seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes bemühen sich viele Organisationen, die Folgen der ungezügelten Transformation für die Menschen zu lindern. Von Anfang an hat die katholische Kirche vor allem in Norden Albaniens, wo sie traditionell ihren Schwerpunkt hat,

Zeichen gesetzt. Sie war – daran sollte man unbedingt denken – eine Märtyrerkirche, die unter dem kommunistischen Regime die härteste Verfolgung in Osteuropa überhaupt erlitten hat. 1968 wurde die Religion vom Staat abgeschafft, jede Form von Religionsausübung war fortan strikt untersagt. Alle religiösen Einrichtungen wurden geschlossen, die Gebäude zweckentfremdet oder zerstört, hunderte Geistliche ermordet. Nur wenige überlebten in Gefängnissen oder Arbeitslagern und blieben der Hoffnung auf eine

Auferstehung des Glaubens treu. Sie bildeten zusammen mit vielen Helfern aus dem Ausland die Keimzelle für den Neubeginn.

Zu den neuen Strukturen gehörte auch die 1996 von der albanischen Franziskanerprovinz gegründete Kommission *Justitia et Pax*, die vollständig den Titel „Kommission für Gerechtigkeit und Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ trägt, um anzuzeigen, dass der Schutz der Menschen und die Verantwortung für die Umwelt den Franziskanern besonders am Herzen liegen. Schon unmittelbar nach ihrer Gründung hat die Kommission Fachleute aus verschiedenen Bereichen zusammengeführt, um Ziele für die künftige Arbeit festzulegen: Schutz der Menschenrechte, Konfliktlösung, Friedenserziehung, Unterstützung besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen, Vorsorge für die Migranten, interreligiöse Beziehungen und Umweltschutz.

Im Zusammenhang mit dem politischen und gesellschaftlichen Umbruch in Albanien setzte eine Emigrationswelle ein, deren Folgen bis heute spürbar sind ...

... Die meisten Missgeschicke in der Geschichte unseres Landes begannen oder endeten mit einem Massenexodus. So kam es etwa im Zusammenhang mit der osmani-

schen Invasion im 15. Jahrhundert zur Flucht von hunderten Albanern nach Italien und Griechenland. Die Geschichte wiederholte sich, als 1990 große Scharen von Albanern aus ihrer immer noch kommunistischen Heimat mit Booten zu den Küsten Italiens und Griechenlands flohen. Männer, Frauen, Jugendliche, selbst Kinder wagten sich auf oft schrottreifen Schiffen eng zusammengepfercht hinaus in eine ungewisse Zukunft. Viele wurden krank, etliche ertranken, dennoch kamen die meisten am anderen Ufer der Adria an. Dieser Exodus biblischen Ausmaßes erfasste über eine Million Menschen, ein Drittel der albanischen Bevölkerung. Alle Schichten der Bevölkerung waren vertreten: Gebildete und Analphabeten, Menschen vom Land und aus der Stadt, jung und alt, Männer und Frauen. Zweierlei verband sie: Alle waren arm und wollten fliehen.

Wenige Monate später, im Dezember 1990, setzte sich der politische Pluralismus in Albanien mit der Bildung einer ersten Oppositionspartei durch. Allmählich nahm der Demokratisierungsprozess Gestalt an, ohne dass wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage die Emigration nachließ, freilich in geringerem Umfang als zuvor. Zusammen mit der allmählichen Verbesserung der Gesamt-

lage kamen viele Menschen zurück, leider nahmen aber auch Korruption und Misswirtschaft in neuer Gestalt zu.

Welche Folgen hat die Emigration junger und gut ausgebildeter Menschen für Albanien („brain drain“)? Wie kann JuPax diesen Menschen in der Fremde und bei der Rückkehr nach Albanien helfen?

Migrationsfragen sind ein wichtiger Bereich unserer Arbeit. Dank der Zusammenarbeit mit anderen JuPax-Organisationen sind wir über die Zahlen albanischer Migranten in Europa und deren Situation gut informiert. Unsere Migranten bilden in gewisser Weise eine Brücke zwischen der Heimat und dem Zielland. Sie sind gleichermaßen ein Problem und eine Lösung; ein Problem deshalb, weil einige Migranten mit Verbrechen wie Raub, Drogenhandel und Prostitution in Verbindung stehen – eine Lösung deshalb, weil viele sich positiv in ihrer neuen Heimat engagieren. Außerdem unterstützen die Migranten durch Geldüberweisungen ihre zurückgebliebenen Familien, was der Entwicklung Albaniens hilft; viele würden aber auch direkt in der Heimat gebraucht, besonders die Intellektuellen und besser Ausgebildeten. Der „brain-drain“ ist ein ernstes

Problem, für das die albanische Regierung noch keine Lösung gefunden hat. JuPax versucht mit gezielter Lobbyarbeit, gerade solche Kräfte zur Rückkehr nach Albanien zu bewegen.

Inwieweit kann JuPax in den katholischen Gebieten Albaniens dazu beitragen, archaische Strukturen wie z. B. die Blutrache zu überwinden?

Eines der Hauptprobleme war in der Tat das Wiedererwachen der Blutrachetradition, die über Jahrhunderte in unserem Land vorhanden war, besonders in Nordalbanien. Sie führte zur Ausrottung ganzer Familien und zur Selbstisolierung tausender Männer aus Furcht, Opfer der Blutrache zu werden. Im Hintergrund steht der „Kanun“, dessen Aussagen zur Blutrache die Kirche stets verworfen hat.¹ In den frühen neunziger Jahren, einer Zeit legislativer Leere in Albanien, spielte der Kanun in Nordalbanien wieder eine größere Rolle. Oft wurden ganze Familien isoliert. Diese fatalen Vorgänge führen auch zum wirtschaftlichen Zusammenbruch in diesen Regionen. Kinder, besonders männliche, lebten absondert ohne Möglichkeit des

¹ Vgl. zum Hintergrund den Beitrag von Hildegard Sühling oben S. 286f.

Schulbesuchs, der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und ohne ärztliche Versorgung.

Mit Unterstützung zahlreicher kirchlicher und anderer Partner wie z. B. des Internationalen Roten Kreuzes und vieler Caritas-Organisationen hat JuPax begonnen, Studien zur Untersuchung des Phänomens durchzuführen mit dem Ziel, Strategien zur Vermittlung und Beilegung von Blutrachefällen zu entwickeln. Wie zu vermuten war, sind Frauen und Kinder die Hauptopfer des Geschehens; daher wurden speziell ausgebildete Lehrer in die betroffenen Familien entsandt. Außerdem wurden Kampagnen zur Sensibilisierung gegen Blutrache und Gewalt gestartet. Wichtig war auch ein Seminar zum Thema „Der Kanun und das Gesetz“, an dem einheimische und ausländische Fachleute teilnahmen und dessen Ergebnisse in tausenden Papierkopien im Land verteilt wurden. Vielfältige Unterstützung erfahren wir von Künstlern, die mit Foto- und Gemäldeausstellungen, Lesungen, Konzerten usw. die Friedensarbeit unterstützen. An jedem 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, werden „Runde Tische“ organisiert, an denen über die Lage der Frauen und Kinder diskutiert wird. Heute können wir sagen, dass es sichtbare Erfolge

gibt: Die Zahl der Blutrachefälle geht allmählich zurück, wovon natürlich auch der Staat profitiert.

Wie beurteilen Sie das aktuelle Zusammenleben der Religionen in Albanien? Mit welchen Maßnahmen unterstützt JuPax den interreligiösen Dialog?

JuPax lädt zu allen Aktivitäten auch Vertreter der anderen Glaubensgemeinschaften in Albanien ein, sowohl Muslims – die zahlenmäßige Mehrheit der Albaner – als auch orthodoxe Christen. Dies erhöht die Wirksamkeit der Maßnahmen. Die Kommission hat auch Islamexperten eingestellt, die für gute Kontakte zu den muslimischen Organisationen sorgen; damit kann sie bei Konflikten zwischen Christen und Muslims als Vermittler auftreten. Solche gab es, als albanische Studenten aus arabischen Staaten zurückkamen und extremistische Forderungen erhoben. Traditionell sind die interreligiösen Beziehungen zwischen Muslims und Katholiken gut. Außerdem hat sich der Islam in Albanien immer gemäßigt gezeigt – und schließlich ist allen Gläubigen trotz der Unterschiede eines gemeinsam: Sie sind Albaner. Natürlich hat es hin und wieder Zwischenfälle gegeben. Dennoch sind auch die Autoritäten des Islams weiterhin an einem guten Miteinander interessiert.

Auch der Umweltschutz gehört zu den Arbeitsschwerpunkten von JuPax in Albanien. Welche besonderen Maßnahmen würden Sie nennen? Bildet sich in der Bevölkerung allmählich so etwas wie ein Umweltbewusstsein heraus?

Mit „Umweltschutz“ ist ein wesentlicher Bereich der Arbeit von JuPax angesprochen, der seit Beginn der neunziger Jahre große Bedeutung gewonnen hat. Nach dem Zusammenbruch der alten Strukturen wurden Flora und Fauna skrupellos ausgebeutet, große Waldgebiete abgeholzt, wahllos Wildtiere gejagt, sodass einige schon nahezu ausgerottet sind. Abfall verwüstet die Landschaft und belastet die Siedlungen. Daher hat JuPax zusammen mit anderen kirchlichen Trägern Kampagnen zur Stärkung des Umweltbewusstseins durchgeführt, und zwar am 5. Juni, dem Internationalen Tag der Umwelt, mithilfe zahlloser Plakate und Fernsehwerbespots. Eine beispielhafte Aktion fand 1999 in Shkodrë statt; dort wurden 3.000 Kubik-

meter Müll gesammelt und entsorgt. Vor Kurzem war die Stadt auch Tagungsort einer Konferenz zur Lage der Umwelt in Albanien. Die ungebremschte wirtschaftliche und industrielle Entwicklung in Albanien nimmt, so lautete das Ergebnis der Konferenz, wenig Rücksicht auf die Umwelt; im Gegenteil, Albanien wird sogar zu einem negativen Beispiel für die gesamte Balkanregion.

Albanien steht damit wie fast alle Länder der Region trotz vielfältiger Unterstützung aus ganz Europa noch immer vor gewaltigen sozio-ökonomischen Problemen. Zu nennen sind Armut, Korruption, Verletzung der Menschenrechte, speziell die Rechte der Frauen. All das motiviert uns aber auch, unsere Anstrengungen zu verstärken, sodass wir mit Gottes Segen und mit Hilfe unserer Freunde eines Tages zurückschauen werden und stolz sagen: „Ja, wir haben etwas erreicht.“

*Aus dem Englischen übersetzt
von Christof Dahm.*

Reise nach Albanien (1927)

Einzug in Albanien

Das Meer ist still, die Wolken hängen festgenagelt am Himmel wie Bilder an der Wand, auf dem Wasser schwimmt ein Geisterboot ohne Schwanen an einem unsichtbaren Seil dem Schiff entgegen, um mich abzuholen. Es sind nur zwei an Bord, die nach Albanien gehen: ein Mann, der im Lande der Bärte Gillette-Apparate verkaufen will, und ich.

In einer undurchsichtigen Wolke aus Staub, im Donner platzender Pneumatiks, empor- und zurückgeschleudert von echten Fordspiralen, fahre ich die Landstraße entlang, Tirana entgegen. Sooft ein Pneumatik ausgewechselt werden muß, steige ich aus, sehe zu, wie der Staub sich verzieht, wie die Kulissen der Landschaft sichtbar werden, Berge aus einem gespenstischen Violett, Wiesen aus doppelt übermaltem Grün, ein Himmel aus stabilem Blau, ein Himmel aus Stoff, ein Himmel ohne Fältchen, sauber gespannt, eine gebügelte Wölbung. Arbeiter bessern die Landstraße aus. Immer stehen ein paar Männer gebückt nebeneinander, wie spielende Knaben in einem Kindergarten am Vormittag sammeln sie auf winzigen Spaten oder in bloßen Händen kleine Sandhäufchen, schütten sie in Mulden und Gruben, streuen ein paar Steinchen darauf, benetzen das Ganze mit Wasser aus Gießkännchen und stampfen es fest mit nackten Füßen. Sobald der Fordwagen darübergehopst ist, dürfen sie ihr Spiel von neuem beginnen.

Links am Wegrand zieht sich ein Schienenstrang dahin, schmalspuriges Andenken an die Österreicher im Weltkrieg, heute dem Verderben anheimgelegt und dem Rost hinterlassenden Zahn der Zeit.

Der aus Galizien stammende Joseph Roth (1894-1939) zählt zu den bedeutendsten deutschsprachigen Autoren des 20. Jahrhunderts, dessen umfangreiches Werk vor allem der Erinnerung an die österreichisch-ungarische Monarchie galt (z. B. „Radetzkymarsch“, „Die Kapuzinergruft“). Er starb im Exil in Paris. Auch als Journalist hat sich Roth einen Namen gemacht. 1927 reiste er nach Albanien und veröffentlichte über seine Eindrücke mehrere Reportagen. Die folgenden Beiträge, hier in Auszügen wiedergegeben, wurden am 11. Juni, 15. Juni und 30. Juli 1927 in der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht.

Endlich tritt aus einem weißen Häuschen ein schwarzer Polizist, der Deutsch sprechen kann, den Paß an sich nimmt und das Ehrenwort gibt, daß er sich morgen in der Polizei von Tirana vorfinden werde.

Da fängt also Tirana an, die Hauptstadt von Albanien. Rechts eine Moschee, links eine primitive Kaffeeterrasse, auf der Gäste gebraten werden und Feze diskutieren. Die Moschee ist eine Kaserne. Soldaten mit Gewehren bewachen sich selbst. Alle Hotels sind besetzt, Journalisten sind hierhergeeilt, Diplomaten und Abgeordnete, Offiziere aus England und Italien, es tagt das Parlament, Tirana ist eine Sensationsgrube, Verwicklungen liegen auf der Straße, das ganze Land ein Zankapfel. Brave Bürger wandeln in der Mitte der Straße, mit langen Gewehren gegen Sonnenstich ausgerüstet, schwere Trommelrevolver in breiten, oft geschlungenen, roten Gürteln. Die Maulesel, mit dichtgefüllten Körben an den Flanken, flanieren auf dem Bürgersteig und warten wie Hunde vor den Läden auf die einkaufenden Herren. Da reitet herrlich der kommandierende General der albanischen Armee, Herr Djemal Aranitas auf edlem Schimmel, kleine schwarze Schuhputzer fliehen ihm aus dem Weg, ein Knappe folgt ihm, eben hat er die Armee inspiziert, deshalb marschierte er so traurig, kein Staat ohne General, kein General ohne Schimmel. Gold blitzt auf seinen Schultern, und mit lässiger Hand grüßt er Bekannte vom Stammtisch.

Die Hauptstadt Tirana

Die Einwohner von Tirana lieben Blumen und Musik. Man sieht diese Männer mit Rosen im Mund. Sie benützen ihn als Knopfloch.

Tirana ist, sieht man von seiner musikalischen Begabung ab, eine ruhige Stadt. Wenn zufällig nicht geblasen wird, hört man die Hähne krähen, die Hämmer der fellachischen Schmiede aus dem Basar und das regelmäßige Rufen von den Minaretten. Die Sonne brütet auf dem Staub der Straße. Er kocht in ihrer Wärme, zerfällt gleichsam in noch feineren, dünneren Staub, löst sich in der Atmosphäre auf, verschwindet in der blauen Luft, ohne daß man die Straße gesprengt und gesäubert hätte. Man erzählt sich, daß jeden Morgen ein junger Mann mit einer Gießkanne vom Magistrat ausgesandt wird, zur Einhaltung der *Hygiene*. Niemand hat ihn mit eigenen Augen gesehen. Dagegen werden für den Fortschritt Kasernen gebaut. Der Motor, der die elektrische Beleuchtung nähren soll, ist zu schwach für diese sechzig Glühbirnen. In der Nacht

entzünden sie sich. Aber sie sehen aus wie glühende Kohlen. Sie hängen auf den Drähten, eine Art hingerichteter Leuchtkäfer.

Man hat Straßenzüge durchbrochen, Häuser gespalten und skalpiert, um Tirana modern und residenzfähig zu machen. Die halben Häuser stehen da, mit schwarzen, offenen Eingeweiden, auf den Herden verrichten Eingeborene exotisch ihre Notdurft, ohne Pistolen und Gewehre abzuliegen. Keinen Augenblick ist man vor Blutrache sicher. Schwarz und weiß verschleierte Frauen erinnern an Leichenzüge und Ku-Klux-Klan, ewige Jalousien haben sie vor den Augen, in Stoff und Gaze sind sie eingemauert. Ich wüßte gern, was sie hinter ihren Wänden machen. Sie machen mich neugierig, sie sind wie fremde beleuchtete und verhüllte Fensterscheiben. Sie sind stumm wie Tiere und abwehrend wie Tote. Weinen ihre Augen? Man kann es nicht sehen. Sie sprechen miteinander. Aber ihre Laute sind gefangen, und ihre Stimmen sickern kärglich durch die Poren der Stoffe wie klares Wasser durch ein dichtes und schmutziges Sieb.

Diese verschleierten Frauen, diese Hunderte herrenloser Hunde, die der Wind an der Leine führt, diese Feze auf den fetten Köpfen und die Turbane über bärtigen Gesichtern, diese farbigen Ansichtskarten-Bluträcher mit dem Trommelrevolver statt des Bauches, mit dem Gewehr statt des Regenschirmes – alle diese Geld verdienenden, Geschäfte machenden, in den Ämtern Bestechungen vermittelnden exotischen Philister sind überzählig und jenseits der Zeit. Es gibt nichts Langweiligeres als so genannte Volkssitten, die schon in den Leichenkammern der Ethnologie, in den Büchern und Seminarien seit dreißig Jahren seziert und immer noch spazierengeführt werden, als wären sie lebendig. Schon gibt es ein Parlament mit einer Präsidentenloge, mit einer Glocke, mit Papier für Interpellationen, mit einer Pressetribüne; schon gibt es eine Bank mit italienischen, langsamen Beamten, mit Kursen, aufgespießt auf Tafeln wie Schmetterlinge, mit einem Direktor, der Transaktionen hingegeben ist. Schon trägt der Wirt meines Hotels in der ledernen Pistolentasche Kleingeld, auf seinem Büfett sammeln sich die ersten Schwalben der Zivilisation.

Albanien ist just auf dem Wege von der Blutrache zum Völkerbund.

Artikel über Albanien

(Geschrieben an einem heißen Tag)

Albanien ist schön, unglücklich und trotz seiner Aktualität langweilig. Die Berge sind manchmal aus einer unbestimmten klaren Substanz, man könnte sie für grünbemalte gläserne Klumpen halten. Nur an trüben Tagen, der Himmel ist dann nicht mit echten Wolken bedeckt, sondern mit einem dünnen Überzieher aus Wolkenstoff bekleidet, fühlt man, daß die Berge Gestein sind. Sie sind massiver geworden, auch unerbittlicher, das ganze Land ist wie ein abgeschlossener Hof, von natürlichen Gefängnismauern eingefasst, die Freiheit ist ein relativer Begriff, man fühlt deutlich, daß es keine Eisenbahnen gibt, uns in das Jahrhundert zu führen, das unsere Heimat ist, man fühlt, daß Schiffe, zwei Stunden, vier Stunden, zwölf Stunden von hier entfernt, nur einmal in der Woche vor einem albanischen Hafen halten, und die Exotik lastet doppelt grausam als selbstgewählte Pein. Von Berlin aus betrachtet, ist Blutrache interessanter. In ihrer Heimat aber ist sie von Schmutz, Wanzen, finsternen Nächten, zerbrochenen Petroleumlampen, fetten Spinnen, Malaria-Anfällen, trübem Seegraste wettgemacht, gleichgültig und selbstverständlich geworden.

Unter solchen Umständen bin ich für Schönheiten der Natur weniger empfänglich als etwa die optimistischen geborenen Touristen. Ich registriere höchstens: stille blaue Tage von einer erhabenen Einfachheit, voll von einer guten Sonne, die selbst noch den Schatten brät und in jeder kühlen Felsspalte fühlbar ist, ein paar Vögel (die hier selten sind, weil man so fleißig schießt) in der Luft und selbstverständlich auch in den Zweigen, Wälder von einer unermessbaren Stille, Tiefe, Unendlichkeit, Vergessenheit. Ein paar Häuser, fensterlos, ringsum geschlossen, taube und blinde Würfel aus Stein, plump rätselhaft und tragisch, trüchtig von Schicksalen und geheimnisvoll verflucht. Auf jedem der Häuser, die so angelegt werden, dass sie einem Mörder Rast, einem Verfolgten Zuflucht, einer ganzen Sippe Sicherheit bieten, liegt der so genannte Zauber der Unheimlichkeit, dem ich lieber nicht nahe komme. Ohne die Erlaubnis des Hausherrn darf man hier nicht die elendeste Hütte betreten. Hat man aber die Erlaubnis erbeten, so ist die Gastfreundschaft herzlich und unter eigener Lebensgefahr ausgeübt. Sie ist eine schöne Sitte, die Gastfreundschaft, sie führt auch zu den edelsten Beweisen der Menschlichkeit. Aber sie hat freilich ihre guten Gründe in der egoistischen Überlegung der Menschen, die statt einer Gerichtsbarkeit die Blutrache

haben, daß man sich irgendwo ausruhen muß, wenn man verfolgt wird, und daß schließlich jeder einmal verfolgt wird. Wenn man konsequent skeptisch denkt, kommt man zu der Überzeugung, daß eine gute Polizei besser ist als Gastfreundschaft. Mögen mir Albaner und andere Nationen nicht übelnehmen, daß ich einen unproduktiven Konservatismus zu schätzen nicht genug begabt bin. Die Albaner haben leider – neben anderen Eigenschaften, die ich verehere – diese eine, die ich nur verstehe: Sie sind ängstlich bedacht, alte Sitten zu bewahren, nicht nur am albanischsten zu bleiben auf Kosten der Menschlichkeit, sondern auch ihre Stammeseigenart auf Kosten der Nation zu pflegen. Diejenigen Albaner, die außerhalb des Landes wohnen, sperren sich freiwillig ab, heiraten nur untereinander und mißtrauen ihrer Umgebung. In Amerika bleiben sie Albaner, sprechen miteinander albanisch und kehren nach einigen Jahrzehnten zurück, wozu? – um in Albanien einen Gürtel aus Patronen zu tragen. Sie haben wie manche kleine Völker jene Art von nationaler Treue, die der Nation zum Aussterben verhilft und die nationale Kultur arm erhält. Daher kommt, dass die albanische Sprache heute noch kein Wort für „Liebe“ hat, nicht einmal bestimmte Bezeichnungen für die Farben des Spektrums, kein Wort für „Seele“, kein besonderes Wort für „Gott“, daß die albanische Literatur heute schon reicher, zumindest ein gewisses Abbild des heutigen albanischen Lebens sein könnte, aber immer noch so simpel ist wie etwa die ersten Lieder der europäischen Menschheit und selbst hinter der Entwicklung dieses langsamen Landes zurückbleibt. Die Stoffe der Literatur sind bukolische Familienangelegenheiten. Gleichzeitig mit dem nationalen Konservatismus lebt die Stammesfehde auf Kosten der Nation, religiöser Fanatismus auf Kosten der Religion. Denn die Albaner sind nicht etwa sehr gläubig. Aber ihre Zugehörigkeit zu einem Bekenntnis allein verführt sie, die Angehörigkeit der anderen Konfessionen mißgünstig anzusehen.

Albanien: Sommeraufnahme 2009

Eine literarische Collage über Gegensatz und Aufbruch

Sonne. Heiße trockene Luft. Wüste Felder, durstiges Gras. Schwer atmende Bäume. Schweißgeperlte Gesichter, Staub pudert sie, setzt sich auf Haare wie eine Sandschicht, dann auf Autos, auf knochige Blätter, wirbelt herum und sehnt sich nach Regentropfen, um Matsch zu werden. Das Brot könnte draußen gebacken werden, sagen die Großmütter, füllen die großen Fantaflaschen mit Wasser am Dorfbrunnen oder am Wasserhahn der Nachbarschaft – Wasser gibt es immer noch nach Stundenplan –, kühlen die Füße und kehren zurück zu den Enkelkindern.

Mittags herrscht Stille, herrscht ein warmes Gelb. Mehr Grün hätte diese kahle Landschaft besänftigt, hätte mehr Frische und harmonische Gesichter verschenkt. Nur die Dämmerung bringt das Leben zurück. Menschenmengen trotten überall herum, junge Leute feiern und hören auf Straßen laute Musik bis tief in die Nacht.

Weit, weit weg ragen die Silhouetten der Berge empor. Sie schwinden ins Bläuliche. Ihre Gewalt entfalten sie in der Nähe. Diese Berge halten die Legenden und Geschichten tief in sich verschlossen, sie erzählen nichts vom Bemühen um Stolz und Ehre, vom Blutvergießen wegen eines falschen Wortes. Bärtige Bergmänner sind im Grunde mimosenhafte Riesen. Sie sind ein Museum. Sie wissen viel von Gastfreundschaft und Eidschwur, Räubertapferkeit und Fremden, von Misstrauen, Isolation und Sehnsucht nach Meer, von Armut und ewigem Mittelalter, von Auswanderung in die Täler und Großstädte, vom Identitätsverlust des Bergmenschen.

Bald werden sie aber nichts mehr zum Erzählen haben. Sie werden stumm stehen und verarmen. Ihre Geschichten schwinden täglich wie die Bäume, die überall planlos gefällt werden, wie die leeren Dörfer. Die

Dr. Lindita Arapi ist eine albanische Schriftstellerin. Sie arbeitet für die „Deutsche Welle“ und lebt in Bonn.

Menschen verlassen sie. Sie wollen ein besseres Leben in der Großstadt finden. Die Heimat der Legenden verschwindet.

* * *

Für den Europäer wird es bald keine wilden Albaner mehr geben. Keine Räuberromantik. Sie hoffen, bald ohne Visa Europa zu betreten. Sie haben die Lehre verstanden und nehmen keine Boote mehr Richtung Italien. Europa trifft man nur, wenn man das Europäische versteht und Geld hat. Am Geld wird eifrig geschuftet. Mit allen Mitteln verschafft man es sich, schnell will man es haben, denn das Leben ist zu kurz für ein Warten darauf.

Zugleich, so die Hoffnung, wird man das Europäische bald beherrschen. Man bemüht sich, das Europäische zu sprechen, die Politik übt fleißig, die Öffentlichkeit, die Bürger. Egal, ob man es beherrscht. Wichtig ist, europäisch zu sprechen, sich europäisch zu benehmen, im Ganzen ein europäisches Bild von sich zu geben. Alles, was eigen ist, soll europäisiert werden; orientalische Spuren sind möglichst auszuwischen. Die Angst, nicht angenommen zu werden, sitzt tief und macht manchmal unehrlich gegenüber der eigenen Geschichte. Dementsprechend verhält sich die Erinnerung. Sie lässt gewisse Glorien noch glänzender strahlen; manche Bürden der Vergangenheit möchte man nicht gern tragen.

Endlich hinter sich lassen, die Last des Wilden, Primitiven und Gefährlichen. Wenn Joseph Roth noch einmal das Land betreten könnte! Diesmal könnte er viele Vögel fliegen sehen, weil man nicht mehr so eifrig schießt.

Bis zur Begegnung ohne Visa bleibt die Hoffnung, dass auch die Angst des Europäers verschwindet.

Die Berge machen nun Platz für Autobahnen à la Schweiz, sie werden Stütze für Brücken und öffnen ihre Bäuche für Kilometer lange Tunnels. In einer anderen Sprache heißt das – ersehnte Entwicklung. Ihr Getöse ist da, trotz Chaos und politischer Hitzköpfe. Sie ist da mit allen Schwierigkeiten und aller Hoffnung.

Es tost im Land. Überall. Es wird gebaut, angehalten, auf Gelder gewartet und weiter gebaut. Halbfertige Wohnhäuser, Landstraßen, so genannte Autobahnen, Krankenhäuser, Trinkwasseranlagen, Heizkraftwerke, halbfertige Touristenhotels, die einst unberührte Strände säumen, halbfertige Demokratie trotz des Stolzes, NATO-Mitglied zu sein. Das ganze Land ist halbfertig. „Transition“, Übergang, wurde zum Dauerzustand.

Trotzdem ist man müde, das Leben in Transition zu verbringen. Es ist das am häufigsten angewendete Wort der Postdiktaturzeit, abgesehen vom Wort „Reformen“. Und *Mann* ergreift selbst die Initiative. Wer fähig genug war, hat in diesen goldenen Jahren viel Geld angeschafft, ist nun ein „businessman“ und macht eine Zeitung auf, um politischen Einfluss auszuüben. Wer nicht so tüchtig war, endet als Geschäftsmann eines kleinen Kiosk, was eher einer Freizeitbeschäftigung ähnelt als einer Arbeit mit Einkommen. Jedenfalls ist er beschäftigt und kann immerhin sein Gesicht als Mann nicht verlieren. Denn ein Mann ist ein Mann, wenn er angeben kann, indem er einen Mercedes oder BMW X 5, manchmal auch eine Geliebte vorführen kann. Wer all das nicht hat, kann wenigstens seinen Arm am offenen Autofenster hinaushängen lassen, hupen, um Freunde zu begrüßen, und schnell anfahren.

Mann, denn die *Frau* lebt anders. Wenn sie nicht mit Begabung und Stärke gesegnet ist, muss sie ein schönes Gesicht vorweisen. Ein sehr schönes sogar – das ist ein Vorteil im Überlebenskampf eines noch armen Landes. So wuselt es in Tirana von angestrengten Schönheiten. Frau will sich ja emanzipieren!

Es tost im Land. Es wird lauthals über Politik diskutiert, Wahlveranstaltungen verwandeln sich in Geschrei und Tanz. Die Politiker sind wie berühmte Popstars. Wenn sie den Mund aufmachen, reißt der Beifallsturm alle mit. Politik ist keine Vernunftsache, sondern eine höchst emotionale Angelegenheit. Parteien werden fast vergöttert, wie einst der Diktator. Ihre Programme kennt man nicht, aber leidenschaftliche Erinnerungen an die Zeit der Diktatur, Erinnerungen der Macht oder des Leides.

Man denkt nur blau oder rot, je nach politischer Farbe der verehrten Partei. Rot liebt man nur, weil man Blau verachtet oder hasst. Rot war immer besser und gebildeter, ist städtisch, nostalgisch und ist einfach kompetenter. Blau ist arm, ist Mob.

Im Gegenzug liebt man Blau, weil man Rot hasst oder darauf allergisch reagiert. Rot war kommunistisch und verurteilt, für immer im kommunistischen Lager zu verharren. Rot hat Leid verursacht, ist damit vorverurteilt, obwohl sich die politische Farbe eigentlich in Rosa verwandelt hat. Rot wird als reich angesehen, während Blau neu ist und einen Platz in der Geschichte ergattern will.

Laut ist es immer, aber manchmal geht es aggressiv zu! Der politische Gegner wird immer noch wie ein Feind behandelt. Man ist gehässig, tadelnd, schimpft, das Parlament ist ein Beleidigungsgelände. Einen guten

Posten hat der, der die Gunst der öffentlichen Ausschreibungen in seiner Hand hat. Und das ist ein magisches Wort. Korruption verurteilt man öffentlich und verehrt sie heimlich. Politik machen lohnt sich, weil ein Abgeordnetenmandat das Leben der Enkelkinder sichert. Aber über Politik streiten lohnt sich überhaupt nicht, man könnte im schlimmsten Fall das Leben verlieren.

Das alles sind Nebenwirkungen einer noch laufenden Entwicklung, die die Menschen, die ihr folgen, verändert. Inzwischen weiß man, dass dieser Weg nach dem ersehnten Land kein Spaziergang ist.

Bücher

- Bartl, Peter*: Albanien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. (Ost- und Südosteuropa. Geschichte der Länder und Völker). Regensburg: Friedrich Pustet, 1995.
- Cega, Egin*: Grundzüge der albanischen Identität vom Sozialismus bis heute, in: Postsozialismus: Hinterlassenschaft des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa, hrsg. v. Dieter Segert. (Politische Wirklichkeit, Bd. 18). Wien: Braumüller, 2007.
- Elsie, Robert*: *Albanian Literature: a short History*. London: I. B. Tauris/Centre for Albanian Studies, 2005: Albanische Ausgabe: *Letërsia shqipe: një histori e shkurtër*. Tirana: Skanderbeg Books, 2006.
- Jordan, Peter (u.a.)*: Albanien: Geographie – Historische Anthropologie – Geschichte – Kultur – Postkommunistische Transformation. (Österreichische Osthefte 45, 1/2). Wien: Peter Lang, 2003.
- Pipa, Arshi*: Contemporary Albanian Literature. (East European Monographs, Bd. 305). New York: Columbia University Press, 1991.
- Schmitt, Oliver Jens*: Skanderbeg. Der neue Alexander auf dem Balkan. Regensburg: Friedrich Pustet, 2009.
- Schmitt, Oliver Jens/Frantz, Eva Anne (Hrsg.)*: Albanische Geschichte. Stand und Perspektiven der Forschung (Südosteuropäische Arbeiten, Bd. 140). München: R. Oldenbourg, 2009.
- Schwandner-Sievers, Stephanie/Bernd J. Fischer (Hrsg.)*: Albanian Identities: Myth and History. London: Hurst, 2002.

Schwerpunktthema des nächsten Heftes:

Polen und Russland – eine schwierige Beziehung